Z [**Gegen den Lebensmittelmangel in Agram.**] Aus Budapest, 21. d., wird uns telegraphiert: In Agram machte sich in der letzten Zeit ein sehr starker Lebensmittelmangel fühlbar. Es fehlte an Mehl und an Eiern. Energische Verfügungen der Regierung haben eine große Zufuhr von diesen Lebensmitteln nach Agram bewerkstelligt, die gestern in der Stadt ankamen, worauf die Bäcker sofort wieder ihren Betrieb aufnahmen. Auch ließ die Approvisionierungskommission der Stadt Agram eine große Quantität Eier für die Stadt Agram heute zum Preis von 12 Heller gegen 16 Heller in der Vorwoche zum Verkauf bringen. Diesen Regierungsverfügungen ist es zu danken, daß über die Weihnachtsfeiertage hinaus in der kroatischen Hauptstadt kein Lebensmittelmangel bestehen wird.

Die Zeit 21./XII. 1915

Konsumfragen des Tages.

Der Verein der Hausbesitzer der Innern Stadt hielt kürzlich unter dem Vorsitz seines Obmannes Kaffeesieders Ludwig Riedl eine Ausschußsitzung ab, in der Abg. Friedmann einen Vortrag über Approvisionierungsfragen hielt und in der die Verordnung der Statthalterei betreffend das Verbot der Verabreichung von Milchgetränken in den Nachmittagsstunden in Kaffee- und Gasthäusern Gegenstand der Beratung bildete. Unter anderen waren in der Versammlung der Vorsteher der Kaffeesiedergenossenschaft Herr Egkher, der Obmann der Bäckergenossenschaft Kommerzialrat Breunig, Gemeinderat Dr. Hein, Bezirksrat Dr. Stieglitz und Herr Eisner v. Eisenhof erschienen. Abg. Friedmann gab einen Ueberblick über die Vorkehrungen, die zur Approvisionierung in Deutschland und bei uns getroffen wurden. Redner schilderte einleitend die mannigfachen wirtschaftlichen Beziehungen zu Ungarn, durch die eine teilweise Abhängigkeit unseres Approvisionierungsgebietes herbeigeführt und mannigfache Maßnahmen erschwert wurden. Es wäre notwendig, eine zentrale Approvisionierungsstelle ins Leben zu rufen. Redner trat für Einführung eines Approvisionierungsministeriums auf Kriegsdauer ein, das im Einvernehmen mit der Militärverwaltung ins Leben zu rufen wäre. Abg. Friedmann gibt sodann interessante Aufschlüsse über die bereits zu Kriegsbeginn in Deutschland erfolgte Gründung einer Zentral-Einkaufsgesellschaft, deren Mitglieder nur das Reich und die Bundesstaaten sind und für deren etwaiges Defizit nur die Reichskasse aufzukommen hat. Die Gesellschaft liefert nur an Gemeinden und Korporationen und verpflichtet die Abnehmer, die Waren nur innerhalb des Tätigkeitsgebietes zu verkaufen. Die Verkaufspreise mit mäßigem Nutzen sind vorgeschrieben. Dadurch wirkt die Gesellschaft preisregulierend auf das ganze Reich. Fleisch, Speck, Getreide, Mehl, Hülsenfrüchte wurden seit Beginn des Krieges und in möglichst großem Maße angekauft. An der Kriegsgetreide-Einkaufsgesellschaft hat sich die Gemeinde Berlin mit 20 Millionen Mark beteiligt. Es wurde auch eine eigene Mehlverteilungsstelle gegründet, ferner wurden eigene Gruppen für alle wichtigen Nahrungsmittel ins Leben gerufen. Mit Bezug auf die Verordnung betreffend die Milcheinschränkung bemerkte Redner, das es vor Erlassung der Verordnung wünschenswert gewesen wäre, aus den Aussagen der Mitglieder der Kaffeesiedergenossenschaft den entsprechenden Nutzen für die Verordnung zu ziehen. Bedauerlich sei es, daß den Kaffeesiedern für die Nachmittagsstunden nicht wenigstens die Verabreichung von Kondensmilch gestattet wurde. Redner erklärte sich bereit, im Interesse des schwer geschädigten Kaffeesiedergewerbes beim Minister des Innern zu intervenieren, um wenigstens eine Milderung der Milchverordnung zu erwirken. — Der Obmann der Kaffeesiedergenossenschaft Herr Egkher besprach eingehend den Einfluß der Statthaltereiverordnung auf den Kaffeehausbetrieb und berechnete das Ersparnis an der Milchproduktion auf höchstens 10.000 Liter. Diese Ersparnis sei doch keineswegs groß genug, um deswegen das Kaffeesiedergewerbe einer ernstlichen Schädigung auszusetzen. — Präsident Riedl bemerkte, daß der Hausbesitzerverein in der Innern Stadt sich verpflichtet gesehen habe, die Genossenschaft der Kaffeesieder in der Milchfrage zu unterstützen, da gerade im 1. Bezirk sehr viele Kaffeesieder etabliert seien. — Nachdem noch Gemeinderat Dr. Hein und Bezirksrat Dr. Stieglitz, die die Unterstützung der Kaffeesieder in ihrem Wirkungskreis zusagten, sowie Dr. v. Tamesina und Herr Eisner v. Eisenhof gesprochen, ersuchte die Versammlung den Abg. Friedmann und Vorsteher Egkher, beim Minister des Innern vorzusprechen, um eine teilweise Milderung des Milcherlasses herbeizuführen.

Kölnische Zeitung 22./XII. 1915

Die Wirksamkeit der Zentral-Einkaufs-Gesellschaft.

Die Tätigkeit der Zentral-Einkaufs-Gesellschaft ist in den letzten Wochen wiederholt einer scharfen und auch berechtigten Kritik ausgesetzt gewesen. Diese Kritik galt vor allem der Art, wie die Gesellschaft die Verteilung der eingeführten Eier und Butter vornahm. Besonders klagten die Städte im Westen darüber, daß die Gesellschaft unterschiedlich verführe und die Verteilung ungleichmäßig oder rein schematisch, jedenfalls aber nicht nach den Bedürfnissen der Bedarfsgebiete, geschehe. Der Gesellschaft wurde auch vorgeworfen, daß sie ungeschickt und zu teuer einkaufe. Man bedauerte, daß der Großhandel dieser Einrichtung hatte weichen müssen. Auf der zweiten Kriegstagung des Nassauischen Städtetages hat nun der Vertreter der deutschen Städte in der Zentral-Einkaufs-Gesellschaft, Stadtrat Professor Dr. Stein (Frankfurt), über den Aufbau und die Arbeit dieser Zentral-Einkaufs-Gesellschaft gesprochen. Wir geben aus seinen Ausführungen folgende Sätze wieder:

Die Zentrale, mit 40 bis 50 Millionen Mark Kapital begründet, hat es zu einem Monatsumsatz von etwa 70 Millionen Mark gebracht. Während sie zu Anfang schon theoretisch als die Zentrale für den gesamten Einkauf der deutschen Städte gedacht war, ist sie es in der Tat erst in der letzten Zeit geworden, nachdem es den Städten selbst, teils wegen erlassener Bestimmungen, teils wegen der herrschenden Verhältnisse immer schwerer geworden war, unmittelbar im Ausland einzukaufen. Innerhalb knapp eines Jahres ist die Gesellschaft zu einer gewaltigen Unternehmung emporgewachsen, die in Berlin selbst 1300 Angestellte und außerhalb dieser Stadt ebensoviel Kräfte beschäftigt; 2- bis 300 Lager- und Einkaufsstellen verteilen sich zwischen Konstantinopel und Belgien. — Man hat vielfach den Verdacht geäußert, daß die Gesellschaft Verluste in der einen Warenabteilung auf Waren einer andern Abteilung aufschlage und diese dadurch unnatürlich verteure; das ist schon deshalb irrig, weil es sich gar nicht bei der Größe der Unternehmung und der Unvergleichbarkeit der meisten Waren untereinander durchführen läßt. Vielmehr wird ganz nach den kaufmännischen Grundsätzen der Einstandspreis ermittelt und dann unter Berücksichtigung der Unkosten usw. der Verkaufspreis festgesetzt. Dabei ist man zumeist in der Lage, etwas unter dem Marktpreis zu verkaufen. Um zu vermeiden, daß Zwischenhändler aus solchen günstigen Preisen unberechtigte Gewinne herausschlagen, macht es die Z.-E.-G. den kaufenden Städten usw. zur Pflicht, eine gewisse Preisbeaufsichtigung auszuüben. An einem Beispiel aus der jüngsten Zeit zeigte Stein, daß die Möglichkeit, bestimmte kleine Mengen einer Ware im Ausland zu billigen Preisen kaufen zu können, nun noch nicht erlaube, die betreffende Menge auch so billig abzugeben, wenn zu gleicher Zeit die erforderlichen großen Mengen nur zu viel teuren Preisen erhältlich seien. Da muß die Z.-E.-G., fuhr Stein fort, die billiger erworbenen Waren dazu benutzen, durch Ineinanderrechnen den Gesamtpreis etwas herabzudrücken, sonst würde der einzelne zufällige Käufer der billigern Ware einen unberechtigten Vorteil auf Kosten der Allgemeinheit haben. Deshalb darf die Z.-E.-G. auch nicht einer einzelnen Stadt, die zufällig eine solche Ware unmittelbar viel billiger als durch die Zentrale erhalten kann, die Einfuhrerlaubnis verschaffen. Auch der Vorwurf, die Z.-E.-G. kenne zeitiger als andere die Absichten der Regierung und stoße gelegentlich einmal Waren teuer ab, wenn für die nächsten Tage schon ein viel niedrigerer Höchstpreis zu erwarten sei, müsse zurückgewiesen werden. Wenn man in Berlin auch der Regierung räumlich näher ist als die Städte in der Provinz, so ist man deshalb oft sogar dort weniger als diese über die nächsten Pläne der Behörden unterrichtet. Neuerdings ist auch der Großhandel in den Stand gesetzt worden, über den Ring seines Platzes hinaus an seine gewohnte Kundschaft unter gewissen Voraussetzungen Waren der Z.-E.-G. zu liefern. Dies ist für die Versorgung der kleinen und mittlern Städte außerordentlich wichtig. Im übrigen ist man in der Zentrale mehr und mehr bestrebt, noch kaufmännischer als bisher in allem vorzugehen und namentlich die Beantwortung der Anfragen und die geschäftliche Abwicklung der Bestellungen rascher vorzunehmen. Auch will man eine gewisse Dezentralisation durchführen; bis jetzt sind schon etwa acht bis zehn teils örtliche, teils Bezirkszentralen vorhanden, von denen weitaus am besten der Einkauf südwestdeutscher Städte arbeitet, der in Mannheim mit 250 000 ℳ gegründet worden ist und etwa 40 Städte umfaßt. Dabei ist nicht nur nötig, daß die angeschlossenen Städte verpflichtet werden, ausschließlich durch die betreffende Bezirkszentrale zu bestellen, sondern es ist sogar wünschenswert, daß überhaupt alle etwaigen Kunden eines Bezirks, also auch nichtangeschlossene Städte, vom unmittelbaren Verkehr mit der Z.-E.-G. ausgeschlossen werden, damit doppelte Bestellungen vermieden werden und dergl. mehr. Solche Bezirksstellen sind zweifelsohne für die Gemeinden von Vorteil, aber nur dann, wenn es gelingt, für ihre Leitung Großkaufleute mit Marktkenntnis und Marktgefühl zu gewinnen. Deshalb wäre es umgekehrt ein Fehler und verhängnisvoll für unsere gesamte Volkswirtschaft, wenn man etwa solche Bezirksstellen zwangsweise für das ganze Reich errichten will, über denen dann in einsamer Größe die Z.-E.-G. thront, und womöglich dabei nicht nach wirtschaftlichen, sondern nach Verwaltungsbezirken abgrenzt. Die Z.-E.-G. muß in vielen Fällen die Waren verteilen, statt sie zu verkaufen. Die Wünsche, dieses Verfahren bei allen Waren zu üben, bedeutete eine Erstarrung des an sich gesunden Wirtschaftsgedankens. Wo es sich um eine Ware handelt, die in erheblicher verteilbarer Menge vorhanden ist und für die ein ziemlich gleichmäßiger Bedarf der Bevölkerung vorliegt, kann dies geschehen. Wir haben jetzt hierfür einen Schlüssel für die einzelnen Städte usw. aufgestellt, dem die Bevölkerungszahl, die wirtschaftlichen Verhältnisse (ob Land- oder Industriebevölkerung usw.) und die Nahrungsmittelgewohnheiten der Einwohner zugrunde gelegt sind. Eine Frage, die ich für gewisse Fälle befürworte, ist es noch, ob die Z.-E.-G. immer Verluste vermeiden soll oder ob es nicht unter Umständen besser ist, durch Zuschüsse des Reichs, der Gemeinden oder anderer Verbände einen unmäßig hohen Verkaufspreis zu vermeiden und dadurch preismindernd auf die Marktpreise zu wirken.

Der Redner betonte schließlich zum Schluße noch, daß die Z.-E.-G. den Wunsch und klaren Willen habe, im besten Einvernehmen mit den Städten zu arbeiten, um in Wirklichkeit das zu sein, was sie theoretisch sein soll: Die allein zum Segen unserer gesamten Volkswirtschaft arbeitende Lebensmittelverteilerin während des Krieges. Um diesen Ehrentitel zu erhalten, wird die Z.-E.-G. allerdings noch sehr an sich feilen müssen.

Mannheim

Vossische Zeitung
22./XII. 1915

Parlamentarischer Beirat für den Zentralausschuß für Ernährungsfragen. Aus dem Seniorenkonvent des Reichstags teilt der „Vorwärts“ mit, daß der Staatssekretär des Innern den Reichstag aufgefordert hat, 15 Mitglieder zu bezeichnen, die dem Zentralausschuß für die Ernährungsfragen als Beirat angehören sollen. Der Seniorenkonvent bestimmte, daß die Mitglieder nach der Stärke der Fraktionen gewählt werden sollen. Allwöchentlich soll dann der Beirat unter Vorsitz des Staatssekretärs des Innern tagen.

Die Zeit
22./XII.1915

Militärische Maßnahmen für den Konsumschutz in Tirol.

Das Justizministerium hat auf Ersuchen des Kommandos der Südwestfront die Zivilstrafgerichte angewiesen, alle rechtskräftigen Verurteilungen wegen Fälschung von Lebensmitteln und wegen Herstellung und Vertrieb gesundheitsschädlicher Lebensmittel dem nächsten Militär- oder Etappenstationskommando mitzuteilen. Das Militärkommando in Innsbruck wurde vom Kommando der Südwestfront angewiesen, jenen Personen, in deren Wirtschaft eines der oben bezeichneten Delikte begangen wurde, die als Arbeitskräfte zugewiesenen Kriegsgefangenen sofort zu entziehen. Alle militärischen Anstalten und Kommandos dürfen den verurteilten Personen Heereslieferungen nicht mehr übertragen und Käufe bei solchen Personen nicht mehr vornehmen. Etwa aus Familienrücksichten beurlaubte Militärpersonen sind von solchen Wirtschaften sofort einrückend zu machen.

Arbeiterzeitung
22./XII. 1915

Lebensmittelteuerung und Unterhaltsbeitrag.

In einer zweiten Versammlung nach der vorzeitigen Schließung der ersten Versammlung im Meidlinger Arbeiterheim sprach Montag Genosse Reumann über den Krieg und die Lebensmittelteuerung. Der große Saal des Arbeiterheims war dicht besetzt. Die Besucher waren zumeist Frauen oder ältere Männer, nur hie und da zeigten sich auch junge Arbeiter. Der Krieg hat auch dem Versammlungsbesuch seine Spuren aufgedrückt, denn die Männer im wehrfähigen Alter, die sonst die übergroße Zahl der Versammlungsbesucher ausmachten, fehlten. Nachdem Pirkebner die Versammlung eröffnet hatte, ergriff Reumann das Wort, um einleitend der im Felde Gefallenen, der in dem großen Ringen Verletzten oder in den Schützengräben krank Gewordenen und aller im Felde stehenden Kämpfer, die zu Weihnachten fern von ihren Familienangehörigen sind, zu gedenken. Tiefe Bewegung erfaßte die Anwesenden bei diesen Gedenkworten des Redners. Er ging hierauf auf die Lebensmittelversorgung während des Krieges über und sagte unter anderem:

Nicht nur unter den teuren Lebensmitteln hat die Bevölkerung zu leiden, sondern auch unter dem

Mangel an wichtigen Nahrungsmitteln.

Die Zufuhren sind häufig unterbrochen und auch dadurch kommt es zur weiteren Verteuerung der Lebensmittel. Die Arbeitslöhne reichen nicht aus, den steten Steigerungen zu folgen, und noch weniger reichen die Unterhaltsbeiträge aus. In Wien wird der Unterhaltsbeitrag gegenwärtig an 215.776 Anspruchsberechtigte ausgefolgt. Es ist nicht festgestellt, wie viele Personen diese Parteienzahl besagt. Gering gerechnet dürften im Durchschnitt drei Unterstützte auf eine Unterstützungspartei entfallen, so daß rund 650.000 Unterstützte auf einen Tag kommen. Wenn berücksichtigt wird, daß für Kinder unter acht Jahren bloß 66 Heller bezahlt werden, so kann angenommen werden, daß sich der Durchschnittsbetrag auf eine Krone für den Unterstützungsfall im Tag stellt. 650.000 Kronen im Tag machen in den sieben Tagen einer Woche rund 4,500.000 Kronen aus. Das schaut sehr viel aus, es steht aber tief unter dem Verlust an Arbeitslohn, der durch Einberufungen den Angehörigen von Arbeitern verloren ging.

Die Unterhaltsbeiträge stehen zur Teuerung in keinem Verhältnis. Ihre Grundlage sind die Militärdurchzugsverpflegskosten, die ebenfalls der Neuregelung bedürftig sind. Ihre Neubemessung soll von zwei zu zwei Jahren erfolgen. Seit dem Jahre 1912 hat aber keine Neubemessung stattgefunden. Wir haben die Erhöhung der Unterhaltsbeiträge bereits gefordert, die Gemeinde Wien wird diese Forderung in einer Petition gleichfalls fordern. Sie wird die Erhöhung der Militärdurchzugsverpflegskosten und damit die Erhöhung der Unterhaltsbeiträge fordern. Was die Verteuerung der notwendigsten Lebensmittel durch die mangelnde Zufuhr betrifft, so muß erst auf die herrschenden Zustände aufmerksam gemacht werden.

Reumann zeigt nun die Teuerung an den Hauptlebensmitteln auf und schließt: Weihnachten ist vor der Tür. Der Tag kommt, den manche Proletarierfamilie diesmal in ungeheizter Stube verbringen wird, während der Mann im Felde steht. Kinder werden die Eltern fragen, warum es ihnen so schlecht geht. Sie werden nach dem Vater fragen. Ein heißes Verlangen nach dem Frieden wird sich aus der Brust der Bedrückten emporringen. Man soll nicht vom Frieden sprechen, sagen viele. Der Feind sehe das für Schwäche an. Bethmann Hollwegs Rede vom 9. Dezember gab dafür ein Beispiel. Die ganze Friedensdebatte im deutschen Reichstag wurde in den Blättern der gegnerischen kriegführenden Länder so ausgelegt, als sei sie ein Ansporn, den Frieden weniger denn je zu suchen. Das dürfe uns aber nicht hindern, immer wieder unseren Friedenswillen zum Ausdruck zu bringen. Und unser Friedenswille wird in den feindlichen Schützengräben schließlich ein Echo erwecken. Man sagt, die Internationale sei tot. Aber in dem Gedanken nach dem Frieden, der schließlich auch den Haß verscheuchen wird, der in den Völkern so furchtbar geschürt wurde, liege die Einigung. Die Internationale wird wiedererstehen.

Stürmischer Beifall lohnte die Ausführungen des Redners, worauf Pirkebner aufforderte, treu auszuharren in der Organisation, und die Versammlung schloß.

Vossische Zeitung
23./XII. 1915

Neue Organisation der Kriegsernährung

Ein neuer Versuch kriegswirtschaftlicher Organisation, der, ohne zu dem radikalen System der Rationenverteilung zu greifen, eine den kriegswirtschaftlichen Bedürfnissen entsprechende Verteilung von Nahrungsmitteln an den Verbrauch gewährleisten soll, ist erfolgt. Und wird darüber geschrieben:

Es handelt sich um einen Zweig der Nahrungsmittelversorgung, den man als die Getreide und Mehl verarbeitende Industrie bezeichnen kann. Diese höchst verschiedenartigen Unternehmungen haben alle im Kriege insofern ein gemeinsames Interesse, als ihnen darum zu tun ist, sich trotz der beschränkten und in erster Linie für die Brotversorgung reservierten Getreidevorräte das notwendige Material zur Aufrechterhaltung ihrer Tätigkeit zu sichern.

Die Aufgaben, die sich für die kriegswirtschaftliche Organisation dieses Gebietes ergaben, waren dreifacher Art: erstens galt es, die für jene Betriebe verfügbaren Vorräte nach einem Maßstabe zu verteilen, der in erster Linie auf die kriegswirtschaftliche Bedeutung der in Frage kommenden Gewerbezweige Rücksicht nahm. Zweitens mußte ein Verteilungsplan gefunden werden, der den Interessen der einzelnen Unternehmungen jeder dieser verschiedenartigen Produktionsgebiete entsprach. Endlich drittens blieb als eine Hauptaufgabe die Notwendigkeit, die betreffenden Nahrungsmittel dem Verbrauch zu angemessenen Preisen zur Verfügung zu stellen. Entsprechend diesen Aufgaben werden in erster Linie die Betriebe versorgt werden, die notwendige, für den Verbrauch schwer entbehrliche Erzeugnisse herstellen. Diese sollen entweder entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit, wie Grieß- und Teigwarenfabriken, oder entsprechend ihrer Erzeugung in den beiden letzten Friedensjahren oder einem Prozentsatz derselben mit Getreide oder Mehl beliefert werden. Ein geringeres Anrecht auf Versorgung haben demgegenüber Betriebe, die entbehrliche Genußmittel oder Besonderheiten herstellen, während bei den Unternehmungen, die Brotgetreide oder Mehl zu gewerblichen Zwecken verarbeiten, die Abgabe davon abhängig ist, ob die Verwendung von Ersatzstoffen unmöglich ist und andererseits die Aufrechterhaltung dieser Unternehmungen im Heeres- oder allgemeinen volkswirtschaftlichen Interesse dringend geboten erscheint.

Die in den verschiedenen Gewerbegruppen bereits bestehenden oder zu diesem Zweck geschaffenen Verbände boten die Möglichkeit eines zentralisierten und gleichzeitig sachkundigen Verteilungssystems. Mit diesen Verbänden hat die Reichsgetreidestelle nunmehr Verträge zum Zweck der Belieferung abgeschlossen. Das wesentliche an diesen Verträgen erscheint, daß die betreffenden Verbände die Verpflichtung übernehmen müssen, ihre Erzeugnisse nach allen Teilen des Reichs dem Bedarf entsprechend möglichst gleichmäßig zu verteilen. Sollte in einem Kommunalverband ein nicht nur vorübergehender Mangel an den betreffenden Erzeugnissen eintreten, so kann er sich an die Reichsgetreidestelle wenden, um Abhilfe des Mangels zu erreichen. Die Erzeugnisse aber müssen in derselben Güte und zu genau denselben Preisen in allen Teilen des Reichs dem Verbraucher zur Verfügung stehen.

Für die Erzeugnisse, die notwendige und nicht oder schwer durch Surrogate zu ersetzende Nahrungsmittel darstellen, hat die Reichsgetreidestelle Preise für den Fabrikanten, den Großhändler und den Kleinhändler festgelegt, die auch von der Reichs-Preis-Prüfungsstelle in eingehender Beratung als zutreffend anerkannt worden sind. Diese Preise sind nach den Herstellungs- und Vertriebskosten errechnete Vertragspreise, also das Ergebnis privatrechtlicher und durch Kautionsleistungen sichergestellter Abmachungen, keine gesetzlichen Höchstpreise. So haben wir bei dieser Organisation ein System, das sich zwischen das Rationensystem einerseits und das System bloßer Höchstpreise andererseits eingliedert.

Fremdenblatt Abendbl.
23/XII. 1915

Einfuhr von Tieren, tierischen Rohstoffen und Produkten aus den okkupierten Gebieten Rußlands.

In einer heute verlautbarten Kundmachung des Ackerbauministeriums vom 22. d. werden mit Giltigkeit vom 1. Jänner 1916 folgende Bestimmungen getroffen:

Die Einfuhr von Einhufern ist nur über hiefür bestimmte Eintrittsstellen unter der Bedingung gestattet, daß diese Tiere von einem behördlichen Tierarzte als gesund befunden werden und bei der Malleinprobe nicht reagiert haben. — Die Einfuhr von zur Schlachtung bestimmten Rindern, Schafen, Ziegen und Schweinen, von zur Schlachtung bestimmtem Geflügel sowie von frischem Fleisch jeder Art ist nur mit Spezialbewilligung des k. k. Ackerbauministeriums zulässig. Die diesbezüglichen Ansuchen haben die Zahl und Gattung der Tiere, beziehungsweise die Menge und Art des Fleisches, ferner den Herkunftsort, dann den Bestimmungsort, Grenzeintrittsstelle, den Zweck der Einfuhr und den Nachweis zu enthalten, daß die Ausfuhr der betreffenden Artikel aus den genannten Gebieten gestattet wurde. — Die Einfuhr von frischen Häuten und Fellen (roh, grün, nur angesalzen, angekalkt, angestrichen), von rohen, nicht getrockneten Knochen, Hörnern, Hufen und Klauen sowie von Mägen, Schlünden, Därmen und Blasen ist nur über hiefür bestimmte Eintrittsstellen zur sofortigen Verarbeitung in gewerblichen Anlagen dann zulässig, wenn solche Rohstoffe mit amtlichen Bescheinigungen des Inhaltes versehen sind, daß sie aus Kreisen stammen, die samt Nachbarkreisen frei von Rinderpest sind. Diese Rohstoffe dürfen nur direkt nach den in der Eintrittsstelle angegebenen gewerblichen Anlagen versendet werden und sind daselbst der ehesten Verarbeitung zu unterziehen.

Die Einfuhr von vollkommen trockenen oder gesalzenen Häuten und Därmen, von vollkommen lufttrockenen und von Weichteilen befreiten Knochen, Hörnern, Hornspitzen und Klauen, von Knochenmehl, von ungeschmolzenen Talg in Fässern oder Wammen, von Wolle, Haaren und Schweinsborsten, wenn sie in Säcken oder Ballen verpackt sind, von Blutkuchen (Blutdünger), wenn sie fein pulverisiert sind oder zu Pulver gerieben werden können und vollkommen lufttrocken sind, von auf irgend welche Weise zubereitetem Fleisch sowie von Eiern und Molkereiprodukten (Milch, Topfen, Butter und Käse) ist über hiefür bestimmte Eintrittsstellen ohne weiteres zulässig, wenn bezüglich der Deklaration oder Verpackung keine Anstände erhoben werden.

Tägliche Rundschau
23/XII. 1915

23 9

Oberbürgermeister Dr. Scholz-Charlottenburg über die Lebensmittelversorgung von Groß-Berlin.

In der gestrigen Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung, der letzten in diesem Jahre, erregte die von den sozialdemokratischen Stadtverordneten an den Magistrat gerichtete Anfrage, welche Maßregeln zur Abhilfe der bestehenden Mißstände bei der Butter-, Fett- und Fleischversorgung der Magistrat zu ergreifen gedenke, eine längere Erörterung. Stadtv. Wilk (Soz.) schilderte die Mißstände bezüglich der Butterversorgung und forderte die umgehende Einführung von Fettkarten nach Stettiner Muster. Wenn Oberbürgermeister Wermuth-Berlin auch behauptet habe, daß es mit Butterkarten nicht gehe, so müsse man erst den Versuch machen. Es müssen zum Besten der armen Bevölkerung endlich die erforderlichen Maßnahmen zur Hebung der Butternot und zum Einschreiten gegen die Hamsterwirtschaft der reichen Bevölkerung ergriffen werden.

Oberbürgermeister Dr. Scholz glaubte dem Vorredner bezüglich der Kritik der Regierung nicht folgen zu können. In aller Ruhe müsse man die Mißstände, die auch von dem Magistrat tief bedauert werden, beseitigen und nicht zu Mitteln greifen, die nicht zum Ziele führen. In erster Linie handelt es sich um die Beschaffungsfrage von Butter und Fleisch, dann erst komme die Verteilungsfrage. Infolge umfangreicher Verhandlungen sei es geglückt, die Beschaffung von Butter aus dem Inlande und dem Auslande in derartigem Umfange für Groß-Berlin sicher zu stellen, daß in den nächsten Tagen der Buttervorrat derselbe sei wie im Friedenszustande. Auch für Januar sei durch die Zentral-Einkaufsgenossenschaft hinreichend Vorsorge getroffen. Die Fleischfrage werde gleichfalls binnen kurzem zur Zufriedenheit der industriellen Gegenden erledigt werden. Charlottenburg allein werde 6000 Schweine mit einem Mindestgewicht von 210 Pfund erhalten; die Verwaltung werde deshalb ihre Bestände an Gefrierfleisch räumen. Die Frage der Verteilung der Vorräte lasse sich nur beschränkt erledigen, da hierbei Groß-Berlin in Frage komme und der Konkurrenzkampf ausgeschaltet werden müsse. Der Butterkarte stehe er zweifelnd gegenüber, trotz des Ausweises werde sich die Bevölkerung zu den Läden drängen. Zu berücksichtigen sei, daß das Militär einen großen Teil der Nahrungsmittel für sich brauche und daß eine Einschränkung in der Heimat zugunsten der tapferen Krieger erforderlich sei. Das innige Verstehen zwischen den wirtschaftlich in der Heimat Kämpfenden und den Kämpfern da draußen sei nicht so vorhanden, wie es sein müßte. Man dürfe den um das Vaterland kämpfenden Soldaten die Lage in der Heimat nicht zu schwarz schildern, sondern man müsse sich Beschränkung auferlegen, dann „werden wir durchhalten bis zu einem ehrenvollen Frieden, der das Vaterland an den Platz an der Sonne bringt, auf den es Anspruch macht!“ (Beifall.)

Kölnische Zeitung 23./XII.1915.

10

Eine beachtenswerte Organisation unserer Kriegsernährung.

Die behördlichen Maßnahmen unserer Ernährungsfürsorge im Kriege haben bisher an zwei Möglichkeiten angeknüpft: erstens wird auf zahlreichen Gebieten der Ernährung der Versuch gemacht, durch Höchstpreise mit gleichzeitig einhergehenden, allgemeinen Bestimmungen, welche den Konsum der betreffenden Produkte einschränken sollen, den Preis auf einer niedrigen Grenze zu halten und damit vom sozialen Standpunkt aus die Ernährung unseres Volkes zu erleichtern. Die zweite Möglichkeit ist bisher nur in der Mehl- und Brotversorgung verwirklicht worden. Sie besteht in einer völligen Monopolisierung des Erzeugnisses durch die Behörden und seine unmittelbare Verteilung an den Konsum auf dem Wege des Rationensystems. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß das letztgenannte System vom Standpunkt kriegswirtschaftlicher „Ideale" das vollkommenere ist, aber es ist auf der andern Seite auch ohne weiteres zu begreifen, daß man die Mehl- und Brotkarte nicht auf alle möglichen andern Erzeugnisse ausdehnen kann. Um so beachtenswerter ist daher ein neuer Versuch kriegswirtschaftlicher Organisation, welcher, ohne zu dem radikalen System der Rationenverteilung zu greifen, eine den kriegswirtschaftlichen Bedürfnissen entsprechende Verteilung von Nahrungsmitteln an den Konsum gewährleistet.

Es handelt sich um einen Zweig der Nahrungsmittelversorgung, den man als die Getreide und Mehl verarbeitende Industrie bezeichnen kann. Diese Industrie hat im Frieden eine bedeutend geringere Aufmerksamkeit erregt als jetzt im Kriege, besonders wohl deshalb, weil sie sich in alle möglichen Einzelindustrien zersplittert, wie z. B. in Grieß-, Teigwaren-, Keks-, Getreidekaffee-, Vollkorn- und Suppen-Fabriken; ferner in Betriebe zur Herstellung von Säuglings-Nahrungsmitteln und Krankenkost, Preßhefe, Kornspiritus, Geflügelfutter, ferner in Brauereien und zahlreiche industrielle Betriebe, welche Getreide oder Mehl zur Verarbeitung benötigen, wie Fischbratereien, Puppenbalgfabriken, Gerbereien, Leimfabriken usw. Diese höchst verschiedenartigen Unternehmungen haben alle im Kriege insofern ein gemeinsames Interesse, als ihnen darum zu tun ist, sich trotz der beschränkten und in erster Linie für die Brotversorgung reservierten Getreidevorräte das notwendige Material zur Aufrechterhaltung ihrer Tätigkeit zu sichern. Anderseits hatte die Reichsgetreidestelle in der Bundesratsverordnung vom 28. Juni 1915 die Befugnis erhalten, im Rahmen der verfügbaren Bestände Betriebe, welche Getreide und Mehl verarbeiten, hiermit zu beliefern.

Die Aufgaben, welche sich für die kriegswirtschaftliche Organisation dieses Gebiets ergaben, waren dreifacher Art; erstens galt es, die für jene Betriebe verfügbaren Vorräte nach einem Maßstabe zu verteilen, der in erster Linie auf die kriegswirtschaftliche Bedeutung der in Frage kommenden Gewerbezweige Rücksicht nahm, zweitens mußte ein Verteilungsplan gefunden werden, der den Interessen der einzelnen Unternehmungen jeder dieser verschiedenartigen Produktionsgebiete entsprach. Endlich drittens blieb als eine Hauptaufgabe die Notwendigkeit, die betreffenden Nahrungsmittel dem Konsum zu angemessenen Preisen zur Verfügung zu stellen. Entsprechend diesen Aufgaben werden in erster Linie diejenigen Betriebe versorgt werden, welche notwendige, für den Konsum schwer entbehrliche Erzeugnisse herstellen. Diese sollen entweder entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit, wie Grieß- und Teigwarenfabriken, oder entsprechend ihrer Produktion in den beiden letzten Friedensjahren, oder einem Prozentsatz derselben mit Getreide oder Mehl beliefert werden. Ein geringeres Anrecht auf Versorgung haben demgegenüber Betriebe, welche entbehrliche Genußmittel oder Spezialitäten herstellen, während bei denjenigen Unternehmungen, die Brotgetreide oder Mehl zu industriellen Zwecken verarbeiten, die Abgabe davon abhängig ist, ob die Verwendung von Ersatzstoffen unmöglich ist und anderseits die Aufrechterhaltung dieser Unternehmungen im Heeres- oder allgemeinen volkswirtschaftlichen Interesse dringend geboten erscheint.

Hier haben wir also den bemerkenswerten Versuch, unsere Vorratswirtschaft im Kriege den Gesichtspunkten der Dringlichkeit des Bedürfnisses von vornherein anzupassen. Vielleicht aber wäre die ganze Ausgestaltung dieser Maßnahme unmöglich gewesen, wenn die Reichsgetreidestelle mit den mehrern Tausend Betrieben jedes besondern Industriezweiges einzeln hätte in Verbindung treten sollen, um die Verteilung der zugestandenen Rohstoffe durchzuführen. Glücklicherweise boten die in den verschiedenen Gewerbegruppen bereits bestehenden oder zu diesem Zweck geschaffenen Verbände die Möglichkeit eines zentralisierten und gleichzeitig sachkundigen Verteilungssystems. Mit diesen Verbänden hat die Reichsgetreidestelle nunmehr Verträge zum Zweck der Belieferung abgeschlossen. Das Wesentliche an diesen Verträgen erscheint, daß die betreffenden Verbände die Verpflichtung übernehmen müssen, ihre Erzeugnisse nach allen Teilen des Reichs dem Bedarf entsprechend möglichst gleichmäßig zu verteilen. Sollte in einem Kommunalverband ein nicht nur vorübergehender Mangel an den betreffenden Erzeugnissen eintreten, so kann sich derselbe an die Reichsgetreidestelle wenden, um Abhilfe des Mangels zu erreichen. Die Erzeugnisse aber müssen in derselben Güte und zu genau denselben Preisen in allen Teilen des Reichs dem Verbraucher zur Verfügung stehen.

Eine strittige Frage war es, ob den lokalen Behörden (Kommunalverbänden) oder dem freien Handel die Unterverteilung der fraglichen Produkte an den Konsum zu überlassen sei. Dort, wo die im Kriege wohl leider unvermeidlichen Auswüchse des freien Verkehrs vermieden werden können, ist es sicherlich vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus wünschenswert, den Handel nach Möglichkeit zu erhalten. Es liegt dies nicht nur im Interesse der Volkswirtschaft, welche, wie schon Friedrich List immer wieder betont hat, an dem gemeinsamen Arbeiten von Landwirtschaft, Industrie, Verkehr und Handel gleichzeitig interessiert ist, sondern auch im Interesse der Konsumenten während des Krieges, denn je mehr Waren dem Handel entzogen werden, um so höher muß der Handel seine Kosten für diejenigen Waren bewerten, die ihm noch zu freier Verfügung verbleiben. So werden auf diesem Gebiete unserer Kriegsernährung nunmehr die Erzeugnisse aus Getreide und Mehl von den Fabrikanten an den Großhändler und von diesem an den Kleinhändler weitergegeben. Aber Voraussetzung dieser Regelung war natürlich die Tatsache, daß eine Bindung der Preise stattfinden konnte, die von vornherein eine ungerechtfertigte Erhöhung durch den Handel ausschloß. Für diejenigen Erzeugnisse nämlich, welche notwendige und nicht oder schwer durch Surrogate zu ersetzende Nahrungsmittel darstellen, hat die Reichsgetreidestelle Preise für den Fabrikanten, den Großhändler und den Kleinhändler festgelegt, welche auch von der Reichs-Preisprüfungsstelle in eingehender Beratung als zutreffend anerkannt worden sind. Diese Preise sind nach den Herstellungs- und Vertriebskosten errechnete Vertragspreise, also das Ergebnis privatrechtlicher und durch Kautionsleistungen sichergestellter Abmachungen, keine gesetzlichen Höchstpreise.

So haben wir bei dieser Organisation, die hier nur in großen Umrissen geschildert werden konnte, ein System, das sich zwischen das generell nicht durchführbare Rationssystem einerseits und das System bloßer Höchstpreise anderseits eingliedert. Die vorhandenen, von der friedlichen Wirtschaft geschaffenen Möglichkeiten der Organisation und des Absatzes werden hierbei ausgenutzt, wenn auch gleichzeitig der durch den Krieg gebotenen behördlichen Kontrolle unterworfen, die wiederum den konsumierenden Kreisen die Gewähr einer möglichst guten Qualität und einer möglichst billigen Preisstellung gibt.

Feldgraue Hausfrauen.

Von Dr. **A. Kuckhoff.**

Schon der Rahmen wirkt kriegsmäßig. Zwei rasch gemietete, weiß getünchte Geschäftsräume, einer für die Ausstellung, der andere für Vorträge und praktische Versuche. An den Wänden Mahnungen zur Sparsamkeit, vom jetzt kostbaren Fett bis zu Gas und Wasser: vom Pfund zum Pfennig. Das inmitten des westlichen Berlins zwischen Bier- und Kinopalästen.

Der Vortragsraum ist bis zum letzten Stehplatz gefüllt. Ich bin so ziemlich der einzige Mann; aber — ich könnte mich fast in meiner berechtigten Eitelkeit gekränkt fühlen — niemand kümmert sich um mich. Ein paar hundert Berliner Hausfrauen folgen aufmerksam den Worten, mit denen Hedwig Heyl über die fettlose Küche zu berichten weiß. Eigentlich bin ich nicht ganz freiwillig hierhergekommen. Ich konnte der Freundin nur nicht gut Nein sagen. Aber nun fällt das Wort „Chemie der Küche"; die Vortragende behauptet, daß sie in einem Hause gleich merke, ob dort „nach wissenschaftlichen Grundsätzen" gekocht werde. Mein Interesse springt auf. Ich empfinde mich als berechtigten Vertreter der kulinarischen Ansprüche meiner Geschlechtsgenossen. Auf der Zunge habe ich einen unangenehmen Vorgeschmack, etwa wie von Kalk und Wasserstoffsuperoxyd.

Um es kurz zu machen: es handelte sich wieder einmal um ein Vorurteil gegen Worte. Denn wie nun der Verlauf des Vortrags den Begriff „Wissenschaftliche Grundsätze" illustriert, so ist damit nichts anderes gesagt, als daß ein bisher instinktives Tun zum Nutzen der Allgemeinheit ins Bewußtsein erhoben werden soll. Denn die Frau, die da spricht, ist alles andere als eine grau-theoretische Dame, die Speisen nur nach den ihnen innewohnenden „Kalorien" zu werten verstünde. In ihrem Programm gibt es eine feine Unterscheidung zwischen dem lehr- und lernbaren „Wissenschaftlichen" und jener Stelle, wo die eigentliche Kochkunst anfängt. Wenn sie von den fleischlosen Tagen spricht, weiß sie sehr eindrücklich darauf Rücksicht zu nehmen, daß das männliche Gebiß etwas Festes zwischen sich fühlen muß, um die rechte Freude an der Aufnahme der Nahrung zu haben. Diese Freude aber ist notwendig: Hat man doch sogar durch eine eingesetzte Röhre an einem Hund beobachtet, wie der Anblick einer appetitlich frischen roten Blutwurst die Magensäfte zu ganz anderer Arbeitslust reizte als der einer unansehnlichen minder frischen. Und da wir in der Bewertung ästhetisch kulinarischer Momente jedenfalls noch über dem Hunde stehen, so hat Frau Heyl uns gleichzeitig bewiesen, wie hoch beim Anrichten und Auftragen der Speisen die äußere Form, in der sie dargeboten werden, zu berücksichtigen ist.

Aber das bleibt noch wohlmeinende Theorie. Die nun folgende Einzelauseinandersetzung verscheucht auch das letzte Mißtrauen. Unter Berücksichtigung so der Nährwerte wie der Preise wie des Geschmacks wird nachgewiesen, wie man mit 40 Gramm Fett für den Kopf und den Tag, — dem von Sachverständigen berechneten Anteil aus der heimischen Produktion — auskommen, ja noch besondere leckerbissige Nebenwünsche erfüllen könne. Zum „schmeckbaren Beweis" steht ein Gasherd nebenan, auf dem die geschilderten Speisen zu allgemeiner Kostprobe hergerichtet werden. Schließlich: ich bin niemals Koch gewesen, aber selbst dem Laien muß es klar werden, welch eine Summe von Arbeit, Ueberlegung und Können in diesen bis ins einzelne Gramm ausgerechneten Rezepten steckt. Die Speisen sind vorzüglich, ich koste sie mit einem Gefühl der Achtung, das sich nicht sehr von dem vor anderer, umfassenderer Organisation dieses Krieges unterscheidet, während im Saal nach Beendigung des Vortrags eine Diskussion, nein, eine fraubliche Unterhaltung über diese und jene angeschnittene Einzelfrage entstanden ist. So beraten sich die Mitglieder der Hausfrauenvereinszentrale von Groß-Berlin jede Woche auf einem andern Teilgebiet kriegsgerechter Hauswirtschaft.

Draußen im zweiten Raum treffe ich die Freundin, die mich herbrachte, mit dem Ordnen der kleinen jung entstandenen Bibliothek beschäftigt. In klugen Worten erläutert sie mir noch einmal die Gedanken, die diesen neu-hauswirtschaftlichen Bestrebungen zugrunde liegen:

„Gewiß ruht bei den jetzigen Verhältnissen das Hauptgewicht der Lebensmittelfrage auf der allgemeinen Verteilung der vorhandenen Mittel. Aber es ist doch nicht zu bestreiten, daß ein großer Teil der Schwierigkeiten durch unsere Hausfrauen selbst entsteht. Sehen wir ganz ab von fehlendem Willen, der meistenteils wiederum seinen Ursprung aus einem Mangel an Verständnis für die Bedeutung der Ernährungsfrage nimmt, die Hausfrau von heute, selbst manch „gute" Hausfrau, ist nach der Art ihrer wirtschaftlichen Vorbildung nicht fähig, eine zugleich voll ernährende und wohlschmeckende Mahlzeit mit der möglichsten Ersparnis an Material und Kosten herzustellen. Im Frieden bei ungestörtem Angebot stellt sich das alles gleichsam automatisch ins Gleiche: aus dem Ueberreichen ergibt sich das Genügende. Aber es fragt sich, ob dieses System nicht vor allem auch sozial eine ungeheure Vergeudung von Nährwerten und vor allem von Geld darstellt. Die Küche hat die allgemeine Entwicklung des letzten Jahrhunderts nicht mitgemacht. Ein Kücheninventar vom Beginn des 18. Jahrhunderts weist im allgemeinen die heute noch gebräuchlichen Geräte auf."

„Und da soll nun die Wissenschaft weiterhelfen?"

„Das Wort ist unglücklich. Es handelt sich darum, die Ernährung nicht mehr dem zufälligen Treffer zu überlassen. Sehen Sie, wenn seinerzeit einem Gärtner besonders gute Züchtungen gelangen, so nannte man das „eine glückliche Hand". Heute, wo in Gartenbauschulen, durch Fachzeitschriften die Erfahrung methodisiert ist, nennt man einen Gärtner ohne diese normale glückliche Hand einen schlechten Gärtner."

sich bald, daß die Intendanz das Theaterbedürfnis der Bevölkerung weit unterschätzt hatte. Man spielte bald vor meist ausverkauften Häusern. Vielleicht lockten die niederen Preise zum „Gelegenheitskauf" billiger Parkett- und Logensitze; vielleicht stellten auch wohlhabendere Flüchtlinge aus dem okkupierten Osten ein starkes Kontingent der Besucher der Hofbühnen; vielleicht machten sich auch die Kriegslieferanten [illegible] die — ja, nun muß ich es aus Mangel eines anderen Wortes doch gebrauchen — wissenschaftliche Unkenntnis der deutschen Hausfrau."

Aber dieser Krieg wäre nicht, was er ist, wenn das Neue, das er erweckt, nur wieder einem anderen Kriege zu gute kommen sollte. Sie werden sich nachher unsere Ausstellung ansehen — alte und neue Dinge, die ihren Weg durch den Krieg hindurch teilweise vielleicht ins dauernde Wirtschaftsbild des Friedens finden. So soll auch die größere Schulung der Hausfrau neue Friedenswerte schaffen. Die rationellere Küche wird unserer Volkskraft und unserem Volksvermögen zu Nutze kommen. Außerdem, die wachsende Unlust weiterer Frauenkreise zum Handwerk der Küche ist nicht ganz unverständlich. Es ging da alles zu sehr in jahrhundertalten, abwechslungslosen Gleisen. Die neuen Anregungen zu theoretischer Begründung und daraus hervor und daneben zum praktischen Experiment werden vielleicht einen Teil unserer jungen Damen mit größerem Eifer der Küche zurückgewinnen."

„Und wie denken Sie sich die Ausführung dieser Idee?"

„Für die heranwachsende Jugend im Anschluß an die bestehenden Lehranstalten. „Chemie der Küche" wird wie teilweise schon in England und Amerika ein Lehrfach. Für uns Hausfrauen selbst handelt es sich um eine möglichst ausgedehnte Organisation. Sie sehen, wie sich die Berliner Hausfrauenvereine erfolgreich zu einem Zentralverein zusammengeschlossen haben. Es wäre zu wünschen, daß solch ein Zentralverein mit Provinz- und Ortsgruppen die Hausfrauenvereine und Hausfrauen ganz Deutschlands umfasse. Sein Allgemeinheitsnutzen würde sich in diesem Kriege über Genüge bewiesen haben."

Die Ausstellung, die ich dann sah, hätte den Namen „Ersparnis und Ersatz" tragen können. Da gab es kleine Handwaschmaschinen zur Ersparnis der Seife, Gasroste zur Ersparnis von Fett, Karbidlampen, Kochkisten und -beutel, Ersatz für Staniol, Fensterleder aus Stückchen alter Handschuhe, Mörser aus Porzellan und Serpentinstein, einen (ausgeprobt haltbaren) Ledersatz, von dem das Paar Sohlen inklusive Machlohn 2,25—2,75 Mk. kostete, verschiedener Mehlersatz, Saucen in Pulverform, vor allem aber die unwahrscheinlichsten Dinge aus Papier: Bindfaden in verschiedener Stärke, Decken (die sogenannten dänischen), Säuglingsunterlagen, Socken, Gamaschen, schließlich sogar — Papierfeuerung. Das Rezept ist zu merkwürdig, als daß es nicht zum Schluß mitgeteilt werden sollte: Gewöhnliches Zeitungspapier wird zwei Tage lang in Wasser aufgeweicht, dann herausgenommen und zu runden Ballen gepreßt.

Frankfurter Zeitung
23./III. 1917
111

Fremdenblatt
23./XII. 1915

Deutsch-sozialdemokratischer Klub.

In den letzten Tagen hielt der Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten Konferenzen ab, in denen eine eingehende Aussprache über die Tätigkeit der Abgeordneten in den letzten Monaten sowie über die politischen Fragen erfolgte. Abg. Dr. Renner erstattete einen eingehenden Bericht über die hauptsächlichsten Aktionen des Klubs in den Ernährungsfragen. Der Klub beschloß nach eingehender Debatte, sofort eine neuerliche Abordnung an den Minister des Innern Prinzen Hohenlohe zu senden, die auch bereits im Ministerium des Innern vorgesprochen hat.

Neue Freie Presse
23./XII. 1915

Der Economist.

Die Lebensmittelversorgung im Jahre 1916.

Wien, 22. Dezember.

In den letzten Tagen sind zahlreiche Verfügungen getroffen worden, welche deutlich bekunden, daß zur Durchführung der Lebensmittelversorgung im Hinterlande noch weit energischere Maßnahmen zu erwarten sind als bisher. Die Erfahrungen von anderthalb Kriegsjahren haben gezeigt, daß starke Eingriffe notwendig sind, um die Versorgung der heimischen Bevölkerung aus dem uns zur Verfügung stehenden Nahrungsmittelvorrat zu sichern und zu verhindern, daß diejenigen, welche im Besitze dieser Nahrungsmittelvorräte sind, ihre günstige Position allzustark zu Lasten der konsumierenden Bevölkerung ausnützen. Diesen beiden Zielen entsprechend, müssen sich alle Regierungsmaßnahmen in bestimmten Richtungen bewegen. Zunächst gilt es, genau zu erheben, wie groß unsere Nahrungsmittelbestände sind und in welchem Maße sie durch die natürliche Reproduktion im Laufe des nächsten Jahres ergänzt werden können. Ferner müssen Mittel und Wege gefunden werden, um in den Verteilungsprozeß einzugreifen, damit sämtliche Bevölkerungsschichten hieran ihren gebührenden Anteil erlangen können und mit möglichster Sparsamkeit bei dem Verbrauche selbst vorgehen. Eine weitere Aufgabe besteht darin, durch Höchstpreise und ähnliche Maßregeln eine ungebührliche Preissteigerung zu verhindern, wobei auch an eine Ausschaltung von Zwischenhänden gegangen werden muß, um die hiedurch drohende Preisverteuerung unmöglich zu machen. Schließlich ist es auch Aufgabe der Regierung, dafür zu sorgen oder alle Bestrebungen zu unterstützen, damit das Reservoir der Lebensmittel durch ausländische Zufuhren neue Zuflüsse erhalte.

Nach all diesen Richtungen haben sich im abgelaufenen Jahre die Regierungsaktionen sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich-Ungarn bewegt. Wir wollen an ihnen heute keine Kritik üben und nur konstatieren, daß sowohl im Deutschen Reich als auch bei uns bei verschiedenen Aktionen Irrtümer unterlaufen sind; war dies doch unvermeidlich bei der Neuheit und gigantischen Größe der Aufgabe. Wir müssen auch zugestehen, daß die Durchführung vieler Maßnahmen in Oesterreich um so schwieriger war, weil beide Reichshälften getrennte Verwaltungsgebiete sind und insbesondere von Ungarn nicht immer erkannt wurde, daß die Lebensmittelversorgung der Monarchie ebenso eine gemeinsame Aufgabe des Gesamtstaates war wie die Kriegsführung selbst. Wir wollen nur hoffen, daß die Erfahrungen des vergangenen Jahres richtig erfaßt und nutzbar verwertet werden, und wir können heute vielleicht schon konstatieren, daß die Regierungsmaßnahmen der jüngsten Zeit denn doch schon nach mancher Richtung einen wesentlichen Fortschritt bedeuten.

Es sei zunächst nur darauf hingewiesen, daß endlich jene Aktion, welche auf die Zufuhr ausländischer Nahrungsmittel abzielt, mit Energie und Zielbewußtsein in die Hand genommen wurde. Im Deutschen Reiche war schon unter Mitwirkung öffentlicher Faktoren im August 1914 eine Einkaufsgesellschaft gebildet worden, welche speziell im neutralen Auslande die Ankäufe und Beschaffung von Lebensmitteln durchführen sollte. Diese Gesellschaft hatte zwar kein Monopol, genoß aber doch nach verschiedenen Richtungen eine solche Vorzugsstellung, daß sie die Konkurrenz privater Einkäufe, welche mit eine Ursache der Verteuerung der einzukaufenden Gegenstände im Auslande war, aus dem Felde schlug. Hiebei sorgte die Zentraleinkaufsgesellschaft auch sofort für eine entsprechende Verteilung der durch sie ermöglichten Auslandsbezüge, wobei jeder Zwischengewinn ausgeschaltet blieb, welcher die tatsächlichen Verwaltungskosten dieser Gesellschaft überstieg. Durch eine Ausfallsgarantie, welche vom Reich und den Ländern geboten wurde, war es sogar möglich, diese Verwaltungsspesen ziemlich gering anzusetzen. Bis zum Oktober 1915 fehlte eine derartige Einkaufszentralisation in Oesterreich. Die Käufe im Auslande erfolgten ohne zusammenhängenden Plan, oft nur von berufsmäßigen Händlern, oder waren Zufallsaktionen einzelner Gemeinden. Auch fehlte allen diesen Unternehmungen eine zielbewußte, kräftige Unterstützung der Regierung. Hiebei wurde im Deutschen Reiche diese unsystematische Einkaufstätigkeit von österreichischer Seite oft sehr störend empfunden, weil ihr einziger Effekt nur die Hinaufsetzung der Preise im neutralen Auslande war. Endlich wurde durch die Initiative und gewissermaßen unter der Patronanz des Ministeriums des Innern auch bei uns eine derartige Einkaufsgesellschaft als Gesellschaft mit beschränkter Haftung gegründet, welche zwar formell ein Erwerbsunternehmen ist, tatsächlich aber durch die Gewinnbegrenzung doch die Sicherheit bietet, daß ihre Tätigkeit im öffentlichen Interesse erfolgt. Auch dieses Unternehmen besitzt ebensowenig wie die deutsche Zentraleinkaufsgesellschaft eine rechtliche Monopolstellung, sondern nur eine durch die staatliche Unterstützung und den mangelnden Erwerbssinn gesicherte Vorzugsstellung. Wir wollen hoffen, daß dieselbe in ihrer Tätigkeit die in sie gesetzten Erwartungen erfüllt. So ist es sicher schon als ein Erfolg zu bezeichnen, daß eine Kooperation der beiden Gesellschaften in Deutschland und Oesterreich angebahnt ist und zumindesten gewisse grundlegende Abmachungen oder Teilungen durchgeführt erscheinen. Durch diese Gesellschaft werden Butter- und Eierzentralen errichtet werden. Gerade in diesen beiden Artikeln sind das neutrale Ausland und manche von uns besetzten feindlichen Gebiete sehr leistungsfähig. Gerade in letzteren kann die Zentraleinkaufsgesellschaft mit Unterstützung der militärischen Verwaltung eine ersprießliche Tätigkeit entfalten, und es wäre nur zu wünschen, daß sich hier wieder nicht Kompetenzstreitigkeiten ergeben, wie solche im abgelaufenen Jahre vielfach der Durchführung einer planmäßigen Lebensmittelverteilung manche Hindernisse bereiteten.

Neue Freie Presse
23./XII. 1915
14

Der Economist.

Weiter erscheint es jedoch notwendig, daß die aus dem Auslande zu erwartenden Zuflüsse auch in planmäßiger Weise in den Konsum überführt werden. Gerade nach dieser Richtung erscheint das deutsche Beispiel nachahmungswert, da dort bei Verteilung der im Ausland erworbenen Lebensmittel der Zwischenhandel ausgeschaltet wird, ja sogar autonome Körperschaften oder Konsumvereine nur unter der Bedingung zugelassen werden, daß sie selbst die Ueberführung in die letzte Hand besorgen. Nur unter diesen Umständen können die Auslandsbezüge auch in manchen Fällen die Preise regulieren oder es kann die Sicherheit dafür geboten werden, daß gerade die minder tragfähigen Schichten der Bevölkerung hieraus eine Erleichterung in der Deckung ihres Lebensmittelbedarfes erhalten. Daß das nicht immer geschieht, soll an einem Beispiel gezeigt werden. Der Stadt Wien wurden 1000 Milchkühe zur Verfügung gestellt. Hievon wurden 500 von der Gemeinde Wien selbst in Pflege genommen, für die entsprechende Wartung und Fütterung derselben vollkommene Sorge getragen und auch der Stadt Wien eine Ingerenz auf die Verteilung der zirka 7500 Liter Milch gegeben, welche diese Kühe liefern sollen. Andere 500 Kühe wurden aber den Milchmeiern überwiesen. Dies war wohl für die Milchmeier höchst erfreulich, bietet aber keine Gewähr für eine bessere Milchversorgung in Wien. Denn es steht nicht fest, daß die Milchmeier in der Lage sein werden, sich das entsprechende Futter zu verschaffen und daß tatsächlich die Wartung und Pflege der Kühe, von welcher ja ihre Milchergiebigkeit zum Teile abhängt, entsprechend gesichert erscheint. Auch hat man nicht gehört, daß die Milchmeier verhalten werden, die Milch dieser Kühe nur bestimmten bedürftigen Bevölkerungsschichten zu bestimmten Preisen zur Verfügung zu stellen. Und hiemit sind wir schon gleich bei einem der wichtigsten Punkte angelangt: der Aufgabe, für eine sparsame und zielbewußte Verteilung der Lebensmittel zu sorgen.

Eine eigentliche genaue Verbrauchsregelung ist nur bisher in Brot und Mehl sowie Getreide überhaupt erfolgt. Es ist dies jenes Gebiet, auf welchem eine derartige Politik am leichtesten durchführbar ist, weil das zu verteilende Produkt gleichförmig und über die vorhandenen Mengen eine Uebersicht mit relativer Sicherheit zu erlangen ist. In jüngster Zeit sind einschneidende Verfügungen erlassen worden, wie das Verbot der Verwendung von Weizenkochmehl bei der Brotbereitung, von Edelgetreidemehl bei Bereitung der Zuckerbäckerwaren, das Verbot der Erzeugung von Germ- und Blätterteigmehlspeisen in den Gasthäusern, sowie das unbedingte Verbot der Kleingebäckerzeugung. Solche Ersparungsmaßregeln sind dringend durch den Ernst der Zeit geboten. Durch irgendwelche Luxusgenüsse, welche sich denn doch nur die besseren Bevölkerungsschichten leisten können, darf doch nicht einer sparsamen Verwendung unserer Vorräte entgegengearbeitet werden. Durch den ungenügenden Ausfall unserer Futtermittelernte hat auch der Vorrat unseres Edelgetreides aus den verschiedensten Gründen eine Schmälerung erfahren. Sowohl auf dem flachen Lande, wie auch in Ungarn ist nicht die Verbrauchsbeschränkung mit entsprechender Energie, Gleichmäßigkeit und Rücksichtslosigkeit durchgeführt worden, und so erscheint es jetzt geboten, sich der möglichsten Sparsamkeit zu befleißigen, aber auch wieder gut zu machen, was verabsäumt wurde, und auch auf dem flachen Lande die Verbrauchsregelung straffer durchzuführen. Einige Maßnahmen der ungarischen Regierung sowie ihre Erklärung im Parlament lassen vermuten, daß auch dort mit größerer Energie auf eine Sparsamkeit im Mehlverbrauche hingearbeitet werden wird, was umso wünschenswerter erscheint, weil nur dann Ungarn in der Lage sein wird, seine Aufgabe, auch uns entsprechende Ueberschüsse zur Verfügung zu stellen, zu erfüllen. Auch werden sich wohl gewisse Streckungsmaßnahmen nicht vermeiden lassen. Die Vorschläge, die Brot- und Mehlkarte in zwei Karten, in eine gesonderte Brot- und Mehlkarte, zu trennen sowie insbesondere die Mehlkarte nur jenen zu geben, welche Mitglieder einer Hauswirtschaft sind, erscheint wohl vorerst kaum empfehlenswert und wäre nur als äußerste Notmaßregel anzuwenden. Dies wäre noch ein weiterer Eingriff in die Art und Weise, wie jedes Individuum sein Nahrungsbedürfnis decken darf oder soll, und ein derartiger Eingriff erschiene wohl nur durch die äußerste Not gerechtfertigt. Es darf nicht übersehen werden, daß bei der heutigen Teuerung der Lebensmittel die Ergänzung des Mehlbedarfes durch Beihilfe anderer minderstarker Esser für viele ärmere Familien überhaupt nur die Möglichkeit bietet, das Nahrungsbedürfnis voll zu befriedigen. Wollen wir hoffen, daß es der Kriegsgetreideverkehrsanstalt gelingt, durch ausländische Bezüge unseren Vorrat an Edelmehlen zu steigern. Unsere Inlandsvorräte sind — das steht unter allen Umständen fest — hinreichend, um das Durchhalten bis zur neuen Ernte zu ermöglichen. Unsere Feinde müssen jede Hoffnung aufgeben, daß wir durch Mehl- oder Brotmangel gezwungen werden könnten, die Erfolge unserer Waffen nicht voll und ganz auszunützen. Ausländische Zufuhren würden uns nur ermöglichen, manche Ersparungs- oder Streckungsmaßnahmen wieder rückgängig zu machen.

Eine wichtige Frage bleibt die der Milchversorgung, und es kann nur mit Befriedigung begrüßt werden, daß die Einführung einer Milchkarte für den bevorzugten Konsum von Kindern, stillenden Müttern und Kranken, wie dies gerade an dieser Stelle von sachmännischer Seite zu wiederholten Malen angeregt wurde, eine gesetzliche Grundlage erhalten hat. Ferner soll durch das Verbot des Schlachtens der Milchkühe, für welches in den hohen Viehpreisen ein gewisser Anreiz gegeben war, die Gefahr einer Minderung der Milchproduktion beseitigt werden. Es werden sich aber hier noch andere schwierige Fragen ergeben. So wird es vielleicht notwendig sein, selbst mit staatlichen Opfern, allen jenen Milchwirtschaften, welche die Aufrechthaltung der Milchwirtschaft garantieren, Futtermittel zu entsprechenden Preisen zur Verfügung zu stellen, selbstverständlich unter der Bedingung, daß sie auch die Milchpreise dementsprechend gestalten und bestehende Lieferungsverpflichtungen vollinhaltlich erfüllen. Auch wird sich in manchen Fällen die Notwendigkeit ergeben, festzusetzen, welcher Teil der Milchproduktion zur Verbutterung reserviert sein darf. Dies soll gewiß nicht generell durchgeführt werden, aber immerhin soll auch hier der Regierung die Möglichkeit geboten werden, einzugreifen. Denn hohe Butterpreise, sowie die Möglichkeit und Zweckmäßigkeit, die abgebutterte Magermilch als Viehfutter zu verwenden, sind oft ein Lockmittel für die Milchwirtschaften, allzugroße Quoten der Milchproduktion für die Buttererzeugung zu verwenden. Speziell in Deutschland hat sich dies ereignet, und man ist auch dort in ganzen Gegenden energisch durch Versiegelung der Buttergefäße gegen eine allzugroße Butterproduktion vorgegangen.

Eine große Sorge bildet die Fleisch- und Fettfrage. Anfänglich schienen die Festsetzung der Höchstpreise und die gleichzeitig über den Verkehr zwischen den beiden Reichshälften getroffenen Vereinbarungen eine wohltätige Wirkung auszuüben. Dem vorübergehenden Preisrückgang sind jedoch wieder Preissteigerungen gefolgt, und es besteht kein Zweifel, daß die Regierung nunmehr der Fleisch- und Fettfrage neuerlich ihre volle Aufmerksamkeit zuwenden muß. Die wichtigsten Mittel bleiben die Beschaffung von Futtermitteln für Mästungen von Schweinen, wobei hieran gewisse Bedingungen rücksichtlich der Mästung selbst sowie der Preise der Mastschweine geknüpft werden können, genaue Ueberwachung der Schlachtviehmärkte, Ausschaltung jeder Spekulationsmöglichkeit und Uebernahme der Versorgung durch autonome Körperschaften, welche auf jeden Gewinn verzichten. Höchstpreisfestsetzungen allein genügen auch hier nicht, weil sie sogar eventuell den Anreiz zur Schweinemästung nehmen können. Daß solche Eingriffe in die landwirtschaftliche Produktion schwieriger sind als in die industrielle, liegt außer Zweifel. Die Schwierigkeit einer Aufgabe soll aber nie daran hindern, die Erfüllung derselben zumindesten zu versuchen.

Frankfurter Zeitung
24./XII. 1915

Die Ernährungsfrage.

N **Berlin**, 23. Dezbr. (Priv.-Tel.) Der parlamentarische Beirat für die Ernährungsfrage, der dem Reichsamt des Innern beigegeben werden soll, ist vom Reichstage noch nicht beschlossen. Es liegt bisher nur ein Beschluß der Kommission vor, aber der ist einstimmig gefaßt. Aus der Tatsache, daß das Reichsamt des Innern den Reichstag bereits aufgefordert hat, 15 Abgeordnete für diesen Beirat zu ernennen, geht hervor, daß dieses Amt den formellen Beschluß des Plenums des Reichstages gar nicht abwarten will, sondern darauf bedacht ist, die Einführung und den Beginn der Tätigkeit dieses Beirats nach Möglichkeit zu beschleunigen. Es kommt damit sicher einem, nicht nur in der Volksvertretung, sondern auch in der Bevölkerung selbst vorhandenen Wunsche entgegen. Man heißt alles willkommen, wovon man erwarten kann, daß es die Schwierigkeiten, die in der Frage der Volksernährung bestehen, zu erleichtern und zu lösen geeignet ist. Je eher der parlamentarische Beirat in Tätigkeit tritt, desto eher wird man sehen, wie weit er den Erwartungen entspricht, die an ihn geknüpft werden. Die Sache drängt, denn die Ernährungsfrage ist eine tägliche Frage, und da der Reichstag erst am 11. Januar wieder zusammentritt, so würde ungenützte Zeit vergehen, bis er formell den Beschluß der Errichtung dieses Beirats faßt.

Frankfurter Zeitung
24./XII.1915

Die Hauptsache nicht vergessen!

Es scheint, daß manche Leute bei uns auch im Kriege ein schlechtes Gedächtnis haben und daß sie auch die Hauptsache schnell vergessen, wenn man sie ihnen nicht immer von neuem wiederholt. Die Hauptsache, das ist die Mahnung: sparsam sein mit dem Brot und mit allen Nahrungsmitteln! Daß wir nicht auszuhungern sind, das wissen wir. Aber was wir nicht vergessen dürfen, das ist, daß jeder einzelne Bürger in Stadt und Land, bei der eigenen Ernährung wie bei der Fütterung des Viehs, das Seinige dazu tun muß, um im Aushungerungskriege zu siegen. Wir reichen, wenn wir sparen! Also muß der einzelne vor allem sparen — das Reichen kommt dann schon von selbst!

Daran werden wir jetzt wieder gemahnt. Denn es zeigt sich, daß wir mit dem Brot vielleicht schon wieder allzu übermütig gewesen sind. Die Ernteschätzung für Brotgetreide hatte im Juli d. J. ziemlich günstig gelautet, und die Reichsgetreidestelle hatte daraufhin die Zügel etwas gelockert. Die Tagesration war um ein Achtel, auf 225 Gramm, erhöht worden; das Ausmahlungsverhältnis wurde auf 75 Prozent ermäßigt, sodaß die Menschen angenehmeres Mehl und die Tiere mehr Kleie bekamen; auch direkt für Futterzwecke wurden ziemlich bedeutende Getreidemengen freigegeben, und für Teigwaren, Keks und manches andere gab es mehr Mehl. Nun ergibt die im November veranstaltete Vorratserhebung, daß die Vorräte nicht so groß sind, wie man nach der Schätzung vom Juli hätte glauben können. Ein sicheres Resultat ist das noch nicht: die Bestände sind wahrscheinlich nicht sehr genau erfaßt worden; viel Getreide ist noch nicht ausgedroschen und deshalb schwer zu schätzen; auch sonst ging vieles auf Schätzungen, die erfahrungsgemäß bei solchen Gelegenheiten nach unten übertreiben. Es wird deshalb eine genaue Nachprüfung der Vorratserhebung stattfinden, deren Ergebnis bis Mitte Januar vorliegen soll. Sie soll sehr sorgfältig angestellt werden: alle Besitzer sollen zu genauen Angaben verpflichtet werden, vereidigte Vertrauensleute sollen an Ort und Stelle Ernteflächen und Vorratsangaben vergleichen, noch nicht ausgedroschenes Getreide soll, wenn nötig mit Unterstützung der Reichsgetreidestelle, ausgedroschen werden. Um ganz sicher zu gehen, soll die Reichsgetreidestelle sofort all das Getreide aufkaufen, das die Kommunen zur Selbstwirtschaft nicht nötig haben. So wird man den genauen Ueberblick über die Lage unserer Brotversorgung zu gewinnen suchen, den man unbedingt braucht, damit wir uns richtig einteilen können und nicht im Laufe des Jahres unangenehme Ueberraschungen erleben. Die reichen Zufuhren aus dem Balkan werden uns ja auch zustatten kommen. Einstweilen aber sollen wir aus der Vorratserhebung vom November und ihrem Ergebnis das lernen, daß wir die im ersten Kriegsjahre geübte Sorgfalt nicht etwa jetzt außer acht lassen dürfen. Die Getreide-Organisation wird hoffentlich auch in der neuen Form sicher und ungehindert funktionieren, und zu dem Verantwortlichkeitsgefühl der Männer an ihrer Spitze haben wir das Vertrauen, daß sie unter allen Umständen das durchsetzen wofür sie bestellt sind. Aber die Organisation kann ihre Aufgabe nur erfüllen, wenn sie auf allen Seiten, bei den Landwirten wie bei den Verbrauchern, verständnisvolle und verantwortungsbewußte Mitarbeit findet. Die Vorschriften über die Verwendung der Getreidevorräte müssen von jedem einzelnen genau eingehalten werden. Wer Brotgetreide über das ihm zugebilligte Maß verbraucht und wer Brotgetreide verfüttert, der versündigt sich an der Gesamtheit, der hilft unseren Feinden!

Essen und Trinken darf im Kriege nicht zum Vergnügen geschehen — es ist ein notwendiges Uebel! Das empfindet die große Masse der Verbraucher schon in den Preisen; es ist nötig, daß auch die Wohlhabenden es nicht vergessen. Und vor allem dürfen die Landwirte nicht vergessen, daß das Brotgetreide beschlagnahmt ist, daß sie es nicht verfüttern dürfen. Wir reichen — wenn wir sparen. Diese Hauptsache dürfen wir nicht aus dem Gedächtnis verlieren.

Arbeiterzeitung
25./XII. 1915

Die Wiener Kleinhandelspreise

Weihnacht 1914 und Weihnacht 1915.

Der Wiener Marktamtsdirektor hat wieder einmal einen seiner so nützlichen Berichte, die uns über die Steigerung der Lebensmittelpreise unterrichten, herausgegeben. In dieser Zusammenstellung sind die Preise der wichtigsten Lebensmittel verglichen in der Zeit vom 13. bis 19. Dezember 1914 und in der Zeit vom 12. bis 18. Dezember 1915. Diese Zahlen sprechen sehr eindringlich zu allen, die es angeht. Hören wir: Inländisches Rindfleisch, vorderes: Durchschnittspreis 1914 2 Kronen, 1915 3·20 Konen bis 6 Kronen, Durchschnitt also **4·60 Kronen**; ausländisches: 4·45 Kronen; hinteres 280 Heller: 660 Heller; ausländisches 450 Heller; Schweinefleisch, abgezogenes: 250: 520; junges 240: 566; Pferdefleisch, die „Volks"-Fleischnahrung: 104: 340 das vordere und 118: 375 das hintere. Es ist um mehr als das Dreifache im Preise gestiegen, dabei wieder das weniger begehrte vordere mehr als das hintere, während Rind- und Schweinefleisch „nur" um mehr als das Doppelte gestiegen sind.

Kartoffeln 15: 14½; Zwiebeln 42: **76**; Zucker 91: 98 (um 7 Heller teurer; dieser ganz ohne Not, da wir ja jetzt allen Zucker selber essen müssen, auch den, den die Zuckerfabrikanten früher nach England geliefert haben). Weizenmehl 75: 74; **Brot** 48·8: **53·6**; Sauerkraut 24: 49 (mehr als das Doppelte); Fisolen 76: 125; ganze **Erbsen**: 87: 178 (mehr als das Doppelte); gespaltene: 110: 210 (fast das Doppelte); Reis: 81: **330** (mehr als das Dreifache); **Schweineschmalz** 233: 755 (das ist das Dreieinhalbfache); geräucherter Speck 235: 735 (mehr als das Dreifache); Theebutter 420: 760 (fast das Doppelte), ausländische **860** (mehr als das Doppelte); Kochbutter 325: 660 (mehr als das Doppelte). Auch hier wieder die fast gesetzmäßige Erscheinung; je mehr eine Ware Volksnahrungsmittel ist, desto teurer wird sie auch im Vergleich zur selben Ware besserer Beschaffenheit. Theebutter, die Bürgerbutter, steigt um 81 vom Hundert, die Kochbutter, die Proletarier auch aufs Brot streichen, steigt um 103 vom Hundert; die Margarine, die Kunstbutter, die Ersatzbutter der Aermsten, aber um **177 vom Hundert**. Sie kostete zu Weihnacht 1914 im Durchschnitt noch 220 Heller, 1915 aber schon 610 Heller. Eier, frische 17: 24½, aufbewahrte 14: 19½. Ausschankmilch: Vollmilch 31: **45** (14 Heller mehr), Magermilch 23: 20 (die einzige Ware, die billiger geworden ist, aber sie ist auch im Kleinhandel so gut wie gar nicht zu haben). Petroleum 49: 66 (17 Heller teurer); endlich Kohle (50 Kilogramm): Steinkohle 225: 271, Braunkohle 164: 185. Nichts gibt mehr zu denken als eine solche Gegenüberstellung für alle, die sie angeht, und sie geht alle an.

Die Zeit
25./XII. 1915
18

Ein bürgerliches Haushaltungsbuch.

Wie die Teuerung sich fühlbar macht.

Mitte März und Ende Mai wurden hier die authentischen Ziffern eines genau geführten Haushaltungsbuches veröffentlicht, das uns von einer Hausfrau des Mittelstandes zur Einsicht vorgelegt wurde. Die Dame steht einem Haushalt vor, in dem der Gatte, drei Kinder und ein Dienstmädchen zu verköstigen sind. Wir haben dem Buch bloß die Ziffern, die sich auf Ernährung, Beleuchtung und Beheizung beziehen, entnommen. Die Wohnungsmiete wurde nicht berücksichtigt, weil die Mietzinse im allgemeinen seit Kriegsausbruch keine besondere Veränderung aufweisen, die Kleidungsausgaben anzuführen, wäre nicht empfehlenswert gewesen, weil sie einen zu individuellen Anstrich hatten. Auch war in Betracht zu ziehen, daß die Verhältnisse in dieser Hinsicht bei jeder Familie auch bei gleichem Einkommen je nach Lebensanschauung, persönlichem Geschmack und sozialer Stellung ganz verschieden sind. Ist beispielsweise der Hausvater ein Kaufmann mit 600 Kronen Monatseinkommen, so gibt er für die Bekleidung seiner Familie ganz andere Summen aus als ein Beamter in gleichen Verhältnissen. Aehnliches wäre hinsichtlich der Ausgaben für die Wohnung zu sagen. Schließlich darf noch gesagt werden, daß die Teuerung auf dem Markt für Kleider und Schuhe die meisten Familien heute zu Aushilfen zwingt, deren Besprechung geradezu peinlichen Charakter hat. Jeder sucht sich solange zu helfen, wie er es am besten hält, bis er einmal zur Einsicht kommt, daß es Aushilfen nicht mehr gibt und daß der Krieg ihm als Soldaten des Hinterlandes das zwingende Gebot: Durchhalten und Einschränken auferlegt. Der eine tut es, indem er weniger und schlechter ißt; der andere, indem er sich schlechter kleidet; der dritte, indem er die bequeme alte Wohnung verläßt und auf den letzten Rest von Wohnungsluxus verzichtet, den die elenden Wiener Wohnungsverhältnisse früher noch erlaubten. Die Dame, die uns ihr Haushaltungsbuch vorgelegt hat, glaubt in diesen Dingen den einzig vernünftigen Standpunkt einnehmen zu sollen: sie schränkt das eigene Kleiderbudget und das ihres Mannes und der drei Kinder ein, sie wohnt schlechter als früher, den Kindern aber soll, soweit es die Kriegsverordnungen zulassen, in der Nahrung nichts abgehen. Sie sollen gesund und kräftig aufwachsen. Der Küchenzettel der ersten Kriegsmonate ist daher aufrecht geblieben. Noch immer wird fünfmal in der Woche Fleisch gegessen, dreimal sogar des Abends (allerdings in sehr bescheidenem Ausmaß), die zwei fleischlosen Tage werden, was leider nicht in allen Familien geschieht, ehrlich eingehalten, viermal in der Woche gibt es daher zum Mittagstisch Suppe, Fleisch und Gemüse, einmal Suppe, Fleisch, Gemüse und Mehlspeise, einmal falsche Suppe und Innereien, einmal falsche Suppe und Mehlspeise. Des Abends wird dreimal wöchentlich Fleisch, zweimal Eierspeise, zweimal Wurst und Käse gegessen.

Was kostete das früher und was kostet es heute?

Im März 1914 wöchentlich K. 57.10 (einschließlich Beheizung und Beleuchtung), im März 1915 K. 85.57, im Mai 1915 K. 88.40 wegen der warmen Jahreszeit und der langen Tage Beleuchtung und Beheizung nicht eingerechnet), im November 1915 aber, wie weiter unten gezeigt wird, K. 99.62, also rund K. 100. Von den K. 57.16 des März 1914 führt so ein langer Leidensweg auf nahezu das Doppelte.

Hier die Ziffern der heutigen Haushaltungskosten.

Die Ausgaben für Frühstück und Jause setzen sich aus folgenden Posten zusammen: 1 Liter Milch 45 Heller, Kaffee und Zutaten 40 Heller, Zucker 15 Heller. Gibt zusammen 1 Krone. Im März 1914 betrugen die Kosten eines Frühstücks oder einer Jause ebenfalls 1 Krone. Aber da waren 12 Semmeln mitgerechnet. Die Semmeln gibt es nicht, aber um den Betrag, den sie kosteten, sind seither Milch, Kaffee und Zucker teurer geworden. Im März 1915, als es noch weißes Kriegsgebäck gab, kostete ein Frühstück K. 1.28. Im Mai 1915 kostete das Frühstück ohne Semmeln bereits 92 Heller, jetzt 1 Krone. Die Rechnung für die Semmeln und das Brot kommt an einer anderen Stelle zum Vorschein.

Das Mittagessen kostet heute pro Woche K. 43.82, im März 1914 K. 25.—, im März 1915 K. 40.—, Ende Mai 1915 sogar K. 46.60. Wenn heute hier eine Verbilligung um etwa drei Kronen zu verzeichnen ist, so kommt dies daher, daß Ende Mai die Fleischpreise etwas höher waren und für Innereien noch Phantasiepreise bezahlt werden mußten. Auch hatte unsere Hausfrau damals, was erst jetzt erwähnt sei eine Mehlquelle, die sich für ein Kilogramm Weizenmehl mehr als 2 Kronen bezahlen ließ.

Die heutigen Ausgaben für den Mittagstisch stellen sich folgendermaßen: Fünfmal je drei Viertelkilogramm Fleisch zu K. 4.80 gibt K. 24.—; wöchentlich 6 Kilogramm Kartoffeln 90 Heller, 1 Kilogramm Sauerkraut 50 Heller, 6 Häuptel Kohl K. 1.68, ein halbes Kilogramm Erbsen K. 1.—, 1 Kilogramm Beuschel K. 1.60, täglich 80 Heller für Zucker und Fett gibt in der Woche K. 5.60, für Gewürz und Grünzeug wöchentlich K. 2.—, für die Mehlspeistage an Fett- und Eierzutaten K. 3.04, Mehlspeis- und Gemüsezutaten für die Suppe wöchentlich K. 3.50. Das alles gibt zusammen K. 43.82. Nochmals sei bemerkt, daß diese Endsumme aus genau den gleichen Speisenposten resultiert, wie sie im März 1914 und 1915 und im Mai 1915 angesetzt waren. Es fehlen hier allerdings die nicht unwesentlichen Posten für Mehl. An den Mehlspeistagen sind bloß die Kosten der Zutaten eingesetzt, ebenso fehlen die Posten für den täglichen Mehlverbrauch, für Einbrenn und Stäubung. Sie sind in den Ansätzen für die später folgenden Kosten der Brot- und Mehlkarteneinlösung summarisch ausgewiesen. Womit gesagt ist, daß unsere Hausfrau heute als brave Staatsbürgerin die Mehlspeistage, das Suppen- und Gemüseeinbrennen und den Brotkonsum aus den Mehlkarten bestreitet.

Sehr bös sieht es heute mit den Nachtmahlkosten aus. Dreimal gibt es je ein halbes Kilogramm Fleisch, zweimal Eier, zweimal Wurst und Käse. Die Fleischrechnung beträgt dreimal K. 3.20, gleich K. 9.60. Dann gibt es 30 Eier zu je 24 Heller, gleich K. 7.20, Butter K. 1.68, an den Wursttagen für Wurst, Butter und Käse zusammen K. 9.—. Die ganze Nachtmahlrechnung beträgt danach K. 27.48.

Die Einlösung der Brotkarten sieht folgendermaßen aus: Es stehen unserem Haushalt sechs Brotkarten mit 168 Abschnitten zur Verfügung. Ein Drittel davon, 56 Abschnitte, insgesamt 2 Kilogramm 80 Dekagramm, werden für den Mehlbezug reserviert. 2 Kilogramm 80 Dekagramm kosten, das Kilogramm zu 78 Heller gerechnet, K. 2.13. Es verbleiben von den Brotkarten 112 Abschnitte. Pro Abschnitt sind bekanntlich 4 Heller zu zahlen, so daß die Einlösung K. 4.48 ausmacht. Für Brot und Mehl gibt daher unsere Familie wöchentlich K. 6.66 aus.

Die wöchentliche Rechnung für Beleuchtung und Beheizung ergibt heute folgendes: 3·5 Liter Petroleum zu je 72 Heller, gleich K. 2.52, und zwei Zentner Kohle wöchentlich zu je K. 2.40, gleich K. 4.80. K. 4.80 plus K. 2.52 macht K. 7.32. Im März 1914 ergab der gleiche Budgetposten K. 4.30.

Wenn man die Posten für Frühstück, Jause, Mittagmahl, Nachtmahl, Beleuchtung und Beheizung addiert, erhält man eine Wochenrechnung von K. 99.62. Wollen wir auch den Vergleich mit der Friedenszeit jetzt nicht anstellen, so ist doch zu konstatieren, daß gegenüber dem März 1915 mit seinem Wochenbudget von K. 85.57 leider eine neuerliche Verteuerung um K. 14.05 wöchentlich oder K. 56.20 monatlich eingetreten ist. Diese K. 56.20 sind dem Monatsbudget unseres Haushaltes buchstäblich verloren gegangen. Es ist, als wäre das Einkommen des Haushaltungsvorstandes um diesen Betrag gekürzt worden. Früher konnte er die K. 56.20 für eines der vielen Dinge verwenden, die einem Mittelstandshaushalt immer nottun. Heute verschwinden sie in den Taschen aller jener, die von der Lebensmittelteuerung profitieren. Der Hausvater zahlt so eine drückende Kriegssteuer und hat nicht einmal die Befriedigung, daß sie dem Staat zugute kommt.

Neues Wiener Tagblatt
25./XII. 1915

Der Weihnachtsverkehr auf dem Naschmarkt.

Die lebhafte Nachfrage für die Weihnachtsartikel stellte sich heuer erst an den beiden letzten Tagen vor den Feiertagen — Mittwoch und insbesondere Donnerstag — ein. Die Fischstände wurden gestern gestürmt, den Landleuten, welche Schweinefleisch und Geflügel auf den Markt bringen, die Ware abgenommen, noch bevor sie ihren Stand ausräumen konnten. Von Obst waren diesmal schöne Tiroler Aepfel am meisten gesucht, da sie heuer die größtenteils fehlenden Weihnachtsartikel, wie Königsdatteln, Loucoumfeigen, Rosmarinfeigen, die nur vereinzelt und in geringen Mengen auf den Markt kommen, ersetzen müssen. Infolge der großen Nachfrage, und da auch ein Teil der Tiroler Aepfel beschädigt ankam, haben sich die Preise in den beiden letzten Tagen für feine Tiroler Ware etwas erhöht. Orangen wurden heuer noch wenig gekauft, da sie noch nicht dem Geschmack entsprechen, dagegen fanden Mandarinen zu etwas höheren Preisen viele Käufer. Auch Gemüse, insbesondere alle Salatsorten, waren sehr begehrt und daher höher im Preise. Alle andern Grünwaren notierten unverändert. Die Zufuhren an inländischer Butter waren bedeutend besser, da wieder höhere Preise erzielt werden und das Publikum vorläufig Mittelsorten hiesiger Butter der gesalzenen galizischen Butter vorzieht. Eine Preissteigerung für Eier konnte durch die marktämtliche Intervention vermieden werden. Die Landleute wurden veranlaßt, ihre Ware nur direkt an die Konsumenten abzugeben, wodurch sich sogar etwas billigere Preise ergaben.

Tägliche Rundschau 25./XII. 1915

Die künstliche Trocknung von Nahrungsmitteln.

Vor kurzem hat im ehemaligen Reichsmarineamt Berlin eine Ausstellung stattgefunden, die vielleicht die größte Beachtung verdiente von allen bisher im Laufe des Krieges veranstalteten Ausstellungen, da sie sich mit der Frage der Sicherstellung der Volksernährung befaßte. Die Ausstellung „Dörrgemüse und Dörrobst" hat es sich zur Aufgabe gestellt, die im wahrsten Sinne des Wortes „trockene" Materie in einer leicht faßlichen und nicht langweiligen Form plastisch darzustellen, und sie war in der Tat, wenn man so sagen darf, ein plastisches Lehrbuch, in dem jeder studieren könnte, wie wertvoll das künstlich getrocknete Gemüse und Obst für die Volksernährung ist, wie schön sein Aussehen, wie haltbar, wie billig und nahrhaft es ist, und wie leicht es schmackhaft zubereitet werden kann. Diese Ausstellung soll, wie man hört, als Wanderausstellung durch Deutschland gehen, und es ist sicherlich von großem Wert, wenn jetzt im Kriegswinter für das Ziel gearbeitet wird, damit die Ernte des kommenden Sommers nicht nur auf nassem Wege, sondern auch unter Anwendung der künstlichen Trocknung konserviert wird. Wie einfach diese Konservierungsmethode ist, wurde praktisch vorgeführt unter Zuhilfenahme kleiner, billiger Herddörren, die ohne besondere Heizquelle auf jedem Küchenherd während des Kochens in jedem Privathaushalt Anwendung finden können. Die damit hergestellte Dauerware an Gemüse, dessen Abfälle auch noch getrocknet wurden, um als Futtermittel Verwendung zu finden, war von schönstem Aussehen, geringem Gewicht und vorzüglichem Geschmack. Die Frau Kronprinzessin, die die Ausstellung besuchte und eine Kostprobe von solchem Gemüse entgegennahm, ließ sich zwei Tage später getrocknete Gemüse verschiedener Art in das Neue Palais schicken, um auch ihre Schwägerin, die Prinzessin Adalbert, von der Güte des getrockneten Gemüses zu überzeugen.

Es würde zu weit führen, wollte man die Ausstellung bis ins Einzelne schildern. Wer sich über einzelne Fragen unterrichten will, kann dies an der Hand des kleinen Führers, der für 10 Pfg. zu haben ist und wertvolle Ratschläge für die Herstellung, die Aufbewahrung, die Zubereitung usw. von Dörrgemüse enthält.

Aber die Ausstellung hat nicht nur Anregung gegeben, Dörrgemüse und Dörrobst allein als Dauerware in den „eisernen Bestand" der Volksnahrungsmittel aufzunehmen, sondern sie hat im allgemeinen wertvolle Fingerzeige und Anregungen auf dem gesamten Gebiet der künstlichen Trocknung von Nahrungsmitteln gegeben. Und das ist vielleicht das wichtigste Ergebnis dieser Ausstellung, deren Zustandekommen der Frau Kriegsminister Wild v. Hohenborn zu verdanken ist, welche den geistigen Urheber und Geschäftsführer der Ausstellung, Herrn Redakteur Otto Teich, Leipzig, in verständnisvoller und tatkräftiger Weise unterstützte.

Wenn es Herrn Teich, der sich der Weiterbearbeitung der künstlichen Trocknung von Nahrungsmitteln widmet, gelingen würde, die von ihm weiterhin angeregte Frage der Trockenkonservierung von frischem Fleisch und frischen Eiern in praktische Bahnen zu lenken, so würde er sich damit ein großes Verdienst um die Volksernährung erwerben.

Die Trocknung von frischem Fleisch hat, wie von ihm angestellte Versuche ergeben, eine Dauerware hervorgebracht, die nur noch 5 bis 6 v. H. Wasser enthält, höchstens noch ein Drittel ihres ursprünglichen Frischgewichtes hat, auf lange Zeit haltbar ist und, sachgemäß zubereitet, vorzüglich schmeckt. Gelingt es, diese Versuche ins Große zu übertragen, so heißt das nicht mehr und nicht weniger, als daß man in Zukunft aus entfernten Ländern Fleisch einführen kann, ohne die kostspielige Kältekonservierung in Anspruch nehmen zu müssen bei gleichzeitiger Ersparnis von mindestens zwei Drittel der Transportkosten.

Fast noch wichtiger ist die Trocknung frischer Eier, und zwar deshalb wichtiger, weil (was vom Fleisch nicht unbedingt feststeht) es in der Tat in einigen neutralen Ländern ungeheuere Mengen billiger Eier gibt, die aber in ihrem frischen Zustand schwer zu verfrachten sind und dadurch teuer werden. Wenn es auch an sich nichts Neues ist, frische Eier durch Trocknung in Pulverform zu verwandeln — man hat solches Trockengut schon immer in Friedenszeiten in großen Quantitäten aus China eingeführt —, so ist es aber von enormer Bedeutung, wenn es jetzt während des Krieges gelingen sollte, billige Eier im Ausland zu beschaffen, sie dort zu trocknen und in Pulverform, also leicht verfrachtbar unter Erhaltung ihres Nährwertes und Geschmackes nach Deutschland einzuführen. Eine Eier-Trocknungsanlage ist imstande, 60 000 Eier in zwölf Stunden zu trocknen.

Da viele Vertreter von Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden die Ausstellung besucht haben, wie z. B. der Landwirtschaftsminister, der Oberbürgermeister der Stadt Berlin, der Leiter der Heeresverwaltung, General v. Owen, ferner viele maßgebende Persönlichkeiten, Fachleute und Geschäftsleute, so darf angenommen werden, daß im allgemeinen das Verständnis für die Bedeutung der künstlichen Trocknung von Nahrungsmitteln erweitert und vertieft worden ist, und man darf im Besonderen hoffen, daß die Behörden der Fleisch- und Eiertrocknung größtes Interesse entgegenbringen und die praktische Durchführung ermöglicht wird. Dr. U.

Neues Wiener Tagblatt
25./XII. 1915

Die Approvisionierung im Kriege.

Die diesjährigen Approvisionierungsmärkte in der Weihnachtswoche.

Die Signatur der diesjährigen Approvisionierungsmärkte während der Weihnachtswoche bilden wesentlich verminderte Zufuhren und namhaft höhere Preise. Speziell auf den Hauptgebieten, die für den Konsum in Betracht kommen, ist ein empfindlicher Ausfall zu konstatieren. Auf dem vorjährigen Rindermarkte in der Weihnachtswoche wurden 6719 Stück aufgetrieben, während die dieswöchige Zufuhr sich auf 1218 Stück belief. Der reguläre Höchstpreis im Vorjahre betrug 140 K. und in dieser Woche 340 K. pro Meterzentner. Auch der Schweinemarkt zeigte eine empfindliche Minderzufuhr. Im Vorjahre langten 8697 Stück Fettschweine und 4801 Stück Jungschweine ein. Der dieswöchige Dienstagmarkt wurde mit 1549 Stück Fettschweinen und 1433 Stück Jungschweinen beschickt. Im Vorjahre notierten erstere K. 1.44 bis K. 1.72, und letztere K. 1.40 bis K. 1.60 pro Kilogramm. Auf dem Dienstagmarkte erzielten Fettschweine K. 4.60 bis K. 5.30 und Jungschweine K. 4.20 bis K. 5.20 pro Kilogramm. Nur auf dem Kälbermarkte erhielten sich die Zufuhren auf vorjähriger Höhe. Hingegen war der Höchstpreis für Kälber im Vorjahre K. 1.80 und auf dem Donnerstagmarkte K. 3.80 pro Kilogramm. Auch die Fleischzufuhren nach der Großmarkthalle haben erheblich abgenommen, und stellten sich die Preise entsprechend der Bewegung auf den Märkten für lebende Ware höher. Relativ günstig waren die Zufuhren auf dem Fischmarkte, und machte sich speziell bei dem in der Weihnachtswoche dominierenden Fisch, Karpfen, kein Mangel bemerkbar. Der Import in Seefischen hat sogar eine Zunahme aufzuweisen. Allein die Preise stellten sich erheblich höher wie im Vorjahre. Eine empfindliche Abnahme haben die Ankünfte in Wildbret erfahren, da ein großer Teil des erlegten Wildes in den Jagdgebieten zurückgehalten wird. Die Nachfrage war mit Rücksicht auf die hohen Preise weniger lebhaft. In Butter konnte der Bedarf beinahe vollständig gedeckt werden, nachdem größere Vorräte von importierter Ware eingelagert waren. Inländische Butter mangelte. Die Preise stellten sich wesentlich höher wie im Vorjahre. Ein veritabler Mangel herrschte in Eiern, der sich auch dadurch unliebsam fühlbar machte, daß infolge der knappen Zufuhren im Sommer nur kaum nennenswerte Quantitäten konserviert werden konnten. Das Angebot in Geflügel war zwar für den reduzierten Bedarf ausreichend, allein die Preise stellten sich namhaft höher. In Obst und Gemüse waren die Ankünfte ziemlich günstig, hingegen wurden Südfrüchte in Anbetracht der Transportschwierigkeiten in verminderten Mengen importiert.

Arbeiterzeitung
25./XII. 1915

22

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Eine Stiftung für Forschungen zur Volksernährung.

Der Großindustrielle Bernhard Wetzler hat für eine Stiftung die Summe von 500.000 Kronen gewidmet: zum Zwecke der Errichtung eines Instituts, in dem auf Grund naturwissenschaftlicher Forschung die technische Seite der Ernährungsfragen gepflegt und gefördert werden soll. Dazu wird halbamtlich mitgeteilt:

Schon seit einer Reihe von Jahren sind durch die Entwicklung der Naturwissenschaft, insbesondere der organischen Chemie, der Biologie und der Physiologie, die Vorbedingungen für die Forschungen auf diesem Gebiet geschaffen worden, und in der Tat befassen sich österreichische, ungarische und deutsche Gelehrte, unter den deutschen insbesondere jene in den Kaiser Wilhelm-Instituten in Dahlen, mit einschlägigen Fragen. Derartige Arbeiten in einem systematischen Zusammenhang und in einem organisierten Institut zu fördern ist die Absicht des Stifters, die durch Errichtung des „Instituts für Volksernährung" verfolgt werden soll. Der Stifter hat sich an den Präsidenten des Technischen Versuchsamtes gewendet mit dem Ersuchen, die Vorarbeiten für die Organisation dieses Unternehmens in die Wege zu leiten, und dieser hat sich zur Uebernahme dieser Mission nicht nur bereit erklärt, sondern auch die Vorverhandlungen mit Autoritäten in den betreffenden Fächern in Oesterreich, Ungarn und Deutschland bereits in Angriff genommen.

Der Stifter ist wohl in seinen Betrieben mit der Bedeutung wissenschaftlicher Methoden für die gesamte Volksernährung vertraut geworden. Die Ueberzeugung von der ökonomischen und technischen Rückständigkeit unserer Nahrungsmittelgewinnung, die im Kriege allgemein geworden ist, läßt nun eine solche Widmung als überaus zeit- und zweckmäßig erscheinen. Leider hat es erst dieses Krieges bedurft, um die ganze Gesellschaft, die öffentliche Meinung und die öffentliche Gewalt mit der Erkenntnis zu erfüllen, daß die Volksernährung nicht länger die Privatsorge einzelner sein kann, sondern zur wichtigsten Aufgabe der Allgemeinheit geworden ist, daß die Volksversorgung der letzte und entscheidende Richtpunkt der Volkswirtschaft überhaupt ist. Wir wissen heute, daß von dem Ernährungszustand eines Volkes seine staatliche Kraft abhängt, seine militärische wie seine kulturelle Leistungsfähigkeit. Ob diese Fähigkeit dann auch wirklich zur Leistung wird, ist das zweite Problem, das Problem der Organisation des Volkes. Seit vielen Jahren haben wir ein Ministerium für Volksernährung gefordert, ohne die Staatsverwaltung zu einem ernsthaften Schritt bestimmen zu können. Nun weist die Einsicht eines Privaten den Weg und ermöglicht zunächst die Schaffung eines Instituts, das die theoretischen und technischen, wirtschaftlichen und sozialen Hilfsmittel späterer Staatstätigkeit aufsucht und bereitstellt. Wir hoffen, daß das Institut mit aller Sorgfalt, vor allem aber mit sozialem Empfinden eingerichtet wird, daß die zum Werke berufenen Autoritäten die guten Absichten der Stiftung mit fachlichem und sozialem Verständnis verwirklichen.

Vossische Zeitung
28/XII. 1915

Die Einrichtung städtischer Lebensmittelämter fordert in der „Sozialen Praxis" Dr. E. Zitzen wenigstens in den größeren Gemeinden und Gemeindeverbänden. Diese hätten die Aufgabe, festzustellen:

Wie groß ist Angebot und Nachfrage bei den einzelnen Lebensmitteln im Bezirk? Was und wieviel wird gebraucht? Wann sind die Hauptverbrauchszeiten im Jahr? Wie steht es mit der Lebensmittelzufuhr sowohl nach der verkehrstechnischen Seite (auf Achse, Bahn oder Schiff) wie nach der handelstechnischen Seite (Vermittlungsglieder, Groß- und Kleinhandel)? Welche Preisbedingungen, Preisgewohnheiten und Preiseinflüsse machen sich geltend? Eine schätzenswerte Beihilfe leisten hier auch die von den örtlichen Verbrauchervereinigungen veranstalteten Preisfeststellungen und „Einkaufstage". Ueberhaupt würden die Verbrauchervereinigungen bei den Aufgaben des Lebensmittelamtes wertvolle Dienste leisten können. Wiederholt wurde auch schon die Schaffung öffentlicher Verbraucherkammern gefordert.

Ueberhaupt empfiehlt Zitzen, ein besseres Zusammenarbeiten und eine stärkere Zentralisation zwischen den einzelnen Städten herbeizuführen. Ein Beispiel des gemeinsamen Vorgehens war die damals erfolgte Gründung des Städteverbandes zum Einkauf von Seefischen, ferner die Vereinigung der Städte im rheinisch-westfälischen Industriebezirk und die jüngst erfolgte Gründung der Einkaufsgesellschaft südwestdeutscher Städte. Ein städtisches Lebensmittelamt könnte auch mitwirken bei der einheitlichen Förderung der städtischen Lebensmittelerzeugung. Wie vieles sich hier noch erreichen läßt, hat wiederum der Krieg gezeigt, und zwar auf dem Gebiete dr Urbarmachung brachliegender Flächen, der Sammlung der städtischen Abfälle, des Kleingartenbaues und der Kleintierzucht. Das Hauptbestreben wäre aber darauf zu richten, mehr Verbindungen mit den ländlichen Erzeugern oder mit Vereinigungen von solchen anzuknüpfen. Man hat häufig genug geklagt über die „Anarchie der Produktion". Diese regellose Erzeugung könnte am besten in geordnete Bahnen gelenkt werden, wenn die Bedarfsstellen mit den Lieferungsstellen mehr nach planmäßigen Gesichtspunkten zusammenarbeiten würden. In manchen Landesbezirken herrscht oft Ueberfluß an gewissen Lebensmitteln, während gleichzeitig in der Stadt ein großer Mangel daran herrscht. Allgemeine Ratschläge über die Vermehrung des Ausbaues und den Nutzen gewisser Lebensmittel haben wenig Zweck, wenn man nicht gleichzeitig für eine geregelte Zufuhr sorgt. Daher wurde schon so oft von landwirtschaftlicher Seite betont, daß zunächst die städtische Nachfrage organisiert werden und man dann mit den Erzeugern in Verbindung treten müßte.

Vossische Zeitung
29./XII. 1915

Unsere Volksernährung.

Das Ergebnis der sich über acht lange Sitzungen des Reichshalts-Ausschusses erstreckenden Beratungen über die Ernährungsfragen hat der Berichterstatter dieses Ausschusses Graf Westarp in einem ausführlichen Bericht für das Plenum wie folgt zusammengefaßt:

„Es sind ausreichend Vorräte vorhanden, um die Bevölkerung während des Krieges zu ernähren, so lange dieser auch dauern sollte. Besonders wird an den notwendigsten Lebensmitteln, Brot, Kartoffeln und Fleisch, ein wirklicher Mangel nicht eintreten.

Andererseits können wir mit Sicherheit nicht darauf rechnen, daß wir mehr haben, als wir brauchen. Eine Einschränkung, besonders an Fett und Butter, wird nicht zu umgehen sein. Voraussetzung dafür, daß wir auskommen, ist auf allen Gebieten Sparsamkeit, gewissenhafte und von verständnisvollem guten Willen getragene Durchführung der getroffenen Maßnahmen, Einschränkungen des Verbrauches und Steigerung der Preise müssen bis zu einem gewissen Grade als notwendige Folge des Krieges und der Absperrung in Kauf genommen werden, die unsere Feinde in der Absicht durchgeführt haben, unser Volk durch Hunger auf die Knie zu zwingen.

Unter diesen Verhältnissen leiden nicht nur die Verbraucher, sondern sie führen auch für die Landwirtschaft, für die verarbeitenden Gewerbe und Handwerksbetriebe, für den Groß- und Kleinhandel eine Fülle von Erschwernissen und wirtschaftlichen Schädigungen herbei.

Dank der bisher getroffenen Maßnahmen ist trotz der größeren Schwierigkeiten, die für Deutschland infolge seiner Absperrung bestehen, erreicht worden, daß bei uns die Teuerung und die Einschränkungen hinter denjenigen in den neutralen und feindlichen Ländern, besonders auch in England, zurückbleiben.

Es ist aber die wichtigste innerpolitische Aufgabe, daß die Maßnahmen zur Versorgung des Volkes mit Lebensmitteln und sonstigen Gegenständen des täglichen Bedarfs mit dem Ziele der gleichmäßigen und gerechten Verteilung aller vorhandenen Vorräte, die Förderung der Produktion und der Verhinderung wucherischer oder sonst unberechtigter Gewinne einzelner rechtzeitig, entschieden, einheitlich und planvoll getroffen und durchgeführt werden.

Daneben ist es nötig, daß alle Beteiligten, Regierung, Parlamente und Presse an der Spitze, dauernd bemüht bleiben, aufklärend und beruhigend auf die Massen der Bevölkerung einzuwirken und die Kenntnis von den Verhältnissen im Inlande und Auslande und von den getroffenen Maßnahmen zu verbreiten.

Die Kommission spricht also die volle Zuversicht aus, daß die Bevölkerung in Deutschland für jede Dauer des Krieges vollkommen sichergestellt und seine wirtschaftliche Kraft ungebrochen ist. Sie gibt der festen Ueberzeugung Ausdruck, daß das deutsche Volk sich durch die unvermeidlichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Krieges keinen Augenblick in seiner Entschlossenheit beirren läßt, den Krieg bis zum siegreichen Ende durchzuführen. Auf allen Seiten, bei den verbündeten Regierungen, den einzelnen Parteien und Berufsständen ist der gute und ehrliche Wille vorhanden, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in gemeinsamer Arbeit und pflichtbewußter Hilfsbereitschaft zu bekämpfen. Um der wirtschaftlichen Lage Deutschlands willen braucht der Krieg nicht einen Tag früher beendet zu werden, als die militärische und politische Lage den vollen Sieg verbürgt."

Im Reichshaushaltsausschuß waren außer den einzelnen Parteien, den Staatssekretären des Reichsamts des Innern und des Reichsschatzamtes, sowie den Bevollmächtigten zum Bundesrat, auch die Leiter der Reichsgetreidestelle und der Reichskartoffelstelle vertreten.

Neues Wiener Tagblatt
29./XII. 1915

* **(Ein Lebensmittelmagazin für die Nordwestbahnbediensteten.)** Um einen Teil der Bureaux der k. k. Nordwestbahndirektion, die infolge Platzmangels bisher in einigen Privathäusern eingemietet waren, zu zentralisieren und anderseits dem Lebensmittelmagazin der Nordwestbahnbediensteten ein zweckmäßiger eingerichtetes Heim zu schaffen, wurde der Plan gefaßt, auf den Gründen nächst dem Nordwestbahnhof ein Gebäude zu errichten, das einzig und allein für Kanzleizwecke und als Lebensmittelmagazin bestimmt sein sollte. Der 4 Stock hohe Bau wurde unter Aufwendung eines Baukapitals von 600,000 K. vor kurzer Zeit fertiggestellt. Durch einen sehr freundlichen Hausflur gelangt man über die in sehr einfachem Stil gehaltene Stiege in die Stockwerke, deren Gänge, durch die Warmwasserzentralheizung durchwärmt, in die äußerst modernen, aber doch einfach und sehr zweckmäßig ausgestatteten Kanzleiräume führen. Die Verkaufslokale des Lebensmittelmagazins befinden sich zu ebener Erde, seine Kanzleien im Mezzanin. Auf dem Rundgang fesselt den Besucher zuerst der große Verkaufsraum für Milch. Durch die Anlage eines Schrankenweges wird den Käufern ermöglicht, in kurzer Zeit die angeforderte Menge Milch zu erhalten. In den Morgenstunden werden täglich gegen 4000 Liter Milch, die durch moderne Apparate pasteurisiert sind, zum Ausschank gebracht. Auf der andern Seite des Hausflures liegen die Verkaufsräume des Lebensmittelmagazins. Eine Anzahl von Kassen sorgt für die rasche Abfertigung des Publikums. Der Verkaufsraum bietet Platz für mehr als 800 Personen. Einen Stock tiefer, überdeckt von einer Betondecke, liegt der Warenkeller, der durch mehrere elektrisch betriebene Warenaufzüge verbunden ist. Die äußerst modernen, praktischen und hygienischen Einrichtungen des Neubaues geben der k. k. Nordwestbahndirektion alle Ursache, auf diese Schöpfung stolz zu sein.

Neues Wiener Tagblatt
29./XII. 1915

* **(Kochkurs für Bürgermädchen.)** In der Koch- und Haushaltungsschule in Ottakring, welche unter der Leitung der Frauenvereinigung für soziale Hilfstätigkeit seit Jahren schon große Erfolge erzielt hat, beginnt mit 3. Jänner 1916 der dreimonatige Kochkurs für Bürgermädchen. Gelehrt wird — an jedem Wochentage außer Samstag von 10 bis 2 Uhr — von Fachlehrerinnen die sparsame Herstellung von schmackhafter, kräftiger Kost, das Einsieden von Obst, das wichtigste aber Kinder- und Krankenernährung, über Einkauf und Qualität von Lebensmitteln, die Berechnung und Einteilung der Kosten, das Reinigen und Instandhalten der Geräte, die Behandlung der Wäsche, Flicken und Stopfen und alle hauswirtschaftlichen Arbeiten, mit einem Worte die Grundlage, um geregelte Wirtschaftsverhältnisse und ein gesundes Familienwesen zu erzielen. Die Bedingungen zur Aufnahme sind die folgenden: Die Schülerinnen müssen das 16. Lebensjahr vollendet haben und bezahlen für das von ihnen bereitete und auch verzehrte Mittagessen jeden Montag im vorhinein 3 K. 75 H., d. i. 75 H. für die Mahlzeit. Das außerdem zu zahlende Schulgeld beträgt für den ganzen dreimonatigen Kurs 45 K., von denen 30 K. beim Eintritt, die restlichen 15 K. mit Beginn des zweiten Monats zu erlegen sind. Für würdige und unbemittelte Mädchen bestehen an der Kochschule Freiplätze in dem Sinne, daß von diesen nur das Kostgeld für die Mahlzeiten entrichtet wird, wogegen sie von der Entrichtung des Schulgeldes befreit sind. Im Schullokal, 16. Bezirk, Payergasse Nr. 1, finden jeden Wochentag außer Samstag von 6 bis 8 Uhr abends die Einschreibungen statt. Es ist frühzeitige Anmeldung geboten, da nur eine beschränkte Zahl von Schülerinnen aufgenommen werden kann.

Reichspost
29./XII. 1915

Wo bleibt die Parität?

Erst vor kurzem wurde in Ungarn die Herstellung von Weißgebäck (Semmeln usw.) verboten und Oesterreich, wo man solches Gebäck seit Kriegsbeginn nicht mehr kennt, durch diese Verordnung erinnert, um wie viel besser das Leben in Ungarn ist (extra Hungariam non est vita et est vita non est ita = man lebt nirgends so herrlich wie in Ungarn). Diese Erinnerung wird wieder aufgefrischt durch eine neue Verordnung der ungarischen Regierung, durch welche in Ungarn der Mehlverbrauch (der bisher doppelt so hoch bemessen war als in Oesterreich) ab 10. Jänner zwar vermindert, aber immer noch für den Kopf und Tag mit 240 Gramm festgesetzt wird, während in Oesterreich schon längst nur ein Höchstverbrauch von 200 Gramm zulässig ist. Ja, erst vor wenigen Tagen wurde angekündigt, daß für Oesterreich demnächst eine weitere Herabsetzung der Mehlrationen bevorstehe, von der zunächst gewisse Vorzugskategorien, Landwirte und Schwerarbeitern mit 400, beziehungsweise 300 Gramm betroffen werden sollen. Mit der hier viel begrüßten Erklärung, die vor einiger Zeit Ministerpräsident Graf Tisza über die Notwendigkeit der gleichen Behandlung beider Staaten hinsichtlich der Lebensmittelzuweisung abgegeben hat, ist die neuerliche große Verschiedenheit in der Mehlverteilung nicht recht in Einklang zu bringen. Die Parität, die an den Fronten wahre Triumphe feiert, scheint im Hinterland noch immer mit Schwierigkeiten kämpfen zu müssen.

Tägliche Rundschau
30./XII. 1915

Der Deutsche Reichstag und die Volksernährung im Kriege.

In acht langen Sitzungen hat der Hauptausschuß des Deutschen Reichstages die Frage unserer Volksernährung während des Krieges behandelt. Ueber den Verlauf dieser Verhandlungen hat der Berichterstatter des Ausschusses, der konservative Abgeordnete Graf v. Westarp, einen ausführlichen und übersichtlichen Bericht für das Plenum erstattet. Das Ergebnis der gesamten Beratungen hat Graf v. Westarp in den nachstehenden Ausführungen zusammengefaßt:

„Es sind ausreichend Vorräte vorhanden, um die Bevölkerung während des Krieges zu ernähren, so lange dieser auch dauern sollte. Besonders wird an den notwendigsten Lebensmitteln, Brot, Kartoffeln und Fleisch, ein wirklicher Mangel nicht eintreten.

Anderseits können wir mit Sicherheit nicht darauf rechnen, daß wir mehr haben, als wir brauchen. Eine Einschränkung, besonders an Fett und Butter, wird nicht zu umgehen sein. Voraussetzung dafür, daß wir auskommen, ist auf allen Gebieten Sparsamkeit, gewissenhafte und von verständnisvollem guten Willen getragene Durchführung der getroffenen Maßnahmen. Einschränkungen des Verbrauches und Steigerung der Preise müssen bis zu einem gewissen Grade als notwendige Folge des Krieges und der Absperrung in Kauf genommen werden, die unsere Feinde in der Absicht durchgeführt haben, unser Volk durch Hunger auf die Knie zu zwingen.

Unter diesen Verhältnissen leiden nicht nur die Verbraucher, sondern sie führen auch für die Landwirtschaft, für die verarbeitenden Gewerbe und Handwerksbetriebe, für den Groß- und Kleinhandel eine Fülle von Erschwernissen und wirtschaftlichen Schädigungen herbei.

Dank der bisher getroffenen Maßnahmen ist trotz der größeren Schwierigkeiten, die für Deutschland infolge seiner Absperrung bestehen, erreicht worden, daß bei uns die Teuerung und die Einschränkungen hinter denjenigen in den neutralen und feindlichen Ländern, besonders auch in England, zurückbleiben.

Es ist aber die wichtigste innerpolitische Aufgabe, daß die Maßnahmen zur Versorgung des Volkes mit Lebensmitteln und sonstigen Gegenständen des täglichen Bedarfs mit dem Ziele der gleichmäßigen und gerechten Verteilung aller vorhandenen Vorräte, der Förderung der Produktion und der Verhinderung wucherischer oder sonst unberechtigter Gewinne einzelner rechtzeitig, entschieden, einheitlich und planvoll getroffen und durchgeführt werden.

Daneben ist es nötig, daß alle Beteiligten, Regierung, Parlamente und Presse an der Spitze, dauernd bemüht bleiben, aufklärend und beruhigend auf die Massen der Bevölkerung einzuwirken und die Kenntnis von den Verhältnissen und von den getroffenen Maßnahmen im Inlande und Auslande zu verbreiten.

Der Ausschuß spricht also die volle Zuversicht aus, daß die Bevölkerung in Deutschland für jede Dauer des Krieges vollkommen sichergestellt und seine wirtschaftliche Kraft ungebrochen ist. Er gibt der festen Ueberzeugung Ausdruck, daß das deutsche Volk sich durch die unvermeidlichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Krieges keinen Augenblick in seiner Entschlossenheit beirren läßt, den Krieg bis zum siegreichen Ende durchzuführen. Auf allen Seiten, bei den verbündeten Regierungen, den einzelnen Parteien und Berufsständen ist der gute und ehrliche Wille vorhanden, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in gemeinsamer Arbeit und pflichtbewußter Hilfsbereitschaft zu bekämpfen. Um der wirtschaftlichen Lage Deutschlands willen braucht der Krieg nicht einen Tag früher beendet zu werden, als die militärische und politische Lage den vollen Sieg verbürgt."

Dieser Zusammenfassung der Verhandlungen des Ausschusses haben alle Parteien des Reichstages einmütig zugestimmt.

Frankfurter Zeitung
30./XII. 1915.

Die Lebensmittelversorgung aus dem Orient.

Man schreibt der „Deutschen Orient-Korrespondenz" aus Budapest:

Um die Bedeutung der zwischen der deutschen und österreichisch-ungarischen Einkaufsgesellschaft und der rumänischen Verkaufskommission abgeschlossenen Lieferung über 50 000 Waggons Brotgetreide und Hülsenfrüchte richtig zu verstehen, muß man sich vergegenwärtigen, daß in dieser Menge nicht eingerechnet sind die bereits früher von der Regierung und von privater Seite getätigten Abschlüsse über Weizen, Mais und Bohnen, die sich in ihrer Gesamtheit auf 12 000 Waggons belaufen. Der größte Teil dieser Waren ist bereits verladen und wird sofort zur Absendung gelangen, sobald keine Transportschwierigkeiten entgegenstehen. Diese 12 000 Waggons werden aber jedenfalls noch eher nach Deutschland gelangen, als der letzte große Abschluß. Weiterhin muß aber berücksichtigt werden, daß mit den 50 000 Waggons die Lieferungen aus Rumänien keineswegs etwa ihr Ende erreichen werden. Denn Rumänien hat noch sehr große Ausfuhrüberschüsse zur Verfügung, die es an die Zentralmächte abzugeben gezwungen ist. Schon jetzt haben sich die Zentralmächte den Ankauf weiterer 100 000 Waggons gesichert, der jedenfalls erfolgen wird, sobald der größte Teil der bisherigen Abschlüsse zum Versand gelangt ist. Es dürften mithin schätzungsweise insgesamt etwa 180 000 Waggons Brotgetreide und Hülsenfrüchte aus Rumänien nach Deutschland und Oesterreich-Ungarn aus den letzten beiden Ernten geliefert werden. Besonders erfreulich ist bei diesen Abschlüssen, daß auch Mais im erheblichem Umfange zur Einfuhr nach Deutschland gelangt. Denn Bulgarien hat neuerdings zur Sicherstellung seines eigenen Bedarfs die Grenzen für die Ausfuhr von Mais gesperrt und es besteht wenig Aussicht, daß dieses Ausfuhrverbot in absehbarer Zeit aufgehoben wird. Immerhin sind 2000 Waggons Mais an Deutschland verkauft und bereits dorthin unterwegs. Der Abtransport des rumänischen Getreides soll teilweise mit Bahn, teilweise auf der Donau erfolgen. Da aber gegenwärtig der verfügbare Schiffsraum nahezu vollkommen in Anspruch genommen ist, werden wohl die Eisenbahnen den größten Teil der Frachten zu übernehmen haben. Selbstverständlich ist Sorge getroffen, daß Waggons in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen. Es wird daher möglich sein, täglich etwa 300 Waggons zum Versand zu bringen und diese Zahl in absehbarer Zeit auf 400 Waggons zu steigern. Immerhin werden auf diese Weise einige Monate vergehen, bis die bisherigen Abschlüsse ihr Bestimmungsziel erreicht haben.

Fremdenblatt
30./XII. 1915

Die Ernährungsfrage in Deutschland.

K. Berlin, 29. Dezember. In dem Berichte über das Ergebnis der Beratungen des Reichshaushaltsausschusses für Ernährungsfragen führt der Berichterstatter Graf Westarp u. a. aus: Es sind ausreichende Vorräte vorhanden, um die Bevölkerung während des Krieges zu ernähren, so lange dieser auch dauert. Besonders wird an den notwendigsten Lebensmitteln, Brot, Kartoffeln und Fleisch, ein wirklicher Mangel nicht eintreten; anderseits können wir mit Sicherheit nicht darauf rechnen, daß wir mehr haben als wir brauchen. Eine Einschränkung besonders bei Fett und Butter wird nicht zu umgehen sein. Die Voraussetzung dafür, daß wir auskommen, ist auf allen Gebieten Sparsamkeit. Dank den bisher getroffenen Maßnahmen ist trotz der größeren Schwierigkeiten, die für Deutschland infolge der Absperrung bestehen, erreicht, daß bei uns die Teuerung und die Einschränkungen hinter denjenigen in den neutralen und den feindlichen Ländern, besonders auch in England, zurückbleiben. Auf allen Seiten bei den verbündeten Regierungen, den einzelnen Parteien und Berufsständen ist der gute ehrliche Wille vorhanden, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in gemeinsamer Arbeit und pflichtbewußter Hilfsbereitschaft zu bekämpfen. Um der wirtschaftlichen Lage Deutschlands willen braucht der Krieg nicht einen Tag früher beendet zu werden, als bis die militärische und politische Lage einen vollen Sieg verbürgt.

Hamburger Fremdenblatt 31./XII. 1915.

31

Die Volksernährung am Jahresschluß.

Die Kühnheit unserer Feinde in der bewußten Verzerrung der wirtschaftlichen Vorgänge in Deutschland ist unübertrefflich. In den gegnerischen Zeitungen wird leichtgläubigen Lesern immer wieder vorgefabelt, daß die Anzeichen der bestehenden Hungersnot überall wahrnehmbar wären. Die Erregung im Volke sei infolgedessen in der Zunahme begriffen und müsse in absehbarer Zeit zu offener Auflehnung gegen die Regierung führen. Daher müßte der Krieg gegen das halbzermürbte Deutschland unter Aufgebot aller Kräfte fortgesetzt werden, die Niederwerfung der Mittelmächte als ersehnter Siegespreis könnte unter den obwaltenden Umständen mit Sicherheit in baldige Aussicht gestellt werden.

Es mag unerörtert bleiben, ob solche grotesken Entstellungen von ihren Urhebern als bare Münze genommen oder wider die eigene Ueberzeugung in Umlauf gesetzt werden, um schwachmütigen Seelen einigen Heldenmut durch die Vorspiegelung einer bei den Gegnern nahenden Katastrophe einzuflößen. Hingegen ist die Tatsache nicht zu bezweifeln, daß alles Gerede von der Nahrungsnot in Deutschland Unsinn ist. Unsere Lebensmittelversorgung ist während der 17 Kriegsmonate nie ernstlich bedroht gewesen, unsere Volksernährung steht am Jahresschluß auf gesichertem Boden. Freilich hat es hierzu eines ganzen Arsenals von Verpflegungsmaßregeln bedurft, die dem Publikum dadurch auferlegten Beschränkungen können aber unschwer getragen werden. Einen guten Beweis liefert in dieser Beziehung z. B. die Brotkarte, die anfänglich von manchen als eine unerträgliche Einrichtung angesehen wurde, binnen kurzem aber ausgezeichnet sich eingebürgert hat. Auch die fett- und fleischlosen Wochentage werden ohne wesentliche Störungen durchgeführt.

Die Regelung der Nahrungswirtschaft ist beim Eintritt in das neue Jahr besser ausgebildet als vor Jahresfrist, läßt daher erwarten, daß wir den Anfechtungen auf den Lebensmittelmärkten mühelos werden standhalten können. Man erinnere sich, daß vor einem Jahre, in der Zeit zwischen 17. Dezember und 5. Januar, erst die verschärften Verordnungen über das Ausmahlen und die Verfütterung von Brotgetreide, die Bereitung von Backwaren und dergleichen mehr erlassen wurden. Die Brotfrage ist seitdem zur Zufriedenheit gelöst. Auch für die Deckung des Kartoffelbedarfs, um dessentwillen ein Teil unseres Borstenviehs dem Schlachtmesser überliefert werden mußte, ist hinreichend Sorge getragen. Manche Einzelfragen der Verpflegung harren zwar noch ihrer Erledigung, können aber das günstige Gesamtbild unserer Volksernährung beim Jahreswechsel nicht verdüstern.

Die Zeit Abendbl.
31./XII. 1915

* [Die Approvisionierung Belgrads.] Die erste und wichtigste Sorge der österreichisch-ungarischen Verwaltung nach der Besetzung Belgrads durch die k. u. k. Truppen bestand darin, die Bevölkerung Belgrads vor dem Verhungern zu schützen. Wie die Belgrader Nachrichten melden, wurden Mehlkarten eingeführt, so daß jeder Bewohner sich das Allernotwendigste zum Leben einkaufen kann. Aus dem Verkauf der Waren zieht die Gemeinde einen kleinen Nutzen, den sie zur Erhaltung von drei Volksküchen verwendet. Auf diese Weise wurde der dringendsten Not abgeholfen. Ferner ist Vorsorge getroffen, daß noch weitere Lebensmittel eingeführt werden. Um die wirtschaftliche Not im Innern des Landes zu lindern, wurde ein Wirtschaftsausschuß ins Leben gerufen, der sich hauptsächlich damit beschäftigt, der Landbevölkerung Saatgut und Zugtiere zu verschaffen. Es wird ein Austausch von Zugtieren, Saatgut und landwirtschaftlichen Maschinen in die Wege geleitet, damit die Bezirke, die am meisten gelitten haben, möglichst bald in die Lage kommen, ihre Felder wieder zu bebauen. Jeder Kreis der von den k. u. k. Truppen besetzten Gebiete erhält eine Militärwirtschaftsstation, die die Saatgüter in den betreffenden Kreisen in Verwaltung nimmt und als Regulator für den Austausch an Saatgut, Maschinen, Zugtieren und anderen Bedürfnissen funktioniert. Solche Militärwirtschaftsstationen bestehen bereits in Schabatz und Topschider; ihre Tätigkeit hat bereits schöne Erfolge gezeitigt. — Wie sehr die serbischen Verwalter öffentlicher Gelder auf ihre Taschen bedacht waren, zeigen zwei Fälle, die das genannte Blatt veröffentlicht: Der Gemeinderatspräsident Gjorgje Nestorowitsch hat von dem für die Armenpflege bestimmten Fonds, der etwa 100.000 Dinar (zirka 100.000 Kronen) betrug, 90.000 Dinar mitgenommen. Der Lehrer Blagocewitsch, der Präsident des Lokalausschusses für die Kriegsverunglückten, hat 53.000 Dinar mitgehen lassen. Solcher Fälle ließen sich noch eine ganze Reihe aufzählen. Als die k. u. k. Truppen in Belgrad einzogen, war die Stadt von Geld fast ganz entblößt.

Vossische Zeitung 1./I.1916.

Weniger Süßigkeiten.

Zu der vom Bundesrat erlassenen Verordnung hinsichtlich der Einschränkung der Fabrikation von Süßigkeiten ist jetzt eine Bekantmachung des Reichskanzlers erschienen, die die Verwendung des Zuckers regelt. Danach wird die Regelung und Ueberwachung des Verkehrs mit Zucker zur Verarbeitung in gewerblichen Betrieben, in denen Süßigkeiten hergestellt werden, einer Zuckerzuteilungsstelle für das deutsche Süßigkeitengewerbe übertragen.

Diese neue Organisation wird unter Aufsicht des Reichskanzlers von der Vereinigung deutscher Zuckerwaren- und Schokoladefabrikanten in Würzburg verwaltet. Bis spätestens 15. Januar haben die Süßigkeitenhersteller dieser Zuteilungsstelle auf vorgeschriebenen Formularen anzuzeigen, welche Zuckermengen sie vom 1. Oktober 1914 bis 30. September 1915 verarbeitet haben oder zur Verfügung hatten und über welche Zuckermengen sie am 1. Januar 1916 verfügten. Für den Fall, daß diese Angaben nicht genau gemacht werden können, sind Schätzungen zulässig. Die Zucker-Zuteilungsstelle setzt alsdann die Zuckermengen fest, die die einzelnen Betriebe verarbeiten dürfen. Gegen die Festsetzungen ist Beschwerde bei einem Ausschuß zulässig. Die Süßigkeiten-Hersteller dürfen vom 1. Januar Zucker nur beziehen, wenn sie gleichzeitig den Abgebern des Zuckers die von der Zuteilungsstelle ausgefertigten Bezugsscheine über die jeweils zu übernehmenden Zuckermengen aushändigen. Ebenso dürfen die Abgeber von Zucker an Süßigkeitenhersteller nur gegen Aushändigung der Bezugsscheine liefern. Uebertragungen der Zuckerbezugsscheine sind verboten. Vom 1. Januar ab dürfen endlich die Süßigkeitenhersteller von den vorhandenen und hinzukommenden Zuckermengen nur jene Mengen verarbeiten, die ihrem Anteil bei der Zuteilungsstelle entsprechen. Ueber den Bezug und die Verwendung von Zucker müssen die Fabrikanten von Süßigkeiten genau Buch führen. Verstöße gegen diese Bekanntmachung werden mit empfindlichen Strafen geahndet.

*

Neue Beratungen über die Gemüsehöchstpreise im Kleinhandel finden gegenwärtig im Schoße der Groß-Berliner Preisprüfungsstelle und des zuständigen Fachausschusses statt. Wie bereits bekannt gemacht, treten am heutigen 1. Januar in Berlin, den Nachbarstädten und einigen Vorortgemeinden Kleinhandelshöchstpreise zunächst nur für einige Gemüsesorten in Kraft. Sie betragen für Grünkohl 6 Pf. das Pfund, für Kohlrüben 5 Pf., für Mohrrüben 8 Pf., für Zwiebeln 15 Pf. und für Sauerkraut 16 Pf. Für Weißkohl, Wirsingkohl und Rotkohl sind von den Gemeinden noch keine Kleinhandelshöchstpreise festgesetzt. Die Städte und Kommunalverbände gehen nur mit größter Vorsicht an die Regelung der Preise für diese Kohlsorten heran, weil schon die Festsetzung von Höchstpreisen für den Gemüsegroßhandel durch den Reichskanzler auf die Gemüsezufuhren lähmend gewirkt hat. Berlin hat daher im Verein mit mehreren Nachbarstädten an den Bundesrat eine Eingabe gerichtet, worin erklärt wird, daß die Gemeinden zwar bereit seien, auch Höchstpreise für Weiß-, Wirsing- und Rotkohl festzusetzen, daß es aber nicht möglich sei, sie innerhalb der vom Reichskanzler bestimmten oberen Grenze zu halten. Ein Bescheid ist hierauf noch nicht ergangen. Die Beratungen der Groß-Berliner Preisprüfungsstelle für Gemüse usw. sollen am Montag festgesetzt werden. Schon jetzt sind die Stockungen auf dem Gemüsemarkt so groß, daß die Kleinhändler vielfach erklären, vom Montag ab kein Gemüse mehr verkaufen zu können.

*

Freie Vereinbarungen für Kaffee-Höchstpreise? Wie wir erfahren, schweben zwischen dem Kaffeehandel und den Röstereien Verhandlungen, um den Preis für einen guten Konsumkaffee auf einer Basis zu halten, die auf keinen Fall 2 Mark für das Pfund gerösteten Kaffee im Kleinverkauf übersteigt. Wenn diese Verhandlungen, wie unsere Nachrichten besagen, dem Abschluß nahe sind, so würde durch diesen Abschluß für die Regierung die Notwendigkeit entfallen, in die Bewegungsfreiheit des Kaffeehandels mit staatlichen Maßnahmen einzugreifen.

*

Erhöhung der Preise für Wild. Durch eine Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 30. Dezember 1915 sind mit Wirkung vom 1. Januar 1916 an die Höchstpreisgrenzen für Wild und Geflügel in einigen Punkten geändert worden. Einige Wildarten, nämlich Hasen, Kaninchen und Fasanenhennen, sind entsprechend der Jahreszeit im Preise heraufgesetzt. Für Frischlinge sind besondere Höchstpreise festgesetzt. Die Jägerpreise verstehen sich ausschließlich Fracht- und Vermittelungskosten.

Kölnische Zeitung 1./1. 1916.

Ernährungspolitische Staatsbürgerpflichten im neuen Jahr.

Das neue Jahr, in das wir eben eintreten, bringt uns Daheimgebliebenen die Fortsetzung der Kämpfe, die wir im vergangenen zu bestehen hatten: Der Kämpfe mit den uns von den Gegnern Deutschlands aufgezwungenen Schwierigkeiten der Rohstoff- und Nahrungsmittelversorgung. In diesen Kämpfen, die die unendlich viel schwerern unserer Volksgenossen im Felde begleiten, ihnen Rückhalt und Deckung bieten und den vollen Nutzen ihrer Erfolge dem Vaterlande sichern, ist uns der Sieg gewiß, wenn jedermann seine Pflicht tut. Die Pflichterfüllung, die hier notwendig ist, fordert nicht den Einsatz von Leib und Leben und Habe; nur gewisse, vergleichsweise geringe Beschränkungen und Verzichtleistungen im gewohnten Erwerb und Verbrauch. Nur ein allzeit lebendiger Sinn, ein geschärftes Verantwortungsgefühl für das allgemeine Wohl wird verlangt. Gibt es einen Deutschen, von dem man solche Pflichttreue in diesen Zeiten nicht erwarten dürfte?

Der Produzent muß sich in jedem Augenblick bewußt bleiben, daß Produktion jetzt Kriegsdienst ist. Er soll sich in diesem Dienst auch wirtschaftlich nicht ruinieren — das fordert niemand —, aber er soll nicht den größten privatwirtschaftlichen, sondern den größten gemeinwirtschaftlichen Nutzen oberste Richtschnur seiner Tätigkeit sein lassen. Er soll die in seinem Betriebe gegebenen technisch-wirtschaftlichen Poduktions- und Produktionssteigerungsmöglichkeiten bis zum letzten Rest ausnutzen, auch wenn sich Schwierigkeiten und Hindernisse in den Weg stellen und wenn der klingende Erfolg im Interesse leistungsschwacher Verbraucher geringer ist, als er vielleicht seiner Ansicht nach zu sein hätte. Es kommt nicht darauf an, ob der Abschluß der einzelnen landwirtschaftlichen oder industriellen Erwerbsunternehmungen glänzend oder mäßig ausfällt — auch beim besten Ausgleichswillen der öffentlichen Politik und Verwaltung werden da stets tiefgreifende Unterschiede nach Art, Wesen und Besonderheit des Betriebes bestehen bleiben —, sondern es kommt lediglich darauf an, daß von bestimmten Erzeugnissen, deren wir bedürfen, möglichst große Mengen hergestellt werden. Ein Übermaß von wirtschaftlicher Entsagung wird, wie gesagt, nicht in Anspruch genommen; der kontrollierende Einfluß des Staates sucht nach Möglichkeit jedem Interesse gerecht zu werden. Trotzdem darf der einzelne gegebenenfalls auch vor Opfern nicht zurückscheuen — sie dienen, wie die der im Felde Stehenden, den Volksgenossen und dem Siege.

Der Handel sei ein eifriger, unermüdlicher, pflichtbewußter Mittler zwischen Erzeugung und Bedarf. Auch er soll und muß seine Funktion höher stellen als seinen Gewinn. Er darf keine Ware vom Markte zurückhalten, sondern soll im Gegenteil sein ganzes Bestreben darauf richten, entstehende Bedarfslücken so rasch und so vollständig wie irgend möglich auszufüllen. Er soll seine Tätigkeit nicht beschränken, wenn sie im Gemeininteresse überwacht und reglementiert wird, und er soll sie nicht einstellen, wenn die Marktgestaltung ihm nicht überall die Gewinnspannung läßt, auf die er Anspruch zu haben glaubt oder auch wirklich hat. Je mehr er seine Arbeit jetzt als Amt auffaßt, um so sicherer darf er damit rechnen, daß sie ihm auch als gewinnbringendes Geschäfts erhalten bleibt, — und nicht aus höhern Rücksichten auf das Gesamtwohl ausgeschaltet werden muß.

Der Verbraucher hat die Pflicht, die Anpassungen und Gewohnheitsänderungen auf sich zu nehmen, die die Kriegsumstände erheischen, und an die Opfer, die von ihm verlangt werden, die Maßstäbe des Krieges, nicht die des Friedens anzulegen. Er soll nie vergessen, wie wenig selbst einschneidende Verschiebungen der Ernährungsgewohnheiten, selbst begrenzte Entbehrungen — und unbegrenzte haben wir Daheimgebliebenen zum Glück nicht zu tragen — in einer Zeit der Völkeropfer, wie die gegenwärtige, bedeuten. Er soll daran denken, daß wir alle zusammen aus einer knappen Schüssel zehren; daß jeder, der — weil seine Mittel es ihm erlauben — mehr als seinen vernünftigen Anteil herausnimmt, die Ration seiner Mitmenschen schmälert. Der wohlhabendere Konsument soll die Tatsache nicht aus dem Auge verlieren, daß sein Geldbeutel ihm eine ganz bestimmte Pflicht auferlegt: die Pflicht, die billigern Lebensmittel der Massen zu schonen und sich möglichst teuer, möglichst mit Luxusspeisen zu ernähren. Kein Verbraucher darf sich damit begnügen, die bestehenden Vorschriften der Konsumbeschränkung — mit denen ja beileibe nicht alles getan und erreicht werden kann — buchstabengemäß, gewissermaßen passiv zu befolgen; jeder muß sich selbst als eifriger, aktiver Träger des Kampfes um ausreichende und gleichmäßige Verbrauchsversorgung betrachten, muß sich bei jeder Anordnung und Vorkehrung für Küche und Tisch die Frage stellen, ob er auch im Einklang mit den allgemeinen Interessen oder ob er ihnen zuwiderhandelt.

Die Zeit
28/I. 1916

Die Verkaufsstelle im Wiener Landesgericht.

Der Schwurgerichtssaal bot gestern nachmittags um 3 Uhr einen ganz sonderbaren Anblick. Hier wurden nämlich die Bedarfsartikel, die für die soeben ins Leben gerufene Wohlfahrtseinrichtung notwendig sind, an die Angestellten des Hauses ausgefolgt. Unter der Leitung des Präsidenten hatte sich kürzlich ein Komitee gebildet, das die Aufgabe, den Angestellten des Landesgerichtes und des Bezirksgerichtes Josefstadt die heute notwendigsten Lebensmittel, wie Mehl, Reis, Hülsenfrüchte, Zucker usw., zum Selbstkostenpreis, jedoch nur in einem Quantum zwischen zwei und vier Kilogramm, zur Verfügung zu stellen, verwirklichte. Es waren vorher Bestellbogen versendet worden, die in tabellarischer Form anzeigten, was zu beziehen sei und welche Preise für die betreffende Ware bezahlt werden müssen. Gestern wurde im Schwurgerichtssaal der erste Verkauf mit kaum geahntem Erfolg vorgenommen. Richter, Beamte und Diener kamen als Käufer. Die zu diesem Dienst kommandierten Sträflinge unter dem Kommando eines Adjunkten verrichteten die notwendigen Dienstleistungen. Der leitende Gerichtsbeamte verlas von der in seiner Hand befindlichen Liste den Namen des Bestellers und die verlangten Waren. Die mit weißen Schürzen angetanen Sträflinge brachten dann das Gewünschte herbei. Der Verkauf wird nach Bedarf fortgesetzt werden. Besonders befriedigt waren die Käufer über die Zuckerpreise, die sich auf 98 Heller pro Kilogramm, somit um vier Heller billiger stellten, als der heute allgemein übliche Einkaufspreis.

Arbeiterzeitung 1/1. 1916 . 36

Leitlinien der gegenwärtigen und der zukünftigen Volksernährung.

Von Professor Sigmund Fränkel.

Wer immer die Verantwortung für die Volksernährung in Oesterreich während des Krieges trägt, wem das möglichst gute Durchhalten der Bevölkerung am Herzen liegt, muß nicht nur für die weitere Dauer des Kriegszustandes, sondern auch jetzt schon für den kommenden Frieden Vorsorge treffen. Es geht nicht an, so einschneidende Fragen von dem kleinlichen Gesichtspunkt etwa der Regulierung des Milchbedarfes in Graz oder der Störung der Versorgung Brünns mit Fett betrachten zu wollen, es muß vielmehr untersucht werden, wie sich die Bevölkerung unseres Landes im Frieden genährt hat, welche Vorräte ihr für den Krieg zur Verfügung gestanden sind, wieviel das Land an Nahrungsmitteln produziert hat, wieviel das Land bei bester Bewirtschaftung produzieren kann und ob es bei bester Bewirtschaftung in der Lage ist, die Gesamtheit der Bewohner und der Viehherden zu ernähren.

Die Veredlung der Nahrung.

Bei Untersuchungen dieser Art sieht man, daß die Ernährung der europäischen Bevölkerung überhaupt in Bezug auf die Menge und die Auswahl der Nahrungsmittel durchaus keine beharrende Größe war, sondern daß sich in den letzten hundert Jahren, für welche eine Uebersicht möglich, eine fortschreitende Veränderung zeigt, die mit der Industrialisierung, der Bargeldwirtschaft und der Zunahme der städtischen Bevölkerung zusammenhängt. Die Bargeldwirtschaft macht, daß der Arbeiter unter den Nahrungsmitteln die ihm passendsten und billigsten wählen kann, sich also seine Ernährung scheinbar nach Gutdünken, tatsächlich instinktiv richtig reguliert, während er bei Naturalverpflegung auf dem Lande meist die minderen, schlechter verkäuflichen Nahrungsmittel annehmen mußte, ohne Rücksicht darauf, ob seine Ernährung für seine Arbeitsleistung die passendste war. Die Industrialisierung eines sehr beträchtlichen Teiles der Bevölkerung, der Zuzug vom Lande in die Städte sowie die immer größer werdende Verwendung von Maschinen in der Landwirtschaft machten die Anforderung an die mechanische Arbeitsleistung der Einzelnen geringer, die Aufnahme von groben Mehlen und aus ihnen dargestellten Broten sank ab; die Ernährungsweise der Gesamtbevölkerung näherte sich immer mehr der der bürgerlichen Klassen in den Städten. Vorzüglich liegt die Tendenz dieser Umernährung darin, daß ein immer größerer Teil des Eiweißbedarfes durch tierisches Eiweiß gedeckt wird, daß auch absolut mehr Eiweiß aufgenommen wird, daß eine immer größere Rate von reinen Energieträgern (Kohlenhydraten und Fetten) in Form von Fett eingenommen wird, wodurch die Nahrung konzentrierter (weniger voluminös) wird, da die Fette 2·2mal so viel Energiegehalt haben als die Kohlenhydrate und wasserfrei eingenommen werden. Aber auch die der Menge nach in der menschlichen Nahrung die Hauptrolle spielenden Kohlenhydrate wurden nicht mehr durchaus in der alten Form eingenommen. Insbesondere in Frankreich und in der Schweiz, aber auch im Deutschen Reiche und in Oesterreich ging man mehr und mehr zum Weizenmehl über, die dunklen Mehle wurden langsam ausgeschaltet und die besser ausnützbaren, wenn auch teureren, feinen Mehle spielten eine immer größere Rolle gegenüber der früheren Ernährung mit dunklen Broten. Dazu kam, daß der Zucker, der reinstes Kohlenhydrat ist, in den letzten hundert Jahren in immer steigenden Mengen Aufnahme nicht nur als Süßmittel, sondern auch als Nahrungsmittel fand, so daß in Ländern, in denen sein Preis nicht durch Besteuerung und ungeheure Kartellgewinne sehr hoch war, der Zucker in den letzten Jahren bereits 20 Prozent des Kohlenhydratbedarfes der Bevölkerung deckte, merkwürdigerweise in den Ländern, in denen er nicht produziert wurde, weil er dort am billigsten war.

Der Ballast in der Nahrung sinkt, die Nahrung geht nach der fast vollkommenen Ausnützbarkeit im Magendarmkanal.

Daß ein immer größerer Teil des Eiweißbedarfes durch tierisches Eiweiß gedeckt wird, zeigt folgende Aufstellung:

Im Deutschen Reiche wurde, auf den Kopf und das Jahr gerechnet, Fleisch verbraucht in Kilogramm: 1816 13·6, 1840 21·6, 1861 23·2, 1873 29·5, 1883 29·3, 1892 32·5, 1900 43·4, 1907 46·2, 1912 52·3.

Um die gleiche Zeit (1912) verbraucht Oesterreich-Ungarn erst 29 Kilogramm, England 47·6 Kilogramm, Italien 10·4 Kilogramm; aber der Konsum in einer Großstadt wie Wien ist 1912 80·5 Kilogramm, während er 1905 erst 74·5 Kilogramm war.

Wir sehen hier klar die steigende Tendenz des Fleischkonsums, wir sehen im Deutschen Reich einen Anstieg im letzten Jahrhundert auf rund 400 Prozent, oder mit anderen Worten: der Anteil des tierischen Eiweißes bei Deckung des Eiweißbedarfes ist auf das Vierfache gestiegen. Daß sich die Landbevölkerung nicht im gleichen Maße in ihrer Ernährung geändert hat, beweist zur Genüge die österreichisch-ungarische Durchschnittszahl von 29 Kilogramm, während in Wien 80·5 Kilogramm verbraucht werden, das sind 220·54 Gramm im Tage. In Wien ist die Fleischration im Durchschnitt für die Gesamtbevölkerung ungefähr gleich der Friedensfleischration der Soldaten in Oesterreich.

Der Zuckerkonsum, der vor hundert Jahren ganz gering war, ist nun (1913/14): in Oesterreich 18·2, Ungarn 7·8, im Deutschen Reiche 22·2, in Belgien 15·7, Rußland 10·7, Schweden 26·8, in den Niederlanden 24·7, in Frankreich 20·4, England ungefähr 41, in den Vereinigten Staaten 35.

Die importierenden Staaten England, Vereinigte Staaten und Schweden gehören zu den größten Zuckerkonsumenten, während die produzierenden einen relativ geringen Konsum zeigen. Dabei produzierte zum Beispiel Oesterreich 1913/14 1,168.273 Tonnen Zucker und verbrauchte nur 519.756 Tonnen. Als im Deutschen Reiche eine Herabsetzung des Zuckerpreises um 29 Prozent (1904 bis 1906) erfolgte, stieg der Verbrauch um 34 Prozent.

Der Fettkonsum in Europa stieg überall sichtlich an. Die im Inland produzierte Menge von Fett genügte schon lange nicht, man begann sonst nicht für den menschlichen Genuß verwendete Fette durch chemische Verarbeitung zu veredeln (Margarindarstellung), ein großer Import von amerikanischem Schweinefett und großer Mengen von Pflanzenfetten und Oelen war kaum in der Lage, den gewaltigen Bedarf zu decken. Vor dem Kriege war der Fettkonsum im Deutschen Reiche zum Beispiel auf 100 Gramm für Kopf und Tag gestiegen, von welcher Menge nur die Hälfte etwa im Reiche selbst erzeugt werden konnte. Aehnliche Verhältnisse sind überall, auch bei uns in Oesterreich, zu beobachten gewesen.

Um aber eine größere Menge Fleisch und Fett zu produzieren, müssen wir aus den pflanzlichen Eiweißkörpern und den Kohlenhydraten den Tierleib aufbauen, das heißt mit anderen Worten: wir müssen Getreide, Kartoffeln, die für den menschlichen Genuß weniger verwendbaren Mehle und Kleien an Tiere verfüttern, diese zum Wachstum und zur Mast bringen. Wir veredeln auf diese Weise die pflanzliche Eiweiß- und Kohlenhydratnahrung und verwandeln sie in leicht aufnehmbare, schmackhaftere und fast völlig ausnützbare tierische Nahrung: Fleisch und Fett. Diese Umbildung geht rein rechnerisch mit bedeutenden Verlusten an Nährwert einher. Die populäre Formel dafür ist: Fünf Gewichtseinheiten Mais geben eine Gewichtseinheit Schwein, wobei zu bedenken ist, daß der Wasserreichtum des Schweines bedeutend größer ist als der des Maises. Im allgemeinen kann man sagen, daß die Umwandlung des Kohlenhydrats in Fett im tierischen Körper mit einem Energieverlust von ungefähr der Hälfte einhergeht. Füttert man ein Schwein mit Stärke, so erhält man an neugebildetem Fett 21·5 Prozent vom Gewicht der verzehrten Stärke. Da das gebildete Fett 2·2mal so viel Wärmeeinheiten enthält als die Stärke, so hat man von der verfütterten Stärke 47·3 Prozent der Wärmeeinheiten als Fett wiedergewonnen. Wenn man in Form von Nährstoffen 100 Wärmeeinheiten einem wachsenden Tier zufüttert, so werden nur 34·3 Wärmeeinheiten als Organmaterial abgelagert.

Arbeiterzeitung 1./L. 1916

II

37

Leitlinien der gegenwärtigen und der zukünftigen Volksernährung.

Die Rückbildung der Ernährungsweise.

Wir sehen also, daß die Veredlung der Nahrung, Ueberführung der pflanzlichen Nahrung (pflanzliches Eiweiß und Kohlenhydrate) in Fleisch und Fett, mit relativ großen Verlusten an Nährmaterial verbunden ist, mit Verlusten, die darauf beruhen, daß das Tier keine gewöhnliche Maschine für eine chemische Umwandlung ist, sondern ein lebender Organismus, der für seine Tätigkeit ebenso wie der menschliche Organismus Eiweiß, Fett und Kohlenhydrat verbraucht, das heißt zersetzt und verbrennt.

In Wirklichkeit hatten wir während des Friedens nicht genügendes im Inland produziertes Futter für unsere Viehherden. So beruhte zum Beispiel im Deutschen Reiche die Hälfte der Milchproduktion auf dem Zufüttern ausländischer Futtermittel. Es sind also nicht in allen Fällen Leichtsinn und Unüberlegtheit, welche unsere Landwirte dazu brachten, ihre Herden auszuschlagen (sogar milchende und trächtige Kühe kamen zur Schlachtung), sondern der Mangel an Futtermitteln, die in Milch umgewandelt werden, war die Hauptursache. Dieser Mangel an Futtermitteln erscheint aber um so größer, wenn man sich in Erinnerung ruft, daß wir das Brotgetreide gegenwärtig stärker ausmahlen müssen, um unseren Mangel zum Teil wenigstens zu decken, und daher weniger Kleie und Mischmehl produzieren, das früher für die Tierfütterung abgegeben wurde. Ferner wird auch schlechtes Getreide vermahlen, das früher direkt verfüttert wurde, und auch die Futtergerste wird statt Hafer für die Pferdefütterung genommen und kann daher in der Viehwirtschaft für die Produktion von Milch, Fleisch und Fett nicht nutzbar gemacht werden.

Mag der Ernteertrag im ersten Kriegsjahr wie immer gewesen sein, so konnte jedes Volk, wenn es auch von Zufuhren abgeschlossen war, doch mit dem stetig vorhandenen Vorrat an Nahrungsmitteln für das erste Kriegsjahr rechnen. Es ist klar, daß in jedem gegebenen Moment über den Bedarf hinaus große Vorräte in jedem Lande zu finden sind. So hatten wir zum Beispiel unter anderem bei Beginn des Krieges 1914 einen sehr großen Vorrat an nichtexportiertem Zucker und standen vor einer neuen Zuckerernte, die beide einen sehr beträchtlichen Anteil unseres Kohlenhydratbedarfes decken konnten, wenn wir unserem Volke auch nur so viel Zucker zugebilligt hätten, als etwa in England oder in den Vereinigten Staaten verbraucht wird. (Siehe die angeführten Zahlen.) Der jeweilige Vorrat an Nahrungsmitteln in einem Lande, in den Lagern der Erzeuger, der Importeure, der Großkaufleute, der Kaufleute und der einzelnen Hauswirtschaften, ganz abgesehen von den Lagern der Kriegsverwaltung, darf durchaus nicht unterschätzt werden, und dies umsoweniger, als wir tatsächlich unser Defizit an produzierten Nahrungsmitteln aus diesen Vorräten im ersten Kriegsjahr zum großen Teil gedeckt haben. Freilich darf man für das zweite Kriegsjahr diese Vorräte nicht mehr in Rechnung ziehen, und was für das „Durchhalten" im ersten Kriegsjahr galt, und mit Recht galt, kann im zweiten Kriegsjahr nicht in Betracht kommen, und wer seine Berechnungen für das zweite Kriegsjahr auf den Ergebnissen im ersten Kriegsjahr aufbaute, würde zu verhängnisvollen Fehlschlüssen kommen.

Um das richtig zu würdigen, muß noch in Betracht gezogen werden, daß wir im ersten Kriegsjahr aus Mangel an importierten Viehfuttermitteln einen Teil unserer Viehherden geopfert haben, aber aus diesem Opfer insofern für den Augenblick großen Nutzen zogen, als wir beträchtliche Mengen von Fleisch und Fett erhielten, die anfangs den Ausfall an Brotgetreide zum Teil wenigstens mitdeckten. So war in Böhmen Fleisch nie so billig als wie am Anfang des Krieges. In ein Schlagwort geprägt, galt für das Deutsche Reich mit seinen überaus großen Schweinebeständen der Satz, daß man vor dem Kriege viel Brot mit wenig Schinken, während des Krieges wenig Brot mit viel Schinken aß.

Im zweiten Kriegsjahr ist aber mit jenem stetigen Vorrat nicht zu rechnen, und es wäre gefährlich, das weitere Ausschlagen unserer Herden zu empfehlen. Die große Knappheit an Milch und Milchprodukten sowie an Fett sind die ersten deutlichen Fingerzeige für die städtische Bevölkerung, der die landwirtschaftlichen Produktionsverhältnisse immer gewissermaßen fremd sind: daß die Mengen produzierter Milch gesunken sind und daß wir keine Hoffnung haben, diese wichtigen Nahrungsmittel auch nur in annähernd notwendiger Menge zu produzieren, da uns einerseits die Viehbestände, andererseits die Futtermittel fehlen.

In Wirklichkeit hat sich schon während des ersten Kriegsjahres bei uns ein Zustand entwickelt, in dem wir bei der Knappheit an Nahrungsmitteln, die für die Zivilbevölkerung zur Verfügung standen, einen sehr merkwürdigen Rückgang in der Ernährungsweise unserer Bevölkerung beobachten konnten. Während, wie oben ausgeführt, in den letzten hundert Jahren eine Aenderung in der Ernährungsweise der Gesamtbevölkerung, insbesondere aber bei der städtischen Bevölkerung und der Industriebevölkerung zu beobachten war, deren Grundrichtung: der Genuß veredelter, fast ideal ausnützbarer Nahrung, leicht zu erkennen ist, mußten wir alsbald die Ernährungsweise auf den Stand wie etwa vor hundert Jahren zurückschrauben, weil wir bei der Knappheit der Nahrungsmittel und dem fast gänzlichen Ausfall der Zufuhren aus dem Ausland so große Verluste an Nährstoffen, wie sie die Veredlung der Nahrung (durch die Ueberfuhr von Getreide durch den Tierkörper) mit sich bringt, nicht mehr zu ertragen in der Lage waren oder, kurz gesagt, wir konnten nicht so viel von unserem schlechteren Getreide und von den schlechteren Futtermitteln opfern, um daraus Fett und Fleisch zu erzeugen, sondern haben selbst auch das schlechtere und stärker ausgemahlene Getreide als Nahrung aufgenommen und haben überdies zu einer uns ungewohnten Mehlfrucht, dem Mais, greifen müssen, während wir bis dahin gewohnt waren, uns den produzierten Mais erst in Form von Schweinefleisch und Fett als Nahrung einzuverleiben.

Man mag welcher Ansicht immer über die Vorzüge tierischer oder pflanzlicher Nahrung sein, so wird man doch zugeben müssen, daß die in allen Kulturländern sich gleichmäßig bemerkbar machende Tendenz zur verfeinerten Nahrung etwas Instinktives hat und jedenfalls den unleugbaren Fortschritt hervorrief, daß eine für Industrien taugliche, regsame, kulturell fortschreitende Bevölkerung gezüchtet wurde, deren Leistungsfähigkeit und Widerstandskraft und deren Gesundheitsverhältnisse weitaus die der Bevölkerungsschichten überragten in denen die hergebrachte Ernährung der armen und ärmsten Klassen weiter üblich blieb. Man wird nicht fehlgehen, die große Widerstandskraft des deutschen Volkes in Beziehung zu bringen mit seiner Ernährungsweise, die gegenwärtig, in den Industriebezirken wenigstens, die des englischen Volkes überholt hat.

(Ein Schlußartikel folgt.)

Die Zeit
1/I. 1916

* [Mahnung zur Sparsamkeit an die Bevölkerung Deutschlands.] Unter dem Titel „Keine übertriebenen Hoffnungen!“ findet sich in den M. N. N. folgende, anscheinend offiziöse Mahnung an das Publikum: „Infolge des zwischen den Vertretern der Einkaufsgesellschaften der Mittelmächte und der rumänischen Zentralkommission für die Ausfuhr von Getreide abgeschlossenen Vertrages hat uns Rumänien die Ausfuhrpforten für Getreidemengen von 500.000 Tonnen aus zwei Ernten geöffnet. So erfreulich dieser Zuwachs an Getreide und Futtermitteln für unsere Volksernährung an sich ist und je mehr damit die Hoffnungen unserer Feinde, uns aushungern zu können, zuschanden werden, so darf man an diesem Bezug von ausländischem Getreide doch keine übertriebenen Erwartungen knüpfen und daraus schließen, daß nun alle Einschränkungsmaßregeln über den Haufen geworfen werden können. Sparsam zu sein mit dem Brot und allen Nahrungsmitteln ist auch jetzt noch die Mahnung, die für das kommende Jahr nicht dringend genug wiederholt werden kann, um so mehr, als die im November veranstaltete Vorratserhebung unserer Getreidemengen ergeben hat, daß die Vorräte nicht so groß sind, wie nach der Schätzung vom Juli hätte angenommen werden können. Alles in allem müssen wir uns immer [illegible]en bewußt sein, daß wir in der Haup[illegible]uf unsere eigene Produktion angewiesen

Fremdenblatt
1./I. 1916

Etwas für die Hausfrau.

Notbehelfe für die Kriegsküche. — Zeitgemäße Rezepte. — Beantwortung der an uns gestellten Fragen.

„Fleischlos und fettarm" betitelt sich die Ausstellung der Zentrale der Hausfrauenvereine Groß-Berlins, die Kriegsnotbehelfe für die Küche ausstellt und ihre Darbietungen ständig durch die neuesten von Technik und Industrie bereitgestellten hauswirtschaftlichen Hilfsmittel ergänzt. Nicht nur um neuartige Zutaten handelt es sich da, sondern auch um praktische Vorrichtungen zu sparsamer und doch schmackhafter Zubereitung der Gerichte. Im „L.-A." finden wir darüber einen sehr interessanten Bericht, aus welchem auch wir Wienerinnen etwas profitieren können. Vor allem sei hier auf das Braten auf dem Rost hingewiesen, das ohne Fett zu bewerkstelligen ist. Der Bericht erzählt von einer Auswahl von Rosteinlagen für Bratpfannen und Tiegel verschiedenster Form, durch deren Anwendung das Fleisch im eigenen Safte, ohne Zuhilfenahme von Fett, gebraten werden kann. Sie sind für die gebotene Sparsamkeit in bezug auf das letztere von ebenso großem Werte wie die in Pulverform feilgehaltenen Kräuter- und Mostrichtunken, die man als Ersatz für fetthaltige zu Fisch- und Fleischgerichten verwenden kann. Zum Panieren von Fleisch-, Fisch- oder vegetarischen Schnitten kann man an Stelle des geriebenen Brotes eine Sorte Mehl benützen, das zugleich die Verwendung von Ei erübrigt. Ein aus pflanzlichen Bestandteilen, nährsalzhaltigen Kräutern und Hülsenfrüchten hergestelltes „Fleisch" ersetzt in den verschiedensten Gerichten die erforderlichen Fleischzutaten.

Schade, daß wir in Wien nicht eine solche Ausstellung haben! An diesen Notbehelfen kann man viel lernen.

Einen interessanten Notbehelf für die Küche zeigt jetzt die Leiterin der Rohö-Musterküche, Frau Melanie Zack, ihren Hörerinnen. Sie hat einen Ersatz für das Unterzünden ohne Holz gefunden. Auf ganz eigene Art dreht und rollt sie Zeitungspapier, bis es eine gewisse Steife erhält, legt es dann kreuz und quer, damit Luft eindringt. Dieser Ersatz soll einen außerordentlichen Erfolg in Hausfrauenkreisen haben.

Rezepte von Frau Melanie Zack.

(Rostbraten am Spieß.) Der hergerichtete Rostbraten, ohne Fett, ohne Salz, an den Spieß gesteckt und 20 bis 30 Minuten gebraten. Das abgetropfte Fett und der Saft werden mit Pfeffer, Salz, etwas angerösteter Zwiebel und Wasser zu einem kräftigen Saft bereitet und über den Rostbraten gegossen. Mit Tarhonya servieren.

(Spinatsuppe.) 3 Kartoffel werden 10 Minuten gekocht, mit 3 Händen voll gewaschenem Spinat, etwas Zwiebel, wenig Knoblauch, etwas Petersilie, 2 Dekagramm Selchfleisch durch die Mühle getrieben, mit Salz und etwas Pfeffer verdünstet, etwas gestaubt, mit Wasser aufgegossen, ein Stückchen Gelatine, 1 gestrichener Löffel Nährhefe, 4 Löffel gereinigter Bruchreis und etwas Maggiwürze dazugegeben und im siedenden Zustande ½ bis ¾ Stunden in die Kochkiste gestellt. Herausgenommen, wird die Suppe mit 1 Löffel Rahm, ½ Ei legiert und mit etwas Zitronensaft gespritzt.

(Kalbfleisch am Spieß.) 1 Stück Nierenbraten wird mit etwas feinem Majoran eingerieben, an den Spieß gesteckt und 60 bis 80 Minuten gebraten. Vom Spieß genommen, wird er übersalzen, das abgetropfte Fett und der Saft werden mit Wasser und Maggiwürze verkocht und über den Spießbraten gegossen. Mit Pilzsalat und Nudeln servieren.

(Kartoffelrolle.) ½ Kilogramm gekochte Kartoffel werden durch die Mühle getrieben, mit 12 Dekagramm Mehl, etwas Salz, 1 Messerspitze Natron zu einem feinen Teig verarbeitet und mit folgender Fülle gefüllt: 40 Dekagramm Topfen, 2 Dekagramm geröstete Nüsse, 1 Ei, 1 Löffel Trockenmilch, 10 Dekagramm Staubzucker, etwas Salz, 1 gestrichener Löffel Nährhefe, 2 fingerbreit aufgelöste Gelatine (in warmem Wasser auflösen), Zitronen- und Vanillegeschmack, 3 Dekagramm Rosinen werden abgerührt und mit einem ½ Päckchen Backpulver durchzogen. Der ausgerollte Teig wird mit dieser Topfenmasse gefüllt, zusammengerollt, auf das Backblech gegeben, mit den Händen etwas flach gedrückt, mit Zuckerwasser bestrichen und im Rohr schön lichtbraun gebacken.

Kölnische Zeitung 4./I. 1916.

Eine Senkung des Nahrungsmittelaufwandes.

Das Jahr 1915 hat uns am Schluß noch eine Überraschung gebracht, die sich die Masse der Verbraucher gern gefallen läßt: im November ist die Indexziffer, die den wöchentlichen Kostenbetrag für eine Familie von vier Köpfen anzeigt, ganz merklich zurückgegangen. Seit Kriegsbeginn hat jeder Monat mit Ausnahme des Septembers 1914 eine mehr oder weniger erhebliche Steigerung der Indexziffer gebracht. Die Senkung im September 1914 war aber minimal im Vergleich zu der Senkung im November 1915. Im Oktober hatte die Indexziffer zum ersten Male über 40 ℳ betragen, nämlich 41,90. Im November berechnet sie sich im Durchschnitt von annähernd 200 Plätzen auf 38,86 ℳ, d. h. sie ist um 3,04 ℳ zurückgegangen und etwa auf dem Niveau des Monats Juli 1915 angekommen. Die Senkung der Indexziffer ist ganz allgemein, freilich an den verschiedenen Plätzen sehr ungleichmäßig. In der folgenden Übersicht stellen wir den Rückgang für einzelne Landesteile fest, wie er sich im Durchschnitt der für jeden Landesteil berichteten Plätze ergibt.

	Oktober	November	Senkung
Mecklenburg-Schwerin	41,25	35,82	5,43
Oldenburg	40,42	35,49	4,93
Rheinprovinz	43,97	39,64	4,33
Provinz Sachsen	42,13	38,23	3,90
Groß-Berlin	43,98	40,80	3,18
Hannover	41,41	38,27	3,14
Westfalen	41,31	38,22	3,09
Königreich Sachsen	42,54	39,52	3,02
Elsaß-Lothringen	43,90	41,22	2,68
Baden	40,90	38,24	2,66
Hessen	40,60	38,30	2,30
Bayern	38,11	36,06	2,05
Württemberg	38,43	36,40	2,03
Hessen-Nassau	40,34	38,82	1,52
Ostpreußen	39,94	38,71	1,23

Die allgemeine Senkung der Indexziffer ist in der Hauptsache durch die Festsetzung von Höchstpreisen für Butter und Schweinefleisch erreicht worden. Diese Festsetzung drückte die Preise gegenüber Oktober stark herunter, hatte freilich auch wieder die Folge, daß die Zufuhren von Schweinen und Butter nach den Verbrauchsorten nachließen, was sich schon im November, noch mehr aber im Dezember unangenehm bemerkbar machte. Immerhin wären im Butterverkehr die Verlegenheiten nicht so stark gewesen, wenn nicht das verbrauchende Publikum im Hinblick auf die Weihnachtszeit eine größere Nachfrage nach Butter bekundet hätte, als dies in den Monaten zuvor der Fall gewesen war.

Die Zeit
4./5. 1916

Ein Ernährungsminister.

Die Fragen der Volksernährung nehmen im Verlaufe des Krieges an Umfang und Bedeutung stetig zu. Waren es anfangs nur Getreide und Mehl, deren Beschaffung und Verteilung zu einer der wichtigsten Angelegenheiten der öffentlichen Verwaltung wurden, so traten bald die Hülsenfrüchte hinzu, dann Kartoffeln, Fettstoffe, Milch, Zucker, geistige Getränke usw. Für die unvorhergesehenen Aufgaben, die sich hier mit jedem Tage mehren, sind weder die Kompetenzen klar abgegrenzt, noch ist ihnen mit der überlieferten Ressorteinteilung beizukommen. Jede dieser Ernährungsfragen, je nachdem es sich dabei um den landwirtschaftlichen Betrieb, um Handel und Import, um staatliche Vor- oder Zuschüsse, um Transporterleichterungen, um Ueberwachungs- oder Verteilungsmaßregeln handelt, ressortiert mit den betreffenden Teilfragen in das Ministerium des Ackerbaues, des Handels, der Finanzen, der Eisenbahnen oder des Innern, in alle Ressorts zugleich und in keines ausschließlich. Wer nun den herkömmlichen Gang unserer Verwaltung kennt, die doch für die neuen Zwecke nicht völlig umgestülpt und auseinandergerissen werden konnte, mag sich beiläufig vorstellen, welche Schwierigkeiten und Hemmungen aus diesem Neben- und Durcheinander der Kompetenzen erwachsen. Den besten Willen aller beteiligten Faktoren als selbstverständlich vorausgesetzt, sind dabei doch zum mindesten zeitraubende Umständlichkeiten ganz unvermeidlich. Noch nachteiliger aber wirkt bei dieser Vielfältigkeit gleichgeordneter Ressorts, daß in solchen Fragen eben die übergeordnete Amtszuständigkeit fehlt und daß infolgedessen keine Stelle vorhanden ist, die zur Initiative, zu richtunggebenden Verfügungen, zu beschleunigenden Urgenzen berufen wäre.

Es leuchtet ein, daß diesen Uebelständen nur auf eine Weise leicht und rasch abzuhelfen wäre: durch Errichtung einer für alle einschlägigen Fragen kompetenten Zentralstelle, eines eigenen Ernährungsministeriums. Nicht etwa, als ob damit sämtliche mit der Volksernährung irgendwie zusammenhängenden Verwaltungsangelegenheiten den beteiligten Ressorts völlig entzogen und nur an diesem einen Zentralpunkt aufgehäuft werden sollten. Das hieße die alten Ministerien ungebührlich entlasten und das neu zu schaffende zweckwidrig überlasten. Die neue Zentralstelle müßte nur durch ihre klar bestimmte Kompetenz befähigt sein, in allen Ernährungsfragen den Weg zu weisen, den Ton und das Tempo anzugeben, die Entschließungen der anderen Ressorts zu beeinflussen, sie rechtzeitig zu sammeln — mit einem Wort: initiativ und technisch immer das Richtige zu treffen. Für alle Anordnungen dieser Art hat sich ja ohnedies in der Praxis bereits ein gewisses Schema herausgebildet: Aufnahme der Vorräte, allfällige Beschaffung von Ersatzstoffen oder auswärtigen Zufuhren, zweckdienliche Verteilung, nötigenfalls Verbrauchsregelung. Schon dieser gleichmäßige Gang der Dinge weist darauf hin, daß eine zentrale Triebfeder nötig ist, um die Dinge auch wirklich in prompten Gang zu bringen. Die neuen, großen Staats- und Gesellschaftsbedürfnisse, die durch die riesenhafte Ausdehnung des Krieges hervorgerufen wurden, haben ja auch in anderen Ländern zur Errichtung besonderer Zweckämter und Zentralstellen geführt, so des Munitionsministeriums in England, spezieller Unterstaatssekretariate in Frankreich. Und diese neuen Institutionen haben sich bekanntlich sehr gut bewährt. Ein österreichischer Ernährungsminister würde die besten Verwaltungskräfte, die bisher auf diesem Gebiete zerstreut tätig waren, um sich versammeln, und schon die Tatsache, daß ein solches Ressort besteht, würde der Bevölkerung erhöhte Beruhigung und Sicherheit geben. Es ist gewiß nicht zu früh, dieses neue Ministerium zu schaffen, aber es ist auch nicht zu spät dazu. Wir wissen nicht, wie lange der Krieg noch währen wird, und noch weniger, wie lange es nach dem Kriege noch dauern wird, bis die wirtschaftlichen Verhältnisse Europas wieder ihr normales Gesicht gewinnen. Für ein Ernährungsministerium würde es also noch geraume Zeit Arbeitsstoff in Fülle geben.

Arbeiterzeitung
5./I. 1916

Die Ernährungsfragen und die Oeffentlichkeit.

Zu den unangenehmsten Neujahrsüberraschungen gehört zweifellos die von der Statthalterei kundgemachte Erhöhung der Mehlpreise. Der Parteivorstand hat sich, wie die Leser an der Spitze des Blattes erfahren, in seiner heutigen Sitzung mit der Angelegenheit beschäftigt. Nun besteht eine Reihe von Körperschaften, die sich mit Ernährungsfragen zu befassen haben. So die Kriegskommission für Konsumenteninteressen, die Approvisionierungssektion der Handelspolitischen Zentralstelle, die Gemeindevertretung von Wien, für die jetzt die Obmännerkonferenz eintritt, und noch andere. Alle diese Körperschaften sind nicht befragt worden und sind in gleicher Weise von dem Neujahrsgeschenk überrascht. Außerdem besteht ein Beirat der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt, wie es scheint, nur für Visitkarten, denn einberufen wurde er bis jetzt im ganzen dreimal, die nächste Sitzung ist auf den 20. Jänner angesagt, also drei Wochen nach der Verordnung. Die Genossen Muchitsch und Renner, die dem Beirat angehören, haben sich heute über ihr ferneres Verhalten zu dieser Veranstaltung beraten. — Wir haben gestern gegen die bürgerliche Presse den Vorwurf erhoben, daß sie die Mehlverordnung durch Stillschweigen billige. Inzwischen hat die „Neue Freie Presse" in ihrem heutigen Morgenblatt doch gesprochen. Wir hoffen jedoch, auch den anderen Blättern mit der Zeit die Zunge zu lösen. Zu erwarten ist jedenfalls, daß sich alle erwähnten Körperschaften melden. Die Oeffentlichkeit trägt gerade in Angelegenheiten der Ernährung eine hohe Verantwortung.

* _ *

Reichspost
5./I. 1916

Landtagsabgeordneter Kunschak über die Kriegsteuerung.

Am Montag fand in Bernatzkys Gasthaus in Währing (Schulgasse) eine sehr gut besuchte Versammlung des christlichsozialen Arbeitervereines statt, zu der außer zahlreichen Vertretern aller Schichten der Währinger christlichen Wählerschaft, zumal der Arbeiter und Gewerbetreibenden u. a. Landmarschall Prinz Liechtenstein, Landesausschuß Kunschak, Bezirksvorsteher Baumann, Stellvertreter Horak, die Gemeinderäte Brenta, Handerek, Kerner und Solterer, mehrere Bezirks- und Armenräte, Vertreter des politischen Männervereines, Angehörige u. a. erschienen waren. Vorsitzender der Arbeiterorganisation Holaubeck eröffnete die Versammlung mit einer kurzen Ansprache, worauf Landmarschall Prinz Liechtenstein in lichtvollen Ausführungen über beachtenswerte Fragen des Weltkrieges sprach. (Wir veröffentlichen den Gedankengang der Rede des christlichsozialen Führers an erster Stelle. D. R.) Nach den mit gespanntester Aufmerksamkeit angehörten und mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen seiner Durchlaucht wurden die Wahlen für den Ausschuß der Arbeiterorganisation vorgenommen; auf Antrag des Gemeinderates Solterer wurde von einer Neuwahl bis nach Kriegsende abgesehen.

Hierauf sprach Landesausschuß Leopold Kunschak über „Krieg und Teuerung".

Er erinnerte daran, daß Krieg, Seuche und Hunger immer miteinander gehen. Vor den großen Kriegsseuchen haben uns die umfassenden medizinischen Vorkehrungen, in Wien besonders die Versorgungsmaßregeln der Gemeinde, die großartige Kanalisierung und die der Voraussicht Dr. Luegers zu verdankenden zweilen Hochquellenwasserleitung bewahrt. Dagegen ist der Hunger an uns nicht vorübergeschritten. Die Teuerung habe Formen angenommen und Verheerungen angerichtet, deren Folgen wir an der heranwachsenden Generation noch deutlich zu ersehen bekommen werden. Die Begründung hiefür liege wohl teilweise im Plane der Gegner, uns niederzuringen; aber diese Tatsache allein rechtfertige nicht den Umfang der jetzigen Teuerung. Diese sei vielfach das Werk von Unterlassungssünden und des Wuchers. Eine energische und erfolgreiche Bekämpfung der Teuerung sei mangels eines einheitlichen Rechts- und Versorgungsgebietes von Oesterreich und Ungarn nicht möglich. Ungarn sei für uns rechtlich und wirtschaftspolitisch ein fremdes Land; Wucherer brauchen z. B. nur über die Leitha zu gehen, um der österreichischen Gesetzgebung oder Justiz entrückt zu sein und umgekehrt. Aber noch folgenschwerer ist die Teilung der Monarchie in zwei selbständige Versorgungsgebiete. Die österreichischen Lebensmittelvorräte bleiben weit hinter dem Bedarf zurück; in Oesterreich ist Not an Mehl, aber über die Vorräte jenseits der Leitha kann die österreichische Regierung nicht verfügen. In einer Zeit, wo in Oesterreich die größte Mehl- und Brotnot herrschte, aß man in Ungarn ohne Einschränkung feines Weißgebäck. Bis vor kurzem sei das Mehl in Ungarn noch freigegeben gewesen; erst jetzt sei dort auch die Mehlkarte eingeführt, die allein schon, ganz abgesehen von der gesonderten Brotkarte, jedem einzelnen Konsumenten weit mehr Mehl sichert, als in Oesterreich die einheitliche Brot- und Mehlkarte. Wollen wir von Ungarn Vorräte hereinbringen, dann müsse der Höchstpreis in Oesterreich höher gestellt werden als in Ungarn; es liege überhaupt im Belieben der ungarischen Verkäufer, den österreichischen Markt zu beschicken und so die Preise auf unseren Märkten, insbesonders dem Schweinemarkt, in die Höhe zu treiben. Diese ungleiche Verteilung der Lebensmittel sei ungerecht. Der Krieg darf nicht bloß am Schlachtfelde, sondern er muß auch im Hinterlande gemeinsam geführt werden. Eine Hauptsache der Teuerung sei auch die Verschlechterung der österreichischen Valuta; man zahle infolge des schlechten Standes der österreichischen Krone, dessen Gründe sich der Besprechung entziehen, heute um 50% mehr an Kursdifferenz als ehedem. Das sei die Erklärung für die Tatsache, daß man in Deutschland in mehreren Artikeln billiger lebe, als in Oesterreich. Als neuer Faktor der Teuerung in Oesterreich zeige sich die Zentraleinkaufsgesellschaft (Z.-E.-G.), welche mit ihren 4%igen Vermittlungspreisen Millionengewinne aus dem Konsum ziehe. Eine Neujahrsüberraschung war die neue Mehlverordnung. Die alte Vermahlungsvorschrift der Regierung war ein schwerer Mißgriff. Wenn Not im Lande, mahlt man nicht feines Mehl für Gaumenkitzel und für Gugelhupfe, sondern mahle so, daß das Volk genügend zu Essen habe. Während dem Volk das Brot arg beschnitten wurde, gab es in den Wirtshäusern, Kaffeehäusern und Zuckerbäckerladen feine Mehlspeisen ohne Mehlkarte, so viel man wollte. Das alles bedeutete eine Mehlverschwendung, die sich jetzt bitter rächt. Sollte man mit den Vorräten auskommen, dann mußte die Regierung zu neuen Ausmahlungsvorschriften greifen; das feine Mehl hört auf und die Mahlprodukte werden um 4% mehr als bisher ausmahlen. Eine Preiserhöhung des Mehles war vielleicht begründet: daß man aber die Mehlspeise derart erhöhte, daß die Kriegsgetreidegesellschaft, die jetzt doch der einzige, große Mehlhändler Oesterreichs ist, errechenbar bei jedem Meterzentner einen neuen Gewinn von Kronen 3.29 erhält, das ist unfaßbar. Die Regierung begründet die Preiserhöhung mit der teuren Einfuhr aus Rumänien. Warum verschweigt sie uns aber die Einfuhrpreise? Die Regierung muß uns sagen, zu welchen Preisen sie das rumänische Getreide bezieht, denn sonst eröffnet sie den verschiedensten Gerüchten über die Kriegsgetreidegesellschaft Tür und Tor. Warum aber hat man nicht bei dieser Preiserhöhung auch den fachmännischen Beirat befragt, welcher der Kriegsgetreidegesellschaft zur Seite gestellt wurde, sondern hat die Bevölkerung mit den neuen Preisen einfach überrumpelt? Selbst angenommen, das rumänische Einfuhrgetreide sei so teuer, warum muß nun auch das österreichische Getreide so teuer werden? Es ergibt sich aber noch die weitere Frage: Welchen Teil an diesen Mehrkosten der Einfuhr trägt Ungarn? Unser Konsum beträgt 30 Millionen Zentner; über 100 Millionen zahlen wir an Mehrkosten infolge der jetzigen Verordnung. Wir wollen diese Million nicht allein tragen. Man rühmt dem Minister Hohenlohe nach, daß er ein einsichtsvoller, sozialgesinnter und starker Mann sei. Ich stellte an ihn die dringende Bitte, die Verhältnisse, die er durch die neue Mehlverordnung geschaffen hat, nochmals zu überprüfen. Es ist höchste Zeit, doch einmal auch an die Bevölkerung zu denken und genau zu erwägen, was man ihr zumuten darf, um den Krieg im Hinterlande bestehen zu können. (Lebhafter Beifall.)

Tägliche Rundschau
6./I. 1916

Kriegs-Nahrungsämter.

Nicht nur an der Westfront, sondern auch im Osten wird die Armee mit einer Fülle von Anpreisungen aus der Nahrungsmittelindustrie überschüttet. Auch die Angehörigen unserer Feldgrauen senden als Liebesgaben eine Menge solcher angepriesenen Gegenstände. Nun ergibt sich aus den Zeitungsnachrichten und Gerichtsverhandlungen, daß die betreffenden Preise oft ungeheuerlich sind, zum Schaden unserer Krieger und ihrer Angehörigen, und daß oft der größte Schund angeboten wird. Es sei nur erinnert an die z. T. minderwertigen, verschiedenen Tabletten zur Bereitung von Milch, Eier, Kaffee, Kakao, Tee, Fleischbrühe, angeblichen Oel-Ersatz-Präparate usw. Fleischkonservenbüchsen mit ½ Kg. Bruttogewicht und nur 80 Gr. wirklichem Fleischgehalt sind keine Seltenheit. Hier müßte unbedingt Wandel geschaffen werden. In Berlin besteht zwar neuerdings eine „Preisprüfungsstelle für Nahrungsmittel". Diese kann sich aber ganz naturgemäß nur um die Preisgestaltung der Roherzeugnisse kümmern, ganz unmöglich um die Erzeugnisse der Nahrungsmittel-Kleinindustrie. Warum verschwand z. B. Wildpret nach Einführung der Höchstpreise ganz plötzlich aus dem Handel? Mit in erster Linie, weil die Konserveninduſtrie unter der Hand die meisten Vorräte aufkauft und zu höheren Preisen als Konserven wieder absetzt. Man gliedere daher an die Nahrungsmittelunterſuchungsämter der Kreiſe und der großen Städte beſondere Abteilungen an! An dieſe „Kriegsnahrungsämter" hätten ſämtliche Verfertiger von Nahrungsmitteln ihre Erzeugniſſe, ſoweit ſie nicht ſchon äußerlich ſich durch Art der Aufmachung auf Herkunft und Preiswürdigkeit abſchätzen laſſen, zur Prüfung auf Preiswürdigkeit und Brauchbarkeit einzuſenden. Bis jetzt hört man von ſolchen Prüfungen nur, wenn die Polizei auf Grund von Anzeigen einſchreitet. Dieſes letztere tritt aber nur in einem kleinen Prozentſatz der Fälle ein, und das Publikum zahlt willig, wenn auch murrend, die oft Wucherhöhe erreichenden Preiſe, immer wieder verführt durch die oft ſehr geſchickte Reklame.

Bei der oben erwähnten Abgrenzung der Befugniſſe dieſer Kriegsnahrungsämter würde alſo die Prüfung aller Lebensmittel, wie Würſte, Schinken, Gemüſe, Obſt gar nicht in Frage kommen, da hier ja ſchon Höchſtpreiſe feſtgeſetzt ſind, wohl aber die aller Konſerven in undurchſichtigen Hüllen bzw. Nahrungs- und Genußmittel unbekannter Zuſammenſetzung. Da die Preiſe faſt aller Roherzeugniſſe feſtgeſetzt ſind, läßt ſich ſehr wohl auch für die in erſter Linie hier in Frage kommende Konſerveninduſtrie eine Preisfeſtſetzung ermöglichen, unter Gewährung eines Unternehmergewinnes von 10 bis 20 v. H. Solche von 100 v. H., ja 200 v. H. und mehr, gehören aber vor den Strafrichter. In den allermeiſten Fällen wird es gar nicht zur chemiſchen Unterſuchung durch die ja ſtark belaſteten Chemiker zu kommen brauchen. Es genügt ſicher in der großen Mehrzahl der Fälle eine kaufmänniſche Prüfung durch einen vielleicht ehrenamtlichen Ausſchuß der Handelskammer oder ſonſtiger Vertrauensperſonen. Die Frage iſt viel zu ernſt und dringend, als daß ſie ſo mit dem Schlagwort abgetan werden könnte, die techniſchen Schwierigkeiten ſeien zu groß.

Die Zeit 6./I. 1916

Die hungrigen Volksküchenbesucher.

Seit einiger Zeit werden aus den Kreisen der Volksküchenbesucher Klagen laut, daß die Portionen der in den Volksküchen verabfolgten Speisen ständig kleiner werden. Auch über die so sparsame Verwendung der Fettstoffe bei der Zubereitung der in den Volksküchen üblichen Speisen wird lebhaft geklagt. Trotz des niederen Preises wäre daher die Kost in den Volksküchen teuer. Dienstag mittags gab es vor einer Volksküche in der Innern Stadt eine erregte Versammlung von Volksküchenbesuchern, die darüber Beschwerde führten, daß ihnen an der Kasse gesagt worden wäre, in Hinkunft würden in den Volksküchen keine Mehlspeisen mehr verabreicht. Auch wurde lebhaft darüber geklagt, daß sättigendere Speisen, wie Bohnen usw., nur sehr selten verabfolgt würden und der Speisezettel fast immer nur weiße Rüben, Sauerkraut und Erdäpfel aufweise. — Wie wir erfahren, wurde die Verabreichung von Mehlspeisen in den Wiener Volksküchen infolge der Mehlknappheit teilweise gänzlich eingestellt. Bei einer Besserung der Mehlverhältnisse soll wieder der Mehlspeiskost mehr Beachtung geschenkt werden.

Hamburger Fremdenblatt 7./I. 1916.

Die Bilanz unserer Nahrungsmittelversorgung von 1915.

Hamburg, 6. Januar.

II.

Die neuen Aufgaben des Jahres 1915.

Das Jahr 1914 schloß auf ernährungspolitischem Gebiete noch im Zeichen der kleinen Mittel. Man hatte Streckungs- und Verbrauchsbeschränkungsmaßnahmen von begrenztem Umfang und Wert, aber man besaß keine umfassende Organisation der Beschaffung, Verteilung und Preisbildung. Aeußerlich — in Handel und Verbrauch — traten diese Mängel zunächst wenig hervor. Da man erst einige Monate von ausländischer Zufuhr abgeschnitten war und da infolge des in dieser Hinsicht sehr günstigen Zeitpunktes des Kriegsausbruchs die ganze heimische Ernte dem inländischen Verbrauch gesichert werden konnte, blieben Vorrat und Angebot trotz der unzureichenden Beschränkung der Nachfrage vorläufig reichlich. Teilweise stellte sich sogar eine Zunahme des Angebots ein; so — im Zusammenhange mit den durch den Krieg entstandenen Herstellungs- und Kreditschwierigkeiten — beim Schlachtvieh. In natürlicher Uebereinstimmung mit diesen scheinbar erfreulichen Markterscheinungen stiegen auch die Preise im ganzen nur mäßig; die Teuerung, die Ende 1914 herrschte, war für Kriegszeiten recht gering.

Aber hinter dieser freundlichen Gegenwart lauerte — für den Sachkundigen mindestens teilweise deutlich erkennbar — eine ernstere Zukunft. Man wußte, daß Deutschland bei gewöhnlichem Verbrauch mit seiner Brotgetreideernte ohne beträchtlichen ausländischen Zuschuß kein volles Jahr auskommt. Würde also ruhig weiterverbraucht wie im Frieden — und in den ersten Kriegsmonaten war ja sogar weit mehr verbraucht worden als im Frieden — dann mußte unweigerlich vor der nächsten Ernte ein Tag kommen, an dem kein Getreide, Mehl und Brot mehr da war — ein Tag der Wendung zum Schlimmen für die deutsche, des Jubels für die britische, auf die „Aushungerung" eingestellte Kriegführung. Um dieser grundlegenden Gefahr zu begegnen, hatte man noch gegen das Ende des Jahres 1914 die „Kriegsgetreidegesellschaft" gegründet; ihr war zunächst bekanntlich die Aufgabe zugeteilt worden, größere Getreidemengen für die letzten Monate des Erntejahres anzukaufen, einzulagern und dadurch vorzeitigem Verbrauche zu entziehen. Bei näherer Betrachtung war jedoch sogleich zu sehen, daß dieses Verfahren wirklich einschneidender Knappheit gegenüber nicht genügen konnte; die Lücke in der Bedarfdeckung wurde dadurch nur zeitlich verschoben. So wurde schon um die Zeit der Jahreswende als ernährungspolitische Grund- und Hauptaufgabe von 1915 erkannt, die spärlichen, noch vorhandenen Getreidevorräte unter starkem öffentlichem Zwange so zu verteilen, daß niemand wirklichen Mangel litt, und daß sie dennoch bis zum Ende des Erntejahres reichten und noch einen Notvorrat übrig ließen. Im Gesetzgebungswerk vom 25. Januar 1915 und der auf seiner Grundlage geschaffenen Organisation hat diese Aufgabe dann ihre Lösung gefunden — die beste und vollkommenste im ganzen Bereiche unserer Kriegsernährungspolitik.

Eine zweite Aufgabe war am Beginne des Jahres 1915 bereits in seinen wesentlichen Umrissen sichtbar — das der Versorgung mit Futtermitteln. Zwar führten wir im Frieden nur wenig Vieh und Fleisch unmittelbar ein, aber unsere heimische Viehzucht war zu einem sehr ins Gewicht fallenden Teile auf Futtermittelzufuhr aus dem Auslande — auf russischer Futtergerste, überseeischen Oelfrüchten und Oelsämereien — aufgebaut. Diese Einfuhr fiel weg; die im Inlande noch vorhandenen Vorräte wurden allmählich aufgezehrt. Die allen anderen vorangehende Rücksicht auf dringliche Heeresbedürfnisse zwang überdies noch, auch einen Teil der heimischen Futtermittel — vor allem des Hafers — für den Hausverbrauch zu sperren. So mußte sich die Futtermittellinie unserer Viehwirtschaft allmählich auf eine Kürze verkleinern, die erheblich hinter der im Frieden gewohnten zurückblieb. Mit dieser Entwicklung hatte man sich im ganzen abzufinden, denn ihre Hauptwurzeln lagen in unabwendbaren Begleiterscheinungen des Krieges. Aber man konnte sie mildern, in ihren Wirkungen abschwächen und in bestimmte Richtung lenken; und allen diesen Zielen hat man in der Tat während des ganzen Jahres 1915 eifrig zugestrebt. Man hat einmal das inländische Angebot vermehrt: durch Verwendung und bessere Konservierung bisher vernachlässigter, natürlicher Futtermittel, durch Bereitstellung eines Teils der reichen Zuckererzeugung von 1914/15, durch fabrikatorische Erzeugung von Kraft- und Futtermitteln nach teilweise neuen Verfahren. Man hat ferner die noch mögliche Einfuhr aus neutralen Ländern gefördert und zusammengeschlossen. Endlich ist für einigermaßen gleichmäßige Verteilung der verfügbaren Bestände gesorgt worden; dabei wurde versucht, die Vieharten zu bevorzugen, deren möglichst wenig geschmälerte Erhaltung kriegswirtschaftlich am wichtigsten war. Mit all dem konnte freilich nicht verhindert werden, daß sich im Laufe des Jahres 1915 vom Ausgangspunkte des Futtermittelmangels her ein dem Verbrauch unmittelbar und empfindlich fühlbare Fleisch-, Fett-, Milch-, Butterknappheit entwickelte, deren Bekämpfung neue und besondere Maßnahmen erheischte — Maßnahmen — die beim Eintritt in das Jahr 1916 zum guten Teil erst begonnen, noch nicht abgeschlossen sind.

Vermehrte organisatorische Anstrengungen forderte im abgelaufenen Jahre auch die Lösung der Einfuhr. Bei der Knappheit unserer heimischen Erzeugung müssen wir von den noch gegebenen Möglichkeiten der Nahrungsmitteleinfuhr reichlichen Gebrauch machen. Die unorganisierte Einfuhr zeitigte jedoch Mißstände, die unsere Versorgung beeinträchtigten und unsere Einfuhrbezüge über Gebühr verteuerten. Durch zweckmäßige Organisation konnte hier manches gebessert werden, — obwohl wir natürlich auf die ausländische Marktgestaltung unter allen Umständen nur begrenzten Einfluß üben können.

Die Aufgabe der Einfuhr war eine Frage der Verteilung und vor allem eine Frage des Preises. Auch sonst standen Preisfragen, namentlich in der ersten Hälfte des Jahres stark im Vordergrunde unserer ernährungspolitischen Sorgen. Die zunehmende Vorratsknappheit, die Erschwerung und Verteuerung der Herstellung, zum Teil auch eine die Verhältnisse nutzende, den Mangel durch Zurückhaltung steigernde Spekulation, trieben die Preise wichtiger Nahrungsmittel dauernd und kräftig in die Höhe. Mit sehr verschiedenen Mitteln versuchte man Abhilfe gegen eine Ueberspannung der Teuerung (die in gewissen Grenzen im Kriege unvermeidlich ist) zu schaffen: durch Preisfestsetzung, durch Ueberwachung der Preisbildung (Preisprüfungsstellen) und Androhung wirtschaftlicher Einbußen (Untersagung des Geschäftsbetriebs) und strafrechtlicher Verfolgung bei Ausschreitungen, auch durch unmittelbare Lieferungsvereinbarungen mit Herstellern und Herstellungsgenossenschaften. Auch die im einzelnen sehr schwierige Lösung dieser Aufgaben ist am Jahresende noch im Flusse, nicht vollendet.

Reichspost Abendbl.
7./I. 1916

Die Markthändler und die Verlegung des Naschmarktes.

Vor einigen Tagen hielt im Sitzungssaale des Alten Rathauses die Genossenschaft der Marktviktualienhändler Wiens unter Vorsitz des Vorsteherstellvertreters Anton Rauch und im Beisein des Genossenschaftskommissärs Magistratsrat Dr. Gräf eine Jahresversammlung ab. Der Vorsitzende gedachte in seiner Eröffnungsrede in tiefbewegten Worten der dahingeschiedenen Protektorin Frau Erzherzogin Marie Rainer, deren besonderer Fürsorge die Markthändler sich stets zu erfreuen hatten, weiters des vor Jahresfrist dahingegangenen Vorstehers Karl Weber, mehrerer Ausschüsse und des nach 27 jähriger Leitung der Geschäfte der Genossenschaft kürzlich verstorbenen Sekretär Ferdinand Widhalm.

Nachdem die Verwendung des Genossenschaftsvermögens und der Unterstützungsfonds zur Zeichnung von Kriegsanleihe im Betrage von Kronen 72.000 nachträglich genehmigt wurde, die Wiederwahl der Mitglieder Josef Herzing und Paul Nepf zu Revisoren vorgenommen, eine zweite Stellvertreterstelle eingeführt und die Erhöhung des Genossenschaftsbeitrages für das Jahr 1916 von 3 Kronen auf 4 Kronen angenommen wurde, sprachen die Mitglieder Ponbauer und Theodor Schmidt über die geplante Verlegung des Naschmarktes. Herr Schmidt wies in längeren Ausführungen darauf hin, daß die geplante Anlage eines Blocksystems von zwölf Ständen denjenigen, die an den Ecken untergebracht werden, wohl Vorteile, für diejenigen jedoch, denen die mittleren Stände zugewiesen werden, würde dies große Nachteile mit sich bringen. Redner wünscht daher die Anlage eines Vierständeblocks Auch die von der Gemeinde eingegangene Verpflichtung, den Naschmarkt am 1. April 1916 zu räumen, komme den Marktleuten sehr ungelegen, da sie dadurch gezwungen wären, zweimal zu übersiedeln und bis zur Fertigstellung der neuen Anlage auf den beiden Wienzeilen, ihre Stände in den Seitengassen aufzustellen. Weiters forderte der Redner, daß auf dem neuen Platze den Produzenten aus Ungarn die Aufstellung eigener Stände verwehrt werden müsse und verlangte, daß man sich endlich entschließe, den Italienern, die sich mittels Strohmännern auf dem Wiener Markt noch immer behaupten, die Stände zu entziehen, ferner dem schädlichen Treiben der jüdischen Flüchtlinge, die nahezu den ganzen Südfrüchtenhandel in Händen haben und an den beinahe unerschwinglichen Preisen in diesen Waren die größte Schuld haben, ein Ende zu setzen. (Lebhafter Beifall.) Nachdem noch mehrere Mitglieder in dieser Angelegenheit das Wort ergriffen, erklärte Vorsteherstellvertreter Rauch mit einer größeren Deputation bei Bürgermeister Dr. Weiskirchner vorzusprechen und den Bürgermeister um Abhilfe zu bitten. — Auf Antrag des Ausschußmitgliedes Schmidt wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

Die heute im alten Rathause tagende Versammlung der Marktviktualienhändler Wiens beauftragt die Genossenschaftsvorstehung bezüglich der Verlegung des Naschmarktes auf die eingewölbte Wien alle erforderlichen Schritte bei den maßgebenden Behörden zu unternehmen, damit die Verlegung des Naschmarktes direkt vom alten Markt auf den neuen in nicht mehr als zwei Etappen stattfindet, weiters daß die Einteilung und Zuweisung der Plätze im Interesse der ansässigen Marktinteressen vorgenommen werde, sowie daß sich ergebende Uebelstände bei der Aufstellung der Verkaufshütten beseitigt und notwendige Verbesserungen vorgenommen werden."

Die stattgefundenen Ergänzungswahlen in den Ausschuß der Genossenschaft ergaben folgendes Resultat: Anton Rauch zum Vorsteher, Leopold Zirl, erster Vorsteherstellvertreter, Rudolf Verderber, 2. Vorsteherstellvertreter, die Herren Fischer, Holzermer, Spandl, Kellermann als Ausschüsse, die Mitglieder Eder, Nevribh, Kiefer, Gruber, Tkalczecz und Knogler als Ersatzmänner.

Fremdenblatt
8./I. 1916

Kriegskommission für Konsumenteninteressen über Ungarn.

Die Kriegskommission für Konsumenteninteressen hat in betreff der neuen Verordnung eine Entschließung gefaßt, in der es heißt:

„Die Kommission erwartet mit Bestimmtheit, daß diese Verordnung unverzüglich aufgehoben werde. Ebenso muß verlangt werden, daß die Organisation und Verwaltung der Kriegs-Getreideverkehrsanstalt eingehend geprüft werde, und es ist zu begrüßen, wenn einem Exekutivkomitee des Beirates der Kriegs-Getreideverkehrsanstalt Einblick in die geschäftliche Gebarung dieser Anstalt bewilligt werden soll, weil man annehmen muß, daß die Gebarung wesentlich verbilligt und verbessert werden könnte.

Die Kriegskommission erwartet auch, daß nach Anhörung der zuständigen Interessentenkreise unverzüglich geeignete Maßnahmen für eine gerechte Verteilung der Vorräte auf die landwirtschaftliche und städtische Bevölkerung, ferner für eine zweckmäßigere Art der Ausmahlung und des Backens getroffen werden. Schließlich verlangt die Kriegskommission, daß eine viel entschiedenere Ernährungspolitik gegenüber Ungarn eingeschlagen werde, damit Ungarn nicht nur die Gemeinsamkeit der Wehrmacht, sondern auch die Gemeinsamkeit der Ernährungsmöglichkeiten anerkennen muß. In diesem Sinne wird auch gegen die Ausführungen, welche kürzlich im ungarischen Magnatenhause gemacht wurden, protestiert, denen zufolge die ungarische Regierung Einfluß, eine Art Zensur auf die Kritik nimmt, welche von der österreichischen Oeffentlichkeit an dem Verhalten der ungarischen Regierung in ernährungspolitischen Fragen gegenüber Oesterreich geübt wird.

Reichspost 8/I. 1916

Forderungen der n.-ö. Landwirte.

Christlichsoziale Abgeordnete beim Minister des Innern.

KA. Im niederösterreichischen Landhause traten heute die christlichsozialen Landgemeindenvertreter von Niederösterreich zu einer Beratung unter Vorsitz des Landesausschusses Mayer zusammen, in der zunächst gegen die Backverordnung Stellung genommen und dargelegt wurde, daß, so dringend notwendig es sei, jede Art Luxusbäckerei einzuschränken, es besonders für die ärmeren Schichten der Bevölkerung eine einschneidende Schädigung bedeuten würde, falls derselben, wie es der § 9 der Backverordnung involviert, die Möglichkeit genommen würde, den Teig für die Schwarzbäckereien den Bäckermeistern zum Backen zu übermitteln. Sodann wurde gegen die Erhöhung der Mehlpreise im allgemeinen entschieden Stellung genommen und betont, daß diese unerwartete und außerordentlich hohe und einschneidende Preiserhöhung eines der wichtigsten Nahrungsmittel die mittleren und breiten Schichten der Bevölkerung schwer trifft. Auch auf die rückwirkende Preissteigerung der alten Mehlvorräte, also auf die in der Verordnung vorgeschriebenen Nachzahlungen für dieselben, wurde hingewiesen und die Schaffung völliger Klarheit in der Richtung verlangt, daß diesbezüglich die früheren Normen aufrecht bleiben, wie dies bei allen anderen Lebensmittelverkäufen der Fall ist. Allseits wurde lebhaft Klage geführt, daß die Mehlverordnung ohne Einberufung und Anhörung des Beirates der Kriegsgetreideverkehrsanstalt und andere für die einschlägigen Fragen kompetenter Korporationen hinausgegeben wurde. Es wurde überhaupt über die stiefmütterliche Behandlung der Beiräte seit Errichtung der Kriegsgetreideverkehrsanstalt entschieden Beschwerde geführt.

Betreffs der Statthaltereiverordnung über die Viehverkäufe wurde der Wunsch ausgedrückt, daß bei Futtermittelmangel sowie in jenen Fällen, in welchen bei den Kühen keine Milchergiebigkeit mehr zu erzielen ist, bedeutende Erleichterungen für den Viehverkauf gewährt werden. Auch die § 14-Verordnung, betreffend die zeitweise Aufhebung der Verlassenschaftsgebühren, wurde einer eingehenden Erörterung unterzogen und es wurde auf den dadurch entstehenden Entfall der Einnahmen der Länder hingewiesen.

An der Erörterung dieser Punkte beteiligten sich insbesondere der Vorsitzende Landesausschuß Mayer, Landesausschuß Stöckler, Minister a. D. Dr. Geßmann, Vizepräsident Jukel, sowie die Abgeordneten Wohlmeyer, Jedek, Diwald, Wollek, Pinggera, Huber, Kollmann, Fißlthaler, Parrer, Kern und Grim.

In Durchführung der obigen Beschlüsse und Anregungen begaben sich heute nachmittags Minister a. D. Dr. Geßmann, LA. Mayer, Vizepräsident Jukel, Landeskulturratspräsident List, sowie die Abgeordneten Kollmann, Wollek und Wohlmeyer zum Minister des Innern Prinzen Hohenlohe, von dem sie freundlichst empfangen wurden. Der Sprecher der Abordnung Vizepräsident Jukel entwickelte zunächst die Wünsche und Beschwerden der landwirtschaftlichen Bevölkerung und befaßte sich insbesonders auch mit der Backverordnung. In dieser Hinsicht erwiderte der Minister des Innern, daß er bereits an die einzelnen Statthaltereien Weisungen betreffs der Herstellung des sogenannten Störbrotes ergehen ließ, wonach den Schwarzbäckereien in dringenden Fällen entsprechende Erlaubnis erteilt wurde, den ihnen von den Landwirten zum Backen übergebenen Teig zu verarbeiten.

Hingegen machte Exzellenz Dr. Geßmann darauf aufmerksam, daß das Verbot des Backens von Schwarzbrot auch deshalb nicht berechtigt sei, weil dadurch die Streckung des Getreidevorrates insoferne gehindert erscheine, als beim sogenannten Störbrotbacken fast durchwegs Kartoffeln mit in den Teig gemengt werden, wodurch eine 20- bis 25%ige Ersparnis an Brotbackmehl erreicht wird.

Der Minister sagte, er erachte es als seine Pflicht, volle Kenntnis in die Geschäftsgebarung der Kriegsgetreideverkehrsanstalt zu erlangen, um dann auch über dieselbe den verantwortlichen Behörden sowie den Volksvertretern volle Klarheit verschaffen zu können.

LA. Mayer und Vizepräsident Jukel besprachen die Bestrafungen von Preistreibereien und gaben eine Darstellung der verschiedenen Härten, die bei manchen Urteilen vorkommen. Auch die übrigen Mitglieder der Abordnung erläuterten den Standpunkt der Landwirte, die es gewiß billigen, daß in wucherischer Absicht vorkommende Preisbildungen der verdienten Strafe zugeführt werden, daß aber die Tatsache nicht zu bestreiten sei, daß betreffs Preisbildung keine sicheren und allgemein verständlichen Direktiven bestehen und infolgedessen manche Landwirte unabsichtlich und wider den eigenen Willen verstößen und daraus folgenden Bestrafungen ausgesetzt sind. Die Erfahrung habe gelehrt, daß bei den Produzenten bis zu einem gewissen Grade Verwirrung und Verzagtheit eingerissen sei und sie aus dieser Stimmung heraus weniger Lebensmittel liefern, so daß Beschickung der die Märkte bereits viel zu wünschen übrig lasse.

Landesausschuß Mayer setzte die infolge angeblicher Preistreiberei beim Weinverkaufe vorgekommenen Fälle von Verurteilungen auseinander, die um so bedauerlicher erscheinen, als es bisher nicht gelungen sei, von berufener Seite bestimmte Preisfixierungen für Wein zu erlangen.

Prinz Hohenlohe sagte zu, daß er über dem Komplex dieser Angelegenheiten mit dem Justizminister Dr. v. Hochenburger Rücksprache pflegen werde. Abgeordneter Wohlmeyer brachte einen die Gebirgsbauern betreffenden Spezialfall vor und Landeskulturratspräsident List stellte die Mühen und Schwierigkeiten der Landwirtschaft dar, die trotz derselben auf hervorragende Leistungen nach jeder Richtung hin diesem Kriege sich berufen könne. Der Minister anerkannte mit größter Wärme die vielfachen Verdienste, welche sich das Hinterland und insbesondere der Bauernstand im Verlaufe des Krieges erworben habe und erklärte es als seine wie der gesamten Regierung Herzenspflicht, das Möglichste für die Versorgung der Bevölkerung, deren Patriotismus sich täglich so glänzend bewähre, zu tun.

Zur Lebensmittelversorgung.

Vom Reichsratsabgeordneten **Rudolf Wedra.**

Die gegensätzlichen Verhältnisse zwischen Erzeuger und Verbraucher bedingen die vielen Schwierigkeiten in dem weiten Gebiete der Ernährungsfragen, bringen Verdrossenheit und Verbitterung hervor, die sich in Unmut gegen eine Stelle entladen, die diesen Groll eigentlich nicht verdienen würde. Stärker als alle Regierungen und Behörden sind die eigenartigen Verhältnisse, ist das mangelhafte Verständnis für den Ernst der Lage, der Unverstand, der böse Eigennutz, das auf unsere Ernährungsverhältnisse umgeprägte Wort „der unheilige Egoismus".

Der Regierung kann der gute Wille nicht abgesprochen werden, Ordnung in die Ernährungsfragen zu bringen. Doch selbst eine eiserne Faust mit stahlhartem Besen vermag nicht alle Schlupfwinkel eigensinniger Rücksichtslosigkeit reinzufegen. Nie herrschte während der Kriegszeit über die verschiedenen behördlichen Maßnahmen einhellige Zustimmung. Der Erzeuger fand die Höchstpreise zu niedrig, der Verbraucher zu hoch. Dieser begrüßte die Beschlagnahme von Lebens- und Futtermitteln, jener war darüber ungehalten und hemmte auf alle nur erdenkliche Weise. Hier wogte die Stimme des Verbrauchers, dort tobte der Erzeuger. Kurz, mit keiner der für die Versorgung der Bevölkerung so dringend notwendigen Maßnahmen hat die Behörde sich ungeteiltes Lob geholt. Kein Wunder, steht sie doch zwischen zwei Gegensätzen und kann in der ständigen Brandung der öffentlichen Meinung nicht den Zuckerfelsen spielen, ansonsten wäre es bald um sie geschehen.

Es wird niemand bestreiten können, daß durch den Krieg die Verhältnisse für die Landwirtschaft ungemein schwierig geworden sind. Es fehlt an menschlichen und tierischen Arbeitskräften, es fehlt an den nötigen Futter- und Düngemitteln. Die erheblich erhöhten Löhne für die landwirtschaftlichen Arbeiter, die Phantasiepreise für die Zugtiere, die dreifach und mehrfach erhöhten Preise für die Futter- und künstlichen Düngemittel, die aber trotz alledem doch nicht in ausreichender Menge zu haben waren, brachten eine Verteuerung der Erzeugungskosten und außerdem noch, obwohl alte Leute, Frauen und Kinder ihr Möglichstes leisteten, einen Abgang in den Erträgnissen der Ernte und Viehhaltung. Einerseits der Mangel an Futtermitteln — Edelfrucht darf nicht verfüttert werden —, andererseits die niederen Kartoffelpreise im Verhältnis zu den sehr hohen Fleischpreisen reizten und zwangen den Landwirt, seine Kartoffeln zurückzuhalten und lieber zur Fütterung seiner Schlacht- und Nutztiere zu verwenden. So entstand die mangelhafte Beschickung der städtischen Märkte mit Kartoffeln, die Kartoffelnot. Auch die Not an anderen Lebensmitteln, die ihren Ursprung der Landwirtschaft verdanken, findet auf ähnliche Weise ihre Erklärung.

Auch die Verordnung wegen Verfolgung der Preistreiberei erzeugte etwas ganz Seltsames. Jene Orte, wo die Gendarmerie, der Staatsanwalt und der Richter strenge gegen die Preistreiber vorgingen, wurden von der Bauernschaft der Umgebung gemieden. Die abschreckende Strafe hatte also im wahren Sinne des Wortes abschreckend gewirkt. Trotz aller wohlgemeinten Vorkehrungen von Seite der Regierung litten so die Bewohner der Städte Mangel an Lebensmitteln, was die Standesgegensätze nicht milderte. Am meisten litten wohl unter solchem Uebelstande die Arbeiter und die Festbesoldeten. Um ihre Familien nicht darben zu lassen, waren sie gezwungen, die Orte in der Umgebung ihres Wohnsitzes abzustreifen und unter der Hand, gegen Zusicherung des strengsten Stillschweigens, Nahrungsmittel weit über die Höchstpreise einzukaufen. Aehnliche Fälle, in denen die wohlgemeinten Maßnahmen der Behörde zur Sicherung der Lebensmittel durch die tatsächlichen Verhältnisse ins Gegenteil verkehrt wurden, ließen sich noch mehrere anführen.

Doch nicht allein der Verbraucher, auch der Erzeuger führt Klage über die mißlichen Verhältnisse. So manche Verordnung der Behörde hat ihren Zweck nicht erreicht, hat sich in der Praxis als undurchführbar erwiesen, ja sogar das Entgegengesetzte von dem herbeigeführt, was von der Behörde beabsichtigt ward. Deshalb führen auch die landwirtschaftlichen Körperschaften Klage darüber, daß die Regierung alle die folgenschweren kriegswirtschaftlichen Maßnahmen getroffen habe, ohne vorher die berufenen landwirtschaftlichen Körperschaften über Wünsche und Bedenken gehört zu haben. Die landwirtschaftlichen Körperschaften drängen auf eine Besserung dieses Verhältnisses, das durch manche Maßnahme der Landwirtschaft Schaden brachte, ohne dem Verbraucher eine Linderung zu bringen.

Doch auch die Regierung mag ihre guten Gründe haben, alle die Futter- und Lebensmittelverordnungen ohne Anhörung der berufenen landwirtschaftlichen Körperschaften erlassen zu haben. Die Not der Zeit erfordert rasche Entschlüsse. Die Einholung von mündlichen und schriftlichen Gutachten erfordert aber vorbereitende Arbeit, also Zeit. Die traurigen Erfahrungen, welche die Regierung mit dem Abgeordnetenhaus als „raschen Arbeiter" gemacht hat, mögen sie abgeschreckt haben, in dieser schweren Zeit die Mitarbeit der aus verschiedenen Nationen zusammengesetzten landwirtschaftlichen Körperschaften der verschiedenen Länder zu suchen.

Der Sekretär des Landeskulturrates in Böhmen Andreas Meisner hat den Vorschlag gemacht, einen kriegswirtschaftlichen Beirat zu errichten, der bei den verschiedenen kriegswirtschaftlichen Maßnahmen der Regierung durch seine Mitarbeit die Landwirtschaft vor Schaden bewahren solle. Der Gedanke ist gut und ist des Versuches wert! — Doch auch die Bedenken der Verbraucher dürfen nicht ungehört verhallen. Deshalb wäre es gut angebracht, nicht nur einen wirtschaftlichen Beirat, sondern überhaupt einen Beirat für Ernährungsfragen aus den Kreisen der Landwirtschaft und der Verbraucher zusammenzustellen, der mit seinen Ratschlägen der Regierung in der Lösung der schwierigen Lebensmittelversorgungsfragen behilflich sein könnte.

Um eine rasche und gedeihliche Arbeit zu ermöglichen, dürfte der Beirat nur engen Umfang aus den Vertretern der landwirtschaftlichen Hauptkörperschaften und den Vertretern der Zentralkörperschaften der größten Organisationen aller arbeitenden Stände besitzen. Daß nur die tüchtigsten und mit dem Arbeitsstoffe vertrautesten Personen in den Beirat entsendet werden müßten, ist selbstverständlich. Ebenso selbstverständlich wäre es, daß der Regierung noch immer die freie Entscheidung vorbehalten bliebe, der Beirat demnach nur Berater und Warner wäre. Der Kostenstandpunkt kann und darf, wo es sich um das Wohl der Allgemeinheit handelt, keine Rolle spielen.

Dieser Beirat, von Arbeitswilligen beschickt, könnte nur Ersprießliches für die Gesamtheit schaffen, und wenn er schon zu gar nichts taugen würde, würde er die Regierung von dem Vorwurfe befreien, tief einschneidende Maßnahmen ohne den Willen des Volkes hinausgegeben zu haben. So würde sich die Regierung durch die Errichtung eines Beirates für Ernährungsfragen nur selbst schützen.

Österr. Volkszeitung
9./I. 1916

Die Versorgung einer Landeshauptstadt.

Vom Reichsratsabgeordneten Dr. **Franz Dinghofer**, Bürgermeister der Landeshauptstadt Linz.

Die höchste Anspannung, die ein Krieg sowohl in militärischer als in finanzieller Beziehung von einem Volke seit der Zeit der Staatenbildung verlangt, hat sich in einer früher nie geahnten Weise gezeigt. Niemand hätte auch noch vor wenigen Jahren es für möglich gehalten, für längere Zeit Millionen von Kämpfern einander gegenüberzustellen, Milliarden von Werten, die zur Kriegführung sich als notwendig erweisen, ohne besondere Schwierigkeiten aufzubringen. Aber auch in wirtschaftlicher Richtung zeigt sich der jetzige Krieg als der größte Umstürzer und stellt in seiner ungeheuren Intensität an die Gesamtbevölkerung, an jeden Einzelnen, an die Staatswirtschaft die größten Anforderungen.

Für uns als Verwalter eines größeren Bevölkerungsgebietes, wie es die Landeshauptstadt Linz ist, war wohl die wichtigste Kriegsangelegenheit die Sorge um die Ernährung der Bevölkerung. Unter dem Eindrucke der Balkanwirren, insbesondere der Ergebnisse des Bukarester Friedens, die keineswegs eine vollständige Reinigung und Ordnung der Balkanverhälnisse gebracht haben, ferner durch Erwägungen über die unsicheren Zustände in dem problematischen Staate Albanien und unter dem Eindrucke weiterer ähnlicher böser Vorzeichen sahen wir uns in Linz bereits im November 1913, also vor Kriegsausbruch veranlaßt, die Frage der Lebensmittelversorgung der Stadt aufzurollen, um rechtzeitig die entsprechenden Maßnahmen ergreifen zu können, soweit sie in den Wirkungskreis einer Gemeideverwaltung fallen. Wir stellten fest, in welchen Mengen wir Lebensmittel benötigen, von wo und auf welchem Wege wir sie beziehen. Diese Erhebungen haben sich insbesondere auf Großvieh, Rindfleisch, Schweine, Milch, Butter, Käse, Reis, verschiedene Gemüse, Schweinefett, Zucker, Kaffee, Tee, Kohle und selbstverständlich auch auf Mehl und sonstige Mahlprodukte bezogen. Diese Erhebungen haben sich sofort bei Kriegsausbruch dadurch als nützlich und vorsichtig erwiesen, als der jetzige ungeheure Weltkrieg die gewohnte Ordnung, allen Handel und Wandel, wie er sich im Laufe der Jahrhunderte entwickelte, völlig unterbrach: Wir waren und sind durch die Kontinentalsperre Englands in wirtschaftlicher Hinsicht einer belagerten Festung gleich und damit stellte sich die Notwendigkeit heraus, einer solchen außerordentlichen Lage auch durch außerordentliche Maßnahmen zu begegnen.

Vor allem drängten zu solchen Maßnahmen, um nur ein Beispiel anzuführen, die Verhältnisse in der Versorgung mit Mehl und Kohle. Es gelang uns insbesondere mit Hilfe der Bemühungen unserer ausgezeichneten Staatsbahnverwaltung, das für die Stadt Linz erforderliche Quantum an Kohle in wenigen Tagen zu beschaffen. Noch viel wichtiger war begreiflicherweise die Beschaffung von Mehl. Wir versuchten Mehl zu bekommen, wo wir es nur erlangen konnten. Es gelang uns, entsprechende Quantitäten von Mehl zu requirieren, wobei wir zwar etwas absolutistisch handeln mußten. Aber schon einige Tage später erschien eine Paragraph 14-Verordnung, die diesen in unserem Vorgehen gelegenen Zwang vollständig rechtfertigte. Infolge unserer großen Ankäufe an Weizenmehl war es möglich, den Preis gegenüber jenem in anderen Orten verhältnismäßig billiger zu stellen, indem wir an die Zwischenhändler durchgehends die ganze Zeit hindurch das Nullerweizenmehl mit 70·35 Heller per Kilogramm und mit der Verpflichtung abgaben, dasselbe mit höchstens 78 Heller an die Bevölkerung weiterzuverkaufen. Die einschneidendsten Veränderungen in der Mehl- und Brotversorgung brachten endlich die Einführung der Brotkarte, wodurch die Kopfquote auf eine tägliche Mehlverbrauchsmenge von 200 Gramm beschränkt wurde. Die Brotkartenausgabe führten wir nach Potsdamer System durch, indem die Vorarbeiten durch ein Zentralbureau gemacht wurden, die Brotkarten selbst aber sich die Bevölkerung bei Vertrauensmännern abholten. Was die Versorgung mit Fleisch betrifft, so gelang es unseren Maßnahmen, dieselbe in Linz von Kriegsbeginn bis Ende Februar 1915 ohne wesentliche Preiserhöhung vor sich gehen zu lassen. Erst dann trat eine, leider nicht mehr aufzuhaltende Preissteigerung ein, die nur durch den Bezug ausländischen Fleisches etwas gemildert werden konnte. Die Stadtgemeinde traf auch in entsprechender Weise eine Reihe von Maßnahmen bezüglich der Milch- und Gemüseversorgung, ferner bezüglich der Versorgung mit Fetten, Eiern, Zucker und Kaffee sowie bezüglich der Beschaffung der Futtermittel, Hafer, Kleie usw., ein Tätigkeitsgebiet, das bis heute noch nicht zum Abschlusse gelangt ist.

Aufgaben großen Umfanges und großer Verantwortung waren auch bezüglich des Sicherheitszustandes der Stadt zu lösen, ferner bezüglich der Fremdenkontrolle und des Flüchtlingswesens und einen sehr umfangreichen Geschäftsverkehr brachten die im Laufe der Kriegsmonate angeordneten Aufrufungen und Musterungen der Landsturmpflichtigen. Einquartierung, Militärspitäler, Wohnungen für die Gagisten, die Frage der Unterhaltsbeiträge der Angehörigen Mobilisierter, Legitimations-, Legitimations- und Paßwesen, Instandhaltung des Schulwesens, sanitäre Fragen und eine ganze Reihe weiterer Angelegenheiten, deren Erledigung in den Wirkungskreis der Stadtgemeinde fällt, erheischten entsprechende Arbeit. Dazu kamen noch besondere Kriegsangelegenheiten, wie die Kriegsfürsorgeaktionen, die Kriegsvormundschaft und Familienpflege usw. In der Landeshauptstadt Linz ist es gelungen, alle diese Fragen im selbständigen Wirkungskreis einer ersprießlichen Lösung zuzuführen, und insbesondere können wir mit Genugtuung feststellen, daß wir die für uns sorgenvollste Frage, die der Ernährung unserer Bevölkerung, mit größtem Eifer und vielfachem Erfolge zu behandeln gelernt haben. Die Sorge für hinreichende Zufuhr und entsprechende Preisbildung der Lebensmittel, soweit sie nicht staatlich monopolisiert sind, sind auch für die Zukunft die Hauptaufgaben jeder Gemeindeverwaltung, die die größte Aufmerksamkeit, Energie und organisatorische Tätigkeit erfordern. Die Anschauungsweise des größten Teiles der Bevölkerung ist derart mit dem Arbeitsfelde des Rathauses verwachsen, daß sie sich auch dort von der Gemeinde oft Abhilfe erhofft, wo der Wirkungskreis derselben gar nicht hinreicht, wo sie selbst nur Mitfordernder ist, da andere, mächtigere Faktoren hiefür in Frage kommen. Trotzdem muß auch in solchen Belangen die Gemeindeverwaltung der Bevölkerung in ihren gerechtfertigten Forderungen möglichst zur Seite stehen, dann ist sie des Vertrauens, das ihre Arbeit bei der Bevölkerung genießt, wert und würdig. Und so wollen wir es auch für alle Zukunft halten, dann wird und muß sich unsere Arbeit im Hinterlande würdig anreihen an die herrlichen Waffenerfolge unserer braven Armee.

Fremdenblatt
9/I. 1916

Etwas für die Hausfrau.

Billige, gute Rezepte. — Beantwortung der an uns gestellten Fragen.

„Sparen und haushalten", das ist die Formel, die wir Hausfrauen uns nun schon lange eingeprägt haben und nach der wir leben und wirtschaften. Um nach diesem Grundsatz zu wirtschaften, haben wir diesmal eine Reihe guter, billiger Rezepte gesammelt.

Rezepte von Frau Melanie Zack.

(Ungarische Paradeissuppe.) Drei Kartoffel werden 10 Minuten gekocht, mit etwas Zwiebel, grüner Petersilie und Knoblauch durch die Mühle getrieben, mit Salz, Kümmel, Paprika und Paradeismark angedünstet, etwas gestaubt und mit Wasser aufgegossen; ein Stückchen Gelatine und ein gestrichener Kaffeelöffel Nährhefe dazugetan. Wenn die Suppe aufgekocht hat, legt man einige aus Wasser und Mehl bereitete Nockerl (Wasserspatzen) ein. Im siedenden Zustande stellt man die Suppe auf eine halbe bis dreiviertel Stunden in die Kochkiste.

(Gefüllter Sellerie mit holländischer Sauce.) Der Selleriekopf wird abgeschabt, in Salzwasser angekocht und auf eine halbe bis dreiviertel Stunden in die Kochkiste gestellt. Herausgenommen, läßt man ihn auskühlen und schneidet dann oben einen Deckel ab. Der Kopf wird ausgehöhlt und nun bereitet man folgende Fülle: 15 Deka Beuschel werden durch die Beuschelschneidmaschine getrieben, eine entgrätete Sardelle, etwas Gemüseabfälle, eine Kartoffel nebst den Sellerieabfällen, etwas Zwiebel und Kapern durch die Fleischmühle getrieben und mit dem Beuschel nebst einem halben Ei, fingerbreiter Gelatine, Salz, Pfeffer, etwas Thymian, Majoran, Bertramkraut, Kuttelkraut, einen halben Löffel Nährhefe gut vermengt. Mit dieser Fasch wird der Sellerie gefüllt und mit dem Deckel zugedeckt. Nun bereitet man eine Bechamelsauce, der man Senf zufügt und mit Kräuteressig spritzt, gießt sie über den Selleriekopf und schiebt ihn ins Rohr zum Gratinieren. Zu diesem Selleriekopfe serviert man Salzkartoffel oder Reis. Kann auch kalt genossen werden.

Rezepte von Frau J. N.

(Apfelreis.) Der Reis wird gewaschen, gebrüht und dann mit Wasser, etwas Butter und Salz langsam gar gekocht. Inzwischen hat man Apelmus gekocht (man braucht es nicht durchzuseihen). Reis und Mus werden zusammengerührt. Man gibt die Speise mit brauner Butter oder mit Zucker und Zimmt zur Tafel. Nach Wunsch kann man auch Milchreis kochen und diesen mit Apfelmus vermischen, auch das Apfelkompott neben dem Reis reichen.

(Billiger Schokoladepudding.) Ein halber Liter Milch (verdünnte kondensierte Milch oder Trockenmilch), drei Tafeln Schokolade und vier Würfel Zucker werden aufgekocht, dazu kommen zwei Eßlöffel Reismehl, die mit vier Eßlöffel Wasser gut verrührt werden. Dies wird in die kochende Milch gegeben und noch einmal zum Wallen gebracht. In einer Puddingform wird die Masse im Rohr fertig gebacken und kalt serviert.

Billige Speisen in teurer Zeit von Frau Sid. R.

(Bosnische Krautknödel.) Ein Häuptel Kraut sehr fein schneiden, salzen und fest ausdrücken. Dazu ein Stückchen fest ausgedrücktes, eingeweichtes Brot, ein ganzes Ei, ungefähr einen Liter Mehl, Salz; fest abarbeiten, runde Knödel formen und in Salzwasser ungefähr eine viertel Stunde kochen lassen. (Vorher probieren, ob das Kraut schon gut ist.) Entweder mit Schmalz und Zwiebelringeln überschüttet zu Tisch bringen oder süß mit Mohn und Zucker. Diese Speise ist für fleischlose Tage sehr gut. Reste in Scheiben schneiden, mit Fett rösten und als Abendbrot verwenden.

(Rumänisches Dahorpi.) 1 Kilo Schöpsen- oder anderes fettes Fleisch wird in Portionsstücke geteilt und in Wasser mit Zwiebel und Grünem weichgekocht. Dann nimmt man das Fleisch heraus und kocht — für sechs Personen berechnet — ein viertel Kilo Reis halbweich; macht dann eine goldgelbe Einbrenn mit etwas feingehackter Zwiebel dazu, etwas Essig und Paradeis, dazu kommt Fleisch und Reis und wird zusammen fertig gedünstet. Sehr sättigend, schmackhaft und durch seine Ausgiebigkeit sehr billig.

(Böhmisches Kohlfleisch.) Gut und ausgiebig. Schweinefleisch von den Rippen wird recht weich gekocht, ebenso der in Viertel geschnittene Kohl, nur darf er ja nicht zerfallen. Dann macht man eine schön goldbraune Einbrenn mit etwas Zucker, gibt eine Zwiebel dazu, die man wieder herausnimmt, gießt es mit dem Fleischwasser auf und läßt den Kohl darin fertig dünsten, gibt auch das Schweinefleisch dazu, läßt es noch zusammen anziehen, richtet das Fleisch in der Mitte bergartig an, garniert den Kohl herum und gibt die Sauce dazu.

Hamburger Fremdenblatt 10/I. 1916.

Uebt Sparsamkeit.

Das zweite Weihnachtsfest im Weltkrieg liegt hinter uns. Die Erinnerung an das erste Weihnachtsfest ist wieder wach geworden und damit die Erinnerung an eine Zeit, in der viele, sehr viele mit voller Berechtigung sorgenvoll in die Zukunft sahen. Denn damals war unsere Kriegsernährung noch nicht in dem Maße sichergestellt wie heute. Inzwischen ist uns die Gewißheit geworden, daß wir diesen Krieg auf dem Gebiete der Ernährung durchhalten können, wenn wir sparsam sind, vom Brot angefangen bis zu allen übrigen Nahrungsmitteln. Es scheint aber fast, als ob man in weiten Kreisen dieses „wenn" vergessen hat. Wer im vorigen Jahr glaubte, daß der Kuchen aus den deutschen Häusern verschwinden würde, wer erwartet hat, daß mit den fleischlosen Tagen der Fleischverbrauch wesentlich abnehmen werde, scheint sich geirrt zu haben. Wir haben es erlebt, daß die Verbraucher massenhaft sich am Abend vor dem fleischlosen Tage mit Fleisch versorgten, und es gibt keine Konditorei, keine Bäckerei in den großen Städten, in der nicht Kuchen und süße Waren in den größten Mengen zum Verkaufe ständen. Die Verantwortung scheint auf den „Staat" und die „Polizei" abgewälzt zu sein und der Verbraucher vergißt, daß alle staatliche Regelung letzten Endes vergeblich ist, wenn er nicht selbst mit eisernem Willen und starker Opferwilligkeit das Seinige beiträgt.

Vielfach haben die Verbraucher vergessen, daß die Brotmenge, die doch lediglich als oberste Verbrauchsgrenze gedacht ist, keineswegs für den einzelnen die moralische Erlaubnis bedeutet, nun tatsächlich so viel Brot zu essen, wie er auf die Brotkarte kaufen kann. Gerade weil auf diesem Gebiete dem einzelnen eine ihm zukommende Nahrungsmenge vom Staate gewährleistet wird, darf nicht vergessen werden, daß das Gebot freiwilliger Sparsamkeit und freiwilliger Beschränkung hierdurch durchaus nicht aufgehoben wird, sondern, daß es nach wie vor vaterländische Pflicht des einzelnen ist, nur so wenig Brot zu verbrauchen, wie es ihm irgend möglich ist, und mit strenger Selbstzucht Ersparnisse an seiner Brotkarte vorzunehmen. Diese Pflicht muß heute von neuem betont und eingeschärft werden. Wenn wir uns an der Schwelle des neuen Jahres fragen, was wir selbst getan haben, um den Aushungerungsplan unserer Feinde zunichte zu machen, dann werden wir sagen: „Es muß anders werden, als in letzter Zeit!" Diese Einsicht tut uns bitter not, denn mit ihr steht viel, sehr viel auf dem Spiele.

Hamburger Fremdenblatt 10/2. 1916.

Die Bilanz unserer Nahrungsmittelversorgung von 1915.

Hamburg, 10. Januar.

V.

Inland und Ausland bei der deutschen Nahrungsmittelversorgung.

An der Schwelle der schwersten Zeit des preußischen Staates strahlt die große Gestalt Fichtes. Diese Staatsphilosophie ist der gereifte und gesteigerte Ausdruck der politischen Wirklichkeit des damaligen Preußens; sein Geist ist befruchtend auf dieses Preußen zurückgestrahlt. Von Fichte stammt die Idee des geschlossenen Handelsstaates, des Staates stabiler, auf sich beschränkter Wirtschaft, ein Vernunftgebilde, die Ordnung des ökonomischen Lebens, wie der vernunftgemäße Staat sie zur Grundlage haben soll. Wie oft ist diese Fichtesche Idee als Utopie, als phantastisch zurückgewiesen worden, wie sinnlos mußten diese Konstruktionen der Vorkriegszeit erscheinen mit ihrem Drang in die Weltwirtschaft, mit ihrem dichten Netz der internationalen Verkehrsbeziehungen, mit ihrem Abschleifen nationaler Eigentümlichkeiten.

Der geschlossene Handelsstaat ist Wirklichkeit geworden. In allen wesentlichen Punkten hat uns allmählich der Krieg ökonomisch in unsere Grenzen, auf unser Land zurückgeworfen. Die Sperre der Nordsee, der Ring feindlicher Nachbarn machte mit einem Schlage zur Tatsache, was Generationen als müßige Spekulation betrachteten.

Suchen wir uns klar zu machen, wie sich seit Kriegsausbruch für unsere Lebensmittelversorgung die Rollen der inländischen und ausländischen Erzeugung gestalteten.

Vor dem Kriege war für unsere Versorgung das Ausland eine ganz gewichtige Instanz. Eine Menge von Produkten gehörte zur unentbehrlichen Lebenshaltung im deutschen Hause, die nur auf fremdem Boden gedeihen können: Kolonialwaren, Südfrüchte, bestimmte Oele, Fette usw., Produkte, die Deutschland nicht in genügender Menge oder Güte erzeugte, wurden ebenfalls in großem Umfange eingeführt: Weizen, Futtermehl usw. Diese beiden Posten sind für unsere Bedarfsversorgung vom Auslande her die entscheidenden. Daneben bestand Einfuhr und Ausfuhr solcher Produkte, die auch unser Vaterland in genügender Menge herstellte: Roggen, Zucker.

Wie gestaltete nun der Krieg das Verhältnis unserer Versorgung bezüglich Eigenproduktion und Einfuhr? Er durchschnitt sofort die breiten Verkehrsadern zwischen uns und dem Auslande. Das hatte wenig zu besagen bei den Produkten, die wir in Deutschland in ausreichender Menge selbst erzeugen können (Kartoffeln, Roggen, Zucker), das hatte zunächst auch nicht viel zu besagen bei jenen Produkten, auf deren Einfuhr oder zuschüssiger Einfuhr wir angewiesen sind. Denn ein Siebzigmillionenvolk mit starken Verbrauchsgewohnheiten hat natürlich große Bestände im Lande, auf die es zurückgreifen kann. Wie aber, wenn mit der Dauer des Krieges die Bestände an solchen Produkten zusammenschmelzen? Droht von daher nicht Gefahr?

Verschiedene Umstände haben uns dieser Schwierigkeiten Herr werden lassen. Jene Nahrungsmittel, die wir ausschließlich vom Auslande beziehen, sind entbehrliche und ersetzbare Produkte, ihr Ausfall wäre also zu ertragen. Aber gerade diese Produkte sind es auch, die nicht vollkommen abgesperrt wurden, die immer noch mehr oder minder reichlich zuströmen. Die eigentlichen Schwierigkeiten erwachsen erst bei den Produkten, in denen wir zuschüssige Einfuhr benötigen. (Weizen, Futtermittel allert Art.) Hier handelt es sich um gewaltige Zufuhrmengen, und deren Sperre ist es eigentlich, die uns in Ernährungsschwierigkeiten gebracht hat. Gegenüber dem großen Einfuhrbedarf an solchen besagt es nicht viel, wenn hie und da einige Tausend Kilo oder Tonnen über die Grenze kommen, faktisch sind wir auf Eigenversorgung angewiesen, wobei natürlich immerhin für eine nahe oder fernere Zukunft offen bleibt, ob nicht doch militärisch neugeschaffene Zufuhrstraßen uns aller Schwierigkeiten überheben.

Für den heutigen Stand der Dinge können wir kurz zusammenfassen: Die nur durch Einfuhr beschaffbaren Nahrungsmittel des täglichen Bedarfes, die notfalls entbehrlich oder ersetzbar sind, sind trotz mancher Zufuhrerschwerungen vorhanden, voraussichtlich auch auf die Dauer. Unser Verbrauch dieser Art bleibt also vor wie nach gestellt auf ausländische Zufuhr. Jene Einfuhrprodukte, die wir zuschüssig in großen Mengen nötig haben (Weizen, Futtermittel, vor allem als Grundlage unserer Viehhaltung), müssen heute durch Inlandsproduktion unter Beihilfe von Einschränkung, Anpassung und Streckung erzeugt werden. Wir haben also den geschlossenen Handelsstaat in den wichtigsten und lebensnotwendigsten Erzeugnissen. Die breiteste Basis unserer Versorgung liegt im heimischen Boden. Es sind gewissermaßen Randgebiete des Konsums, die das Ausland versorgt, und relative Luxusbedürfnisse, deren Befriedigung auf Einfuhr aufgebaut ist. Diese Erkenntnis braucht uns nicht zu beunruhigen, wenn der Konsum versteht, sich anzupassen, und die Produktion begreift, daß sie alle ihre Kräfte anzusetzen hat. So sehen wir, wie im Hintergrunde all unsere wirtschaftlichen Sorgen und Mühen ethische Probleme tragen.

Frankfurter Zeitung
10./1.1916

10
57

Beirat für Volksernährung.

Berlin, 8. Jan. (W T B Nichtamtlich.) Im Reichsamt des Innern trat der aus Reichstagsabgeordneten gebildete Beirat für Volksernährung heute unter dem Vorsitz des Stellvertreters des Reichskanzlers, Staatssekretärs Dr Delbrück, zu einer ersten Sitzung zusammen. Nach Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten wurde die Versorgung der Bevölkerung mit Speisekartoffeln sowie der Stärkefabriken und Trocknungsanlagen mit Fabrikkartoffeln erörtert. An zweiter Stelle stand die Beratung der Bewirtschaftung von Brotgetreide und Hafer bis zur neuen Ernte. Die Sitzungen des Beirates werden allwöchentlich Samstags stattfinden.

Vossische Zeitung 10.II.1916.

Festsetzung der Höchstpreise durch die Gemeinden.
Starke Beunruhigung hat eine vor wenigen Tagen von einer Interessentengruppe gebrachte Mitteilung über eine Reichsgerichtsentscheidung verursacht, nach der die Gemeinden Höchstpreise nur für die am Orte erzeugten Waren festsetzen dürften. Es handelte sich um die Verurteilung einer Wurstverkäuferin in Hannover, die sich um die dort bestehenden Höchstpreise für Wurst nicht gekümmert hatte, da das Verkaufsobjekt „Braunschweiger Mettwurst" war. Nach dem vorliegenden Wortlaut der Entscheidung stellt sich jedoch heraus, daß die Meldung auf unrichtigen Voraussetzungen beruht. Und zwar ist — wie uns aus Leipzig geschrieben wird — der erwähnte Satz über die Festsetzung der Höchstpreise durch die Gemeinder in dem Urteil überhaupt nicht vorhanden. —
Auf die Eingabe des Verbandes Deutscher Kaufleute der Delikatessenbranche vom 5. d. M., welcher als maßgebend im Feinkostzweige gilt, geht diesem heute ein Schreiben vom Magistrat der Stadt Berlin (Abteilung für Lebensmittelversorgung) zu, worin es folgendermaßen heißt:

„Wir haben in unserer heutigen Sitzung beschlossen, auch weiterhin, und zwar vorläufig bis zum 1. Februar 1916 den Weiterverkauf von solchen Würsten zu höheren als in der Verordnung vom 14. Dezember 1915 festgesetzten Preisen zu gestatten, die auch im Frieden als Delikatessen hergestellt zu werden pflegten und sich nach Art ihrer Zusammensetzung bezw. Zubereitung als besondere Delikatesse darstellen und so einen höheren Preis rechtfertigen), wie z. B. Gänseleberwurst und Trüffelwurst). Für die Zeit nach dem 1. Februar 1916 werden wir Ihre Anträge in wohlwollende Erwägung ziehen."

Hamburger Fremdenblatt 12/I. 1916.

Die Bilanz unserer Nahrungsmittelversorgung von 1915.

Hamburg, 12. Januar.

VI.

Die Bedeutung der sittlichen Volkskraft für unsere Nahrungsmittelversorgung.

Der naive Glaube an die Ueberlegenheit der Zahl, und die Hoffnung, uns aushungern zu können, sind die beiden trügerischen Stützen aller Siegeshoffnungen unserer Gegner. Ein gemeinsamer Kern liegt ihnen zugrunde; man rechnet mit Zahlen und Mengen, vergißt aber, dabei die ethischen Werte in Rechnung zu stellen. Und doch hat der bisherige Kriegsverlauf gezeigt, wie machtvoll das Volksethos, die gesunde sittliche Volkskraft, den Lauf unserer kriegerischen Erfolge und unser wirtschaftliches Durchhalten stützt.

Es ist merkwürdig, wie wenig Blick das Ausland für die Bedeutung dieses Faktors gezeigt hat. Unsere Ueberlegenheit führt es beharrlich zurück auf einen Mangel an Ethos; mit den Schlagworten Organisation, Drill und Schablone suchte man aus dem, was unbedingt Ausfluß unserer sittlichen Stärke ist, ein sittliches Minus zu machen; aus bösem Willen, mehr noch aus Unverstand.

Demgegenüber betonen wir mit aller Schärfe: die sittliche Kraft unseres Volkes ist der tiefe Untergrund unserer wirtschaftlichen Kriegführung; die Bildungsfähigkeit, die Einsicht in Notwendigkeiten, die willige Unterordnung privater Interessen unter allgemeine, das sind die staatsbürgerlichen Tugenden, die unsere Kriegswirtschaft tragen.

Organisation ist der Zauberschlüssel zu all unseren Leistungen: so versichert uns das Ausland, so glauben wir manchmal auch selbst. Aber wie kommt es, daß unsere Gegner trotz aller Mühen uns unsere Organisation nicht nachmachen können? Daher, weil ganz besondere sittliche Qualitäten Voraussetzung aller Organisation sind. Sittliche Werte auf seiten der leitenden Köpfe: die Fähigkeit, verwickelte Sachlagen zu überschauen, erreichbare Ziele zu fixieren, Mittel zu diesen Zielen zu finden, Menschen und Dinge am richtigen Platz einsetzen zu können. Ohne Pflichtbewußtsein, ohne Verantwortungsfreudigkeit, ohne Selbstlosigkeit ist das eine unmögliche Aufgabe. Anderseits setzt das Menschenmaterial, mit dem Organisation zu leisten ist, sittliche Qualitäten voraus: die Fähigkeit, Gesamtziele zu verstehen, Privatinteressen ihnen willig unterzuordnen, im eigenen Pflichtkreis auszuharren. Welche Opferfreudigkeit gehört dazu, Opfer an geistigem und leiblichem Wohlbehagen, Opfer an persönlichen Lebenswerten! Das deutsche Volk hat in Leitung und Ausführung die sittlichen Kräfte entwickelt, die die Riesenaufgabe der Umorganisation unserer Wirtschaft zur Kriegswirtschaft erforderte. Es hat in kürzester Zeit geleistet und vollendet ausgebaut, was das feindliche Ausland bis heute in tastenden Versuchen erstrebt und nirgendwo zur Höhe und Durchreiftheit unserer Erfolge gebracht hat. Man sieht immer nur das Mechanische, die Außenseite aller Organisation und übersieht die lebensvolle Innenseite. Weil sittliche Kräfte, Volkstugenden, in zweckmäßigen Formen wirken, darum leben und leisten sie.

Zwei glänzende Erfolge werden stets eine Ruhmestat unseres Volkes sein: der schnelle und glatte Uebergang von der Friedensarbeit zur Kriegswirtschaft und die Sicherung unserer Nahrungsmittelversorgung. Gewaltige Leistungen; und wie wurden sie möglich? Sie wurden möglich, weil starke sittliche Werte, sowohl hinter dem Vorsorgen und Eingreifen der Behörden, wie auch der leitenden Köpfe und des arbeitenden Volkes standen. Unser Empfinden ist viel zu sehr gewohnt, nur das Mechanische, das Seelenlose, das Selbstverständliche an all dem zu sehen, was von der Behörde kommt; es übersieht, welche starken sittlichen Kräfte lebendig waren, sowohl in denen, die die Gesetze und Verordnungen erließen, wie in denen, für die sie galten. Gründlichkeit, ernste wissenschaftliche Ueberlegung, tiefes Pflichtbewußtsein, klarer Blick für das Kommende, Verantwortungsgefühl, entschlossenes Handeln: alle diese Züge charakterisieren die Art, wie die deutschen verantwortlichen Stellen für den Kriegsstoß vorgesorgt hatten und ihn parierten. Und anderseits, was hätte das tiefe Pflichtbewußtsein, die größte Klugheit der verantwortlichen Männer genützt, wenn dem nicht entsprechende sittliche Energien im Volke korrespondiert hätten? Vertrauen auf die Sachkenntnis der Leitenden, auf den Erfolg der Maßregeln, auf die Festigkeit unseres Wirtschaftslebens, Vertrauen gegen den Schuldner und für den Gläubiger! Nicht blindes Vertrauen, sondern Vertrauen auf bewährte Sachkunde, auf bewährte Menschen. In den Erntemonaten der vergangenen Kriegszeiten bekam das Wort vom stillen Heldentum hinter der Front einen tiefen Inhalt; trotzdem die Männer im Heere waren, Gespanne und Material requiriert wurden, trotzdem sicherte unser Landvolk die Ernte. Das bleibt eine der glänzendsten Taten unserer Landwirtschaft. Sehen wir auch hier wieder die sittlichen Kräfte in ihrer Wirksamkeit, Fleiß, Opfermut, Pflichtbewußtsein! Die sittliche Kraft unserer Landbevölkerung ist der nie versiegende Jungbrunnen unserer Nation; mag England uns die See sperren: wir zehren in des Wortes vollster Bedeutung von der sittlichen Gesundheit unserer Landbevölkerung.

Uebersehen wir nicht, welche sittliche Größe die Teuerung und die Knappheit am nötigsten auch vom Verbraucher verlangte. Ist es keine moralische Energie, keine Willensstärke und kein Pflichtgefühl, mit den Vorräten plötzlich hauszuhalten, alte Reserven herauszuholen, liebgewordenen Verbrauchsgewohnheiten zu entsagen? Ist es keine sittliche Leistung, wenn ein Volk, gewohnt an reichen und guten Materialverbrauch, plötzlich an allen Ecken kargen muß? Das Wort vom Kartoffelbrotgeist ist ein Hymnus auf unser gutes deutsches Volk, auf seine sittliche Kerngesundheit. Der Kartoffelbrotgeist ist die Ruhmestat der breiten Masse unseres Volkes, die das mangelnde Brot nicht durch gute und teuere Ersatzmittel ausgleichen konnte. Für das arbeitende Volk, für Männer wie für Frauen, ist dieses Wort eine ruhmvolle Anerkennung; das Opfer, daß diese deutschen Menschen an ihrer Lebenshaltung gebracht haben, still und freudig bei schwerster körperlicher Arbeit, floß aus unberufenem, sittlichem Heldentum, offenbart schweigende Tugenden edler, vornehmer Gesinnung. Vor dieser sittlichen Tat unseres arbeitenden Volkes sollte auch der Gegner die Fahne senken. Und diese Gewißheit haben wir: ein hart arbeitendes Volk, das in zähem Ringen und im Willen, zu siegen, so gewaltige Opfer trägt, wird die Gottheit zwingen, die goldene Schale des Sieges zu seinen Gunsten zu senken.

Der Gott, der nach einem zynischen Worte mit den stärksten Bataillonen marschieren soll, wird das Volk zum Siege führen, das die stärksten sittlichen Kräfte einzusetzen hat. Und so wird uns das Reich bleiben.

Hamburger Fremdenblatt 12/I. 1916.

Der Sieg über uns selbst.

Die deutsche Ernährungsfrage im Reichstag.

Von Albert Wacker.

Das deutsche Volk ist von seiner Regierung in den letzten Tagen öffentlich zur Sparsamkeit gemahnt worden. Um dieser Mahnung einen besseren Nachdruck zu verleihen, die angesichts der in weiten Kreisen des Volkes eingerissenen laxen Auffassung über die Notwendigkeit des deutschen Wirtschaftskampfes am Platze war, ist man vorläufig auch zu der ursprünglich festgesetzten Brotration pro Tag und Kopf zurückgekehrt. Grund zur Beunruhigung liegt darin für niemand, wohl aber eine sehr ernste Mahnung für diejenigen, die sich unter dem Schutz der deutschen Waffen allzu sicher fühlen und glauben, sich gehen lassen zu können wie im Frieden. Der deutsche Reichstag ist im neuen Jahre zu einer Arbeitstagung zusammengetreten, die vielleicht nicht auf den hohen Ton der großen Dezembertage und Reichskanzlerreden gestimmt sein wird, die aber deswegen von jedermann nicht weniger ernsthaft verfolgt und beherzigt werden sollte. Den Sieg über unsere Feinde wissen wir sicher in unseren Händen. Es gilt aber auch, den Sieg über uns selbst nicht zu vergessen. Denn das einzige, was dem Feinde an Hoffnung noch vorschwebt, ist ja die Erwartung, daß er uns, die wir in Waffen unbezwinglich sind, hier am Ende doch schwach finden könnte. Das wird nicht geschehen.

Die besten Männer des Reichstags haben wochenlang zusammengesessen und die Fragen des deutschen Wirtschaftslebens geprüft. Sie sind zu der Ueberzeugung gekommen, die Graf Westarp in das Wort zusammenfaßte, aus Rücksicht auf die Ernährungsfrage brauche der Krieg nicht einen Tag früher beendigt zu werden, als bis wir militärisch und politisch den vollen Sieg errungen. Sie sind zu der Ueberzeugung gekommen, daß trotz der englischen Absperrung die vorhandenen Vorräte samt ihrer sicheren Ergänzung für jede Dauer des Krieges ausreichen. Aber ebenso genau haben sie festgestellt, daß wir nicht mehr haben, als wir brauchen. Diese beiden Tatsachen muß sich jeder Deutsche in aller Schärfe klarmachen. Den Vorrat und seine Verteilung besorgen die Regierung und jene große Organisation, die zu diesem Zwecke aus dem Boden gestampft worden ist. Die Voraussetzung aber dafür ist genau so, daß der Verbraucher sich vor Augen hält, wie unerläßlich seine Mitarbeit darin bestehen muß, sich zu fügen, mitzuhelfen, mitzusparen, in seiner nächsten Umgebung aufklärend zu wirken, wo er kann, den Wucher ebenso eifrig zu bekämpfen wie die Nörgelei und jenes beschränkte Klug- oder besser Dummreden derjenigen, die nicht einsehen können, wo und in welchem Maße und weshalb Verhältnisse und Preise wie in Friedenszeiten nicht möglich sind. Wenn dieses Bewußtsein im deutschen Volke von neuem belebt wird, so haben wir mehr als eine Schlacht, so haben wir den Krieg gewonnen und werden durch den Sieg über uns selbst den Sieg über unsere Feinde vollenden.

Die Regierung hat vielen Tadel über sich ergehen lassen müssen. Zum Teil mit Recht, denn in vielen Dingen hätte früher und schneller eingegriffen werden müssen, als es geschehen ist, vielleicht in manchen auch anders. Aber dieser Tadel trägt keine verletzende Schärfe in sich. Er ist die selbstverständliche Kehrseite der enormen Leistung, die seiner ungeachtet von der deutschen Regierung bewältigt worden ist, und die in völlig idealer Weise in so kurzer Zeit kein anderes Volk der Welt geleistet hätte. Ja, keines hätte auch nur entfernt das zuwege gebracht, was uns gelungen ist, diese riesenhafte Organisation, die jetzt kurz vor ihrem Abschluß steht. Denn wenn wir uns auch nicht dabei beruhigen, daß z. B. die Preise bei unseren Feinden und in neutralen Ländern vielfach höher sind als bei uns, — für das, was wir geleistet haben, dürfen wir trotzdem mit Recht diesen Vergleich heranziehen. Wir sehen, in welchen Zuckungen England liegt, wenn es sich einer nationalen Umwälzung wie der des Wehrzwanges auf Verlangen seiner Verbündeten unterwerfen muß. Wir wissen, wie total die Warenverteilung in Frankreich versagt hat, vor allem wegen der mangelnden Verkehrsorganisation, während bei uns nicht nur das Verkehrswesen, über alles Lob erhaben, auch in wirtschaftlicher Beziehung trotz des Krieges weitergearbeitet hat, sondern eine freiwillige Revolutionierung des ganzen Wirtschaftslebens in organische Formen gebracht werden konnte, die trotz aller unvermeidlichen, bisher noch bestehenden Mängel keines anderen Vergleiches würdiger ist als dessen mit der deutschen Heeresarbeit.

Staatssekretär Dr. Delbrück hat in strengen, oft trocken anmutenden Worten das Werden dieser Organisation und den Riesenkreis ihres Bereiches geschildert. Aber gerade diese Nüchternheit ihrer Art ist ja das Geheimnis ihres Erfolges. Er gibt gern zu, daß Fehler gemacht worden sind. Wie sollte das auch anders sein? Aber man spürt in seiner Schilderung fast unmittelbar die gewissenhafte Sorge, mit der die Regierung tastend den Weg in das neue Land des Wirtschafts-Sozialismus gesucht hat, der in diesem Kriege das Geheimnis unserer schier unerschöpflichen Krafterneuerung bildet. Da besteht kein Unterschied zwischen den Parteien und der Regierung in der klaren Erkenntnis des Zieles. Da besteht auch kein Zweifel bei irgend einem, wie es der sozialdemokratische Abgeordnete Schmidt aussprach, daß unser Vorrat genügend ist. Da besteht endlich auf allen Seiten dasselbe Verlangen, die Fragen der Zweckmäßigkeit nicht zu einem Kampf der Stände und Berufsklassen werden zu lassen; und endlich besteht bei ihnen allen und bei uns der gleiche Abscheu und derselbe Kampfeswille gegen jene vaterlandsverräterischen Wucherer, die eine Erscheinung bilden, von der zwar das Ausland noch ganz andere Lieder singen kann als wir, die aber auch bei uns nicht ganz gefehlt haben, wenngleich ihre Zahl weit geringer ist, als man sich wohl hier und da bei den Wirtschaftspolitikern der Bierbank vorstellt. Es ist ja kein Wunder, daß bei solchen Umwälzungen, wie sie das deutsche Wirtschaftsleben gegenwärtig erfährt, auch Unverstand und Aengstlichkeit vieles gefehlt haben, was eben nun durch sorgsamere Organisation und intensivere Aufklärung gebessert werden muß. Wir stehen gar nicht an, zu sagen, daß auch der deutsche Reichstag hier manches versäumt hat, und daß wohl in vielen Dingen eine schnellere Zusammenfühlung von Volk und Regierung erreicht worden wäre, wenn er sich schon früher als erst jetzt selber an der Lösung dieser Fragen beteiligt oder seine Beteiligung verlangt hätte. Einig sind wir uns in allen diesen Dingen. Es gilt genau so, unsere Produktion zu pflegen und unsern Handel nach Möglichkeit lebenskräftig zu erhalten, wie es

Hamburger Fremdenblatt 12/I. 1916.

II

62

der Sieg über uns selbst die deutsche Ernährungsfrage im Reichstag.

gilt, die Ernährung des Gesamtvolkes gerecht zu sichern. Das eine hängt am andern.

Worin bestand die größte Schwierigkeit? Verhältnismäßig einfach ist es gelungen, die Getreideversorgung zu zentralisieren. Korn ist leicht zu messen, leicht zu konservieren und zu verteilen. Das vereinfacht auch die einheitliche Preisbildung, während bei anderen Bedarfsmitteln, wie Fleisch, Kartoffeln, Gemüse und Fett, teils die Verteilung, teils die ungleiche Produktionsart, teils die Aufbewahrungs- und Transportschwierigkeiten die rationenweise Verteilung auf den Kopf der Bevölkerung scheinbar nicht möglich machten. Daraus entstanden jene Ungleichheiten der Verteilung, die sich wiederum in Ungleichheiten der Preise und auf der Kehrseite in einer wucherischen Preistreiberei äußerten. Auch das Mittel der Höchstpreise, obwohl man sie für Produzenten, Groß- und Kleinhandel detaillierte, hat sich nicht als ausreichend erwiesen, diese Mängel zu bekämpfen. Sie steckten vor allem darin, daß man nicht alle Dinge wie das Getreide von einer obersten Zentralstelle aus bewirtschaften kann, da solche Zentralstelle unmöglich die lokalen Sonderverhältnisse zu berücksichtigen vermag. So kam es, daß teils die Produktion, teils der Handel an manchen Stellen unrentabel wurden, während auf der anderen Seite die Tendenz sich steigerte, Vorräte zurückzuhalten, oder Nahrungsmittel, die für die Menschen verwandt werden müssen, zur Verfütterung gelangten. Die Kartoffelfrage bildet noch heute in dieser Beziehung die größte Schwierigkeit. Aber Fehler sind nicht allein dazu da, um begangen, sondern um verbessert zu werden. Wie man daher den Hebel der Beschlagnahme weiterhin mit noch größerer Energie handhaben wird, wo Knappheit besteht oder die Gefahr falscher Verwendung, so hat man auch auf dem Gebiete der Höchstpreise das Auskunftsmittel gefunden in der Dezentralisation der Preisprüfung.

Unter weitester Beteiligung der Selbstverwaltungskörperschaften, der Interessenten, Sachverständigen und Laien sind Preisprüfungsstellen errichtet worden, die die lokalen Bedürfnisse zu erforschen imstande sind und deren gegenseitiger Nachrichtenaustausch in jener Zentralstelle zusammenläuft, die den Reichskanzler bei der Organisation des gesamten Lebensbedarfes berät. „Hier ist der Punkt, wo der Hebel angesetzt werden muß," hat Delbrück mit Recht gesagt und daher die Pflege dieser Preisprüfungsstellen dem Reichstag und allen, die es angeht, besonders ans Herz gelegt. Es ist ein glänzendes Zeugnis überlegender Einsicht, wenn so die große Zentralisation der deutschen Kriegswirtschaft dort, wo es erforderlich ist, von selber wieder auf die Mitwirkung der gesamten Volksgliederung zurückgreift, um überall die unmittelbar Beteiligten, und selbst, wo die Gemeinden sich unfähig erweisen, andere, geeignetere Vereinigungen zu Hütern des Gesamtinteresses in ihrem Bezirk zu machen. Wenn dieses Prinzip darin seinen Gipfel erreicht, daß Reichskanzler und Bundesrat sich einen Beirat aus Mitgliedern des Reichstages zur Seite stellen, so ist darin der Gedanke zum Siege gekommen, daß nicht, wie mancher voreilig wohl gesprochen haben mag, diese Fragen, die uns alle an die Existenz gehen, vom grünen Tisch aus theoretisch gelöst werden sollen, sondern daß der engste Kontakt zwischen Regierung und Volk vonnöten ist, um die große Aufgabe zu erfüllen.

Daher darf man hoffen, daß mancher Mißmut, der entstanden war, sich um der gemeinsamen Sache willen wieder verflüchtigt und daß alle Teile der Bevölkerung sich wieder zur Mitarbeit an diesen Dingen drängen. Dann werden sowohl überhastete Maßnahmen der Nervosität, wie der Bethlehemitische Schweinemord im vorigen Jahre, als ungerechte Einseitigkeiten künftig vermieden werden, und die Kritik wird nicht mehr lähmend sein, sondern befruchtend. So wird auch hier bei allem Ernst der Zeit aus Sorge und Not die Einigkeit des deutschen Volkes und damit seine Kraft nur immer mehr befestigt werden. Wir wollen uns gegenseitig an den Gewissen rütteln und wollen auch unsern Stolz nicht vergessen, sondern dem Feinde und dem ganzen Ausland zeigen, daß die deutsche Organisation nicht dort versagt, wo sie vor ihre größte Aufgabe gestellt wurde, vor die Verteidigung ihrer Existenz. Fassen wir es mit Delbrücks Schlußwort zusammen, worauf es ankommt:

„Die ganze Bevölkerung muß in diese Organisationen hinein mit dem festen Willen, aus ihnen herauszuholen, was aus ihnen herausgeholt werden kann, durchglüht von dem Willen zum Siege, der auch im Innern wie draußen errungen werden muß."

***

Deutscher Reichstag.

Anfragen Liebknechts.

K. **Berlin**, 11. Jänner.

Der Reichstag ist wieder zusammengetreten.

Zunächst stellte der sozialdemokratische Abgeordnete Liebknecht eine Anfrage betreffend die Armenier, in deren Beantwortung der Dirigent der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, Gesandter v. Stumm, folgendes erklärte: Dem Herrn Reichskanzler ist bekannt, daß die Pforte vor einiger Zeit, durch aufrührerische Umtriebe unserer Gegner veranlaßt, die armenische Bevölkerung bestimmter Gebiete des türkischen Reiches ausgesiedelt und ihr neue Wohnstätten angewiesen hat. Wegen gewisser Rückwirkungen dieser Maßnahme findet zwischen der deutschen und der türkischen Regierung ein Gedankenaustausch statt. Nähere Einzelheiten können nicht mitgeteilt werden.

Abg. Liebknecht stellte weitere Anfragen bezüglich der Vorlage des Materials über die Lage der Bevölkerung der besetzten fremden Gebiete sowie über die auf Grund des Belagerungszustandes von der Regierung getroffenen Maßregeln.

Die Regierung lehnte die gewünschte Vorlage des Materials ab.

Abg. Liebknecht versuchte, zu jeder Anfrage Ergänzungsfragen zu stellen, wurde jedoch hieran unter Heiterkeit des Hauses vom Präsidenten verhindert.

Ernährungsfragen.

Bei Beratung der Ernährungsfragen erklärte der Referent Graf Westarp, die Kommission habe eingehend die Zahlen über die vorhandenen Nahrungsmittel geprüft und sei zu der Ueberzeugung gekommen, daß vollkommen ausreichende Vorräte vohanden seien, um die Bevölkerung während des Krieges zu ernähren, solange der Krieg auch dauere. Die Voraussetzung für das Durchhalten sei jedoch Sparsamkeit auf allen Gebieten und verständnisvolle, von gutem Willen getragene gewissenhafte Beobachtung aller erlassenen Maßnahmen seitens der Verbraucher, der Erzeuger und des Handels. Seitens aller Beteiligten geschehe möglichst alles, um die Not und das Elend des Krieges zu mildern. Aushungern, betonte der Redner, läßt sich das deutsche Volk nicht. (Lebhafter Beifall). In ungebrochener wirtschaftlicher Kraft sieht es da, ebenso in ungebrochener Entschlossenheit, den Krieg zu einem siegreichen Ende durchzuführen. Aus Rücksicht auf die Ernährungsfrage braucht der Krieg nicht einen Tag früher beendigt zu werden, als bis wir militärisch und politisch den vollen Sieg erringen. (Lebhafter Beifall.)

Der Sozialdemokrat Schmidt brachte eine Reihe von Beschwerden, besonders wegen zu hoher Lebensmittelpreise vor und verlangte die Lösung der Frage ohne Rücksicht auf Sonderinteressen.

Staatssekretär des Innern Dr. Delbrück erklärte: Die Parteien und die Regierung sind darüber einig, daß die Versorgung des Marktes und die Bildung der Preise nicht dem freien Spiel der Kräfte überlassen werden darf, sondern daß mit fester Hand eingegriffen werden muß und daß man auch nicht vor Härten zurückschrecken darf, wenn es das Wohl des Ganzen erfordert. Mit unseren eigenen Erzeugnissen reichen wir bis zur nächsten Ernte, wenn wir sparen und haushälterisch damit umgehen, die Lebensgewohnheiten den Verhältnissen anpassen und weiterhin mit Erfolg die Verteilung und den Konsum regulieren. Die Stärke der eigenen Produktion und die Vortrefflichkeit der Organisation hat uns stärker als das Ausland gemacht, das scheinbar unter günstigeren Verhältnissen operieren konnte. Was weiter zu tun bleibt, ist die Pflege der Produktion und eine zielbewußte Organisation der Lebensmittelversorgung. Redner gedenkt dankbar der musterhaften Organisation des Verkehrswesens, welchem es in erster Linie zu danken ist, daß man der Schwierigkeiten Herr geworden sei. Er zählt die von der Regierung ergriffenen Maßnahmen zur Regulierung der Preisverhältnisse auf und betont, daß bei allen geschaffenen Organisationen die ausgiebige Mitwirkung von Laien, Sachverständigen und Interessenten vorgesehen sei. Das ganze werde schließlich gekrönt durch den Beirat des Reichstages, worin die Möglichkeit liege, zwischen den Behörden und der Bevölkerung einen Kontakt herzustellen, ohne den die Aufgabe nicht erfüllt werden könne.

Redner erklärt schließlich, er scheue nicht eine Kritik, doch dürfe diese nur befruchtend wirken und dürfe nicht dahin führen, daß ganze Teile der Bevölkerung sich der Mitarbeit lediglich deshalb entziehen, weil sie glauben, daß diese oder jene Maßnahme falsch sei. Die ganze Bevölkerung muß in die geschaffenen Organisationen hinein mit dem festen Willen, aus ihnen herauszuholen, was aus ihnen herausgeholt werden kann, durchglüht von dem Willen zum Siege, der auch im Innern wie draußen errungen werden muß. (Beifall.)

Abg. Matzinger (Zentrum) betont: Wenn wir ausreichend zu essen haben, so verdanken wir dies dem Schutzzoll, der nicht nur der Landwirtschaft, sondern auch der Industrie nützte. Er verlangt die Ausdehnung des Systems der Höchstpreise auf alle für das Leben notwendigen Dinge, Förderung der Leistungsfähigkeit der Transportwege zu Wasser und zu Lande, insbesondere Kanalisierung der Donau bis Regensburg und Erhaltung der Viehbestände. Er gibt schließlich seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß der gute Wille auf allen Seiten im Wachsen begriffen sei.

Abg. Böhme (nationalliberal) verlangt die Einführung von Butter- und Fettkarten. Er betont: Wenn es gelingt, auch wirtschaftlich solche Fortschritte wie auf militärischem Gebiete zu machen und alle Kräfte in den Dienst der Sache zu stellen, dann können wir sicher sein, daß ebenso wie militärisch auch wirtschaftlich das Volk nicht niederzuringen ist.

Die Zeit 12./I. 1916

Die Volksküchen im Kriege.

Preiserhöhungen und Speiseneinschränkung.

Die Volksernährung ist im Laufe dieses Krieges von Tag zu Tag immer schwieriger geworden, je höher die Volksnahrungsmittel im Preise wurden. Die armen Bevölkerungsschichten fanden früher einmal in den Volksküchen eine Verköstigung, die qualitativ gut und auch billig war. Für 30 bis 40 Heller erhielt der Taglöhner, der Fabriksarbeiter, das Fabriksmädchen oder der Pfründner ein Mittagessen, das sättigte und dessen Preis ihm nicht allzu viel von seinem Tageseinkommen wegnahm.

Die 15 Volksküchen des großen Volksküchenvereins und die übrigen drei Küchen anderer Vereine waren denn auch seit jeher gut besucht, und die Gäste waren scheinbar stets mit dem gewiß wohltätigen Wirken der Institution zufrieden. Die Vereine sind bis zum Kriegsbeginn auch immer so weit auf ihre Rechnung gekommen, daß die Regien gedeckt waren und das vorhandene Spendenkapital ausreichte.

Schon mit dem ersten Kriegsjahr begannen sich jedoch in der Versorgung der Volksküchen mit billigen Lebensmitteln Schwierigkeiten einzustellen. Trotzdem die Preise der Lebensmittel höher wurden, hat jedoch der Verein bis zur Mitte des vergangenen Jahres eine Speisentariferhöhung in den Volksküchen vermieden. Erst am 1. Juni 1915, als die Teuerung so weit vorgeschritten war, daß der Verein die Verluste bei der Abgabe der Speisen zu den normalen Preisen kaum mehr zu decken imstande war, wurde eine Preiserhöhung um durchschnittlich 50 Prozent durchgeführt. Die Fleischteuerung hat es mit sich gebracht, daß der Verein auch die Abgabe der großen Fleischportionen, die bis dahin 32 Heller kosteten, einstellen mußte und nur mehr kleine Fleischportionen, und auch diese zu höheren Preisen, verabreichen konnte. Dagegen wurden dann an Stelle der großen Fleischportionen an den fleischlosen Tagen Fisch- und Innereispeisen eingeführt, die mit Salat oder sonstiger Zugabe für die früheren großen Fleischportionen zu 32 Heller mit 48 Heller abgegeben wurden.

Die seit Kriegsbeginn erste und einzige Tariferhöhung in den Volksküchen ist nun derzeit noch in Kraft. Die kleinen Fleischportionen, die vor dem 1. Juni 1915 für 18 Heller erhältlich waren, kosten heute 26 Heller, Gemüse anstatt 8 jetzt 12 Heller, Suppe statt 6 Heller 8 Heller und Polenta statt 6 Heller gleichfalls 8 Heller. Auf dem Preistarif, der im Anschluß an eine Kundmachung des Vereins, in der die Gründe der Preiserhöhung angegeben werden, in den Lokalen der Volksküchen affichiert ist, erscheint auch noch die Mehlspeise mit dem einstigen Preis von 16 Heller und dem jetzigen von 24 Heller angeführt. Praktisch kann diese letzte Ankündigung heute nicht mehr gelten. Denn wenn der arme Mann auch willens wäre, 24 Heller für die Mehlspeise zu bezahlen, bekäme er doch keine. Denn die Volksküchen besitzen derzeit keine Mehlvorräte mehr, und es ist sehr fraglich, ob die Küchen in nächster Zeit Mehl werden erhalten können. Der Entfall der Mehlspeisen ist für die Volksküchengäste ein sehr schwerer Schlag. Denn gerade die Mehlspeisen sind es, die am meisten sättigen. In normalen Zeiten haben viele Gäste der Volksküchen überhaupt nur Suppe und Mehlspeise gegessen. Heute ist es um diese beiden Speisen am schlechtesten bestellt. Infolge des Mehlmangels gibt es keine Einbrennsuppe, und die Rindsuppe kann in Anbetracht der geringen Fleischmenge, die zum Kochen verwendet wird, auch nicht kräftig sein. Wenn also kleine Fleischportionen, Gemüse, wie Kohl, Kartoffeln u. dgl., noch vorhanden sind, so fehlen doch die Hauptbestandteile einer kräftigen Nahrung, und die Mehlspeisen vollends. Kein Mehl — und auch kein Brot. Denn die Volksküchen sind nicht imstande, die Quantitäten Brot aufzubringen, um den Bedarf ihrer Gäste zu befriedigen, und so müssen denn alle, die sich ihr Stückchen Brot nicht selbst mitbringen, das Essen ohne Brot verzehren. Vielfach wird an Stelle der Mehlspeise jetzt in den Volksküchen nach dem Essen Kaffee verabreicht zum Preise von 12 Heller (früher 8 Heller) oder Tee zu 8 Heller, mit Milch oder Zitrone zu 10 Heller.

Unlängst haben die Volksküchengäste, wie wir bereits berichteten, gegen den Entfall der Mehlspeisen protestiert. Der Verein würde dem Protest gerne Folge geben und wieder Mehlspeisen einführen — wenn er Mehl bekäme. Aber seine Ansuchen bei der Gemeinde blieben bisher ergebnislos.

Die Frequenz der Volksküchen ist trotz der Preiserhöhung und der Speiseneinschränkung noch immer eine kolossale, und es muß wiederholt Polizei einschreiten, um den großen Andrang abzuwehren. Die alte Stammkundschaft ist den Volksküchen auch im Kriege treu geblieben. Aber vielfach sieht man unter den Volksküchenbesuchern jetzt auch Leute, die früher den Besuch einer Volksküche vermieden und lieber in kleinen Gasthäusern ein billiges Mittagmahl einnahmen, wie Arbeiterfrauen, Bureauangestellte, Geschäftsdiener, kleine Beamte öffentlicher Anstalten der Gemeinde usw. Der Krieg hat sie den Weg in die Volksküche geführt, wo sie billiges Essen erhalten können, denn die Zeiten, da sie im kleinen Vorstadtgasthaus ein recht ausgiebiges „Gulasch" oder „Beuschel mit Knödeln" um vierzig oder fünfzig Heller erhielten, sind vorüber. Da sie nicht viel mehr ausgeben können und wollen, gehen sie in die Volksküche essen, wo ein gewiß frugales Mahl heute auch schon fünfzig bis sechzig Heller kostet. Man sieht daher jetzt in der Volksküche nicht, wie oberflächliches Urteil sonst festzustellen gewohnt war, „zerlumpte Leute". Heute ist die Volksküche der Sammelpunkt von erwerbenden Leuten, nett gekleideten Menschen, die zu äußerster Sparsamkeit gezwungen sind und, um eben Kleidung und Wohnung und die sonstigen Ausgaben bestreiten zu können, sich „den Kreuzer vom Mund absparen" müssen. Kleine Gewerbetreibende, denen die Kriegszeit übel mitgespielt hat, sind Gäste der Volksküche geworden, Handwerker, und von den Frauen jene, die sich jetzt schweren, einst von Männern ausgeübten Berufen zugewendet haben und in der kurzen Mittagsrast billige Speisen zu sich nehmen. Schließlich sind auch viele Soldaten, die ihr Menagegeld beziehen und sich „zu Hause" verköstigen, Gäste der Volksküche, manche von ihnen alte Stammgäste in Uniform.

Bei dem starken Zuspruch in den Volksküchen hat der Verein große Mühe, die notwendigen Lebensmittel herbeizuschaffen. Es gelingt dem Verein nur schwer, diese in genügender Menge, wenn auch zu hohen Preisen, zu beschaffen, und die Gefahr liegt nahe, daß die Speisenausgabe eingeschränkt werden muß, wenn es nicht gelingt, die erforderlichen Mengen aufzutreiben. Es wäre wohl die Pflicht des Staates und der Gemeinde, dafür Sorge zu tragen, daß den Volksküchen der Bezug von Lebensmitteln in ausreichender Menge möglich gemacht wird. Es sind täglich Tausende von Menschen auf diese Volksküchenkost angewiesen, weil sie noch immer erschwinglich ist, was man heute von der Kost im allgemeinen nicht mehr sagen kann.

Vossische Zeitung 13./I. 1916.

Noch einmal die Ernährungsfragen.

Eine burgfriedliche Dämpfung lag auch gestern wieder über den Reden, die im Reichstag zu den Ernährungsfragen gehalten wurden; eine Dämpfung, die Gegensätze mehr oder weniger stark abmilderte, aber doch nicht verwischte. Es ist ja auch selbstverständlich, daß Ausführungen wie die des fortschrittlichen Abg. Dr. Wendorff und des konservativ-bündlerischen Abg. Dr. Rösicke auf einen anderen Ton gestimmt sein müssen. Herr Dr. Wendorff nahm übrigens ganz auf den Burgfrieden bezug, wenn er sagte, daß er aus Rücksicht auf den Burgfrieden die Namen und Stellen nicht näher bezeichnen wolle, die den löblichen Absichten des Reichsamts des Innern Schwierigkeiten bereiteten. Er dachte dabei an Einflüsse unverantwortlicher Art, und er deutete in diesem Zusammenhang auch auf die Kritik hin, die der Reichstag mit seinen Beschlüssen vielleicht vom Abgeordnetenhause her demnächst zu erwarten haben werde. Den verantwortlichen Stellen im Reich und insbesondere dem Staatssekretär Dr. Delbrück sprach er für ihre Tätigkeit volle Anerkennung aus, und er hält dem sozialdemokratischen Redner vom Dienstag, dem Abg. Schmidt-Berlin, vor, daß seine Kritik weit über das Ziel hinausgeschossen habe. Daß er selber natürlich nicht gewillt ist, auf alle Kritik zu verzichten, bewies er durch die Art, wie er die Kartoffelversorgung behandelte: aber er bleibt sich eben bewußt, wie groß und schwer die Aufgabe war und ist, die es zu lösen gilt. Die Ruhe und Objektivität, mit denen er den Dingen gegenübersteht, ging auch aus seinen Betrachtungen über die Landwirtschaft hervor: stellte er auf der einen Seite fest, daß es auch die Landwirtschaft nicht leicht habe, so hob er auf der anderen Seite hervor, daß sie jedenfalls nicht in so schlechter Lage sei, wie die anderen Berufsstände. Auch Abg. Dr. Rösicke räumte ein, daß die Familien der Kleinkaufleute, Gewerbetreibenden, Angestellten am schwersten zu leiden hätten; im übrigen nahm er sich der Landwirtschaft an und besprach in seiner fast zweistündigen Rede alle möglichen einschlägigen Gegenstände. Unterstaatssekretär Dr. Michaelis erläuterte als Präsident der Reichsgetreidestelle, weswegen es erforderlich sei, zu der strengen Sparsamkeit zurückzukehren, die man eine Zeitlang außer acht gelassen hatte. Zur Illustration der allzu freien Praxis, die allmählich bei der Bewilligung von Zusatzbrotkarten Platz gegriffen, führte er an, daß sogar Gymnasiasten als Schwerarbeitende Zusatzbrotkarten erhalten hätten. Damit soll nun aufgeräumt werden: wir werden dann nach seiner Versicherung nicht nur reichen, sondern eine stattliche Reserve ins neue Erntejahr hinübernehmen. Der freikonservative Abg. Freiherr v. Gamp wandte sich namentlich gegen die Mühlenpolitik der Regierung, die Dr. Michaelis in eingehenden Darlegungen verteidigt hatte. Heute wird die Beratung fortgesetzt.

Der Verhandlungsbericht befindet sich in der 4. Beilage.

Neue Freie Presse Abendbl.
13./I. 1916

Die Ernährungsfrage vor dem deutschen Reichstag.

Berlin, 12. Januar.

Der Reichstag setzte die Beratung der Ernährungsfrage fort. Sämtliche Redner betonten, daß der Kampf, den die Väter, Brüder und Söhne an der Front führen, auch im Lande geführt werden müsse, indem die Daheimgebliebenen sich einschränken und alles daransetzen, um auf dem Gebiete der Ernährung durchzuhalten und die entgegenstehenden Schwierigkeiten zu überwinden.

Unterstaatssekretär Michaelis führte aus: Die Bestandaufnahme im November hat gezeigt, daß wir mit aller Energie zu der alten Sparsamkeit zurückkehren müssen. Sowohl bei der Verfütterung wie beim Konsum muß mit aller Energie eingegriffen werden. Es muß wieder der Verteilungsmaßstab des Vorjahres gelten, indem nur den stark Arbeitenden die Brotration gelassen wird. Die bemittelteren Kreise müssen sich wieder einschränken, unter Umständen sogar noch mehr einschränken als im Vorjahre. Redner sprach sich gegen das Verbot der Nacht- und Feiertagsarbeit in den Mühlen aus und betonte schließlich, es komme darauf an, daß die Konsumenten mit voller Energie die Aufgabe erfüllen, die sie zu erfüllen haben. Wir müssen, sagte Redner, die Zähne zusammenbeißen, wenn wir auch manchmal nicht das dazwischen haben, was wir gern haben möchten. Wenn wir wollen, langen wir, und daß wir wollen, steht fest. (Beifall.)

Die Weiterberatung findet morgen statt.

Fremdenblatt
13./I. 1916

Die Approvisionierung Wiens.

Aus der Handelspolitischen Kommission. — Die Erhöhung der Mehlpreise.

Nach einer durch die Feiertage gebotenen Pause hielt die Approvisionierungssektion der Handelspolitischen Kommission gestern wieder eine Sitzung ab, in welcher verschiedene aktuelle Angelegenheiten zur Beratung gelangten. Als erster Punkt stand auf der Tagesordnung die Erhöhung der Mehlpreise.

Vorsitzender Vizebürgermeister Hoß bemerkte hiezu, daß es nicht notwendig sei, die ganze Frage wieder aufzurollen, da es durch die Intervention des Bürgermeisters und der Gemeindeverwaltung gelungen sei, die Verordnung in ihren wichtigsten Teilen im Interesse der Konsumenten abzuändern.

In der Debatte wies Sektionschef Gemeinderat Eglauer darauf hin, daß § 3 der Bestimmungen über die Kriegsgetreideverkehrsanstalt festsetze, daß etwaige Fehlbeträge dieser Anstalt durch den Staat zu decken sind.

Nachdem noch mehrere Redner gesprochen hatten, wurde der Bericht des Vizebürgermeisters Hoß, der zum Schlusse die Versicherung gab, daß die Gemeindevertretung, insbesondere der Bürgermeister stets bemüht sind, in allen die Approvisionierung der Stadt betreffenden Fragen das Interesse der Bevölkerung in weitgehendem Maße zu wahren, zustimmend zur Kenntnis genommen.

Handelskammersekretär Dr. Ziegler berichtete sodann über die Verwertung der Küchenabfälle für Futterzwecke. Schon im April 1915 sei der Handelspolitischen Kommission ein Antrag von Frau Melanie Kanitz-Wiesenburg übermittelt worden, welcher die Verwertung von Küchenabfällen zur Viehfütterung zum Gegenstand hat. Der Antrag gipfelt darin, die bestehende Kehrichtabfuhr in der Weise abzuändern, daß die für die Viehfütterung verwertbaren Abfälle von den nicht verwertbaren getrennt, in den einzelnen Haushaltungen aufbewahrt, in einem dem Sammelwagen des Mistbauers angehängten Bottichwagen gesammelt und entweder den Kraftfutterfabriken zur Verarbeitung oder direkt den Landwirten zur Verfütterung zugeführt werden. Bei dem allgemeinen Mangel an Kraftfutter dürfte es zweckmäßig sein, dieser Frage neuerdings näher zu treten. Zeitungsnachrichten zufolge habe sich auch der Budapester Magistrat mit dieser Frage beschäftigt und die Errichtung einer Fabrik zur Erzeugung von auf diese Weise gewonnenem Kraftfutter mit den Kosten von 200.000 Kronen genehmigt.

Frau Freund-Markus bemerkte, daß die Wiener Hausfrauen sicherlich gerne bereit sein werden, eine solche Aktion zu unterstützen; in Frankfurt am Main seien mit dem Sammeln der Küchenabfälle sehr gute Erfahrungen erzielt worden.

Der Direktor der Strebersdorfer Kraftfutterfabrik Tauzky erklärte, daß täglich 20 bis 30 Waggons Abfälle, welche sich als Futtermittel eignen würden, in Wien zugrunde gehen. Die Wiener Hausfrauen wären zu verhalten, die Küchenabfälle gesondert von dem anderen Kehricht aufzubewahren.

Es wird auf Antrag des Herrn Schneck beschlossen, ein Komitee einzusetzen, welches die Frage zu studieren und der Sektion ehestens Bericht zu erstatten hätte.

Kammersekretär Dr. Ziegler berichtete sodann über die Futtermittelbeschaffung für das Wiener Fuhrwerksgewerbe. Er schilderte die großen Schwierigkeiten hinsichtlich der Erlangung von Futter für Pferde. Es müsse an die Regierung die Forderung gestellt werden, daß größere Mengen geeigneter Futtermittel, insbesondere Mais, bereitzustellen wären.

Fremdenblatt
14. IX. 1916

* **(Maßnahmen für die Lebensmittelversorgung in der südwestlichen Kriegszone.)** Aus Triest, 13. d., wird telegraphiert: Unter dem Vorsitz des Statthalters Freiherrn v. Fries-Skene fand gestern in der Statthalterei eine Konferenz statt, in welcher eine Reihe von wirtschaftlichen Maßnahmen zugunsten der Bevölkerung in den Bezirken Görz, Tolmein und Sesana beraten wurde. An dieser Konferenz nahmen u. a. Landeshauptmann Msgr. Dr. Faidutti, die Vorstände der beteiligten Bezirkshauptmannschaften und der Regierungskommissär der Stadt Görz, sowie die Referenten der Statthalterei teil. Die Verhandlungen umfaßten die Fragen der Approvisionierung und Beschaffung von Brennmaterial und Futtermitteln, wobei rücksichtlich der letzteren namentlich auf die Erhaltung der Milchproduktion Bedacht genommen wurde. Insbesondere durch das vorsorgliche Entgegenkommen der maßgebenden militärischen Stellen gelangte die Konferenz zu Ergebnissen, welche die hinreichende Versorgung der Bevölkerung mit den notwendigsten Lebensmitteln und die Beschaffung von Futtermitteln gewährleisten. Die Konferenz hatte auch Gelegenheit, die Frage des kommenden Frühjahrsanbaues der Erörterung zu unterziehen und die für diese so überaus wichtige Aktion erforderlichen Verfügungen zu treffen. Namentlich wurde es als notwendig bezeichnet, daß ein Teil des Saatgutes den Landwirten unentgeltlich zur Verfügung gestellt und ihnen auch mit Arbeitskräften und Zugtieren ausgeholfen werde.

14.4/1. 1916.

Ernährungsfragen.

Abg. **Schiele** (kons.) wendet sich gegen die gestrigen Ausführungen des Abg. Simon, die zum großen Teil einer sachlichen Widerlegung nicht bedürften. Gegenüber dem Abg. Fischbeck ist zu sagen, daß die scharfen Worte der agrarischen Presse zum größten Teile in der Abwehr gefallen sind. Es besteht unzweifelhaft eine Mißstimmung in der Landwirtschaft gegen die unverantwortlichen Ratgeber, die die Massenabschlachtung der Schweine empfohlen haben. Nicht der Milliardenexport hat die Erstarkung unserer Wirtschaftskraft begründet — wir begrüßen ihn ja auch —, sondern der heimische Boden. Unsere hochstehende Landwirtschaft war die Vorbedingung für den glücklichen Verlauf des Krieges, an ihr wird auch der englische Anschlag scheitern. Gerade als Industrieller hebe ich hervor, daß die Gewähr unseres Lebens auf dem Lande liegt. Wir müssen sparen, Zusatzbrotkarten sollten nur Schwerarbeitenden gegeben werden, und die Wohlhabenden sollten sich mehr einschränken. Die Schätzung der Kartoffelernte auf 54 Millionen Tonnen entbehrt der tatsächlichen Grundlagen, sie ist eine Uebertreibung, aber trotzdem und trotz des früheren Frostes bei geringerer Haltbarkeit der Kartoffeln kommen wir unzweifelhaft aus. Die weniger haltbaren Kartoffeln müssen als Trockenprodukte konserviert werden. — Zur Fleischfrage ist festzustellen, daß der Fleischverbrauch 1870 außerordentlich viel geringer war als heute; haben sich darum unsere Väter schlechter geschlagen? Nach Kalorien berechnet, verzehren wir 15 Kilogramm Rindfleisch mehr als die Engländer, die ja viel Gefrierfleisch konsumieren. Es ist ganz ungerechtfertigt, die Friedenspreise zum Vergleich heranzuziehen und als Basis zu benutzen; wir haben in verschiedenen Teilen Deutschlands eine Mißernte gehabt. Die Teuerung ist nicht nur eine deutsche, sondern eine internationale Frage, und je länger der Krieg dauert, desto schwerer werden unsere Feinde, die ihn verschuldet haben, an diesem Neigewicht zu tragen haben. Die Behauptung, daß die Landwirte Vorräte zurückhalten, läßt ganz außer acht, welch hohe Kosten eine solche Zurückhaltung verursachen würde. Das Stocken der Kartoffelversorgung des Westens lag an den Eisenbahnen; mußten doch selbst bei uns in Kowno (der Redner ist Offizier) Waggons 14 Tage lang stillstehen infolge der Verkehrsschwierigkeiten auf den russischen Bahnen. Der Abg. Wendorff hat die Verhältnisse in der Landwirtschaft zu rosig gemalt. Es kann nicht bestritten werden, daß die Produktionskosten in der Landwirtschaft ganz gewaltig sind. Mögen die Erfahrungen, die er mit seinem Gute gemacht hat, noch so günstig sein, beweiskräftig für die ganze Landwirtschaft sind sie nicht. Die Landarbeiter werden durchaus ausreichend entlohnt. Wenn diese Verhältnisse nach dem Kriege einmal genau untersucht werden — wir werden bestehen können. Die Gefangenenarbeit ist auch keineswegs so billig, aber wir brauchen diese Arbeitskräfte, obwohl die Arbeitsleistung eines Gefangenen nur halb so groß ist wie die eines rüstigen Arbeiters. Die Gesamtkosten, die für die Arbeit eines Gefangenen aufgewendet werden müssen, betragen rund 70 Pfg. für die Stunde. (Widerspruch links.) Jede Mühle, die ihre Existenzberechtigung hat, sollte beschäftigt werden. Selbst bei den wichtigsten Bestimmungen hat man die Landwirte nicht immer gehört und ihre Ratschläge befolgt worden. Jetzt ist es ja besser geworden, die Landwirtschaftskammern haben beraten; mögen die landwirtschaftlichen Organisationen doch auch einen Teil der Verantwortung tragen, warum bürdet sich die Regierung die ganze Verantwortung allein auf? Man kann doch nicht die delikate Kartoffelfrage nicht allein vom Konsumentenstandpunkt lösen. — Schufte sind in allen Erwerbsgesellschaften zu finden, aber man lege sie nicht ganzen Klassen oder Berufen zur Last. Es kann kein Zweifel mehr sein, wie auch der Sozialdemokrat Julius Kaliski anerkannt hat, daß die Landwirtschaft Sache des ganzen Volkes ist. So werden wir zum Ausgleich zwischen Konsumenten und Produzenten, zu einem einheitlichen Volk kommen. Jetzt, wo Millionen draußen bluten, das ganze Volk der Entscheidung sich entgegensehnt, müssen alle Mißverständnisse verschwinden. So werden wir zum Siege über alle teuflischen Pläne gelangen. (Lebh. Beif.).

Unterstaatssekretär **Michaelis:** Es ist falsch, von einer Mißernte in ganz Deutschland zu sprechen. Im Osten war sie wohl gering, aber in Westfalen war sie besser als seit vielen Jahren, und so ist es in weiten Gebieten des deutschen Vaterlandes. (Zustimmung.) Die teilweise ungünstige Ernte war der Feuchtigkeit und anderen Ursachen zuzuschreiben. Die Gesamternte ist ungleichmäßig, und wir müssen sparen. Ich stelle das zur Vermeidung von Mißverständnissen fest und glaube, daß das auch im Sinne des Abg. Schiele liegt. (Beifall. — Abg. Schiele stimmt zu.)

Nach dem Abg. Werner-Gießen nahm Abg. Fischbeck (Fortschr. Volkspt.) die Wirtschaft der Städte gegen Vorwürfe des Abg. Werner in Schutz und wies dem Abg. Schiele gegenüber darauf hin, daß die Fortschrittliche Volkspartei der Futtermittelversorgung die größte Aufmerksamkeit zugewandt habe. Ferner stellte er unter Herbeiziehung protokollarischer Belege nochmals fest, daß sämtliche Parteien des Reichstages unter dem Einfluß der von den nationalökonomischen Professoren erhobenen Forderungen auf umfängliche Schweineschlachtungen bestanden und daß alle Parteien diesen Forderungen beigepflichtet hätten. Die Abgeordneten Dr. Böhme, Schiele und Held erwiderten, daß eine so starke Schweineabschlachtung, wie sie stattgefunden habe, doch nicht im Sinne des ganzen Reichstages gewesen wäre. Darauf wurde die Erörterung über die Ernährungsfragen geschlossen und es erfolgte die Abstimmung über die Resolution. Alsdann erstattete Abgeordneter Graf Westarp Bericht über Anträge und Petitionen.

Vossische Zeitung

15/1. 1916.

Deutscher Reichstag.

20. Sitzung, Freitag, 14. Januar.

Fortsetzung.

Die Besprechung der

Ernährungsfragen

wird fortgesetzt.

Abg. **Dr. Werner**-Gießen (Wirtsch. Vgg.) mahnt zur Vorsicht in den Presseäußerungen und zur Rücksichtnahme auf den Eindruck im Ausland. Bei uns war die Ernte auch ungünstig, aber die Ueberschüsse anderer Gebiete bewahren uns vor Mangel und gestatten uns, selbst die zwei Millionen Gefangenen besser zu ernähren, als es im Durchschnitt die deutschen Familien können. Die Teuerung herrscht überall, denn der Krieg stört und zerstört. Für die kleinen und mittleren Mühlen muß beizeiten etwas geschehen, sonst triumphieren die kapitalistischen Großmühlen. Die Zeitungsangriffe gegen die Landwirtschaft waren zeitweise heftiger als in der Zolltarifzeit. Ich danke dem Staatssekretär Delbrück und dem Geheimrat Kautz für die Zurückweisung dieser Angriffe. Die deutsche Bauernschaft hat diese maßlosen Angriffe wahrlich nicht verdient. Der Fettmangel ist nicht Schuld der Landwirtschaft, sondern Schuld der Kreise, die nicht genug für Abschlachtungen eintreten konnten. — Dadurch, daß die Höchstpreise immer erst festgesetzt wurden, wenn die Preise schon auf das Doppelte und Dreifache gestiegen waren, ist der Kleinhandel schwer geschädigt worden. An der Preistreiberei ist nicht etwa der Kleinhandel, sondern lediglich der Großhandel schuld. — Auf jeden Fall liegen die Dinge so, daß das Ausland jede Hoffnung aufgeben kann, uns wirtschaftlich niederzuzwingen. Die Landwirtschaft wird ihre heilige Aufgabe erfüllen, uns in der Ernährung vom Ausland unabhängig zu machen.

Abg. **Fischbeck** (Vpt.): Der Vorredner machte absprechende Bemerkungen über die Abmelkewirtschaft der großen Städte als „großkapitalistischen Einrichtungen". Demgegenüber steht die Erfahrung, daß die städtischen Abmelkewirtschaften in der Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit eine bedeutende Rolle gespielt haben. Von Hygienikern und Aerzten ist festgestellt, daß die Lieferung guter Milch für die Großstadtkinder durch diese Abmelkewirtschaften wesentlich dazu beigetragen hat, die Kindersterblichkeit einzudämmen. (Sehr richtig! links.) Der Abgeordnete Schiele hat gemeint, daß ich an meiner gestrigen Darstellung der Stellungnahme der einzelnen Parteien zur Frage der Schweineschlachtungen eine Korrektur würde vornehmen müssen. Da mir sehr viel daran lag, die Dinge authentisch festzustellen, habe ich mich genau an die stenographischen Protokolle gehalten, und es ist mir auch kein Versehen passiert. Meine politischen Freunde haben seit Kriegsbeginn gerade der Frage der Futtermittel die allergrößte Aufmerksamkeit zugewendet und auch jetzt einen Antrag eingebracht, der sich auf die Bereitstellung von Futtermitteln zu angemessenen Preisen bezieht. (Sehr richtig! links.) Damals hatten die Professoren geglaubt, wir hätten zu wenig Kartoffeln und zu viel Vieh und wir müßten infolgedessen Schweine abschlachten, um die Kartoffelvorräte zu strecken. Das war der Inhalt der ganzen damals erlassenen Verordnungen, und wir alle haben unter dem Einfluß dieser Darlegungen der Professoren gestanden; die Sozialdemokraten waren am forschesten, sie wollten gleich alle Schweine über 45 Kilogramm abschlachten (Heiterkeit), das Zentrum war am mildesten (Heiterkeit, sehr richtig! im Zentrum), ihm war die Sache nicht ganz klar, aber es hat auch den Antrag auf tunlichste Sicherstellung der Kartoffeln für die menschliche Nahrung und auf Ermittlung der Schweinebestände gestellt. Dann haben wir beantragt, daß genügende Abschlachtungen stattfinden sollten. Unser Antrag ging nicht dahin, einen bethlehemitischen Kindermord unter den Schweinen anzurichten, im Gegenteil, unser Antrag sprach von einer genügenden Zahl, und nun kam ein konservativer Antrag, der den Zweck unseres Antrages ausgeführt und dies unter bestimmten Bedingungen getan sehen wollte. Der konservative Antrag sprach aus, daß die Ermittlung der Schweinebestände zur Abschlachtung für die Versorgung der Kommunalverwaltungen und unter Gewährung eines Preises erfolgen sollte, der den Gestehungskosten entspricht. Dieser Antrag war vom Abg. Graf Westarp eingebracht. Dr. Roesicke hatte ihn unterzeichnet, es stand die

ganze Blüte der agrarischen Intelligenz

darunter (Große Heiterkeit), auch Herr Dr. Oertel, und es war darin ausdrücklich die Rede von der Schweineschlachtung zur Schonung der Kartoffelbestände. (Hört! Hört!) Es sind ja in der Kommission von dieser und jener Seite wohl Zweifel erhoben worden, ob diese Maßnahme wirklich notwendig sei und Graf Westarp hat auch in seinem Referat als Berichterstatter diese Zweifel zum Ausdruck gebracht, aber gesagt: trotz all dieser Erwägungen bestand kein Zweifel, daß die Kartoffeln für die Ernährung der Menschen sichergestellt werden müssen, es bestand Einigkeit in der Kommission, daß Schweine in genügender Weise abzuschlachten und auf Dauerware zu verarbeiten sind und daß das geschehen soll unter den Modalitäten, die in dem konservativen Antrag bezeichnet sind. (Hört! Hört!) Mir liegt daran, daß dem entgegengetreten wird, was wir in der Presse jetzt erleben, daß die Sache nämlich agitatorisch ausgenutzt wird, so als ob nur einzelne Kreise diese Torheit begangen hätten und nicht alle daran beteiligt gewesen wären. Erst haben alle zusammen die Abschlachtung der Schweine verfügt und dann sondern sich einige ab und beklagen das unschuldig in der Blüte seiner Jahre hingerichtete Schwein. (Heiterkeit.) Diesen tatsächlichen Sachverhalt wollte ich feststellen. (Lebh. Beifall links.)

Abg. **Schiele** (kons.): Ich habe nicht von einer allgemeinen Mißernte gesprochen, sondern weiß sehr gut, daß die gute Ernte in Süddeutschland z. B. ausgleichend gewirkt hat gegenüber der schlechten Ernte in anderen Gegenden. (Zuruf links: Na also!)

Frankfurter Zeitung
15./I. 2916

Die Nahrungsmittelversorgung Südwestdeutschlands.

Die „Einkaufsgesellschaft südwestdeutscher Städte", mit dem Sitz in Mannheim schreibt uns:

Die Möglichkeit der billigen Versorgung der Bevölkerung wird durch den Zusammenschluß der Kommunen zum gemeinsamen Einkauf und Warenbezug wesentlich erweitert. Deshalb haben sich bekanntlich eine Reihe südwestdeutscher Städte zu der Einkaufsgesellschaft südwestdeutscher Städte m. b. H., Sitz Mannheim (Städtekauf) vereinigt, der nunmehr 38 Städte als Mitglieder angeschlossen sind, und deren Umsatz Ende Dezember (4 Monate nach der Gründung) die fünfte Million schon überschritten hatte. Aus der großen Zahl der Waren, mit denen die südwestdeutschen Städte durch den Städtekauf versorgt werden, seien nur die zur Zeit wichtigsten genannt; es sind dies Fette aller Art, (vornehmlich Schweineschmalz), Eier, konden.sierte Milch, Hülsenfrüchte. Einen großen Teil seiner Waren — besonders auch der angeführten — bezieht der Städtekauf durch die Zentral-Einkaufsgesellschaft m. b. H. (Z. E. G.) Berlin, mit der er seit seiner Gründung in enger Verbindung steht. Dieses Zusammenarbeiten bringt beiden Organisationen nicht zu unterschätzende Vorteile und hat unter anderem zu einer reichlicheren Versorgung der Städte mit Waren der Z. E. G. und zu deren gleichmäßigerer Verteilung in Südwestdeutschland geführt.

Verlockt durch die Vorteile, die der Bezug von Waren durch den Städtekauf bietet, sind auch eine Reihe anderer südwestdeutscher Städte, die nicht Mitglieder dieser Organisation sind, dazu übergegangen, durch den „Städtekauf" Waren zu beziehen, und nicht nur die angeschlossenen, sondern auch verschiedene andere Kommunen haben sich dazu entschlossen, auf den eigenen Einkauf bei der Z. E. G. zu verzichten und sich beim Bezug von Z. E. G.-Waren der Vermittlung des „Städtekaufs zu bedienen, der durch diesen freiwilligen Zusammenschluß der Mehrzahl südwestdeutscher Städte zu einer Bezirkszentrale der Z. E. G. geworden ist. Dieses Verhältnis hat alle Beteiligten befriedigt. So war es naheliegend, daß die Z. E. G. mit dem Städtekauf Unterhandlungen anbahnte, die dazu führen sollten, ihm die gesamte Vermittlung aller Z. E. G.-Waren für die Gebiete zu übertragen, deren wichtigste Plätze er ohnehin schon mit diesen Artikeln versorgte. Durch eine solche Vereinbarung konnte nicht nur eine wesentlichere Vereinheitlichung der Versorgung Südwestdeutschlands mit Z. E. G.-Waren erreicht, sondern auch eine gleichmäßigere Verteilung innerhalb dieses Teils Deutschlands erzielt werden, denn die Bezirkszentrale kann die örtlichen Verhältnisse und den Bedarf der einzelnen Gebiete besser überblicken als die entfernt gelegene Zentralinstanz, Berlin.

Die Verhandlungen führten zu dem Ergebnis, daß mit Beginn des Jahres 1916 der Städtekauf von der Z. E. G. als offizielle Bezirkszentrale für das gesamte Großherzogtum Baden, die ganze Pfalz und einen Teil Hessens anerkannt wurde. Alle Gemeinden und Gemeindeverbände dieser Gebiete müssen in Zukunft ihre Bestellungen an den Städtekauf in Mannheim richten, der alle Aufträge zu den Originalpreisen der G. E. Z. ausführen wird. Da beabsichtigt ist, die Lieferung einer großen Anzahl Waren von dem Mannheimer Lager dieser Gesellschaft erfolgen zu lassen, werden für die Besteller neben dem Vorteil einer raschen Lieferung infolge der Neuregelung auch nicht zu unterschätzende Frachtersparnisse erzielt werden, die der Bevölkerung zugute kommen.

Aehnliche Bezirkszentralen, um deren Gründung sich besonders der Delegierte des Deutschen Städtetages bei der Z.-E.-G., Herr Professor Dr. Stein, verdient gemacht hat, bestehen auch für verschiedene andere Gebiete des Deutschen Reiches. Die Errichtung weiterer ist vorgesehen, so daß binnen kurzem Deutschland durchzogen sein wird von einem Netz von Versorgungskanälen, die zusammenfließen an verschiedenen Knotenpunkten und von diesen aus in starken Armen weitergeleitet werden zu der Quelle, die sie alle speist, der Zentral-Einkaufs-Gesellschaft, Berlin.

Frankfurter Zeitung

15. I. 1916

Ernährungsfragen

Abg. **Schiele** (kons.) weist die gegen die Landwirtschaft erhobenen Vorwürfe zurück. Unsere Volksernährung steht durchaus nicht in Frage. Wir haben jetzt eine ausgesprochene Mißernte gehabt, und wenn wir trotzdem auskommen, wieviel mehr in dem kommenden Jahre, wenn es eine bessere Ernte gibt. Die landwirtschaftliche Produktion hat sich in den letzten Jahren gewaltig gesteigert. Aber es ist in dieser Zeit besser, die Bevölkerung wird durch höhere Preise zur Sparsamkeit angehalten, als daß durch Draufloswirtschaften hinterher ein Mangel entsteht. Draußen herrscht trotz aller Entbehrungen die prächtigste Stimmung unter den Soldaten. Das soll auch für uns maßgebend sein, dann werden wir leben und weiter siegen bis zu einem ehrenvollen Frieden, den das Geschick uns bald geben möge.

Unterstaatssekretär Michaelis stellt, um jede Mißdeutung zu vermeiden, fest, daß von einer Mißernte in Deutschland keine Rede sein könne; nur in einzelnen Bezirken sei die Ernte hinter den Erwartungen zurückgeblieben.

Abg. **Werner-Gießen** (Wirtsch. Vergg.) weist darauf hin, daß die gute Ernährung der Kriegsgefangenen bei uns schon allein darauf schließen läßt, daß wir an den notwendigen Nahrungsmitteln keinen Mangel haben. Dann kritisiert er verschiedene Maßnahmen der Regierung.

Abg. **Fischbeck** (Fortschr. Volksp.): Die Vermelkewirtschaften der Großstädte sind eine großkapitalistische Einrichtung genannt worden. Diese Vermelkewirtschaften haben in Bekämpfung der Kindersterblichkeit eine große Rolle gespielt, und das hat sich gerade jetzt im Kriege gezeigt. Der Abgeordnete Schiele ist heute auf die Schweineabschlachtung zurückgekommen, und er hat meine gestrigen Ausführungen zu bestreiten versucht. Dieser Versuch konnte nicht gelingen, denn die konservativen Führer haben damals in diesen Dingen durchaus mit uns zusammengewirkt. Wir haben damals gewiß alle unter dem Einfluß der Kartoffelsorge gestanden, und die Sozialdemokraten wollten sofort alle Schweine abschlachten. Die anderen Parteien hielten sich weiter zurück, sie verlangten, nur eine genügende Anzahl Schweine sollte geschlachtet werden. Zu den konservativen Antragstellern gehörten auch Dr. Rösicke und andere landwirtschaftliche Sachverständige, auch der Abgeordnete Oertel. (Heiterkeit.) Der Abg. Rösicke hat erklärt: „Lieber schlagen wir die Schweine tot, wenn wir die Kartoffeln erhalten können." Schließlich ist dann aber der gesamte Antrag einstimmig angenommen worden.

Abg. **Böhme** (natlib.): Ich kann nur bestätigen, daß eine gemäßigte Abschlachtung der Schweine allgemein als wünschenswert bezeichnet wurde, um die menschliche Ernährung sicher zu stellen.

Abg. **Schiele** (kons.): Ich habe nicht von einer allgemeinen Mißernte im deutschen Vaterlande gesprochen, ich habe lediglich Bezug genommen auf gewisse geringere Erträgnisse in einzelnen Teilen, und hier liegt eine gewisse Mißernte vor. Ich weiß auch, daß im westlichen Deutschland eine gute Ernte gemacht wurde und auch im südlichen Teile des Reiches. Bezüglich der Schweineabschlachtung liegt gewiß eine Schuld des ganzen Reichstages vor. Die so starke Abschlachtung, wie sie eingeleitet wurde, hat nicht im Sinne des gesamten Reichstages gelegen.

Darauf wird die Debatte geschlossen. Die zahlreichen Resolutionen der Budgetkommission, die sich alle auf die Ernährungsfrage beziehen, werden unverändert angenommen unter Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge. Weitere Anträge und Resolutionen betreffen die

Fürsorge für das Kleingewerbe,

für die Arbeiter und die Entschädigung für Kriegsschäden.

Abg. **Molkenbuhr** (Soz.) erkennt die Berechtigung der Forderung auf materielle und ideelle Unterstützung der beschädigten Kleingewerbetreibenden an, und dafür müßten Reich und Staat ihre Mittel in Aussicht stellen. Vor allem müßte für genügend Arbeit für die heimkehrenden Krieger gesorgt werden.

Abg. **Irl** (Ztr.) weist auf die großen Schädigungen hin, die gerade die Kleingewerbetreibenden und Handwerker erlitten hätten. Ihnen zu helfen, müßten sie vor allem zu den Militärlieferungen herangezogen werden. Es sollten zentrale Vergebungsstellen eingerichtet werden.

Abg. **v. d. Schulenburg** (natlib.) unterstützt die vorgebrachten Wünsche und bittet, mit der Urlaubsgewährung für Handwerker recht freigiebig zu sein.

Abg. Bartschat (Fortschr. Volksp.): Das Handwerk bedarf zweifellos großer Unterstützung, um die großen Schäden des Krieges zu heilen. Sehr bewährt hat sich auch die während des Krieges geschaffene Arbeitsvermittlung und die Organisierung des Handwerks, namentlich auch die Hauptverdingungsstellen. Bei Zeiten müssen Einrichtungen für die Arbeitslosen geschaffen werden, damit nach dem Kriege nicht noch größeres Elend entsteht. In der Frage des Wiederaufbaues Ostpreußens solle kein Parteistreit getrieben werden. Alle Parteien hätten ja auch den Notleidenden gegenüber das gleiche warme Herz. (Beifall.)

Abg. Brandes (Soz.) verlangt schon jetzt Fürsorge für das Zurückfluten der Millionen von Arbeitern, wenn der Friede eintritt.

Ministerialdirektor Caspar gibt über die Verhältnisse in einigen Industrien Auskunft und stellt fest, daß es gar nicht möglich sei, jetzt alle sozialen Vorschriften einzuhalten. Das gelte namentlich auch bei der Frauenarbeit. Gewiß müßten alle Erleichterungen geschaffen werden; aber leider ließe sich nicht alles Wünschenswerte erreichen.

Abg. Stresemann (Natl.) weist Angriffe gegen die Industrie, weil sie nicht genügend mit den Arbeiterorganisationen verhandelt hätte, zurück. Außerordentlich interessiert ist unsere Industrie an der Ausfuhr. Ueberall, wo genügender Vorrat im Inlande vorhanden ist, darf der Ausfuhr keine Schwierigkeit gemacht werden. Leider ist es zu langwierig, die Ausfuhrerlaubnis zu erhalten. Die Streitfrage, die der Abg. Schiele hineingetragen hat, ob die Industrie oder die Landwirtschaft mehr nütze, halte ich für sehr bedauerlich. Wir wollen uns freuen, daß wir beide haben, eine leistungsfähige Landwirtschaft und eine leistungsfähige Industrie, die uns beide ermöglicht haben, diesen Krieg siegreich durchzuhalten. (Beifall.)

Abg. Hoch (Soz.) fordert besondere Berücksichtigung der Arbeitsnachweise.

Abg. Kreth (kons.) wünscht besondere Einheitlichkeit beim Wiederaufbau Ostpreußens, das unter dem Krieg so schwer gelitten hat, und befürwortet nachträglich eine Resolution der Budgetkommission zur Beschaffung des nötigen Holzes für den Wiederaufbau, ferner Beschaffung der erforderlichen Gespanne.

Nach weiteren Ausführungen der Abgeordneten Stadthagen (Soz.), Stresemann (natl.), Schiele (kons.) und Kreth (kons.) wird die Debatte geschlossen. Die Anträge zu Gunsten der Gewerbetreibenden der Arbeiterschaft und der Entschädigung der durch den feindlichen Einfall geschädigten Gebiete wird angenommen.

Samstag 10 Uhr: Militärfragen.

Neues Wiener Tagblatt
16. I. 1916

Approvisionierungserlaß der böhmischen Statthalterei.

Prag, 15. Jänner. (Privattelegramm.) Die „Narodni Listy" melden in ihrem heutigen Abendblatt: Die tschechische Sektion des Landeskulturrates für Böhmen hat soeben folgende Kundmachung erlassen:

„Angesichts der schweren Aufgabe der politischen Verwaltung, den regelrechten Gang der Approvisionierung der Armee sowie der Zivilbevölkerung sicherzustellen, hat sich die k. k. Statthalterei an die tschechische Sektion des Landeskulturrates mit folgendem Erlaß gewendet: Die Statthalterei hat vor kurzer Zeit die Beschaffung von Getreide, welches für den öffentlichen Approvisionierungsdienst erforderlich ist, systematisch geregelt. Der Hauptgrundsatz dieses Systems ist es, daß jeder Bezirk innerhalb bestimmter Zeiten eine bestimmte Menge Getreide zu beschaffen habe. Zu diesem Zwecke wurden den politischen Bezirksbehörden entsprechende Aufträge gegeben, wonach sie entweder im Wege der Gemeinden oder direkt die Produzenten zur Lieferung einer bestimmten Menge von Getreide je nach ihrer Produktionskraft verpflichten sollen. Damit das Getreide, welches darnach zur Disposition steht, vollständig aufgebracht werde, wird es erforderlich sein, in Fällen der Notwendigkeit zu Zwangsmaßnahmen zu greifen.

Die Statthalterei hofft aber mit aller Bestimmtheit, daß es dazu nur in ganz ausnahmsweisen Fällen kommen wird, daß die Landwirte im Gegenteil, durchdrungen von dem Bewußtsein der Pflichten, ihrer landwirtschaftlichen Tätigkeit für das Vaterland und ihrer Aufgabe, die ihnen der Oeffentlichkeit gegenüber obliegt, gern und bereitwillig ihre Pflicht erfüllen werden. Es wurde daher auch den politischen Bezirksbehörden ausdrücklich aufgetragen, zu Zwangsmaßnahmen erst dann zu schreiten, wenn milde Mittel der Belehrung, der Ermahnung usw. versagen sollten.

Die tschechische Sektion des Landeskulturrates hegt im Hinblick auf diesen Erlaß nicht den geringsten Zweifel darüber, daß die tschechische Landeskultur, welche immer und insbesondere in diesen schweren Zeiten musterhaft ihre Pflicht erfüllt hat, ihr auch diesmal nach Kräften nachkommen wird. In dieser Ueberzeugung richtet die tschechische Sektion des Landeskulturrates an die tschechischen Landwirte die dringende Bitte, im Hinblick auf die höchst öffentlichen Interessen, um die es sich hier handelt, mit größter Beschleunigung alle Vorräte an Getreide, welches nach Sicherstellung des eigenen amtlich festgestellten Bedarfes ihnen bleibt, den Approvisionierungsbehörden zur Disposition zu stellen."

Reichspost
16./I. 1916

Kriegskommission für Konsumenteninteressen.

In der letzten Sitzung beschäftigte sich die Kriegskommission mit der Erhöhung der Mehlpreise und beschloß abermals vorstellig zu werden, daß die schon wiederholt begehrte Errichtung eines ständigen Beirates für Ernährungsfragen durchgeführt werde, ferner daß die Kriegskommission nicht bloß in dem Beirate der Kriegsgetreideverkehrsanstalt, sondern auch in dieser selbst vertreten sei. Auf Wunsch der niederösterreichischen Statthalterei befaßte sich die Kommission mit der Aufstellung von fachkundigen Vertretern für die zu bildende Preisprüfungskommission, welche Vertreter demnächst der Statthalterei bekanntgegeben werden sollen. Schließlich wurden die Erfahrungen auf dem Gebiete der Milchversorgung erörtert, und zwar die Uebelstände hinsichtlich der genauen Handhabung der Milchkartenverordnung, ferner der Mangel an Milch, beziehungsweise die Nichtabgabe in den Verschleißstellen, die Nichterneuerung der Lieferungsschlüsse der Verschleißer, die künstlich vermehrte Erzeugung von Kindermilch und der Zwang, welcher gegenüber den Käufern geübt wird, statt gewöhnlicher die wesentlicher teurere Kindermilch zu kaufen. In Wien herrschte kein Milchmangel. Die Kaffeesieder seien bemüßigt, von den Molkereien laut Abschlüssen die Milch weiterzubeziehen und sie wegen des nachmittägigen Milchkaffeeverbotes unter der Hand an Private abzugeben. Auch die Frage der Aufhebung der Flaschenmilch wurde erörtert, ebenso eine bessere Berücksichtigung der Kranken bei der Milchversorgung, die Schaffung von öffentlichen Verkaufsstellen für Milch und eine stärkere Ueberwachung des Milchgeschäftes durch die Marktämter.

Neues Wiener Tagblatt
16. V. 1916

(Amtlich legitimierte Einkaufsstelle, Gesellschaft m. b. H.) Wir erhalten das nachstehende Communiqué: Zum Zwecke der Erleichterung der Beschaffung und Verteilung der für die Approvisionierung der Bevölkerung wichtigsten Lebensmittel mit Ausnahme der dem Regime der Kriegsgetreideverkehrsanstalt unterstellten Artikel hat das k. k. Ministerium des Innern bereits vor längerer Zeit eine Institution ins Leben gerufen, welche unter dem Titel „Vom k. k. Ministerium des Innern legitimierte Einkaufsstelle, Gesellschaft m. b. H." tätig ist. Die Organisation dieser Einrichtung ist nunmehr beendet und die Gesellschaft hat im Einvernehmen mit dem Ministerium des Innern ihr ursprünglich mit einer Million bemessenes Kapital auf fünf Millionen Kronen, welche voll eingezahlt wurden, erhöht. Das Ministerium des Innern hat Herrn Bezirkshauptmann Dr. Kurt Drexler zum Regierungskommissär der Gesellschaft ernannt und überwacht die Verkaufspreisbildung sowie organisatorische Maßnahmen der Gesellschaft durch dem Regierungskommissär beigegebene Fachleute, welche über entsprechende Erfahrungen auf administrativem und kaufmännischem Gebiete verfügen. Das Handelsministerium hat, da es an der auf die verschiedensten Handelsbeziehungen sich erstreckenden Gebarung der Einkaufsstelle ressortmäßig interessiert ist, für seinen Verkehr mit dem Ministerium in Sachen der Einkaufsstelle Herrn Ministerialrat Dr. Florian Freiherrn v. Baumgartner und in dessen Vertretung den Ministerialvizesekretär Dr. Stephan Tokorac bestimmt. Als Geschäftsführer der Gesellschaft, deren Präsidium Herr Sektionschef a. D. Dr. Siegmund Brosche übernommen hat, fungieren nunmehr ausschließlich die Herren Fritz Lemberger und Kommerzialrat Leopold Pilzer, welchen die Herren kaiserlichen Räte Rudolf Moll, Josef Vinzl und Dr. Georg Zirn als Konsulenten zur Seite stehen.

Vossische Zeitung

19/1. 1916.

Der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen hielt am 15. Januar eine Sitzung seines Gesamt-Vorstandes in Berlin ab, um über die künftigen Aufgaben des Ausschusses zu beraten. An der Versammlung nahmen auch eine Reihe von Vertretern der Bezirksausschüsse teil. Der Bericht über die bisherige Tätigkeit ergab ein sehr erfreuliches Bild von dem gegenwärtigen Stand der Konsumbewegung. Dem Ausschuß sind gegenwärtig 26 Beamtenverbände, sämtliche Gewerkschaftsverbände der Arbeiter ohne Unterschied der Richtung und Konfession, 2 Zentralen der Konsumgenossenschaften, 5 Frauenverbände und 5 sonstige Organisationen angeschlossen. Die Hauptleitung ist im vergangenen Jahre mit vielen Erfolgen auf allen Gebieten der Nahrungs- und Gebrauchsmittelversorgung im Interesse der Verbraucher tätig gewesen. Sie hat in dieser Sache eine große Anzahl Eingaben an die zuständigen Behörden gemacht und in zahlreichen Konferenzen den Standpunkt der Verbraucher vertreten. Von den Ortsausschüssen wurde in vielen Fällen über ein sehr erfreuliches Zusammenwirken ihrer Vertreter mit den lokalen Behörden berichtet. Auch auf dem Gebiete der Selbsthilfe haben die Ortsausschüsse durch die Vermittlung preiswerter Nahrungsmittel an die Bevölkerung gute Resultate erzielt.

Hamburger Fremdenblatt 19./I. 1916.

Die Bedeutung der Höchstpreise.

Mit der Festsetzung von Höchstpreisen für Lebensmittel und für Gegenstände des täglichen Bedarfs wurde der Zweck verfolgt, einer ungesunden Preisentwicklung entgegenzuarbeiten und bereits zu sehr gestiegene Preise auf ein berechtigtes Maß zurückzuführen. Die Erfahrung hat gelehrt, daß derartige Maßnahmen in einer Zeit, in der durch die Unterbindung des Weltverkehrs und des Welthandels die Grundlagen von Angebot und Nachfrage wesentlich verschoben oder fast ganz unterbunden sind, nicht zu umgehen sind. Der wirtschaftliche Egoismus ist nun einmal vorhanden, und Ausschreitungen auch breiteren Umfanges sind unvermeidlich.

Ueber die Bedeutung der Höchstpreise herrschen aber vielfach falsche Anschauungen, indem für alle Waren, ohne Unterschied der Qualität und der Gestehungskosten, der Höchstpreis verlangt wird. Aus dem Höchstpreis wird alsdann zugleich ein Mindestpreis. Dies kann aber keineswegs in der Absicht der verantwortlichen Stellen bei Festsetzung von Höchstpreisen für irgendein Produkt liegen, denn es führt zur Benachteiligung der Verbraucher und ruft mancherlei Verärgerung hervor. Die Ermittlung von Höchstpreisen ist keineswegs leicht und kann nur nach sorgfältigster Prüfung aller Gestehungskosten erfolgen. Bei einer zu niederen Bemessung kann leicht die Produktion einer Ware unterbunden werden, bei einer zu hohen fühlt sich der Verbraucher benachteiligt. Nur bei verhältnismäßig wenigen Produkten lassen sich die Qualitätsunterschiede genauer umschreiben, und selbst innerhalb dieser gibt es noch manche Abstufungen. Wo dieses aber nicht möglich ist, kann nur ein Preis genannt werden, obwohl die betreffende Ware nicht einheitlich in der Qualität steht. Aus der Bezeichnung „Höchstpreis" geht daher schon mit aller Klarheit hervor, daß damit der Wert für beste Ware, bezw. unter hohen Gestehungskosten erworbene, gemeint ist. Jede hiergegen im Wert abfallende Ware und solche mit niederen Gestehungskosten soll unter diesem Preis bleiben. Das ist Gepflogenheit in normalen Zeiten und sollte es in der Kriegszeit erst recht sein. Zwingen kann man ja dazu leider niemand, aber es bleibt doch der Ausdruck geschäftlicher Reellität. Es widerspräche ja auch jeder geschäftlichen Praxis des Handels beim Wareneinkauf, wenn Qualitätsunterschiede nicht berücksichtigt würden. Und was für den Handel selber gilt, sollte auch für den Verbraucher Geltung haben. Das würde wesentlich zur Erleichterung der gegenwärtigen Zeit beitragen und dem Handel manches verloren gegangene Vertrauen zurückgewinnen, aber auch manche die Tätigkeit des Handels einengenden Maßnahmen der Behörden und Kommunen überflüssig machen. Die kaufmännischen Korporationen würden sich nicht nur den Dank der breiten Volksmassen verdienen, sondern auch ihre eigenen Interessen durch solche kluge Mäßigung fördern, wenn sie auf ihre Standesangehörigen im bezeichneten Sinne in verstärktem Maße einwirken würden.

Tägliche Rundschau
21. II. 1916

Bayerische Kriegsernährungspolitik.

Im Ministerium des Innern wird, wie unser Münchener Mitarbeiter drahtet, die Gründung einer bayerischen Lebensmittelversorgungsgesellschaft vorbereitet. Diese Gesellschaft, die in ihrer Art zunächst einzig dasteht, soll sämtliche städtischen Lebensmittelversorgungsgesellschaften in Bayern als Gesamtorganisation in sich schließen und mit der Haupt-Einkaufsgesellschaft und den bayerischen Städten den Verkehr, d. h. Einkauf und Verteilung von Lebensmitteln für ganz Bayern, erledigen. Hervorgerufen wurde diese Gründung zum Teil auch dadurch, daß in der letzten Zeit zahlreiche norddeutsche Händler Bayern bereisen und Lebensmittel zu jedem Preis aufkaufen, insbesondere Eier, so daß die Festsetzung der Höchstpreise sich als täuschend erwiesen hat. Auf der andern Seite ist bei der bisherigen Regel des Verkehrs der städtischen Lebensmittelgesellschaften mit der Haupt-Einkaufsgesellschaft wiederholt der Mißstand zutagegetreten, daß besonders bei Hülsenfrüchten einzelne Städte allzu reichlich bedacht wurden, während andere fast leer ausgegangen sind. Die bayerische Lebensmittelversorgungsgesellschaft soll also eine gleichmäßige Versorgung Bayerns mit Lebensmitteln herbeiführen.

Anträge.

V.-R. Späthe beantragt, das Publikum im Wege der Presse in Kenntnis zu setzen, daß die Bestimmungen über die Sonntagsruhe derzeit keine Geltung haben.

Angenommen.

Derselbe stellt folgenden Antrag:

Die Spekulation und mit ihr die Preistreiberei in den verschiedensten Artikeln, seien es Lebensmittel oder Bedarfs-Erzeugnisse, hat bereits ein solches Maß erreicht, daß das Möglichste aufgeboten werden soll, um derselben Einhalt zu tun. Es steht fest, daß vielfach der Mangel dadurch künstlich geschaffen wird, daß von den Spekulanten die Vorräte zusammengekauft, eingelagert und so lange zurückbehalten werden, bis durch das Übergewicht an Nachfrage die Preise entsprechend in die Höhe gegangen sind. Diesfalls verweise ich auf die Ergebnisse der vor einiger Zeit behördlich vorgenommenen Revision bei den Spediteuren. Diese behördliche Maßnahme hat aber die Preistreiber bestimmt, vorsichtiger zu sein; sie bringen ihre Vorräte nun in selbstgemieteten Magazins- und Wohnräumen oder bei „gefälligen Bekannten" unter, um sich vor neuen Eventualitäten zu schützen.

Es dürfte von Wirksamkeit sein, wenn von Seite der Behörde öffentlich, vielleicht durch zahlreiche Maueranschläge, oder in sonst geeigneter Form verlautbart werden würde, daß derartige, lediglich den Spekulationszwecken dienende größere Einlagerungen, Anhäufungen von Lebensmitteln oder sonstigen Waren durchaus unstatthaft sind und jene Personen, die sich eines solchen Vergehens schuldig machen, der strengsten Bestrafung unterzogen werden.

In diesem Sinne wolle ein Schreiben an den Magistrat gerichtet werden.

Angenommen.

Reichspost
21./I. 1916

Nahrungsmittelersatz.

Ein altes Arzneimittel, das Isländische Moos als menschliches Nahrungsmittel. — Renntierflechte als wertvolle Schweinemast. — Strohmehl für menschliche Nahrung.

„Wenn der Krieg noch lange dauert, so wird es bald kein Tier, keine Pflanze mehr geben, die nicht in Beziehung zu ihm gebracht werden können, die nicht irgend einen Ersatzstoff für irgend etwas nicht mehr Einführbares liefern." So paradox der Satz auch klingen mag, er besteht fast zu Recht, und die Ausführungen eines süddeutschen Botanikers, der uns in den Flechten, den mißachtetsten und am wenigsten bekannten Pflanzen, ein neues Nahrungsmittel für Menschen und Tiere empfiehlt, scheinen ihn besonders zu bekräftigen. Aber auch die Richtigkeit des berühmten Satzes „Alles ist schon dagewesen" wird durch die Angaben Professors Jacobjs aus Tübingen glänzend bestätigt.[1]) Für Arzeneizwecke dienen bei uns schon lange die Lager des Isländischen Mooses (Cetraria islandica), die unter dem Namen Kramperltee in weiten Kreisen trotz ihrer Bitterkeit ziemlich beliebt sind. Ebenso ist wenigstens aus der Schule bekannt, daß die Renntierflechte (Cladonia rangiferina), als wichtigstes Nahrungsmittel der Renntiere anzusehen ist. Für Nahrungszwecke muß das Isländische Moos entbittert werden, was nach Apothekerangaben in folgender Weise geschieht: Fünf Teile des getrockneten Mooses werden mit 30 Teilen einer einprozentigen lauwarmen Lösung von kohlensaurem Kali (also Pottasche) etwa durch drei Stunden stehen gelassen. Dadurch kommen die Bitterstoffe zur Lösung. Dann wird das Wasser abgegossen und man wäscht die Flechten so lange mit kaltem Wasser nach bis das Wasser jeden laugenhaften Geschmack verloren hat. Nach verschiedenen chemischen Analysen besteht der Flechtenkörper aus ungefähr 80 Prozent stärkeartigen Bestandteilen (für die Trockensubstanz), so daß wir gut begreifen, daß die entbitterte Flechte zu menschlicher Nahrung verwertet wird. Berzelius, der berühmte schwedische Chemiker, gibt an, daß man zwei Teile gepulverter Flechte einem Teil Weizenmehl gleichsetzen könne. Unser Wiener Forscher Poestion berichtet in seinem bekannten Islandwerk, daß es auf der Insel Zeiten gegeben hat, in denen viele Leute in Gegenden, wo die Flechte gut gedeiht, sich ausschließlich von ihr ernährten, wenn die Kornzufuhr ausblieb. War es damals Notbrot, so erlaubt das heutige Entbitterungsverfahren eine weitgehende Verwendung des aus dem Flechtenkörper hergestellten Mehles zu allerlei Speisen, wie denn auch ein norwegischer Pharmakologe den Zuckerkranken ein daraus hergestelltes Ersatzbrot besonders empfiehlt. Die von Jacobj angegebenen Rezepte, die für die aus der Flechte gewonnene Gallerte umfangreiche Verwendung angeben (für Mehlspeisen aller Art), scheinen uns der Beachtung wert. Wir begreifen daher den Vorschlag des genannten Professors ganz gut, daß er die zuständigen Behörden auffordert, es mögen die Gefangenen bei der Oedlandkultur das Isländische Moos sammeln und reinigen, damit es als Ersatznahrung verwendet werden könne. Er meint auch, daß es geradezu als Gefangenenkost dienen könne, würde doch mancher Sibirier dadurch an heimische Verhältnisse erinnert. Damit kommen wir zur Frage, wo sich die Flechte findet. Sie ist in den Gebirgen Mitteleuropas, in lichten Nadelwäldern, auch auf dem Heideboden des Tieflandes, überall gewöhnlich in sehr großen Mengen anzutreffen und daher auch leicht zu sammeln. Von einer Beschreibung dieser, wie auch der Renntierflechte wollen wir absehen, da jedes Botaniklehrbuch von beiden gute Abbildungen bringt, nach denen die Pflanzen leicht zu erkennen sind. Die Pflanze kann in allen schneefreien Jahreszeiten gesammelt werden, so daß auch die Schulkinder während der Ferien das ihre tun können.

Wenn sich das Isländische Moos so gut zu menschlicher Ernährung eignet, so natürlich um so mehr als Tierfutter. Schon aus dem Jahre 1790 wird aus Krain berichtet, daß man damit alle Haustiere füttere, ja daß man den Schweinen damit geradezu ein Mastfutter gebe. Dasselbe gilt von der Renntierflechte, die nicht einmal entbittert, sondern nur gekocht zu werden braucht, in erhöhtem Maße. Der bekannte Botaniker Leunis gibt an, daß etwa ein Zentner dieser Flechte drei Zentnern Kartoffel als Viehfutter gleichkomme. Es handelt sich hier also gewiß nicht um einen jener zahlreichen, gutgemeinten, aber problematischen Vorschläge, wie sie die Kriegslage hervorbrachte, sondern um praktisch bereits erprobte, durchaus ernst zu nehmende Empfehlungen. In manchen Gegenden könnte die Schweinemast trotz des Mangels an Körnerfutter gut durchgeführt werden. Unsere Voralpenbevölkerung wäre auch in die Friedenszeit hinein ein lohnender Verdienst mit dem Sammeln gegeben und das Halten eines oder mehrerer Schweine mit diesem Futtermittel beträchtlich erleichtert. Der Lehrerschaft erwächst also die dankbare Aufgabe, die beiden Flechten der allgemeinen Kenntnis zuzuführen!

Während hier Jacobj Alterprobtes wieder neu empfiehlt und hoffentlich Erfolg findet, hat ein anderer deutscher Forscher, Friedenthal, sich mit der Frage beschäftigt, ob nicht auch Stroh (Heu) unter bestimmten Voraussetzungen[2]) als menschliche Nahrung neben der tierischen dienen könnten. Seine ersten Aufsätze haben viel Lärm verursacht und ihm viel Spott eingetragen. Die gegnerischen Stimmen sind nun verstummt und der Forscher arbeitet an der Auswertung seines Vorschlages weiter, der sich auch auf feingemahlene Gemüse erstreckt. Die pflanzliche Nahrung ist für den Organismus um so wertvoller, je aufgeschlossener, d. h. je mehr in kleinste Teile, ja sogar Zellen zerlegt, sie ihm zugeführt wird. Von diesem Satze ausgehend hat Friedenthal getrachtet, Stroh und Heu, deren Nährwert für die Tiere ja feststeht, auch für den Menschen genießbar zu machen durch feinste Ausmahlung. Daß damit auch für das Tier ein erheblicher Vorteil vorliegt, ist ohneweiters klar. Er gibt eine Reihe von Rezepten an, deren Mehlbestand bis zu einem Drittel durch Strohmehl ersetzt werden kann. Der Erfolg soll nach allgemeinem Urteil ein sehr guter sein. Die Sorge, daß etwa unverdauliche Teile Anlaß zu Störungen geben, ist überflüssig, wie eine Reihe von Versuchen ergaben. Uebrigens braucht ja der Magen und der Darm zur Anregung auch gewisse unverdauliche Stoffe. Jedenfalls wäre es schon ein großer Gewinn, wenn auch nur für die Haustiere die neue Methode zu Bedeutung käme, da die Landwirtschaft viel weniger als bisher der Gefahr einer Futtermittelnot ausgesetzt wäre. Wir sehen also, wie unsere jetzige Abschließung nach allen Richtungen die Geister anregt und dort Hilfsmittel sucht und auch findet, wohin wir im Frieden nie gedacht hätten.

Dr. J. St.

[1]) „Die Flechten Deutschlands und Oesterreichs als Nähr- und Futtermittel" und „Die Lager von Renntierflechte und ihre Verwertung als Futter". Beide von Professor Dr. C. Jacobj. Tübingen, J. C. B. Mohr, 1915. Gr.-8°. Preis geh. je 45 Heller. Besorgung durch die Buchhandlung der „Reichspost".

[2]) „Die Nährwerterschließung in Heu und Stroh und Pflanzenteilen aller Art." Von Dr. H. Friedenthal. Leipzig, Reichenbach, 1915. 8°. 47 S. Preis 1 Mark.

Die Zeit
21. I. 1916

* [Nachlassen der Teuerung in Belgrad.] In Belgrad hat sich in der letzten Zeit eine sehr große Teuerung auf dem Gebiete der Lebensmittel, besonders des Gemüses und der Eier, empfindlich bemerkbar gemacht, die nicht zuletzt in dem Unfug ihren Grund hatte, daß Leute am Saveufer und an der Peripherie der Stadt die Bäuerinnen abfingen und ihnen unter allen möglichen Vorspiegelungen ihre Waren billig abschwatzten, um sie dann in der Stadt teuer zu verkaufen. Auf diese Spekulanten haben nun, wie die Belgrader Nachrichten melden, die k. u. k. Behörden Jagd gemacht, und das k. u. k. Polizeikommissariat erließ eine Kundmachung, laut der das Ankaufen der aus der Umgebung nach Belgrad eingeführten Lebensmittel durch Zwischenhändler an der Peripherie der Stadt untersagt wird. Diese Maßregeln haben bereits den gewünschten Erfolg gehabt. Seit einigen Tagen werden in Belgrad Gemüse und Eier zu billigeren Preisen verkauft.

Die Zeit
21./I. 1916

Großeinkaufsstelle für Lebensmittel.

Die Arbeitgeberschaft für ihre Arbeiter.

Die großen Schwierigkeiten, die sich für die bei den industriellen Unternehmungen bestehenden Konsumeinrichtungen bei der Beschaffung der erforderlichen Mengen von Lebensmitteln besonders in der letzten Zeit ergeben haben, sowie das Bestreben zahlreicher Industrieunternehmungen, bei denen eigene Konsumanstalten nicht bestehen, durch Großeinkäufe ihre Arbeiterschaft mit ausreichenden Mengen von Lebensmitteln zu versorgen, haben den Zentralverband der Industriellen Oesterreichs veranlaßt, die Schaffung einer Organisation in die Wege zu leiten, durch die den erwähnten Schwierigkeiten tunlichst abgeholfen und die Bestrebungen der Arbeitgeberschaft, die Lebensmittelversorgung ihrer Arbeiter möglichst klaglos zu gestalten, unterstützt werden sollen. Einen besonderen Anlaß, eine solche Organisation gerade jetzt ins Leben zu rufen, bot auch die Tatsache, daß die vom Ministerium des Innern legitimierte Einkaufsstelle („Miles") bekanntlich das ausschließliche Recht hat, aus dem Ausland Lebensmittel zu beziehen, diese Lebensmittel jedoch nur an als gemeinnützig anerkannte Organisationen abtreten darf. Da nun einzelne Firmen oder Konsumanstalten die Zuerkennung des gemeinnützigen Charakters nicht bekommen können, war die Schaffung einer Zentralorganisation notwendig, damit diese vom Ministerium des Innern den Charakter der Gemeinnützigkeit und damit die Befugnis zuerkannt erhalten, mit der „Miles" in unmittelbare Geschäftsverbindung zu treten.

Vor kurzem hat im Zentralverband eine Besprechung von Industriellen und Vertretern industrieller Konsumanstalten stattgefunden, in der die vom Zentralverband gegebene Anregung wärmstens begrüßt und beschlossen wurde, ohne Verzug eine solche Organisation ins Leben zu rufen; als rechtliche Form wurde die Gesellschaft mit beschränkter Haftung gewählt, an der die industriellen Unternehmungen, beziehungsweise selbständigen Konsumvereine bei solchen Unternehmungen sich zu beteiligen hätten. Die gründende Versammlung der Gesellschaft, die den Namen Großeinkaufsstelle der industriellen Konsumanstalten Oesterreichs Gesellschaft m. b. H. führen wird, soll zwischen dem 22. und 25. d. in Wien, Industriehaus, stattfinden.

Die Tätigkeit der Großeinkaufsstelle wird sich in kurzen Worten folgendermaßen gestalten: Die Großeinkaufsstelle wird sofort nach ihrer Konstituierung in den verschiedenen Industriegebieten die Bildung von Lokalausschüssen der Interessenten, die mehrere naheliegende Ortschaften umfassen können, veranlassen, die in ihrem Gebiet den Bedarf jeweils zusammenstellen, waggonweise Bestellungen an die Großeinkaufsstelle richten und die Aufteilung der von dieser zugewiesenen Lebensmittel und anderen Waren an die Lokalinteressenten veranlassen werden. Die selbständige Bildung solcher örtlichen oder kreisweisen Vertretungen kann nur begrüßt werden. Teilnehmer sind die in dem jeweiligen Bestellgebiet vorhandenen Mitglieder der Großeinkaufsstelle. Diese soll überdies nicht bloß von der vom Ministerium des Innern legitimierten Einkaufsstelle, sondern je nach Lage der Verhältnisse auch sonst aus dem freien Markt Lebensmittel und andere Waren im Großeinkauf zur Erleichterung der Beschaffung und Aufteilung an ihre Mitglieder aufnehmen.

Der Geschäftsverkehr zwischen der industriellen Großeinkaufsstelle und ihren Mitgliedern wird sich selbstverständlich in der einfachsten kaufmännischen Weise abspielen und im Barverkehr stattfinden. Zu den Einkaufspreisen wird ein tunlichst mäßig festzustellender Regiebeitrag zugeschlagen werden. Eine Gewinnabsicht liegt der industriellen Großeinkaufsstelle fern. Etwaige Mehrerträge, bilanzmäßige Ueberschüsse sollen zur Hälfte einem Reservefonds, dessen Höhe mit dem halben Betrag der jeweiligen eingezahlten Stammeinlagen begrenzt ist, zugeführt werden, und zur anderen Hälfte zur Herabsetzung des Regiezuschlages verwendet werden.

Mit der Durchführung der Gründungsarbeiten wurde ein Organisationsausschuß betraut, in den nachstehende Herren berufen wurden: Direktor Dr. Adolf Böhm (A.-G. Gebrüder Böhler & Co.), Wilhelm Elters (Sekretär des Zentralverbandes der galizischen Fabriksindustriellen), Josef Glaser (J. Ginzkey), Hans Kosma (Kabelfabriks- und Drahtindustrie A.-G.), Dr. Stephan von Licht, Eduard Edler v. Oberleithner, Friedrich Pacher v. Theinburg, Generaldirektor Edgar Ritter v. Pencig-Franz, Generalsekretär A. G. Raunig (Industrieller Klub), Sekretär Dr. Theodor Schneider (Zentralverband der Industriellen Oesterreichs), Dr. S. M. Singer, Dr. Karl Stern (Vöslauer Kammgarnfabrik), Kommerzialrat Karl Thonet, Generalsekretär Dr. Gustav v. Weiß (Bund österreichischer Industrieller). Dieser Ausschuß hat bereits die Satzungen der Gesellschaft entworfen und jenen Unternehmungen, die den industriellen Organisationen gegenüber ihr Interesse an der geplanten Aktion erklärt haben, eine Einladung zum Beitritt zugehen lassen.

Vossische Zeitung

22./I. 1916.

Ernährungsfragen vor dem Landtagsausschuß.

Dem offiziellen Bericht über die gestrige Sitzung des Haushaltsausschusses des Abgeordnetenhauses entnehmen wir:

Zum Punkte Brotversorgung und Ernteſtatiſtik führte der Berichterstatter aus: Wünschenswert sei die Festlegung von Höchstpreisen auch für Mehl und eine strengere Erfassung des vom Auslande importierten Mehls durch die Zentraleinkaufsgesellschaft. Er kam zu dem Schluß, daß die vorjährige Ernte ein Durchhalten ermögliche. Die Schätzung vom Juli sei zwar durch die Schätzung vom November nicht bestätigt worden; die Novemberschätzung habe vielmehr zu geringeren Resultaten geführt. Aber die jetzt im Januar vorgenommene Schätzung, die als einigermaßen verläßlich angesehen werden könne, habe ergeben, daß die Schätzung vom Juli im wesentlichen richtig gewesen sei. Es müsse aber vom Publikum Selbstdisziplin verlangt werden, und es sei mit Bedauern zu konstatieren, daß die frühere Gewissenhaftigkeit auf diesem Gebiete bei der Bevölkerung in letzter Zeit nachgelassen habe; wahrscheinlich sei dies auf die günstigen Ergebnisse des Vorjahres zurückzuführen. Es könne aber der Bevölkerung nicht dringend genug ans Herz gelegt werden, zu der alten Gewissenhaftigkeit zurückzukehren.

Die Maßregeln bezüglich der Erhaltung des Brotgetreides für die Bevölkerung müßten natürlich der Viehernährung hin und wieder schaden. Trotzdem könne auch in dieser Beziehung noch manches gebessert werden; insbesondere sei es wünschenswert, daß die Verordnungen auf dem Gebiete der Volksernährung mit größerer Vorsicht erlassen würden. Manche Verordnungen würden alsbald wieder aufgehoben, weil sie unzutreffend gewesen seien; dadurch würden dann gerade die folgsamen und eifrigen Landwirte bestraft. Auch die Härten bei Schließung der Schrotmühlen sollten möglichst vermieden werden. Der Erdrusch müsse beschleunigt werden, und jede dazu dienliche Maßregel sei zu begrüßen; es dürften aber nicht unverständig kurze Dreschfristen angeordnet werden. Dankenswert sei, daß die Reichsgetreidestelle 500 000 Tonnen Getreide zur Verschrotung zum Zwecke der Viehfütterung bereitgestellt habe. Zweifelhaft sei aber, ob der Preis von 310 M. pro Tonne, den sie dafür gefordert habe, richtig gewesen sei, da die Landwirte ja selbst nur 220 M. Höchstpreis für den Roggen bekämen. Uebrigens sei dem Ankauf dieses teuren Schrotes alsbald die Herabsetzung der Schweinepreise gefolgt. Die wahre und beste Lösung auf dem Gebiete der Volksernährung würden immer freie und direkte Vereinbarungen zwischen Produzenten und Konsumenten sein, und diese seien zu erstreben.

Der Präsident der Reichsgetreidestelle, Dr. Michaelis, betonte, daß in Verbindung mit den vom Bundesrat beschlossenen Einschränkungs-Maßnahmen des Konsums und der Verfütterung die erforderlichen Bestände bis zur neuen Ernte und darüber hinaus gesichert sind.

Nach längerer Beratung wurde der Antrag zurückgezogen: Die Königliche Staatsregierung aufzufordern, dafür Sorge zu tragen, daß der Begriff der mittleren Qualität des Brotgetreides nicht einseitig durch die Kriegsgetreidegesellschaft, sondern unter Mitwirkung der Landwirtschaftskammern nach der im Frieden üblichen Geschäftspraxis für die einzelnen Landesteile festgesetzt wird.

Der Landwirtschaftsminister erklärte u. a.: Was die Beschwerden über die polizeiliche Schließung der nichtgewerblichen Schrotmühlen angehe, so habe er durch eine gemeinschaftlich mit dem Herrn Minister des Innern erlassene Verfügung angeordnet, daß, sofern die Schließung überhaupt nach den örtlichen Verhältnissen für notwendig gehalten werde, jedenfalls dafür gesorgt werden müsse, daß die Mühlen an gewissen Tagen und zu bestimmten Stunden, nötigenfalls unter polizeilicher Aufsicht, benutzt werden könnten. Bei der Bewirtschaftung des Getreides sei nicht nur die unmittelbare Versorgung der Bevölkerung mit billigen Nahrungsmitteln, sondern auch der Schutz der Erzeugung und die Erhaltung der Viehbestände ins Auge zu fassen. Es dürfe keine Verordnung erlassen werden, die die landwirtschaftliche Erzeugung gefährdet.

Der Präsident der Reichsgetreidestelle rechtfertigte das Verfahren der Reichsgetreidestelle bei der Beanstandung und Preisminderung feuchten und mangelhaften Getreides. Im Kriege müsse aber alles Getreide genommen werden, auch das, was man sonst verfüttere. Es müsse auch das Getreide bis zum Ende des Wirtschaftsjahres lagerfest gemacht werden. Die finanzielle Verantwortung hierfür trügen die Mühlen. Diese müßten, weil ihnen für mangelhaftes Mehl Abzüge gemacht würden, dagegen sich schützen können, daß ihnen minderwertiges Getreide zum vollen Höchstpreis angedient werde. Ueber den Minderwert entschieden Schiedsgerichte, die völlig selbständig wären, keine Organe der Reichsgetreidestelle seien.

Der Minister des Innern machte Mitteilungen über die Durchführung der Brotversorgung nach Maßgabe der Beschlüsse des Haushaltsausschusses in seiner letzten Beratung. Den Kommunalverbänden sei das Recht der Selbstwirtschaft in weitestem Maße zugestanden worden. Gegenüber 320 selbstwirtschaftenden Kommunalverbänden im Vorjahre hätten gegenwärtig 382 Kommunalverbände Selbstwirtschaft. Hierunter befänden sich 53 größere Versorgungsverbände mit 165 Kreisen. Im ganzen gebe es 484 selbstwirtschaftende Kreise. Nur 116 Bedarfskreise würden daher von der Reichsgetreidestelle versorgt. Den Wünschen nach einem engeren Zusammenschluß der Erwerbskreise zu gemeinsamer Arbeit in der Volksernährung könne er sich nur anschließen. Er begrüße daher die dahingehenden Anregungen der Kommission.

Ein Redner führte aus, die neuen Sorgen zeigten, daß es bedenklich gewesen sei, die Kriegsgetreidegesellschaft abzusetzen und die Zahl der selbstwirtschaftenden Kreise zu vergrößern. Er frage nun mit Rücksicht darauf den Präsidenten der Reichsgetreidestelle, ob die Sicherheit vorhanden sei, daß mit der jetzigen Organisation das Durchhalten zu erreichen sei. Jedenfalls müsse die Kontrolle über die Verfütterung von Getreide und über die tatsächliche Verwendung des Saatgetreides verschärft werden. Die vorhandene Anbaufläche müsse voll bebaut werden, alles dazu Erforderliche: Beurlaubungen, Beschaffung von Düngemitteln, müsse geschehen. Aufklärung über die Lage sei dringend erforderlich. Die Preissteigerung der Produkte allein sei nicht das richtige Heilmittel. Die Bevölkerung müsse größte Sparsamkeit üben, um die Schwierigkeiten zu überwinden, die aus dem Fortfallen des Imports entstanden seien.

Darauf wurde erwidert, die notwendigen Nahrungsmittel könne die deutsche Landwirtschaft erzeugen, auch die Futtermittel zur notwendigen Ernährung des Viehs. Nur dem Luxus könne sie nicht genügen.

Hamburger Fremdenblatt 22./I. 1916.

Verbrauchsstatistiken wichtiger Nahrungsmittel und ihre Lehren.

Die Sparsamkeit und Einschränkung, die der Krieg von jedem einzelnen verlangt, werden immer noch vielfach als ein Opfer angesehen, das teils undurchführbar sei, teils ungünstige Folgen für die Ernährung nach sich ziehen müsse.

Dagegen weist uns die Statistik nach, daß in den letzten Jahrzehnten der Verbrauch aller Nahrungsmittel, und zwar besonders auch der Genußmittel in Deutschland, ganz erheblich gestiegen ist, und daß also in früheren Jahrzehnten allein aus dem Zwang der ökonomischen Verhältnisse heraus weniger als in den letzten Jahren gegessen worden ist.

Durchschnittlich wurden in den Jahren 1893 bis 1914 jährlich, auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, verbraucht in Kilogramm, von

Roggen	Weizen	Gerste	Hafer	Kartoffeln
147,7	90,9	80,1	116,7	600,1

Dagegen war der durchschnittliche jährliche Verbrauch im Jahre 1913/14, ebenfalls in Kilogramm und pro Kopf der Bevölkerung berechnet, von

Roggen	Weizen	Gerste	Hafer	Kartoffeln
153,1	95,8	108,0	128,3	700,2

Der Verbrauch von Zucker, der im Jahre 1904/05 14,4 kg auf den Kopf der Bevölkerung betrug, ist im Jahre 1912/13 auf 19,2 kg gestiegen. Besonders bemerkenswert ist ferner die Steigerung, die der Kakaoverbrauch erfahren hat. Dieser ist nämlich von 0,28 kg als Durchschnitt der Jahre 1896 bis 1900 auf 0,77 kg für das Jahr 1913 emporgeschnellt. Eine wesentliche Steigerung zeigt auch der Verbrauch von Reis, der von 2,33 gk für die Jahre 1901/05 auf 3,56 kg für das Jahr 1913 gestiegen ist. Die bessere Lebenshaltung spiegelt sich dann noch in dem Verbrauch von Südfrüchten wieder, der im Durchschnitt der Jahre 1901/05 mit 2,54 kg für den Kopf der Bevölkerung festgestellt ist und für das Jahr 1913 4,44 kg betragen hat.

Bekannt ist auch, daß der Fleisch-, Butter- und Milchverbrauch in den letzten Jahrzehnten statistisch nachweisbar ganz wesentlich gestiegen ist. Es resultiert also aus diesen Zahlen und Tatsachen der Schluß: **Die Lebenshaltung der Bevölkerung ist in den letzten Jahrzehnten nicht unbeträchtlich gestiegen.** Diese Steigerung entsprang aber nicht gesteigerten natürlichen Anforderungen, sondern einem steigenden Wohlleben, das, so schwer es vielleicht fallen mag, im Kriege eingedämmt werden muß.

Unser Volk hat viel und reichlich verbraucht und für den Umfang und die Auswahl unter den Nahrungsmitteln seine Einkommensverhältnisse entscheidend sein lassen. Trotzdem nun schon während anderthalb Jahre der schwerste Krieg andauert, den die Welt je gesehen, haben sich die privatwirtschaftlichen Grundlagen im deutschen Volke teilweise gebessert, teilweise freilich verringert. Allerdings haben die Teuerungsverhältnisse das Wohlleben früherer Zeiten eingeschränkt. Aber trotzdem herrscht das privatwirtschaftliche Denken immer noch vor. Die Anschaffung und der Verbrauch von Nahrungsmitteln darf sich aber nicht lediglich nach dem privatwirtschaftlichen Einkommen richten. Er muß seine Richtschnur in den volkswirtschaftlichen Verhältnissen suchen und diese schreiben vor: strengste ökonomische Einrichtung und Sparsamkeit in und mit sämtlichen Nahrungsmitteln nach den Erfordernissen der Kriegswirtschaft.

Daß dies möglich ist, beweisen die früheren Geschlechter, die sicher ebenso tatkräftig und arbeitsfähig waren, wie wir, und die trotzdem wesentlich einfacher gelebt haben.

Arbeiterzeitung 22. I. 1916

Die Unternehmer monopolisieren den Lebensmitteleinkauf.

In aller Heimlichkeit haben die Unternehmer eine „Wohlfahrtseinrichtung" für die Arbeiter vorbereitet; sie wollen jetzt den Bezug von Lebensmitteln von dem Arbeitsverhältnis abhängig machen. Der Zentralverband der Industriellen Oesterreichs will eine Großeinkaufsstelle für Lebensmittel einrichten. Die Institution soll nicht nur die verschiedenen Fabrikskonsumvereine mit Waren versorgen, es sollen auch bezirksweise freie Organisationen für die Lebensmittelbeschaffung errichtet werden, die mit der Großeinkaufsstelle in geschäftliche Verbindung treten. In der Mitteilung über die neue Unternehmergründung wird die Aktion gerechtfertigt mit der unwahren Behauptung, daß die vom Ministerium des Innern ins Leben gerufene Einkaufsstelle „Miles" die im Ausland angekauften Lebensmittel nur an gemeinnützige Korporationen weiterverkauft. Um nun von der „Miles" Lebensmittel beziehen zu können, müßten also die Unternehmer eine gemeinnützige Einkaufsstelle einrichten. Das ist natürlich erfunden. Die „Miles" verkauft ihre Waren nicht nur an Gemeinden, Bezirke und Konsumvereine, sondern auch an Händlerorganisationen und sucht der Uebervorteilung der Konsumenten lediglich durch Vorschreibung von Höchstzuschlägen beim Wiederverkauf entgegenzuwirken. Die Unternehmer geben übrigens auch zu, daß sie nicht nur von der „Miles", sondern auch auf dem freien Markt Waren kaufen wollen.

Wir haben in diesem Falle wieder mit einer Aktion der Unternehmer zu rechnen, die dem berechtigten Verlangen der Arbeiter nach Erhöhung der durch die Lebensmittelteuerung ganz unzulänglichen Entlohnung durch Beistellung einiger Lebensmittel entgegenwirken soll. Die Unternehmer rechnen damit, durch Ausnützung aller Möglichkeiten des Einkaufs im großen die Lebensmittel etwas billiger in die Hand zu bekommen, beim Weiterverkauf wohl keinen Nutzen einzusacken, sich jedoch Lohnerhöhungen zu ersparen.

Die lokalen Organisationen, die von den Unternehmern gegründet werden sollen, werden lediglich die Unternehmer eines Ortes oder Bezirkes umfassen, die Vertrauensmänner der Arbeiter sind vor der Gründung dieser Einkaufsstelle nicht um ihre Meinung gefragt worden und werden sicherlich von den Unternehmern zu einer Mitarbeit nicht herangezogen werden. Das Abhängigkeitsverhältnis der Arbeiter vom Unternehmer, das während des Krieges durch das Kriegsleistungsgesetz ohnedies ungeheuerlich gesteigert wurde, soll durch diese „Wohlfahrtseinrichtung" noch mehr verschärft werden. Wir kennen die Wohlfahrtseinrichtungen der Unternehmer zur Genüge und haben nach unseren Erfahrungen keine Ursache, der neuen Schöpfung Vertrauen entgegenzubringen.

Wir wünschen die Organisation der Konsumenten vom Arbeitsverhältnis ganz unabhängig zu gestalten; gerade auf diesem Gebiet ist eine berufliche oder betriebsweise Gruppierung nur schädlich. Der Lebensmittelteuerung haben die staatlichen und autonomen Behörden sowie die für die Lebensmittelversorgung während des Krieges geschaffenen gemeinnützigen Korporationen sowie die Konsumentenorganisationen zu steuern, die Unternehmer sind bei Lösung dieser Aufgaben als selbstlose Mitarbeiter nicht berufen. Wir geben unserer Verwunderung Ausdruck, daß die Regierung die Gründung dieser Einkaufsstelle zulassen will, ohne vorher die Arbeiterorganisationen um ihre Meinung zu fragen. Diese Aktion verstößt gegen den Burgfrieden, den die Regierung selbst propagiert. Welches Gezeter würde sich in den Kreisen der bürgerlichen Parteien erheben, wenn die Arbeiter derartige Lokalstellen für den Lebensmitteleinkauf schaffen würden! Unter Berufung auf die Unzulässigkeit einer solchen Organisation nach der Gewerbeordnung, auf die Schädigung der Händler, würde von der Regierung bestimmt ein glattes Verbot verlangt werden. Werden doch unsere Konsumentenorganisationen, die auf eine jahrzehntelange ersprießliche Tätigkeit verweisen können, zurückgesetzt, der Warenbezug wird ihnen erschwert, kurz, sie werden in jeder Weise gegenüber den Händlern benachteiligt. Und jetzt sollen die Arbeiter ruhig zusehen, wie die Unternehmer in großem Stil eine Aktion planen, die das Arbeitsverhältnis ungünstig beeinflußt und auch die Gründung demokratischer Konsumentenorganisationen verhindert oder den Bestand solcher Organisationen gefährdet?

Wir verlangen von der Regierung, daß sie die Tätigkeit dieser Einkaufsstelle auf den Verkehr mit bestehenden Fabrikskonsumvereinen beschränke, jede weitere Ausgestaltung ihres Wirkungskreises aber von der Zustimmung der Arbeiterorganisationen abhängig mache.

23./I. 1916.

Aus dem Haushaltsausschuß des Abgeordnetenhauses.

Aus dem Haushaltsausschuß des Abgeordnetenhauses lag bis Sonnabend vor der offizielle Bericht über den Schluß der Freitag-Verhandlungen und den Beginn der Verhandlungen am Sonnabend:

Bezüglich der Zuckerrüben teilte der Berichterstatter mit: 1915 seien nur noch 68 Prozent der gesamten Rübenfläche mit Rüben bebaut worden. Der Ertrag sei deshalb von 52 Millionen auf 30 Millionen Zentner Zucker zurückgegangen. Daraus könne im wesentlichen nur der menschliche Bedarf gedeckt werden. Damit auch dem Vieh wieder Zucker zugeführt werden könne und damit auch die Nebenprodukte der Zuckerfabrikation in größerem Maße der Landwirtschaft wieder zugeführt werden können, müsse wieder ein größerer Anbau erfolgen. Dies könne nur durch eine entsprechende Preispolitik geschehen. Der ständige Ausschuß des Deutschen Landwirtschaftsrates schlage statt bisher 12 bis 12½ Mark pro Zentner Rohzucker den Preis von 15 Mark vor. Das würde den Zuckerfabriken ermöglichen, den Rübenbauern 30 bis 40 Pfennig pro Zentner Rüben mehr zu zahlen, wozu sie verpflichtet werden müssen. Ein größerer Vorrat an Rüben würde auch verhindern, daß Kartoffeln in größerem Maße verfüttert würden.

Der Landwirtschaftsminister wies besonders darauf hin, daß ausschlaggebend für die Einschränkung des Rübenbaues die Knappheit an künstlichen Düngemitteln gewesen sei. Es werde nur übrig bleiben, die Rübenpreise um 0,30 bis 0,40 Mark zu erhöhen, was eine

Erhöhung des Rohzuckerpreises

auf etwa 15 Mark bedingen würde. Hiermit sei noch nicht gesagt, daß die Verbrauchszuckerpreise entsprechend steigen müßten. Dieser Notwendigkeit entgegenzusehen, sei immerhin besser, als nicht genügend Zucker zur Verfügung zu haben.

Aus der Mitte der Kommission wurde darauf hingewiesen, daß es von erheblichem Interesse für die Rübenbauer sein würde, und sie besonders veranlassen würde, Rüben anzubauen, wenn man ihnen die Nebenprodukte der Fabrikation wieder vollständig und in handelsüblicher Qualität zuführte. Auch wurde im Interesse des rechtzeitigen Anbaues um baldige Festsetzung des neuen Preises gebeten.

Dagegen wurde von anderer Seite darauf hingewiesen, daß man jede Erhöhung des Zuckerpreises für den Verbraucher vermeiden müsse.

Der Landwirtschaftsminister erklärte, es würde nicht möglich sein, auf die Rückstände der Zuckerrüben ganz zu verzichten. Auch die Melasse werde im nächsten Jahre für die Herstellung des künstlichen Eiweiß erforderlich sein. Dagegen halte er einen öffentlichen Hinweis auf die Zuckerpreise in anderen Ländern für erwünscht. Einer übermäßigen Steigerung des Preises für den Verbrauchszucker werde er jederzeit entgegentreten.

Der Berichterstatter wies darauf hin, daß die späte Festsetzung der Höchstpreise für Gemüse, welche erst durch die Verordnung vom 4. Dezember Gültigkeit gewonnen habe, sehr bedauert werden müsse. Zunächst sei der Konsum in große Beunruhigung durch die Tatsache versetzt worden, daß vielfach

Wucherpreise für Frischgemüse

gefordert worden wären. Dann aber habe man die Höchstpreise derartig niedrig gewählt, wie solche, zumal für die Winterzeit, nachdem schon ein kostspieliges Aufbewahren und Behandeln der Gemüse stattgefunden habe, nicht hingenommen werden könnten. Die Festsetzung anderweitiger Höchstpreise sei ein dringendes Erfordernis, um die Produktion für das bevorstehende Jahr wieder anzuregen. Insbesondere wies der Berichterstatter darauf hin, daß die Höchstpreisverordnung keineswegs, wie es beabsichtigt gewesen sei, den Konsumenten ein billiges Gemüse verschafft habe; denn unter Benutzung des Umstandes, daß ausländisches Gemüse von der Höchstpreisverordnung frei sei, habe der Kleinhandel sich vielfach nicht an die festgesetzten Kleinhandelspreise gehalten, sondern verkaufe zu wesentlich höheren Preisen, die in Einzelfällen 300 bis sogar 500 v. H. mehr betrügen als die in der Höchstpreisverordnung vorgeschriebenen Preise. Das Ausschlaggebende für jegliche Bestimmung müsse aber jetzt sein, die Produktion anzuregen und in Deutschland selbst dort, wo die Anbauverhältnisse nicht gerade die allergünstigsten seien, einen vermehrten Anbau wachzurufen.

Der Landwirtschaftsminister erklärte: Die am 4. Dezember v. J. festgesetzten Preise entsprächen nicht den heutigen Verhältnissen. Er habe daher Aenderungen vorgeschlagen, die im wesentlichen mit den Vorschlägen des Ständigen Ausschusses des Deutschen Landwirtschaftsrates übereinstimmten. Das Reichsamt des Innern halte gleichfalls die Heraufsetzung der Preise für notwendig. Gemeinnützige Vereine, die sich mit dem Verkaufe von Gemüsen befaßten, hätten ihren Betrieb einstellen müssen, da sie zu den niedrigen Preisen kein Gemüse erhalten konnten. Schwierigkeiten hätten sich aus dem Verhältnis der Kleinhandelspreise zu den Großhandelspreisen ergeben. Die Spannung dürfte nicht übermäßig groß sein; er halte 30 bis 50 v. H. für ausreichend. Wünschenswert sei, daß die Gemüsebauer sich zu Verbänden zusammenschlössen, die den Absatz regeln und mit den verbrauchenden Gemeinden unmittelbar in Verbindung treten.

Neues Wiener Tagblatt
23. I. 1916

Wien, 23. Jänner.

(Lebensmittelbezüge aus der Türkei nach Oesterreich-Ungarn.) Wie wir von informierter Seite erfahren, ist die Einfuhr von Approvisionierungsartikeln aus der Türkei nach Oesterreich-Ungarn im Zuge. Wohl bestehen gegenwärtig noch einige Transportschwierigkeiten, doch dürfte es gelingen, diese in kürzester Zeit zu beheben.

Etwas für die Hausfrau.

Eiweißverwertung. — Gute und billige Rezepte. — Ein Rezeptgedicht.

Restenverbrauch in der Küche, das ist eine der wichtigsten Vorschriften für Sparsamkeit. Von allen Resten ist das Eiklar der am seltensten verwendete. Wir wollen darüber einige Ratschläge hören:

(Eiweißverwertung.) Sowohl Dotter wie Eiweiß dienen physiologischen, wenn auch verschiedenen Zwecken beim Aufbau des Körpers. So ist z. B. das Eiweiß als ein sowohl im Tier- wie im Pflanzenreich verbreiteter Proteinkörper für den Aufbau der Zellen hochwichtig, daher durchaus notwendig und unentbehrlich. In der Küchenwirtschaft sind sie zur Bereitung der meisten Speisen unentbehrlich, aber bei den jetzigen teuren Preisen der Eier muß ihr Verbrauch ein sehr rationeller und sparsamer sein, der Nährwert jedes einzelnen voll ausgenützt werden. Bei vielen Speisen oder in der Krankenküche wird jedoch nur Eidotter gebraucht und Eiklar kann als Grundlage für andere Speisen dienen; es ist also doch immerhin etwas erspart, und Eiweiß in Verbindung mit Mehl, Zucker oder fetthaltigen Früchten ist ein vollwertiges Nahrungsmittel, speziell für Kinder und Frauen sehr geeignet.

Beim Ankneten von Mehlspeisen, d. h. Nudeln u. dgl., ist statt des Eiweiß eine Eischale lauwarmes Wasser zu nehmen, ebenso bei Strudelteig, Germ-, Erdäpfel- und Butterteigen, all dies ist sogar besser ohne Eiklar, man ersetzt dies durch etwas Flüssigkeit. (Zu beachten ist nur, daß man Eiklar bald verbrauchen und gut zudecken muß, sonst wird es trübe und gerinnt.) Zum Binden von gehacktem Fleisch genügt Eiklar vollständig; ebenso rechnet man bei den jetzt so beliebten Gemüsepuddings jeder Art bei dem hiezu nötigen Binde-Beschamel auf ein Dotter 2 bis 3 Eischnee, im Notfall geht es überhaupt ganz ohne Dotter, nur mit Eischnee. Auch das Fleisch im Eischnee paniert sich viel schöner.

(Kastanientorte.) Ein halbes Kilogramm Kastanien gekocht, passiert, die gleiche Masse Zucker als das Puree wiegt, dazu, mit 6 bis 7 Klar festem Schnee vermischen, licht backen. Den nächsten Tag durchschneiden und mit folgender Fülle füllen, oben mit Marmelade bestreichen, auch an den Seiten, und geriebene Nüsse darüberstreuen. Fülle: geriebene Nüsse oder Haselnüsse mit Zucker, schwarzem Kaffee, Zitronen- oder Orangengeschmack und Saft, je nach Geschmack, vermischen, bis es eine weiche, streichbare Masse ist.

(Obstcreme, kalt oder warm.) 3 Löffel gute Marmelade treibt man mit 3 Löffel Zucker und dem Schnee von 3 Klar eine halbe Stunde lang gut ab, gibt es in den ausgeschmierten Model und läßt es 10 Minuten im Dunst kochen. Soll sie kalt serviert werden, stellt man sie dann eine Stunde in Eis oder in kaltes Wasser. Man kann dann Obstsaft oder falsches Schlagobers dazu servieren.

(Kastanienkoch.) Ein Viertelkilogramm passierte Kastanien, 1 Viertelkilogramm Vanillezucker, 4 Klar Schnee, in der bebutterten Dunstform langsam 20 Min. kochen, stürzen, mit Himbeersaft servieren.

(Schokolade-Patience.) 15 Dekagramm Zucker, 2 Tafeln Schokolade gerieben, und 1 Eiklar zu einem festen Teig am Brett anmachen, es vorher mit Zucker bestreuen; aus dem Teig Formen machen, das Blech mit Wachs schmieren und licht backen.

(Karolinen-Krapferln.) Eine halbe Kaffeeschale schwarzen Kaffe kocht man mit 14 Dekagramm Zucker so lange, bis es ganz dicke Perlen macht. Inzwischen hat man 3 Klar zu allerfestestem Schnee geschlagen, gibt rasch 7 Dekagramm Zucker dazu und unter fortwährendem Rühren den heißen Zucker, rührt die Masse, bis sie dick und kalt ist, macht kleine Häufchen auf das mit Wachs bestrichene Blech, bäckt sie sehr licht und langsam. Wenn sie gut sind, lösen sie sich vom Blech, sind innen hohl und ganz knusperig.

(Makronenspezialität.) 15 Dekagramm Mandeln werden geschält, getrocknet und am nächsten Tag gerieben und mit 1 Klar sehr fein mit 10 Dekagramm Vanillezucker gestoßen. Dann kommt der Teig in eine Schüssel und von 2 Klar Schnee dazu gemischt. Auf ein Backblech weißes Papier legen, mit der Dressierspritze kleine Häufchen darauf spritzen, mit feinem Zucker bestreuen und sehr langsam goldgelb backen. Wenn sie kalt sind, befeuchtet man das Papier mit Wasser, wartet einen Moment und löst dann die Makronen ohne Schwierigkeit und tadellos vom Papier ab.

(Schokoladecreme, für jede Fülle geeignet.) 3 Eiweiß zu festem Schnee schlagen, 14 Dekagramm Zucker befeuchten, dick einkochen, siedend unter den Schnee gerührt, 5 Dekagramm zerlassene Schokolade dazu, und fort schlagen, bis es kalt ist.

Zum Schlusse noch einen Rat: Wenn im Eifer des Kochens oder sonstwie eine Brandwunde entsteht, rasch ein Eiklar mit Oel fest schlagen und auf die Wunde legen. Kühlt sofort. Ebenso wird eine Schnittwunde, mit Eiweiß bestrichen und verbunden, unter dieser schützenden Hülle tadellos heilen. Jedenfalls eine Hilfe, die im ersten Moment fast immer zur Hand ist, dabei billig und bequem.

Sid. R.

Frau Helene L . . . . . er sendet uns in liebenswürdiger Weise wieder folgendes Rezeptengedicht:

Erdäpfelbrot.

Kinder! Heut' hab' ich für euch etwas Gutes!
Setzt euch zu Tische und seid frohen Mutes.
Seid ihr hübsch artig und folgt dem Gebot,
Gibt es ein delikat' Erdäpfelbrot.

Minchen natürlich will wieder gleich wissen,
Wie sie solch' Brote bereiten werd' müssen.
Nehmt euch Bleistift her und Papier
Und schreibet also, ich diktier':

Drei Kilo gekochte Kartoffeln sollt ihr schälen,
Reiben und salzen. Getan? — Zu befehlen! —
Ihr löset — ich sag' es wohl nicht sehr gern —
In warmer Milch auf ein Deka Germ.

Nehmt fünf Deka Butter und dann noch zwei Eier.
Ja, ja; ihr habt recht, aber alles ist teuer.
Und Zucker und Mehl, soviel als verlangt;
Dann knetet den Teig ihr fein ab und gewandt.

Zitronenschale gebt ihr dann; ihr Frosscherln,
Rosinen und Mandeln; das schmeckt euren Goscherln!
Aus dem Teige formt ihr feste, große Laibe,
Seht, daß in der Wärme paar Stunden er treibe.

Und backt in der Röhre das Brot auf Papieren,
Die vorher ihr tatet mit Fette beschmieren.
Und wenn euch das Erdäpfelbrot gut behagt,
Sei euch bald wieder ein Rezeptchen gesagt.

Helene L.....er.

Die Zeit
23. I. 1916

Die Kriegskommission für Konsumentenschutzwesen.

In der letzten Sitzung befaßte sich die Kommission für Konsumenteninteressen neuerdings mit der Frage der Schaffung einer offiziellen Konsumenten-Beratungsstelle der Regierung. Es wurde ein Bericht über die Bildung, Organisation und Tätigkeit dieses Beirates erstattet und beschlossen, gemäß diesem Bericht an die Regierung heranzutreten. Ferner gelangte die Frage der Mehlversorgung zur Sprache. Es wurden Fälle mitgeteilt, in denen rumänisches Mehl hiesigen Konsumentenorganisationen angeboten wurde; doch wurde erklärt, daß die Lieferungen nur durch die Kriegs-Getreideverkehrsanstalt besorgt werden könnten. Diese habe aber einen weit niedrigeren Preis geboten, so daß die Käufe nicht durchgeführt werden konnten. Manche Anbote sollen auch aus valutapolitischen Gründen aus dem Ausland nicht durchgeführt worden sein, weil die Bezahlung in Gold zu erfolgen hatte. Es wurden jedoch Offerten mitgeteilt, die auf zahlbar hier in Kronen lauteten, so daß valutapolitische Bedenken gegen die Annahme solcher Anbote nicht vorgelegen haben konnten. Bezüglich des Verkaufes von Mehl wurde empfohlen, das bereits von einzelnen Konsumvereinen eingeführte System der Bezugsberechtigungskarten allgemein durchzuführen, damit jede Möglichkeit verschiedener Bezüge in den einzelnen Verschleißlokalen ausgeschlossen sei. Von dem Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen in Linz wird auf die Schwierigkeiten in der Zuckerversorgung hingewiesen, die aus den mangelhaften Transport zurückzuführen sind, Uebelstände, die sich auch beim Bezug anderer Bedarfsgegenstände, wie Kohle, Futtermittel usw., zeigen. Die Kommission beschloß, alles vorzukehren, um zu vermeiden, daß aus dem Waggonmangel und der daraus hervorgehenden Knappheit etwa Gründe für eine abermalige Preiserhöhung abgeleitet werden können.

Kölnische Zeitung 24./I. 1916.

Die Versorgung mit Lebensmitteln.

Lebensmittelfragen im Industriegebiet.

5 **Essen**, 23. Jan. Über die Lebensmittelversorgung des Industriegebiets im allgemeinen und der Stadt Essen im besondern wurde in der letzten nichtöffentlichen Sitzung der Stadtverordneten eingehend beraten. Nach einem an die Presse gegebenen Bericht der städtischen Verwaltung wurde aus der Mitte der Versammlung darauf hingewiesen, daß ein größerer Zusammenschluß der Gemeinden des rheinisch-westfälischen Industriegebiets dringend erwünscht wäre, um eine größere Einheitlichkeit zu erzielen. Die städtische Verwaltung machte darauf aufmerksam, daß eine Verständigung über die wichtigsten Fragen bereits vorhanden sei. So bestände der Milchausschuß für das Industriegebiet, ferner eine lose Städte-Vereinigung, deren Geschäftsführer der Bürgermeister v. Wedelstaedt (Gelsenkirchen) sei. In der alle zwei bis drei Wochen abgehaltenen Beratung würden alle wichtigen Fragen besprochen und eine Verständigung angestrebt. Wenn manchmal keine größere Einheitlichkeit zu erreichen sei, so liege das an besondern örtlichen Verhältnissen. Weiter würden alle dringenden Fragen auf Versammlungen der Oberbürgermeister und der Landräte des Regierungsbezirks Düsseldorf erörtert. Endlich sei, um den unangenehmen Wettbewerb, den sich die Stadtverwaltungen namentlich im Ausland machten und der gegenseitige Preistreiberei vielfach zur Folge hätte, die Gründung einer Einkaufsgesellschaft für den ganzen Regierungsbezirk, ebenso auch für die übrige Rheinprovinz und die Provinz Westfalen in Aussicht genommen. Derartige Zentraleinkaufsgesellschaften würden voraussichtlich im ganzen Reiche gegründet und damit ein planmäßiges Vorgehen auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung gewährleistet werden.

Für die Stadt Essen sind, wie in dem Bericht ausgeführt wird, die Vorräte an Speck, Schmalz und Fett, welche die Stadtverwaltung sich beschafft hat, und welche jetzt in Essen lagern, so groß, daß sie bei dem jetzigen Verteilungsmaßstab, wonach jeder Essener in vier Wochen einhalb Pfund Speck und ein Pfund Schmalz kaufen kann, ungefähr sechs Monate ausreichen. Vielleicht kann der Kopfanteil noch erhöht und der Preis herabgesetzt werden. Der empfindliche Mangel an Schweinefleisch seit mehrern Wochen, ist, so heißt es in dem Bericht weiter, auf die unzulängliche Festsetzung der Höchstpreise zurückzuführen. Infolge des Fehlens von Höchstpreisen für den Stall und infolge der Bestimmung, daß die Höchstpreise nur für die Schlachtviehmärkte gelten, hat der Auftrieb auf dem Städtischen Viehhof stark nachgelassen. Die Schweine werden von Konserven- und Wurstfabriken bei den Schweinezüchtern selbst sofort angekauft, um dann zu Konserven- und Delikateßwürsten verarbeitet zu werden. Eine Abhilfe durch die Reichsregierung tut hier dringend not. Eine Beschränkung der Konservenherstellung auf das Nötigste und nur für Zwecke der Heeresverwaltung ist unbedingt notwendig. Die Vorwürfe gegen das Metzgergewerbe, daß sie infolge der Festsetzung der Höchstpreise für den Kleinhandel nur ausnahmsweise frisches Fleisch verkaufen und das ganze Schwein zu Dauerwaren verarbeiteten, ist in seiner Allgemeinheit nicht richtig. Nur in wenigen Fällen konnte ein derartiges Verhalten festgestellt werden. Wenn frisches Schweinefleisch in Essen nicht zu haben ist, so liegt es eben daran, daß in den letzten Wochen nur 300 Schweine geschlachtet worden sind, gegen sonst 5000. Eine Besserung in der Versorgung mit Schweinefleisch ist in der nächsten Zeit zu erwarten. Der Stadt Essen werden von den mit staatlichen Futtermitteln gemästeten Schweinen ungefähr 9000 Stück in der Zeit von Ende Januar bis Mitte Juni zugewiesen werden. Der Verkauf wird in der Weise geregelt werden, daß ¾ der Schweine an die Firma Krupp und ¼ an die Metzgerinnung überwiesen werden. Die Metzger müssen sich verpflichten, das Fleisch nur im Stadtkreise Essen zu verkaufen, und zwar mindestens 40 Prozent als frisches Schweinefleisch.

Sehr besorgniserregend ist das Anziehen der Rindfleischpreise, das sich trotz des über doppelt so großen Antriebs gegen normale Zeiten in den letzten Monaten gezeigt hat. Das übermäßige Abschlachten des Rindviehs muß außerordentlich bedauert werden. Wenn auch manchmal die Landwirte wegen Futtermangels zum Verkauf des Rindviehs gezwungen werden, so müßte doch erwartet werden, daß die Landwirte auch in dieser Beziehung durchhalten und versuchen, ihren Rindviehbestand, soweit es irgend geht, zu behalten. Das übermäßige Abschlachten bedeutet einen wirtschaftlichen Schaden, der erst in langen Jahren wieder ersetzt werden kann. Besonders zu bedauern ist das Abschlachten des Rindviehs im Interesse unserer Milchversorgung. Die Milchzufuhr ist außerordentlich zurückgegangen, was allerdings teilweise auf die Jahreszeit zurückzuführen ist. Um den Landwirten einen Anreiz zum Behalten des Rindviehs zu geben, hat der Milchausschuß für das rheinisch-westfälische Industriegebiet kürzlich eine Erhöhung des Milchpreises von 28 auf 30 Pfennig beschlossen. Dieser hohe Milchpreis soll jedoch vorläufig nur bis zum 15. März d. J. bestehen bleiben. Dann wird, falls nicht unvorhergesehene Ereignisse eintreten, wieder eine Herabsetzung stattfinden. Die Festsetzung von Höchstpreisen für Rindvieh, die von vielen Seiten gefordert sind, haben ihre großen Bedenken, und die Reichsregierung wird, wie verlautet, hiervon Abstand nehmen und eine anderweitige Regelung treffen, die aber hoffentlich nicht zu spät kommt. [Diese Regelung ist inzwischen für Preußen erfolgt. Durch Verordnung vom 22. d. M. wird für jede Provinz zur Regelung der Beschaffung, des Absatzes und der Preise von lebendem Vieh ein rechtsfähiger Verband gegründet, dem die Viehhändler, die landwirtschaftlichen Genossenschaften und auf Antrag auch die Fleischer angehören. Diesen Verbänden wird ein Monopol eingeräumt.]

Der Bericht weist weiter darauf hin, daß auch eine andere Regelung der Preise für Gemüse dringend sei. Jetzt sei zwar wieder genügend Gemüse zu haben, aber zu hohem Preise. Das seien mißliche Verhältnisse, es gäbe aber augenblicklich nur die Wahl zwischen Höchstpreisen und Gemüsemangel einerseits und hohen Preisen und Gemüsezufuhr anderseits. Hieran werde vorläufig nichts zu ändern sein. [Wie der Landwirtschaftsminister am Samstag im Haushaltsausschuß mitgeteilt hat, stehen neue Höchstpreise für Gemüse bevor.] Lebhafte Klagen wurden von der Stadt über das Verhalten des Handels erhoben. Zunächst hat die Stadtverwaltung die von ihr beschafften Lebensmittel nur in eigenen Verkaufsstellen an die minderbemittelte Bevölkerung und an Kriegerfrauen abgegeben und infolgedessen auch zahlreiche Angriffe durch den Handel erfahren. Seit mehrern Monaten sind dann verschiedenen Waren, die in genügenden Mengen vorhanden sind, durch den Handel an die Bevölkerung abgegeben. Hierbei hat sich leider gezeigt, daß ein großer Teil der zum Verkauf zugelassenen Geschäfte sehr unzuverlässig ist und trotz der angedrohten Strafen versucht, die von der Stadtverwaltung erlassenen Anordnungen zu umgehen. In Zukunft wird die Verwaltung gegen derartige Geschäfte scharf vorgehen.

Bei allen ihren Maßnahmen hat die städtische Verwaltung, wie sie in dem Bericht erklärt, leider ein Verständnis bei einem großen Teil der Einwohnerschaft vermissen müssen. Die Ansprüche unserer Mitbürger sind wohl infolge der teilweise wesentlich gesteigerten Verdienstmöglichkeiten sehr groß. Dieser Ansicht wurde bei der sich an den Bericht der Stadtverwaltung anschließenden eingehenden Aussprache von allen Seiten der Stadtverordnetenversammlung zugestimmt. Wenn auch selbstverständlich viele Kreise der Bevölkerung unter der Not des Krieges zu leiden haben, so muß doch unbedingt eine größer Vereinfachung der Lebenshaltung eintreten. Diese gilt für sämtliche Schichten und Kreise der Bevölkerung. Die Versammlung sprach sich deshalb dafür aus, daß versucht werden müsse, die Bewohner noch mehr aufzuklären. Vorträge und Versammlungen, wie sie im Anfang des vorigen Jahres veranstaltet worden seien, hätten wenig oder gar keinen Erfolg gehabt. Aufklärung müsse durch die Schule und die Presse eintreten. Ganz besonders sei es Pflicht der Presse, die Bevölkerung über die innern Zusammenhänge auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung aufzuklären und immer wieder auf die Pflicht zur Vereinfachung der Lebenshaltung hinzuweisen.

§ **Neuß**, 24. Jan. Mit der Sammlung der Abfälle für die von den rheinisch-westfälischen Fleischermeistern hier errichtete Knochenverwertungsanlage ist jetzt begonnen worden; es werden vorläufig 8 ℳ für 100 Kilogramm bezahlt. Die gesamte Erzeugung wurde dem Kriegsministerium zur Verfügung gestellt, weshalb im vaterländischen Interesse die Mitglieder der Gesellschaft ersucht werden, nicht nur die in ihren eigenen Betrieben entfallenden, sondern auch die in Gasthöfen, Anstalten und Privathaushaltungen gesammelten Knochen an die Verwertungsanlage abzuliefern. — Der hiesige Oberbürgermeister erläßt eine öffentliche Bekanntmachung, wonach bedauerlicherweise Anzeichen dafür vorliegen, daß vielfach und in erheblichem Umfange Brotgetreide unerlaubterweise verfüttert oder sonst verbotswidrig verbraucht worden ist. Eine solche Handlungsweise sei vaterlandslos und verwerflich; sie verdiene die schärfste Verurteilung und strengste Bestrafung.

Neues Wiener Tagblatt
· 26. II. 1916

Eine interministerielle Besprechung mit den Vertretern der Gemeinde.

Heute findet eine interministerielle Besprechung in dieser Angelegenheit mit den Vertretern der Gemeinde Wien statt. Einen Hauptgegenstand der Erörterung wird auch die Frage der Verkaufspreise bilden. Bekanntlich besteht zwischen den Preisen, zu denen die Kommune Wien das Mehl abgibt, und zwischen jenen der Konsumvereine eine kleine Differenz, doch dürfte selbst für den Fall, daß die Kommune den Konsumvereinen und Brotfabriken einstweilen aus ihren Mehlvorräten die notwendigen Quanten zur Verfügung stellt, keine Verteuerung Platz greifen.

* * *

Neues Wiener Tagblatt
26. I. 1916

* **(Ein neues Kriegskochbuch.)** „Unsere Kriegskost", 290 neue Kriegskochrezepte von Gisela Urban. Seitens des k. k. Ministeriums des Innern vom Standpunkte der allgemeinen Approvisionierungsinteressen geprüft und genehmigt. — Gerade zur rechten Zeit, da die neue Brot- und Mehlverordnung wieder eine Aenderung der Kochmethoden erzwingt, erscheint ein neues Kriegskochbuch unter dem Titel „Unsere Kriegskost", das 290 neue Rezepte verschiedenster Art enthält. Sämtliche Rezepte sind den kriegswirtschaftlichen Forderungen, der Marktlage und den gesetzlichen Bestimmungen angepaßt und wurden von der Verfasserin, Frau Gisela Urban, sorgfältig zusammengestellt und erprobt. Das Ministerium des Innern hat das neue Kochbuch einer Prüfung hinsichtlich der allgemeinen Approvisionierungsinteressen unterzogen und es im vollen Umfange genehmigt. Da die im vorigen Jahre erschienenen Kriegskochbücher durch die Veränderungen in unserm Wirtschaftsleben längst überholt worden sind, dürfte das neue Buch, das durch seinen Reichtum an Rezepten alle bisher erschienenen Bücher dieser Art übertrifft, das lebhafteste Interesse der Hausfrauen erwecken. Die sehr sorgsam für 6 Personen berechneten Rezepte sind ungemein praktisch in verschiedene Abschnitte eingeteilt, die das Buch außerordentlich übersichtlich machen. Die Verfasserin hat das Buch wieder der offiziellen Kriegsfürsorge gewidmet. Es ist in sehr geschmackvoller Ausstattung zum Preise K. 1.60 im Kriegshilfsbureau des k. k. Ministeriums des Innern, 1. Bezirk, Hoher Markt Nr. 5, ferner in allen offiziellen Verschleißstellen des Kriegshilfsbureaus und in allen Buchhandlungen erhältlich. Sowohl im Interesse der Hausfrauen, die sich durch Verwendung dieses Buches die Wirtschaftsführung sehr erleichtern können, wie auch im Interesse der Kriegsfürsorge ist dem Buche die weiteste Verbreitung zu wünschen.

Kölnische Zeitung 26./I. 1916.

Die Ernährungsfragen im Hauptausschuß.

♀ **Berlin**, 25. Jan. (Telegr.)

Nachdem dem Haushaltsausschuß des Abgeordnetenhauses die Unterlagen über den Zusammenschluß des Viehhandels zugegangen waren, wurde die Beratung fortgesetzt. Der Landwirtschaftsminister wies darauf hin, daß es nicht die Absicht sei, in die Abwicklung des Viehverkehrs störend einzugreifen. Es sei keineswegs eine plötzliche Umwälzung der bestehenden Verhältnisse geplant, das Vorgehen werde vielmehr Schritt für Schritt erfolgen. Der Viehhandel solle durch den Zusammenschluß in provinzialen Verbänden nicht ausgeschaltet werden, eine Beschränkung sei nur für solche Aufkäufer beabsichtigt, die früher nicht gewerbsmäßig Viehhandel betrieben hätten. Hierbei würden allerdings auch die Konserven- und Wurstfabriken mitbetroffen werden, was aber deshalb erforderlich sei, weil durch die Aufkäufe dieser Fabriken in den letzten Wochen das frische Fleisch in übermäßiger Weise dem Verkehr entzogen worden sei. Daß die Verbände für ihre Rechnung selbst Handel treiben, sei zunächst nicht beabsichtigt, wenn auch als eine Aufgabe der Zukunft bezeichnet werden müsse, feste Lieferungsverträge mit Konsumentenvereinigungen abzuschließen. Dem Wunsche, auch Vertreter der Konsumenten an den Aufgaben der Verbände zu beteiligen, sei durch die Zusammensetzung des Beirats Rechnung getragen. Weiter zu gehen dürfte schon mit Rücksicht darauf nicht möglich sein, daß das Vieh meist in andern Verbandsbezirken verzehrt werde, als in denen es aufgekauft werde. Dagegen werde es möglich sein, wo Kommunen die Absicht hätten, Vieh unmittelbar beim Landwirt zu kaufen, ihnen hierzu auch weiter Gelegenheit zu geben. Es werde sich voraussichtlich als notwendig erweisen, daß die Verbände für die einzelnen kleinern Bezirke des Verbandes Höchstpreise ab Stall festsetzen, um die Preisbildung zu beeinflussen. Soweit vom Reiche Höchstpreise festgesetzt seien, könnten sie natürlich durch die Verbände nicht geändert werden, es müsse aber als wesentlicher Vorzug örtlicher, nicht starrer Höchstpreise gegenüber vom Reiche festgesetzten Höchstpreisen bezeichnet werden, daß sie den Produktionsverhältnissen besser Rechnung tragen und doch so gestaffelt werden könnten, daß dem Konsumenten die Ware zu angemessenen Preisen auch wirklich geliefert werde. Da die Verwaltung der Verbände unter staatlicher Aufsicht stehe, dürfte damit gerechnet werden, daß sie nur außerordentlich vorsichtig vorgehen würden. Der Verkauf von Landwirt zu Landwirt werde durch die Neuordnung überhaupt nicht getroffen, auch würden sich die Maßnahmen der Verbände nur auf Schlachtvieh erstrecken, während der Handel mit Zucht- und Nutzvieh von unnötigen Beschränkungen freigelassen werden würde. Sowohl von dem Berichterstatter wie aus der Mitte der Kommission heraus wurden ernste Bedenken gegen die getroffene Anordnung nach manchen Richtungen erhoben, während anderseits dem Grundgedanken der Verordnung mit Nachdruck das Wort geredet wurde. Weiter wurde im Ausschuß der Wildschaden behandelt. Hierzu lag folgender Antrag vor: Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: die königliche Staatsregierung zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß Anordnungen getroffen werden, welche es ermöglichen, auf Eigenjagdbezirken zwangsweisen Abschuß herbeizuführen, wenn dort ein erheblicher Schaden durch Hochwild herbeigeführt wird. Nachdem der Antrag begründet war, erklärte der Landwirtschaftsminister, er sei gern bereit, durch eine allgemeine Rundfrage feststellen zu lassen, ob ein Bedürfnis zu Maßnahmen zur Herabminderung des Wildschadens auf Eigenjagdbezirken vorhanden sei. Auf Anfrage aus der Kommission, welche Maßnahmen in Anlaß des Beschlusses des Abgeordnetenhauses vom Juni v. J. über die Verhütung von Wildschaden getroffen seien, legte der Minister Zahlen über den Abschuß von Hochwild vor und betonte, daß die Provinzialbehörden angewiesen seien, in geeigneten Fällen auch von den §§ 62 und 63 der Jagdordnung Gebrauch zu machen. Darauf ging der Ausschuß zur Beratung über die Kartoffelfrage über, die morgen fortgesetzt wird.

Die Zeit
29. I. 1916

Die Teuerung in Paris.

Der Winkelmarkt bei den großen Hallen.

Aehnlich wie wir, die wir allerdings von der überseeischen Zufuhr vollständig abgeschnitten sind, haben auch die Pariser unter einer unerhörten Steigerung aller Lebensmittelpreise zu leiden. Und es ist bemerkenswert, daß sich dort der Vorgang der Teuerung in der gleichen Weise vollzieht wie bei uns. Im vergangenen Sommer, nach einer zehnmonatigen Kriegsdauer, waren die Preise in Paris wohl schon bedeutend höher als zu normalen Zeiten, die Provinz jedoch war im allgemeinen noch ziemlich verschont. Heute ist auch dies anders geworden, und die Preise haben in ganz Frankreich eine erschreckende Höhe erreicht. Seit dem letzten Sommer sind die Preise für sämtliche Lebensmittel im Durchschnitt um 10 Prozent gestiegen. Dabei rechnet man, wie der Temps in einem langen Artikel darlegt, mit einer weiteren Erschwerung der Lebensführung. Die Approvisionierungsverhältnisse in Paris werden immer ungünstiger, da die Zufuhr in einzelnen Artikeln stark zurückgegangen ist und teilweise vollständig aufgehört hat. Alle Maßnahmen, hierin Wandel zu schaffen, schlagen fehl, da die Frage der Versorgung mit Lebensmitteln eine äußerst komplizierte ist und jeder Versuch, Reformen einzuführen, auf tausend Schwierigkeiten stößt. Tatsächlich zeigt sich die Regierung in dieser Beziehung ohnmächtig und alle ihre Verordnungen und Erlässe haben wenig Brauchbares gezeitigt.

Trotz des milden französischen Klimas, der Fruchtbarkeit des Bodens und der Freiheit der Meere wird das Leben in Paris von Tag zu Tag kostspieliger, ohne daß der Krieg und die durch ihn geschaffenen Verhältnisse einen ausreichenden und berechtigten Grund hierzu liefern würden. Ein Mitarbeiter eines Pariser Blattes schildert seinen Besuch in den berühmten Hallen, dem größten und bedeutendsten Markte in Paris, und findet in dem überflüssigen Zwischenhandel, der sich dort breitmacht, eine teilweise Erklärung für die unerträgliche Verteuerung der Lebensmittel. Daß die Hallen in der Pariser Approvisionierung die größte Rolle spielen, geht aus folgenden Zahlen hervor: In Prozenten ausgedrückt, werden vom Pariser Konsum in den Hallen verkauft: Fleisch 30 Prozent, Eier 40, Butter 50, Magerkäse 18, Fettkäse 80, Geflügel 75, Fische 80 und Gemüse 30 bis 50 Prozent.

Es ist selbstverständlich, daß ein Markt von solcher Ausdehnung und Wichtigkeit auf die Preisbildung den denkbar größten Einfluß ausübt. Die von der Behörde festgesetzten Höchstpreise, die auf dem sogenannten offiziellen Markt der Hallen in Geltung stehen, werden durch den Winkelmarkt, der sich an die Hallen anschließt, illusorisch gemacht. Hier ist die Zone der Höker, die keine Handelsbefugnis haben und an Ort und Stelle Zwischenhandel betreiben. Daß sie aus diesem mühelosen Gewerbe stattlichen Gewinn ziehen, für den die Verbraucher aufkommen müssen, liegt auf der Hand.

Ein weiterer Uebelstand, der namentlich an der Verteuerung des Fleisches schuld trägt, besteht in der Gepflogenheit, das Fleisch zweimal auf den Markt zu bringen. Eine ganze Reihe von Fleischhauern hat sich auf die lukrative Industrie geworfen, in den Hallen das Fleisch in großen Stücken zu kaufen und, in einzelne Filets und Rumpsteaks zerteilt, wieder auf den Markt zu bringen. Eine derart behandelte Ware, von der so und so viele Parasiten Profit ziehen wollen, ist natürlich durch ihren hohen Verkaufspreis auf die übrige Marktlage rückwirkend.

* [Tulpen und Lilien als Nahrungsmittel] Die Engländer werden, so scheint es, in der nächsten Zeit Tulpenzwiebeln essen, das heißt, falls sie der Anregung der Times folgen, die es beklagt, daß die Ziergärtner in Holland infolge des Krieges für ihre Tulpen kein Absatzgebiet finden, und daher rät, diesen Ueberfluß für menschliche Nahrungszwecke dienstbar zu machen. Der Rat des Londoner Blattes ist allerdings weniger phantastisch, als man glauben mag, denn die Tulpenknollen sind eßbar und wurden, seit die Tulpen vor beinahe 400 Jahren von Konstantinopel nach Westeuropa gebracht wurden, als eßbar betrachtet. Im Jahre 1575 röstete ein Kaufmann aus Antwerpen, der eine Sendung Tulpen zugeschickt bekam, einige dieser Knollen, in der Meinung, daß es eine kleine Zwiebelgattung wäre. Der Paläontolog Parkinson empfahl im Jahre 1629 in der Zeitschrift Paradisus, die Tulpenknollen zu kochen und mit Essig und Pfeffer schmackhaft zu machen. Um dieselbe Zeit schickte der Botaniker Clusius Knollen der Tulpen an eine Wiener Apotheke zur Verzuckerung. Die Tatsache, daß die Tulpen als Blumen so hoch im Preise stehen, hat ihrer Verwendung als Gemüse entgegengewirkt, ein Umstand, der für andere Knollenpflanzen wegfällt. Viele Jahre vor der Erschließung japanischer Vertragshäfen für den auswärtigen Handel wurden in Japan viele einheimische Lilien für den Kochtopf gepflanzt. Während für westliche Anschauung die Idee allein, die Zwiebel der Lilium auratum oder der Tigerlilie zu essen, beinahe einem Frevel gleichkommt, sind diese Lilien in Japan allgemein verbreitete Nahrungsmittel. Die Tigerlilie, auf Japanisch Nyori-Yuri, heißt wörtlich „Kochlilie". Auf der Insel Jeso bestreitet der Ureinwohner Aino seine Pflanzenkost hauptsächlich aus der Zwiebel der Lilium giganteum, und in vielen Teilen Chinas werden gewisse Lilienarten nur für Ernährungszwecke gezogen; es gibt nur wenige Häuser in Jünnan und Szetschuan, die keine Lilienanpflanzungen haben, und zur Sicherung einer frühen Ernte ziehen die Landleute die Lilien im Strohdach ihrer Hütten, wo die Zwiebeln rasch zur Reife kommen. Stärke ist der hervorragendste Nahrungsstoff in den Lilienzwiebeln, aber auch Traubenzucker und Gummi sind in nicht geringem Prozentsatz vorhanden. Die Knollen werden gewöhnlich zerstoßen, zur Brühe gekocht und mit Zucker gegessen oder in einer Sauce mit der Sojabohne, einem beliebten Volksnahrungsmittel, bereitet. Die gewöhnliche westeuropäische Lilie kommt in der Speisekarte von Millionen Menschen zwischen China und Peru vor. Endlos ist die Zahl der eßbaren krautartigen blühenden Gewächse; beinahe alle haben eine fleischige Wurzel, und die Wurzel einer zweijährigen Primelart wird oft von den Franzosen zur Salatgarnierung verwendet. Wurzeln und Blätter der Rapunzel werden in vielen Teilen Frankreichs tagtäglich gegessen. Der französische Küchenchef kann auch die zierliche Knollwicke Apios tuberosa oder Süßbohne zu einem schmackhaften Gericht verwenden. In Peru wird die Wurzel des Sauerklees und in Bolivia die Kressenwurzel vielfach gegessen.

Fremdenblatt
29. I. 1916

Staatsgelder für Lebensmittelbeschaffung.

In Deutschland hat man sich jetzt für die Gewährung eines staatlichen Beitrages für die Kartoffelbeschaffung entschieden. Die Reichskartoffelstelle ist ermächtigt worden, den bisherigen Höchstpreis bis zum 15. März d. J. beim Einkauf zu überschreiten, wobei aber der Verkaufspreis unberührt bleibt. Hieraus ergibt sich für die Reichskartoffelstelle selbstverständlich eine Differenz, die der Deckung bedarf. Diese Deckung wird nun von einer anderen Stelle aus erfolgen, und zwar zur einen Hälfte vom Reich, zur anderen Hälfte in Preußen vom Staate.

Der Weg, den man damit jetzt hinsichtlich der Kartoffelbeschaffung in Deutschland betritt, ist, was immerhin Erwähnung beanspruchen kann, ganz derselbe, den man vor kurzem in Oesterreich im Bereiche der Mehl-Versorgung betreten hat, für die der Staat bekanntlich einen Beitrag an die Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt leistet, um diese von der Notwendigkeit der Erhöhung des Mehlpreises zu entheben. Eine Abweichung besteht hiebei allerdings in dem Maße, wie sie durch die Provenienz-Verschiedenheit herbeigeführt wird. Die Kartoffellieferung vollzieht sich in Deutschland aus dem Inland, während die Getreideversorgung Oesterreichs nicht bloß im Inlande, sondern auch von Ungarn und dem Auslande, so Rumänien, vollzogen wird. In Deutschland ist der Staatszuschuß also durch die Mehransprüche der Inlandsproduzenten veranlaßt worden, während er in Oesterreich wenigstens teilweise auch auf den auswärtigen Preisen beruht.

Fremdenblatt
29./I. 1916

Die Approvisionierung Wiens.

Aus der Handelspolitischen Kommission.

Die Handelspolitische Kommission befaßte sich vorgestern unter dem Vorsitze des Vizebürgermeisters Hoß mit der Frage der hohen Preise der ausländischen Zahlungsmittel und der dadurch hervorgerufenen Verteuerung der aus dem Auslande bezogenen Approvisionierungsartikel. Der Sekretär der Kommission Dr. Becker erstattete ein ausführliches Referat über diesen Gegenstand, in dem er die Gründe der Steigerung der Devisen- und Valutapreise auf das gegenwärtig zu ganz besonderer Höhe angewachsene Passivum unserer Handelsbilanz gegenüber dem befreundeten und neutralen Auslande sowie auf die Erscheinungen der Zahlungsbilanz zurückführte. Der Referent erörterte dann die Wirkungen des Disagios auf die Preise jener Lebensmittel und unentbehrlichen Bedarfsartikel, bei deren Bezug das Inland auf das Ausland angewiesen ist. Er besprach die Mittel, durch welche eine Vergrößerung des Disagios aufgehalten und eine Stabilisierung der Valutenpreise herbeigeführt werden kann. Durch eine vereinigte Anwendung der vorgeschlagenen Maßnahmen, die auf einem tatkräftigen Zusammenwirken aller Kräfte beruhen, würde es auch während des Krieges gelingen, eine Besserung der Valutapreise im Interesse der Approvisionierung des Inlandes herbeizuführen.

Gemeinderat Dr. Klotzberg tritt für ein Verbot der Einfuhr sämtlicher Luxusartikel ein. Ueber das neutrale Ausland werden viele in Frankreich erzeugte Artikel, insbesondere Pariser Modelle, eingeführt. Der Verzicht auf diese Einfuhr, für die kein notwendiges Bedürfnis besteht, ist gegenwärtig ein soziales und wirtschaftliches Gebot, da die Wareneinfuhr nicht mit der Warenausfuhr bezahlt werden kann und jeder Kauf im Auslande unseren Geldwert herabdrückt.

Fremdenblatt
29. II. 1916

Hauswirtschaftskurse der städtischen Gaswerke.

In der Lehrküche der Gaswerke, 8. Bezirk, Josefstädterstraße Nr. 10, finden jeden Mittwoch und Freitag Anschauungsvorträge hauswirtschaftlichen Inhalts statt, und zwar über: Seefische und deren Zubereitung; Herstellung verschiedener Suppen, Gemüse und Mehlspeisen unter Rücksichtnahme auf die jetzigen Marktverhältnisse; Unterweisung in der sparsamen Verwendung des Gases zum Kochen, Braten und Backen und: Praktische Vorführung der Kochkiste. Beginn der Vorträge um 4 Uhr nachmittags. Eintritt und Kleiderablage frei.

Pester Lloyd
29./I. 1916

Die Approvisionierung der Hauptstadt.

Sitzung der Zehner-Kommission.

Budapest, 28. Januar.

Die Zehner-Kommission für Volksverpflegung hat sich auch heute mit der von der Regierung gewünschten Maximalisierung des Schweinefleisches beschäftigt und wieder wurden gegen die Feststellung der Höchstpreise für Schweinefleisch Bedenken erhoben. Ein konkreter Beschluß wurde wohl nicht gefaßt, doch hielt es die Kommission für nötig, nachdrücklich zu betonen, daß sie für diese Maßregel jede Verantwortung ablehne.

Mit Freude nahm die Kommission die Mitteilung des Magistratsrates Ludwig v. Folkusházy zur Kenntnis, daß das Brotkartensystem dank der Disziplinertheit des Publikums glatt und ohne Störungen funktioniert.

Die Frage der Erhöhung der Milchpreise wurde in geschlossener Sitzung besprochen.

Die öffentliche Sitzung, die stellvertretender Bürgermeister Dr. Theodor Bódy leitete, nahm folgenden Verlauf:

Das Brotkartensystem.

Magistratsrat Ludwig v. Folkusházy berichtete zunächst über die neuere Regelung des Brotkartensystems. Er teilte mit, daß die Gasthäuser dem Vernehmen nach mit den Höchstpreisen des in den Speiselokalen servierten Brotes unzufrieden seien und daß sie angeblich beschlossen hätten, die Preise der einzelnen Speisen um 10 Heller zu erhöhen, dafür aber den Gästen das Brot gratis zu geben. Die Absicht, die Preise der Speisen zu erhöhen, bezeichnete der Magistratsrat als unberechtigt und erklärte, daß in diesem Falle die Behörde unbedingt einschreiten würde.

Friedrich Glück, als Präsident der Gewerbegenossenschaft der Gastwirte, bestritt, daß die Gastwirte einen derartigen Beschluß gefaßt hätten.

Der Magistratsrat teilte sodann mit, daß demnächst auch die Preise geregelt werden, die die Bäcker für das Ausbacken von Hausbrotteig fordern dürfen. Mit Befriedigung konstatierte der Magistratsrat, daß sich das Kartensystem sehr gut bewährt und daß das Budapester Publikum sich im allgemeinen mit anerkennenswerter Disziplinertheit den Bestimmungen der Behörde füge. Zum großen Teile sei dies der Presse zu verdanken. (Allgemeiner Beifall.)

Zum Schlusse gedachte der Magistratsrat mit Anerkennung des Personals des Mehlamtes, das unter der Leitung des Direktors des Kommunalstatistischen Amtes Dr. Gustav Thirring eine geradezu übermenschliche Arbeit geleistet hat. Die mit dem neuen Brotkartensystem verbundenen Arbeiten haben 170 Personen in 3000 Arbeitsstunden bewältigt.

Die Höchstpreise für Schweinefleisch.

Sodann sprach der Magistratsrat über die Maximalisierung der Schweinefleischpreise. Die Maximalisierung soll bekanntlich auf Wunsch der Regierung erfolgen. Die festgestellten Höchstpreise werden demnächst in einer Kundmachung veröffentlicht.

Dr. Franz Springer meint, die Maximalisierung werde den Konsum in Budapest nicht günstig beeinflussen. Er wirft die Frage auf, ob es nicht ratsam wäre, die Lösung der Frage mit Rücksicht darauf, daß in Oesterreich die Preise nicht maximalisiert sind, noch für eine Zeit zu verschieben. Redner erwähnt, daß die Großschlächter bedeutende Vorräte an Speck aufgestapelt haben; die Hauptstadt möge die Regierung ersuchen, dafür zu sorgen, daß diese Vorräte verwertet werden.

Ministerial-Sektionsrat Julius v. Kißely bemerkte, das Ministerium des Innern habe bereits Kenntnis von den vorhandenen großen Speckvorräten.

Die Beweggründe, durch die einzelne zur Anhäufung von Vorräten veranlaßt wurden, seien noch nicht ermittelt. Die Erhebungen hierüber seien bereits im Gange. Das Ministerium beschäftigte sich mit der Frage und werde das Nötige veranlassen, damit die Speckvorräte dem Konsum zugeführt werden.

Dr. Samuel Glücksthal ist auch heute nicht in der Lage, die Unterbreitung der Sektion anzunehmen. Er beantragt, auszusprechen, daß die Kommission gezwungen sei, sich dem Willen der Regierung zu fügen, daß sie aber keinerlei Verantwortung übernehme.

Nach einigen beruhigenden Worten des Sektionsrats Julius v. Kißely sprach die Kommission im Sinne des Antrages Dr. Glücksthals aus, daß sie die erwähnte Maßregel nicht billige, dem Willen der Regierung jedoch sich nicht widersetze, sondern sich darauf beschränke, jede Verantwortung von sich abzuwälzen.

Die Zuckerfrage.

Magistratsrat v. Folkusházy erstattete hierauf Bericht über die Zuckerfrage. Auf Grund einer kompetenten Ortes eingeholten Information teilte er mit, daß der Zuckerbedarf nicht ausschließlich mit raffinierten Zuckersorten gedeckt werden könne. Heuer wurde weniger produziert, der Konsum aber sei gestiegen. Aus diesem Grunde werde auch Kristallzucker in Handel gebracht werden müssen, doch werde die hauptstädtische Behörde dafür sorgen, daß dem Budapester Publikum die gewohnten Zuckersorten zur Verfügung stehen.

Die Kommission nahm dies zur Kenntnis.

Die Beratung wurde sodann in geschlossener Sitzung fortgesetzt.

Tägliche Rundschau
29. I. 1916

Schafft Kriegs-Nahrungsämter!

Bereits kürzlich brachten wir die Zuschrift eines Lesers von der Westfront über die Notwendigkeit der Schaffung von Kriegsnahrungsämtern. Dazu wird uns weiter auf Grund genauer Kenntnis der einschlägigen Verhältnisse geschrieben: Bei der jetzigen zentralisierenden Organisation der Preisprüfungsstellen ist eine gedeihliche Arbeit gegenüber dem Wucher in der Konservenindustrie gänzlich unmöglich. Wir müssen also zu einer Dezentralisierung der Preisüberwachung schreiten durch die Schaffung von Kriegsnahrungsämtern, die einfach an die schon bestehenden Nahrungsuntersuchungsämter angeschlossen werden müssen. Wie ungeheuerlich meist die Verdienste der Fabrikanten sind, beweist zum Beispiel schlagend die Untersuchung eines „Oelersatzes", der in lothringischen Zeitungen stark angepriesen wird. Das Präparat besteht nach einer **amtlichen** Untersuchung aus einer schwach gelblich gefärbten Flüssigkeit von schleimiger Beschaffenheit. Der Geschmack erinnert an den einer dünnen Bouillon. Die Untersuchung ergab: **98,8 v. H. Wasser, 1,2 v. H. Extrakt und 0,45 v. H. Asche und völlige Freiheit von Fett.** Das Präparat **wird zu einem Preise von 1,20 M. das Liter** verkauft. Tiefbedauerlich waren die Ergebnisse der Untersuchung von gewissen Eierersatzpräparaten, Fruchtsäften usw. Hier muß sofort Wandel geschaffen werden. Der Haushaltungsausschuß des Abgeordnetenhauses muß sich sofort dieser Frage bemächtigen.

Vossische Zeitung
30./I. 1916.

Nahrungsmittelchemie im Kriege.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

Düsseldorf, 29. Januar.

Der preußische Verband beamteter Nahrungsmittel-Chemiker hielt heute hier in Düsseldorf eine Sitzung ab. Während sonst in der Kriegszeit die Versammlungstätigkeit eingeschränkt ist, ist gerade bei der Nahrungsmittel-Chemie eine erhöhte Tätigkeit erforderlich, einmal gibt es gute und schlechte Ersatzstoffe, zum anderen stellen die Neuerungen auch wieder erhöhte Anforderungen an die Untersuchungsmethoden.

Die Sitzung unter Vorsitz von Dr. Grosse-Bohle-Köln beschäftigte sich zunächst mit den Maßnahmen zur Aufrechterhaltung des Betriebes der Nahrungsmitteluntersuchungs-Aemter, denn es ist selbstverständlich, daß sie trotz der vielen eingezogenen beamteten Chemiker den erhöhten Ansprüchen genügen müssen und werden. Die Bundesratsverordnung über Kuchen bedarf der Ergänzungen, und es sollen daher die Begriffe „Kuchen" und „Torten" durch die örtlichen Polizeibehörden festgelegt werden. In neuester Zeit kommen vielfach mit Borsäure konservierte Eierkonserven aus dem Auslande in den Verkehr. Da nach dem Gutachten der obersten Medizinalbehörde Borsäure gesundheitsschädlich ist, so müssen solche Eierkonserven grundsätzlich abgelehnt werden. Auflösungen von kondensierter Milch können selbstverständlich nicht als Vollmilch angesehen werden und müssen unter entsprechenden Bezeichnungen verkauft werden, auch sollen sie annähernd der Vollmilch im Nährwert entsprechen.

Durch Ausfällen von Eiweiß aus Blut läßt sich ein wertvolles Nahrungsmittel gewinnen und zwar läßt sich das ausgefällte Bluteiweiß mit Vorteil zu Würsten verwenden. Ein Kilogramm, das auf etwa 35 Pfennig kommt, entspricht einem Wurstwert von 1,80 Mark. Diese Anwendung ist auch insofern zweckmäßiger als die Verwendung des Blutes zu Brot, da auf diese Art tatsächlich eine Vermehrung der Nahrungsmittel eintritt. Die Untersuchung von Brot auf den vorgeschriebenen Kartoffelgehalt läßt sich heute durch Methoden ausführen, die in der Kriegszeit entstanden sind. Ebenso ist die Prüfung auf Schalen im Kakao durchgeführt, und seitdem an der Grenze ausländischer Kakao auf Schalen untersucht wird, haben die Verfälschungen, die zu Beginn der Kriegszeit sehr überhand genommen hatten, abgenommen.

Schließlich fanden noch eine Reihe von Mißständen Erwähnung, so die Butterstreckung und die Fälschung der Seife. Gerade hier ist eine eigene Industrie entstanden, die „billige Seife" mit einem Fettsäuregehalt von 3—10 pCt. statt 40 pCt. für den sechsfachen Preis verkauft.

Fremdenblatt
30./I. 1916

Etwas für die Hausfrau.

Ueber Fischnahrung. — Rezepte. — Beantwortung der an uns gestellten Fragen.

Es ist gewiß nicht dankbar, über Fischnahrung im allgemeinen und über Seefischgenuß im besonderen zu sprechen, wenn der Preis von Schellfisch oder Kabljau 2 Kronen 80 Heller beträgt. Da wir aber unserem Körper die notwendige Eiweißmenge zuführen müssen, durch die enormen Fleischpreise der Fleischgenuß aber eingeschränkt werden muß, ist die Fischnahrung der einzige vollwertige Ersatz. Denn 1 Kilogramm Fischfleisch enthält ebenso viel Eiweiß wie 1 Kilogramm Rind-, Kalb- oder Schweinefleisch, ungefähr 20 Prozent, kostet aber trotz der durch die Ungunst der Verhältnisse bedingten hohen Preise doch nur die Hälfte. Der Einwand, daß Fischfleisch nicht so sättigt wie andere Fleischarten, trifft nur insoferne zu, als dasselbe leichter verdaulich ist. Es muß daher das Fischfleisch, wie andere Fleischarten, mit Gemüsen und Mehlspeisen als Gerichte zubereitet werden, welche nebst dem Nährwert auch genügend sättigen, wie es in Deutschland üblich ist. Die als Salzfische in den Handel gebrachten Seefische geben bei entsprechender Behandlung wohlschmeckende und verhältnismäßig billige Mahlzeiten.

Seefisch mit Dillensauce und Knödel oder Kartoffel.

In einem Absud von Wurzelwerk wird der hergerichtete gesalzene Fisch 20 Minuten ziehen gelassen, mit oder ohne Fett geröstetes Mehl wird mit dem Fischsud aufgegossen, das feingehackte Dillenkraut und etwas Essig dazugegeben. In die abgeschmeckte Sauce wird der Fisch nun hineingelegt und mit Salzkartoffel oder Knödel angerichtet.

Paprikafisch mit Sauerkraut.

Feingehackte Zwiebel werden mit Paprika gelb geröstet, etwas gestaubt und mit Wasser aufgegossen, großwürflig geschnittene Kartoffeln hineingegeben und dünsten gelassen, bis die Kartoffeln weich sind. In dieses Erdäpfelgulyas, dem etwas Kümmel zugesetzt wird, legt man die hergerichteten, gesalzenen Fischstücke, läßt das Ganze nur aufkochen und dann eine halbe Stunde über den Wasserdunst ziehen oder stellt es in die Kochkiste. Diesem Fischgulyas wird Sauerkraut beigegeben.

Fischsalat.

Kalte Fischreste zerteilt man in kleine Stückchen, vermengt dieselben mit blätterig geschnittenen Karoffeln oder Kipflern und übergießt sie mit Sparmayonnaise, der man durch Kräuter, Senf und Gewürz den gewünschten Geschmack gibt. Es empfiehlt sich, den Fischsalat einige Stunden vor dem Genusse anzumachen und vor dem Anrichten mit Salat oder kleinen Gurken und roten Rüben zu garnieren. Bei billigen Eierpreisen kann man hartgekochte Eier geviertelt beilegen.

N. Schw., Roßs.

Fremdenblatt
30./I. 1916

Kriegskommission für Konsumenteninteressen.

Diese Kommission befaßte sich in ihrer letztwöchentlichen Sitzung zunächst mit der Frage der rechtzeitigen Beschaffung genügender Mengen von Gemüsesamen für den bevorstehenden Anbau, und es wurden verhältnismäßig günstige Berichte über die Versorgung von Samen im Inlande und aus dem Auslande erstattet.

Hierauf gelangte neuerdings die Zuckerversorgung zur Besprechung. Es bestehe die Gefahr, daß zu gegebener Zeit eine Erhöhung der Zuckerpreise eintritt. Gegen diese Möglichkeit der Verteuerung eines der wenigen im Inlande in genügenden Mengen vorhandenen wichtigen Genuß- und Nahrungsmittel beschloß die Kommission, mit dem größten Nachdrucke aufzutreten; es wurde vorgeschlagen, eine fachmännisch begründete Eingabe an die Regierung zu richten, um für die Kriegszeit die Aufhebung des Saccharinverbotes zu verlangen.

Fremdenblatt
30./I. 1916

Budapester Lebensmittelmarkt.

(Original-Bericht des „Fremden-Blatt".)

Budapest, 26. Jänner.

In den Mühlen sind die Schlußrechnungen schon fertiggestellt, das Geschäftsjahr war sehr günstig. Die Josef-Dampfmühle in Kecskemet weist bei einem Stammkapital von 200.000 Kronen einen Reingewinn von 88.627 Kronen auf. Verzinsung 44 Prozent. Die Erste Neubesenyöer Walzmühle weist im Jahre 1915 bei einem Stammkapital von 50.000 Kronen einen Reingewinn von 35.000 Kronen aus, hat aber außerdem 14.000 Kronen zu Abschreibungen verwendet. Die Somorjaer Dampfmühle hat 80.000 Kronen Stammkapital, 35.309 Kronen Reingewinn, Verzinsung 43,8 Prozent. Und dies sind bloß kleine Mühlen!

In eingeweihten Kreisen will man wissen, daß die Regierung demnächst eine im Sommer erlassene Verordnung zurückziehen wird, mit der gewissen Fabriken, wie Ersatzkaffee-, Weizenstärke-, Reisstärke-, Zwieback-, Tarhonya- und Mehlspeise-Fabriken, Weizen, Roggen und Mehl überlassen wurde. Diese Verfügung richtet sich hauptsächlich gegen den Verkauf von Tarhonya nach Oesterreich, da hiedurch das für Oesterreich bewilligte Ausfuhrkontingent illusorisch gemacht würde. Die erwähnten Betriebe werden von nun an weder direkt, noch indirekt von der Kriegsprodukten-A.-G. Getreide oder Mehl kaufen können. Der Hauptgesichtspunkt der Regierung geht dahin, in erster Reihe die Bedürfnisse der eigenen Bevölkerung zu decken. Auch die Hauptstadt ist nun bestrebt, auf Grund der letzten Erfahrungen, den Mehlverbrauch auf rationellere Weise als bisher zu regeln. Auch die Verrechnung auf Grund der Brot- und Mehlkarten wird strenger vorgenommen als früher.

In Futterartikeln konnte man eine Besserung des Verkehres konstatieren. Von Kleie stehen schon größere Quantitäten zur Verfügung. Auch für Kleieabfälle zeigt sich ein regetes Interesse. Gesucht wird für Futterzwecke Maisstrunk. Für Maisstrunk werden per Meterzentner auch schon 10 Kronen verlangt. Für Mehl aus diesem Artikel fordert man per Meterzentner 25 bis 30 Kronen. Auch von Oesterreich zeigt sich für diesen Artikel großes Interesse, von einer Ausfuhr kann aber keine Rede sein, da die in Kraft stehenden Verordnungen die Ausfuhr aller Arten von landwirtschaftlichen Produkten verbieten.

Die Getreidezufuhr zeigte in der vergangenen Woche einen bedeutenden Rückfall, die Abfuhr nahm zu.

Da die Ausfuhr und Einfuhr geregelt war, suchten Schmuggler die bestehenden Gesetze zu umgehen. Eine der letzten Verordnungen verbietet bekanntlich die Einfuhr von Orangen. Einigen Kaufleuten wurden nun auch schon 70 Waggons ausbezahlte und nach Budapest dirigierte Orangen aufgehalten und nicht weiterbefördert.

Da auch eine strenge Kontrolle des Schmuggels von Mehl, Bohnen und Hafer nach Wien angeordnet wurde, finden in den Grenzorten, hauptsächlich in Bruck a. d. Leitha, oft Stichproben statt. Es gelang auch schon, größere Mengen von Mehl und Bohnen in Beschlag zu nehmen.

Vom Lebensmittelmarkt ist nicht viel Neues zu melden. Die meisten Kaufleute schieben die Schuld der teueren Preise dem Wiener Bedarf zu. Daß Wien unseren Eiermarkt beherrscht und — nach Ansicht der ungarischen Fachkreise — dem Budapester Markt die Preise diktiert, ist auch schon in Wien geäußert worden. Wie „Uj Hirek" zu berichten weiß, senden die ungarischen Produzenten in der Provinz ihre Ware nicht mehr nach Budapest, wo Höchstpreise festgesetzt sind, sondern ausschließlich nach Wien, wo die höchsten Preise willig bezahlt werden. Die Budapester Markthallendirection erhöhte vor zwei Tagen die Höchstpreise auf 5.30 Kronen, die zu Beginn der Woche noch zwischen 4.60 und 5.— Kronen variierten, um auf diese Weise eine Zufuhr zu sichern, doch blieb alles vergebens!

Vossische Zeitung
31./I. 1916.

Die Landgemeinden über Lebensmittelfragen. Der Verband der größeren Preußischen Landgemeinden hielt unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Buhrow, Berlin-Steglitz, seine erste Vorstandssitzung in diesem Jahre in Bremen ab. Der Geschäftsführer Dr. Schmude berichtete zunächst über die dem Minister des Innern auf Anfordern erstatteten Gutachten über den Entwurf einer Filialsteuerordnung sowie über die Fragen der Mietsnachlässe bei Mietsunterstützungen und eines Grundsteuernachlasses bei Ertragsausfällen. Unter den anderen Punkten der Tagesordnung nahm den breitesten Raum die Behandlung der Lebensmittelfragen ein. Der Vorstand sprach sich einmütig gegen die Einführung von Butter- und Fettkarten aus, schon weil diese nicht wie die Brotkarten einen Anspruch auf Erhalt einer bestimmten Buttermenge gewährleisten. Im übrigen sind die Verhältnisse in unserem Vaterlande so verschiedenartige, daß vieler Orten von einem Buttermangel keine Rede sein kann; auch hier dürfte eine örtliche Regelung das zweckmäßigste sein. Hinsichtlich der Fleischversorgung wird man zunächst die Wirkung der zwangsweisen Bildung der Viehhändlervereinigungen abwarten. Die lokale Festsetzung von Höchstpreisen für einzelne Fleisch- und Wurstsorten im Kleinverkauf hat sich als durchaus ungeeignet erwiesen, wie denn überhaupt die Preisprüfungsämter eine recht verschiedenartige Beurteilung erfuhren.

Tägliche Rundschau
1./II. 1916

*** Aufgaben der Nahrungsmittel-Chemie in der Kriegszeit.** Der preußische Verband beamteter Nahrungsmittel-Chemiker hat in Düsseldorf eine Sitzung abgehalten. Während sonst in der Kriegszeit die Versammlungstätigkeit eingeschränkt ist, ist gerade bei der Nahrungsmittelchemie eine erhöhte Tätigkeit erforderlich, denn einerseits gibt es gute und schlechte Ersatzstoffe, anderseits stellen die Neuerungen auch wieder erhöhte Anforderungen an die Untersuchungsmethoden.

Die Sitzung unter Vorsitz von Dr. Grosse-Bohle-Köln beschäftigte sich zunächst mit den Maßnahmen zur Aufrechterhaltung des Betriebes der Nahrungsmitteluntersuchungs-Aemter, denn es ist selbstverständlich, daß sie trotz der vielen eingezogenen beamteten Chemiker den erhöhten Ansprüchen genügen müssen und werden. Die Bundesratsverordnung über Kuchen bedarf der Ergänzungen und es sollen daher die Begriffe Kuchen und Torten durch die örtlichen Polizeibehörden festgelegt werden. In neuester Zeit kommen vielfach mit Borsäure konservierte Eierkonserven aus dem Auslande in den Verkehr. Da nach dem Gutachten der obersten Medizinalbehörde Borsäure gesundheitsschädlich ist, so müssen solche Eierkonserven natürlich grundsätzlich abgelehnt werden. Auflösungen von kondensierter Milch können selbstverständlich nicht als Vollmilch angesehen werden und müssen unter entsprechenden Bezeichnungen verkauft werden, auch sollen sie annähernd der Vollmilch im Nährwert entsprechen. Durch Ausfällen von Eiweiß aus Blut läßt sich ein wertvolles Nahrungsmittel gewinnen, und zwar läßt sich das ausgefällte Bluteiweiß mit Vorteil zu Ersatzwürsten verwenden. Ein Kilogramm, das auf etwa 35 Pf. kommt, entspricht einem Wurstwert von 1,80 M. Diese Anwendung ist auch insofern zweckmäßiger als die Verwendung des Blutes zu Brot, da auf diese Art tatsächlich eine Vermehrung der Nahrungsmittel eintritt. Die Untersuchung von Brot auf den vorgeschriebenen Kartoffelgehalt läßt sich heute durch Methoden ausführen, die in der Kriegszeit entstanden sind. Ebenso ist die Prüfung auf Schalen im Kakao durchgeführt, und seitdem an der Grenze ausländischer Kakao auf Schalen untersucht wird, haben die Verfälschungen, die zu Beginn der Kriegszeit sehr überhand genommen hatten, abgenommen. Schließlich fanden noch eine Reihe von Mißständen Erwähnung, so die Butterstreckung und die Fälschung der Seife. Gerade hier ist eine eigene Industrie entstanden, die „billige Seife" mit einem Fettsäuregehalt von 3—10 statt 40 v. H. für den sechsfachen Preis verkauft.

Vossische Zeitung

1./II.

Neue Bundesrats-Verordnungen.

Einschränkung der Erzeugung von Bier, Wurst- und Fleischkonserven.

In der gestrigen Sitzung des Bundesrates gelangten zur Annahme: Der Entwurf einer Verordnung über die Herabsetzung der Malz- und Gerstenkontingente der gewerblichen Bierbrauereien und der Entwurf einer Verordnung über die Beschränkung der Herstellung von Fleischkonserven und Wurstwaren.

Von den Verordnungen ist im einzelnen folgendes mitzuteilen: Die Bierverordnung setzt die für die gewerblichen Bierbrauereien festgesetzten Gerstenkontingente um ein Fünftel herab. Die Brauereien haben die Gerste, die sie über das herabgesetzte Gerstenkontingent hinaus bereits bezogen haben, der Zentralstelle zur Beschaffung der Heeresverpflegung zur Verfügung zu stellen; soweit diese Gerste bereits vermälzt ist, ist das Malz zur Verfügung zu stellen, die auf Grund der Bekanntmachung betreffend Einschränkung von Malzverwendung in den Bierbrauereien vom 15. Februar 1915 auf das vierte Vierteljahr des Jahres 1915, die drei ersten Vierteljahre des Jahres 1916 und den Monat Oktober 1916 entfallenden Malzmengen (Malzkontingente) werden um ein Fünftel herabgesetzt. Als auf den Monat Oktober entfallend ist hierbei ein Drittel der für das vierte Vierteljahr des Jahres 1916 berechneten Malzmenge anzusehen. Die in dem vierten Vierteljahr 1915 über das nach dieser Verordnung gekürzte Malzkontingent hinaus verwendeten Malzmengen sind von den in gleicher Weise gekürzten Malzkontingenten für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Oktober 1916 abzuziehen. Laut § 3 bleibt vorbehalten, die Gersten- und Malzkontingente statt um ein Fünftel um ein Viertel herabzusetzen. Die Bierbrauereien haben, falls sie mehr Gerste als dreiviertel ihres Kontingents bezogen haben, die mehr bezogene Menge bis zum 31. März 1916 zur Verfügung der Zentralstelle zur Beschaffung der Heeresverpflegung zu halten. Auf die Malzkontingente der Bierbrauereien ist Malz, das aus dem Auslande eingeführt wird, anzurechnen. Das im Inland aus ausländischer Gerste hergestellte Malz steht dem aus inländischer Gerste hergestellten Malz gleich. Ausgenommen ist ausländisches Malz, das eine Bierbrauerei bis zum 15. Februar 1916 auf Grund von Verträgen, die vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung abgeschlossen worden sind, eingeführt und bis zum 31. März 1916 verarbeitet. § 4 der Bekanntmachung betreffend Einschränkung der Malzverwendung in den Bierbrauereien vom 15. Februar 1915 wird aufgehoben.

Nach der Verordnung über die Beschränkung der Herstellung von Wurstwaren und Fleischkonserven wird die gewerbsmäßige Herstellung von Konserven aus Fleisch oder unter Zusatz von Fleisch, die durch Erhitzung haltbar gemacht sind, verboten. Zur gewerbsmäßigen Herstellung von Wurstwaren darf nicht mehr als ein Drittel des Gewichtes der ausgeschlachteten Rinder, Schweine und Schafe verarbeitet werden. Ausgenommen davon ist die Herstellung von Fleischkonserven und Wurstwaren zur Erfüllung von Verträgen, die unmittelbar mit den Heeresverwaltungen und der Marineverwaltung abgeschlossen sind. — Für fabrikmäßige Herstellung von Wurstwaren ist eine andere Berechnung des zulässigen Drittels der Verarbeitung vorgesehen. Für die Herstellung von Frischwurst können die Landeszentralbehörden Ausnahmen zulassen. — Die Verordnung tritt am 4. Februar in Kraft.

Fremdenblatt
1./II. 1916

Konferenz der Bezirkshauptmänner Mährens.

K. **Brünn**, 31. Jänner. Für den 31. Jänner d. J. waren vom Statthalter in Mähren Dr. Freiherrn v. Heinold alle Bezirkshauptmänner Mährens zu einer Besprechung zusammenberufen worden. An dieser Besprechung nahm auch der Approvisionierungsreferent des Ministeriums des Innern Hofrat Freiherr v. Fries teil. Nach dem eingehenden Vortrag des Hofrates Freiherrn v. Frieß über die bereits getroffenen sowie über die in Aussicht genommenen Maßnahmen des Ministeriums des Innern in der Frage der Approvisionierung des Reiches mit Getreide, Mahlprodukten, Milch, Butter, Eiern, Fett usw. sowie über die Tätigkeit der vom Ministerium des Innern delegierten Einkaufsstellen, dann über den Zweck und die Tätigkeit der Preisprüfungsstellen und nach dem Referat des Landesausschußbeisitzers Sonntag über die Tätigkeit der Zweigstelle Brünn der Kriegs-Getreideverkehrsanstalt behandelte der Referent Hofrat Werner die von den einzelnen Bezirkshauptmannschaften gestellten Anträge und Anfragen. Hierauf gab der Statthalter den versammelten Bezirkshauptmännern Direktiven für eine weitere erfolgreiche Durchführung der Approvisionierung des Landes Mähren und zog noch weitere Anregungen einzelner Bezirkshauptmänner in Diskussion. Das Ergebnis dieser Besprechung wird für die den Verhältnissen entsprechende Durchführung der Approvisionierung des Landes von besonderer Bedeutung sein.

Neue Freie Presse
1. III. 1916

Approvisionierungskonferenz in Brünn.

Brünn, 31. Januar.

Für den 31. Januar waren vom Statthalter in Mähren Dr. Freiherrn v. Heinold alle Bezirkshauptmänner Mährens zu einer Besprechung zusammenberufen worden. An dieser Besprechung nahm auch der Approvisionierungs-Referent des Ministerium des Innern Hofrat Freiherr v. Fries teil. Nach dem eingehenden Vortrag des Hofrates Freiherrn v. Fries über die bereits getroffenen sowie über die in Aussicht genommenen Maßnahmen des Ministeriums des Innern in der Frage der Approvisionierung des Reiches mit Getreide, Mahlprodukten, Milch, Butter, Eiern, Fett usw. sowie über die Tätigkeit der vom Ministerium des Innern delegierten Einkaufsstellen, dann über den Zweck und die Tätigkeit der Preisprüfungsstellen und nach dem Referat des Landesausschußbeisitzers Sonntag über die Tätigkeit der Zweigstelle Brünn der Kriegsgetreideverkehrsanstalt behandelte der Referent Hofrat Werner die von den einzelnen Bezirkshauptmannschaften gestellten Anträge und Anfragen.

Hierauf gab der Statthalter den versammelten Bezirkshauptmännern Direktiven für eine weitere erfolgreiche Durchführung der Approvisionierung des Landes Mähren und zog noch weitere Anregungen einzelner Bezirkshauptmänner in Diskussion.

Das Ergebnis dieser Besprechung wird für die den Verhältnissen entsprechende Durchführung der Approvisionierung des Landes von besonderer Bedeutung sein.

Die Zeit
2. III. 1916

Delikatessen.

Es scheint, daß der Krieg die Zahl der Feinschmecker nicht vermindert hat und daß die Teuerungsverhältnisse die verwöhnten Zungen unter den Wienern nicht anspruchsloser gemacht haben. Denn die Kundschaft der Delikatessengeschäfte hat sich vermehrt, und wer des Abends nur einen Blick durch die großen Spiegelscheiben der appetitlichen Läden in der Innern Stadt wirft, deren Schaufenster die reichsten lukullischen Genüsse verheißen, der sieht vor dem Verkaufspult des Ladens die Kunden enge zusammengedrängt stehen. Die Verkäufer sind kaum imstande, die vielen Kunden in der gewünschten raschen Zeit abzufertigen. Tatsächlich werden jetzt Delikatessen reichlich gekauft. Zu Beginn des Krieges gab es eine kurze Spanne Zeit, in der das Geschäft flauer ging. Von da ab hob es sich jedoch zusehends, und heute ist der Zuspruch bereits ein ganz enormer. Bei den großen Delikatessengeschäften in der Innern Stadt kommt es wiederholt zu argem Gedränge, ja man kann oft Leute auf der Straße stehen sehen, die auf Einlaß warten. Das Delikatessengeschäft weist übrigens trotz der Kriegszeit all die Leckerbissen auf, die es hier in der Friedenszeit gab; nur daß beispielsweise an die Stelle ausländischer Käsesorten einheimische oder „neutrale" getreten sind und daß die aus den fernen Ländern kommenden Obstsorten, wie Ananas, Bananen usw., fehlen, deren Einfuhr durch die Unterbindung der Schiffahrt unmöglich ist. An Fischkonserven, deren Zeit nun freilich bald vorüber ist, gab es nordländische, die an Güte den französischen nicht nachstanden. Auch Kaviar ist erhältlich, echter Kaviar, der aus den Vorräten der Schweiz zu uns gekommen ist, und rumänischer Kaviar, der auch zur Friedenszeit bei uns gern gekauft und genossen wurde. Die Preise der Delikatessen sind in rascher Erhöhung auf ungefähr das Doppelte gestiegen. Trotzdem werden auch die teuersten Delikatessen gekauft; es finden sich genug Leute, die für einen kalten Imbiß, der früher ein paar Kronen kostete, heute ohne zu murren einen Betrag bezahlen, der früher für ein opulentes Souper gereicht hätte.

Frankfurter Zeitung
2./II. 1916

Die Nahrungsmittelverordnungen.

Der preußische Justizminister hat folgende Verfügung betreffend Zuwiderhandlungen gegen Vorschriften über die Sicherstellung der Volksernährung erlassen:

Durch die Rundverfügungen vom 6. Januar und 6. März 1915 sind die Beamten der Staatsanwaltschaft darauf hingewiesen worden, daß die Interessen der Allgemeinheit es unbedingt erfordern, Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften zur Sicherstellung der Volksernährung streng und schnell zu ahnden. Die in diesen Verfügungen betonten Gesichtspunkte treffen auch jetzt noch in vollem Umfange zu. Insbesondere haben Beobachtungen aus neuerer Zeit ergeben, daß verbotenes Verfüttern von Brotgetreide (Verordnung des Bundesrats vom 28. Juni 1915) in höchst bedenklichem Umfange zugenommen hat, und daß nicht in allen Fällen auf eine der Sachlage entsprechende Strafe erkannt worden ist. Die Knappheit und Teuerung aller Futtermittel hat den Anreiz zum Verfüttern von Brotgetreide in hohem Maße verstärkt. Diesem Anreiz gegenüber können Geldstrafen nur dann als ausreichendes Abschreckungsmittel dienen, wenn sie erheblich höher sind als die Beträge, die der Verurteilte an Ausgaben für Futtermittel erspart hat. Demgemäß werden die Beamten der Staatsanwaltschaft in allen Fällen, in denen nicht mit Rücksicht auf die Schwere der Tat oder die Persönlichkeit des Täters ohne weiteres eine Freiheitsstrafe geboten ist, vor Stellung von Anträgen auf Verurteilung zu Geldstrafen darauf zu achten haben, welchen Vorteil der Täter durch sein strafbares Tun erzielt oder erstrebt hat. Dabei wird auch zu erwägen sein, ob etwa die erwiesene Zuwiderhandlung den Schluß rechtfertigt, daß sie nur ein einzelnes Glied in einer Kette fortlaufender gleichartiger Vergehen ist. Die Beamten der Staatsanwaltschaft müssen sich stets vor Augen halten, daß die Versorgung der Bevölkerung mit Brot nur dann sichergestellt ist, wenn die zu diesem Zwecke erlassenen Vorschriften überall genau beachtet werden, und daß deshalb jeder, der gegen diese Vorschriften verstößt, eine schwere Schuld gegen die wichtigsten vaterländischen Interessen auf sich ladet.

Die Zeit
3./II. 1916

Preisschwankungen.

Die behördliche Einflußnahme auf die Preisbildung wichtiger Lebensmittel und Bedarfsartikel des täglichen Lebens, die während des Krieges in Form von gesetzlichen Höchstpreisen für Brot, Mehl, Hülsenfrüchte, Zucker, Fett, Speck, Kartoffeln, Petroleum, Spiritus usw. zum Ausdruck kommt, bedarf im Interesse der Bevölkerung und der Gesundung der Wiener Marktverhältnisse unbedingt eines weiteren Ausbaues. Bei den Artikeln, bei denen heute noch Angebot und Nachfrage ausschlaggebend für die Bestimmung ihres Preises sind, gibt es im Stadtgebiet derartige augenfällige Preisschwankungen, daß man ganz gut von teueren und billigen Bezirken der Stadt Wien sprechen kann. In den sogenannten Herrschaftsvierteln, in Dornbach, Hietzing, im Cottage, im Botschafterviertel auf der Landstraße und auf der Wieden, im Geschäftszentrum der Innern Stadt werden für Fleisch, Gemüse, Grünwaren, Eier und Obst, Fischkonserven, Delikatessen usw. ganz andere Preise verlangt und auch bezahlt als beispielsweise in Ottakring, in Rudolfsheim und Favoriten, in denen die Arbeiterbevölkerung zu Hause ist; auch in einzelnen Teilen der Leopoldstadt ist es beispielsweise weit billiger als in manchen Lebensmittelgeschäften des 8. und 9. Bezirkes und stellenweise sogar als in den ausgesprochenen Arbeiterbezirken. In Mariahilf und im 7. Bezirk muß man verschiedene Lebensmittel wieder erheblich teurer bezahlen als in den letztangeführten Stadtteilen. Natürlich gibt es aber auch in jedem der 21 Stadtbezirke Ausnahmen unter den Geschäftsleuten im guten wie im schlechten Sinne.

Hamburger Fremdenblatt 4./II. 1916.

Einschränkung des Tabak-, Bier- und Kaffeegenusses.

Der Kampf, den unsere Gegner gegen unsere Volkswirtschaft führen, macht jedermann zum Mitkämpfer. Wir wissen alle, daß wir große volkswirtschaftliche Kriegsaufgaben zu erfüllen haben, und daß von ihrer Durchführung wesentlich mit die glückliche und baldige Beendigung des Krieges abhängt.

Aber trotz dieser Erkenntnis ist uns die privatwirtschaftliche Auffassung, die die Lebenshaltung von der geldlichen Leistungsfähigkeit abhängig macht, derart in Fleisch und Blut übergegangen, daß wir immer wieder in ihre Bahnen zurückfallen und die Erfüllung unserer volkswirtschaftlichen Aufgaben allein erfolgt durch eine mehr oder minder gefügige Unterordnung unter gesetzliche Zwangsmaßnahmen.

So wird denn Vorschrift auf Vorschrift notwendig. Obwohl, um die Gerstevorräte zu schonen und besonders für die Viehernährung zu erhalten, die Kontingente der Brauereien bereits auf 60 Prozent herabgesetzt worden sind, hat diese Vorschrift nicht den Erfolg gehabt, den sie hätte haben müssen: der Bierkonsum ging nicht zurück. Infolgedessen bezogen die Brauereien Malz aus dem Auslande zuungunsten unserer Valuta und mußten daher durch neuerliche Verfügungen zu stärkerer Einschränkung gezwungen werden. Die neuen Vorschriften, die vom Bundesrat am 31. Januar erlassen worden sind, sind daher auch einschneidender Natur. Sie kürzen das Kontingent um 20 bis 25 Prozent und bestimmen, daß die hierüber hinaus vorhandene Gerste oder das bestellte oder erworbene Malz abgeliefert wird.

Genau genommen sind aber diese Bestimmungen nur notwendig geworden, weil unsere Verbraucher nicht auf den althergebrachten und gewohnheitsmäßigen Biergenuß verzichten wollten und an dieser privatwirtschaftlichen Auffassung gegenüber allen volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten festhielten. Selbstbeschränkung aus Pflichtbewußtsein könnte aber hier mehr tun, als alle Vorschriften vermögen. Da es nun einmal notwendig ist, unsere Viehbestände zu erhalten, so muß eben auf den Biergenuß in früherem Umfange verzichtet werden.

Fast völlig gleich ist die Lage im Tabakhandel. Die Vorräte, die noch aus der Zeit vor dem Kriege stammen, sind erschöpft. Infolgedessen importiert der Handel bereits Tabak in großen Mengen aus dem neutralen Ausland, besonders aus Holland. Diese Importe zu Genußzwecken schädigen aber den Stand unserer Währung, die bereits stark unter dem Druck von Zahlungsverpflichtungen an das Ausland stehen. Wäre es nicht demgegenüber angezeigt, allseitig und einheitig den Genuß von Tabak einzuschränken und unbeschränkten Genuß nur unseren Feldgrauen zu überlassen, für die der Tabakgenuß eine notwendige Anregung bleibt? Oder sollen auch hier wieder erst Verbote und Vorschriften einsetzen, die den Tabakimport unterbinden oder das Rauchen auf der Straße oder in den Eisenbahnen verbieten?

Das gleiche gilt vom Kaffeegenuß. Auch Kaffee ist kein Nahrungsmittel, und da auch die Kaffeebestände während des Krieges stark zusammengeschmolzen sind, setzt auch hier schon ein nicht unbedeutender Import ein. Auch hier wäre mit Leichtigkeit ein erheblicher Minderverbrauch durch freiwillige Einschränkung durchzusetzen.

Es soll gewiß nicht verkannt werden, daß das Aufgeben liebgewordener Gewohnheiten und Bequemlichkeiten schwer ist. Aber die Verpflichtung, dem Vaterlande zu helfen, und der Hinblick auf die Großtaten unserer Feldgrauen müssen uns dieses Opfer leicht machen. Deutschland hat der Welt seine militärische Leistungsfähigkeit gezeigt; es wird und muß ihr auch beweisen, daß die Disziplin in der gesamten Bevölkerung stark genug ist, auch Opfer an liebgewordenen Gewohnheiten da zu bringen, wo sie nötig sind.

Unsere Feinde

Vossische Zeitung

5./II. 1916.

Ernährungsfürsorge im Kriege.

Der Staatshaushaltsausschuß des Abgeordnetenhauses führte gestern die Besprechung der Ernährungsfürsorge im Kriege zu Ende. Der Berichterstatter betonte, es empfehle sich, keinerlei Maßregeln der Ernährungsfürsorge zu treffen, welche einschränkend auf die Produktion einwirken könnten. Das bereits von der preußischen wie auch von der Reichsregierung beobachtete Verfahren, durch staatliche Beihilfen die Produktionsmöglichkeit zu erweitern, bezw. den Einkaufspreis gewisser Produkte für die Verbraucher in besonderen Fällen herabzusetzen, habe sich bewährt und könne auch weiterhin empfohlen werden. An diese Ausführungen knüpfte sich eine lebhafte Aussprache, in welcher sowohl die Forderung einer gesicherten Produktion wie auch die Wünsche der Konsumenten im einzelnen ausführlich erörtert wurden.

Hierauf wurde zur Verhandlung des letzten Punktes der Ernährungsfragen übergegangen, der sich mit dem Ausbau des Verkehrs zwischen Produzenten und Konsumenten beschäftigte. Der Berichterstatter wies darauf hin, daß zweifelsohne schon jetzt in der Kriegszeit unter dem Einfluß der wirtschaftlichen Verhältnisse während der Kriegslage eine bessere Verbindung zwischen Produzentengruppen und Konsumentenkreisen anzustreben sei. Diese Wünsche richteten sich keineswegs auf eine Schwächung des Kleinhandels, dessen Erhaltung notwendig und dessen vorsorgende Betätigung für die Heranschaffung der Lebensbedürfnisse unbedingt anzuerkennen sei. Unter dem Eindruck der Mobilisierung des Großhandels mit Lebensmitteln bestehe jedoch keine andere Möglichkeit, den Kleinhandel zurzeit sich erfolgreich betätigen zu lassen, als daß man ihm anempfehle, sich in Kriegsbezugsvereinigungen zusammenzuschließen, welche durch Vermittlung der Kommunalverbände von der Zentral-Einkaufs-Gesellschaft oder anderen monopolistischen Bezugsgesellschaften die zur Verfügung stehenden Vorräte zwecks gerechter Verteilung zu empfangen hätten. Diesen Bezugsvereinigungen würden sich auch die Konsumgenossenschaften jeglicher Art anzuschließen haben. — Aus der Kommission fanden diese Ausführungen mehrfach Zustimmung.

Frankfurter Zeitung
5. II. 1916

Die Höchstpreispolitik der Regierung.

N Berlin, 4. Febr. (Priv.-Tel.) Die Höchstpreispolitik der Regierung ist zweifellos im Lande in den letzten Wochen und Monaten auf wachsenden Widerstand gestoßen, und die Zahl der Kritiker hat sich in allen Lagern vermehrt. Es wird darum einer eingehenden Untersuchung nach dem Kriege vorbehalten bleiben müssen, ob das System selbst so viele Schwächen in sich trug, daß es auf die Dauer allein unsere Lebensmittelversorgung nicht in jeder Hinsicht zufriedenstellend regeln konnte, oder ob es an den vielen Mißgriffen, an dem häufigen unsicheren Hin- und Herschwanken gelegen hat, die den Ruf nach anderen ergänzenden Maßnahmen laut werden ließen.

Heute Abend finden wir nun in der freikonservativen „Post" eine Zuschrift aus parlamentarischen Kreisen, in der die Ablehnung des Höchstpreissystems gefordert wird, und wir geben diese Zuschrift wieder, ohne dazu zunächst Stellung zu nehmen, weil wir wissen, daß auch in verschiedenen Regierungskreisen der darin vertretene Standpunkt einflußreiche Befürwortung hat. In dieser Zuschift heißt es:

In sehr bemerkenswerter Weise ist inbezug auf die Maßnahme zur Sicherung der Volksernährung eine Aenderung der Auffassung zu verzeichnen Bis zum Spätherbst v. J. war man geneigt, unter dem Gesichtspunkte der Verhütung all zu hoher Preise in der Festsetzung von Höchstpreisen das Allheilmittel zu erblicken. Man hat dabei vielfach die von diesen Maßnahmen zu erwartenden Nebenwirkungen nicht ausreichend berücksichtigt. So ist denn mehrfach die Folge dieser Festsetzungen ein Rückgang in der Beschickung des Marktes, und demzufolge eine Erschwerung der Volksernährung gewesen. Die Festsetzung der Höchstpreise für Schweine und Schweinefleisch hat zwar einer Verteuerung dieses Fleisches entgegengewirkt; aber nicht nur eine überaus große Knappheit in frischem Schweinefleisch herbeigeführt, sondern auch eine Steigerung der Fleischpreise im Ganzen veranlaßt.

Jetzt scheint den Gedanken der Höchstpreise eine andere Auffassung abzulösen. Man ist jetzt geneigt, in der Mitwirkung von Organisationen der Selbstverwaltung das geeignete Mittel zur Regelung der Volksversorgung zu erblicken. Die Einrichtung der Provinzialsyndikate für den Viehhandel ist der erste Schritt auf diesem Wege. Ihr ist alsbald die Heranziehung der Landwirtschaftskammern für die Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln gefolgt. Was die letztere Maßnahme anlangt, so wird man einen wirksamen Eingriff der Landwirtschaftskammer auf diesem Gebiete nur dann mit Sicherheit erwarten können, wenn die Gewähr dafür gegeben ist, daß nach dem 15. März des Jahres eine weitere Erhöhung der Höchstpreise für Kartoffeln, abgesehen von dem Monitsreport, nicht eintritt, denn die Landwirtschaftskammern können sich dem nicht aussetzen, daß sie jetzt auf die Landwirte zur Abgabe der Kartoffeln zu den jetzigen Höchstpreisen drücken, wenn sie später finden müssen, daß bei jetzige Vorgang sich wiederholt, und demnächst denjenigen, die ihrer Aufforderungnicht gefolgt sind, höhere Kartoffelpreise winken. Im gleichmäßigen Interesse der Verbraucher wie der zur Mithilfe heranzuziehenden Landwirtschoftskammern liegt es daher, daß (und zwar von der allein zuständigen Stelle, dem Reichskanzler) die bündige Zusage erteilt wird, daß auch für die Frühjahr- und Sommerversorgung eine allgemeine Erhöhung der Höchstpreise von Kartoffeln nicht stattfinden wird.

Die Zeit
6. II. 1916

* [**Deutsche Staatsanwälte zur Sicherstellung der Volksernährung.**] Schon im Anfang vorigen Jahres wurden die Beamten der Staatsanwaltschaft vom preußischen Justizminister darauf hingewiesen, daß die Interessen der Allgemeinheit es unbedingt erfordern, Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften der Volksernährung streng und schnell zu ahnden. Beobachtungen aus neuerer Zeit haben den preußischen Justizminister Dr. Beseler zu einer neuen Verfügung veranlaßt. Insbesondere hat das Verfüttern von Brotgetreide zugenommen. Nicht in allen Fällen ist, wie die Kölnische Zeitung berichtet, auf eine Strafe erkannt worden, die der Sachlage entsprochen hätte. Die Knappheit aller Futtermittel hat den Anreiz zum Verfüttern von Getreide verstärkt. Geldstrafen können als ausreichendes Abschreckungsmittel nur dienen, wenn sie erheblich höher sind als die Beträge, die an Ausgaben für Futtermittel erspart werden. Wenn nicht schon die Schwere der Tat oder die Persönlichkeit des Täters ohne weiteres eine Freiheitsstrafe angemessen erscheinen läßt, so sollen die Beamten der Staatsanwaltschaft bei ihren Anträgen auf Geldstrafen darauf achten, welchen Vorteil der Täter erzielt oder erstrebt hat. Es soll auch erwogen werden, ob etwa die Zuwiderhandlung den Schluß rechtfertigt, daß sie nur ein Glied in einer Kette fortlaufender Vergehen ist. Die Staatsanwaltschaft muß sich vor Augen halten, daß die Versorgung der Bevölkerung mit Brot nur sichergestellt ist, wenn die Vorschriften überall genau beachtet werden, und daß jeder, der dagegen verstößt, eine schwere Schuld gegen die wichtigsten vaterländischen Interessen auf sich ladet.

Die Zeit 6./II. 1916

Der kalte Imbiß.

Man beobachtet jetzt in Wien eine Erscheinung, die vielleicht nicht so unwichtig ist, als man auf den ersten Blick glauben könnte. Man weiß: daß der Wiener im Frieden ein Freund des guten Essens war. Und zwar hielt er sich dabei an das „Ausgiebige", ohne ein Fresser zu sein, dem die Qualität nichts gilt. Man denke nur an die Wiener Mehlspeisen, die den Vorzug haben, gut und ausgiebig zu sein. Man denke an die Wiener Gasthausportionen zur Friedenszeit. Sie waren nie billig, man kann aber nicht sagen, daß sie klein waren. Dafür gab es in den Wiener Gasthäusern auch nicht die große Speisenauswahl, die man beispielsweise in Berlin gerne sieht. Die Art, wie der Wiener im Frieden aß, war bei aller Gediegenheit einfach. Eine Eigentümlichkeit war auch die auffällige Vernachlässigung der kalten Speisen. Der Krieg hat da überall große Wandlungen gebracht. Nach dem Krieg wird die Wiener Küche sicherlich neue Merkmale haben, und eines davon wird der starke Zuwachs an kalten Speisen sein. Man betrachte bloß die Auslagen der Delikatessenhandlungen. Noch nie sah man in Wien so viel Konserven in jeder Preislage wie jetzt. Sie kommen teils aus dem Ausland, teils werden sie in der Monarchie erzeugt, weil sich an ihnen noch mehr verdienen läßt als am Verkauf der Ware in unpräpariertem Zustand. Das Wiener Publikum ißt jetzt auffällig viel Konserven, und sicherlich wird diese Kriegsgewohnheit im Frieden nicht schwinden. Aehnlich steht es mit der Vorliebe für kalte Küche, die sich jetzt beobachten läßt. Zunächst gibt es in Wien eine ganze Anzahl von Kaffeehäusern, die neuestens kalten Imbiß verkaufen. Früher dachten die wenigsten Cafetiers daran, und wenn sie einen Versuch machten, so hatten sie gewöhnlich keinen Erfolg. Zum Unterschied von Berlin und Budapest blieb das Wiener Kaffeehaus „speisenrein". Jetzt gehört das Verabreichen von kaltem Huhn, Poulard und Gansl durchaus nicht mehr zu den Ausnahmen, und das Publikum scheint damit sehr zufrieden. Das gilt besonders von den Luruscafés, in denen man jetzt des Abends viele Tische weiß gedeckt sieht, zum Zeichen, daß hier genachtmahlt wird. Woher diese plötzliche Vorliebe für kalte Speisen stammt, ist nicht so leicht zu sagen. Vielleicht ist sie aus der großen Nervosität zu erklären, die unsere Hausfrauen weniger kochlustig macht. Das Kochen ist ja an sich eine Plage, und im Krieg, da oft wichtige Küchenartikel fehlen, mit viel Aerger verbunden. Die Erklärung für das viele kalte Essen in den sogenannten feinen Kaffeehäusern ist viel leichter. Offenbar gibt es jetzt viele Menschen, die früher in den Cafés nur kleine Getränkzechen machten und vorher oder nachher zu Hause aßen, es sich aber heute bequemer machen und sich im Café weiß decken lassen. Es sind dies die Angehörigen der gar nicht schmalen Bevölkerungsschicht, der der Krieg mehr Geld in die Hand gespielt hat, als sie früher zu greifen gewohnt waren. Das ersieht man auch aus dem vielen Geld, das jetzt in solchen Abendzechen angelegt wird. Wer in Gesellschaft seiner Frau am Abend ein Café besucht und sich auf Poulard und Bier einläßt, kommt nicht billig davon, und zahlt dafür nicht weniger als im Frieden ein gutes Mittagessen für drei Personen kostete. Das spielt heute aber offenbar für viele keine Rolle.

Hamburger Fremdenblatt 7/II. 1916.

Vollversammlung der Preisprüfungsstelle.

In der letzten Sitzung der Vollversammlung der Preisprüfungsstelle, die am 5. Februar stattfand, wurde zunächst beschlossen, sich wegen Einrichtung eines Ueberwachungsdienstes mit der Kommission für Kriegsversorgung ins Benehmen zu setzen. Mannigfache Mißstände, die sich bei Durchführung der Vorschriften über Höchstpreise, insbesondere für Schweinefleisch und Wurst, gezeigt haben, zwingen dazu, im Wege der Bestellung von Vertrauensorganen Einfluß auf die Verkaufsstellen zu gewinnen, um eine zweckentsprechende Durchführung der von der Preisprüfungsstelle beschlossenen Verordnungen sicherzustellen, um zu erfahren, ob und nach welcher Richtung hin Abänderungen und Ergänzungen angezeigt erscheinen.

Mit Befriedigung wurde von einer Bekanntmachung des stellvertretenden Generalkommandos des 9. Armeekorps Kenntnis genommen, nach der beabsichtigt ist, bei dem Einkauf von Lebensmitteln im Einvernehmen mit den Kommunen vorzugehen, um übermäßige Preissteigerungen zu vermeiden. Die Preisprüfungsstelle hält die Aufhebung der Großhandelshöchstpreise für Kartoffeln zurzeit nicht für angezeigt und nahm um so weniger Anstand, sie bis auf weiteres in Kraft zu lassen, als ein gleiches Verfahren von dem anwesenden Vertreter der Stadt Altona in Aussicht gestellt wurde.

Der Bundesratsbeschluß über die Festsetzung von Höchstpreisen für Käse gibt zu einer Reihe von Zweifeln Anlaß, die weitere Prüfung erfordern. Auch die Durchführung der kürzlich beschlossenen Abänderung der Höchstpreise für Gemüse läßt zu wünschen. Auch hierüber sollen noch weitere Informationen eingezogen werden. Von der Festsetzung gesetzlicher Höchstpreise für Gerstenkaffee, Graupen und Haferflocken wurde Abstand genommen, da die vertragsmäßige Bindung der Preise durch die Reichsfuttermittelstelle als ausreichend erachtet wird.

Herr Senator Strandes machte der Vollversammlung Mitteilung über die Beschlüsse des Unterausschusses für Milch, den Erlaß eines

Verbots der Verwendung von einheimischer Milch in den Kaffees,

Restaurants usw. zu befürworten. Die Vollversammlung genehmigte diese Beschlüsse, gibt sich aber der Hoffnung hin, daß die in Kürzem zu erwartende Zunahme der Milcherzeugung eine baldige Wiederaufhebung des Verbots ermöglichen wird.

Auch über die kürzlichen Beschlüsse des Unterausschusses für Fleisch und Fleischwaren berichtete der Vorsitzende. Die Beschlüsse des Unterausschusses fanden die volle Unterstützung des Plenums, das nochmals die Dringlichkeit der gestellten Anträge betonte und den Wunsch aussprach, es möchten Hamburgischerseits nochmals Schritte in Berlin unternommen werden, um diesen wiederholt empfohlenen Anträgen zur Annahme zu verhelfen. Bekanntlich handelt es sich um die Einführung von Höchstpreisen für Schweine ab Stall oder Verladestation, um die Gleichstellung des Hamburger Höchstpreises mit dem Berliner, um die Erlaubnis zur Ueberschreitung des Höchstpreises beim Verkauf der besseren Fleischsorten, mit der Maßgabe der Festsetzung niedriger Preise für den Verkauf der geringeren Sorten, und endlich um die Befürwortung einer mäßigen Erhöhung der Höchstpreise im allgemeinen, zur Verbesserung der Zufuhr. Das von der Preisprüfungsstelle gesammelte statistische Material über die Auftriebsverhältnisse auf dem Berliner Schlachthof und Hamburger Schlachthof ließ erkennen, daß der

zurungunsten Hamburgs bestehende Preisunterschied

von 5 Mk. für 50 Kilogramm Lebendgewicht — 10 Mk. für ein Schwein von 100 Kilogramm, zu einer fast vollständigen Entblößung des Hamburger Marktes von Schweinen geführt hat. Die Preise, die von Schlachtern beim direkten Einkauf von Schweinen bei den Züchtern, zum Beispiel in Mecklenburg, haben angelegt werden müssen, stehen in einem derartigen Mißverhältnis zu den Höchstpreisen des Bundesrates für die wichtigste Schlachtsorte, daß Abhilfe zur dringendsten Notwendigkeit geworden ist. Dem Bundesratsbeschluß vom 4. November hat zweifellos das Ziel vor Augen geschwebt, durch Festsetzung der Höchstpreise für die wichtigsten Schlachtsorten auch einen Druck auf die Schweinemäster selbst auszuüben. Die Erfahrung hat gezeigt, daß es notwendig gewesen wäre, mit den Höchstpreisen umgekehrt bei den Mästern anzufangen, um das Aufkaufen von Schweinen außerhalb der Marktorte zu weit höheren Preisen unmöglich zu machen. Wenn beispielsweise ein Hamburger Schlachter, um Schweine zu erhalten, genötigt ist, gegenüber dem Hamburger Höchstpreis von 95 Mk. bei einem Einkauf auf dem Lande 145 Mk. zu zahlen, und der Verkäufer diesen Preis nehmen darf, ohne mit dem Bundesratsbeschluß vom 4. November in Konflikt zu geraten, so dürfte es an der Zeit sein, diesen unhaltbaren Zuständen schleunigst ein Ende zu machen. Nachdem es gelungen ist, für den Einkauf von Kartoffeln, Gemüse, Käse, Butter und vielen anderen landwirtschaftlichen Erzeugnissen Höchstpreise auf der Grundlage der Abnahme an der nächsten Verladestation des Erzeugers festzusetzen, sollte nicht mehr von einer Unmöglichkeit der Einführung der Schweinepreise ab Stall auf dieser Grundlage gesprochen werden.

Frankfurter Zeitung
8./II. 1916

Die Lebensmittelversorgung.

Einfuhr aus Bulgarien.

N Berlin, 8. Febr. (Priv.-Tel.) Bulgarien hat, um seine eigene Lebensmittelversorgung sicherzustellen, Lebensmittel- und Rohstoffausfuhrverbote erlassen, und es ist daher für jede Sendung, die in das Ausland geht, die Genehmigung des Finanzministers erforderlich. Ueber den Umfang der Ausfuhr an Lebensmitteln machte nun vor einigen Tagen in der Nationalversammlung Finanzminister Tontschew nähere Mitteilung. Danach werden jetzt in Anbetracht der außerordentlichen Verhältnisse Ausfuhrbewilligungen nur auf Grund von Beschlüssen des Ministerrats erteilt. Die bisherige Ausfuhr hat dem Lande sehr erhebliche Geldmittel zugeführt. Nach eingehender Beratung mit dem Ackerbauminister hat die Regierung die Ausfuhr von 200 000 Tonnen Mais nach Deutschland und Oesterreich-Ungarn gestattet, wovon bereits 60 000 Tonnen verladen sind. Auch nach der Türkei ist eine Ausfuhr von 200 Waggons Mais zugelassen. Weiter wurden an Ausfuhrbewilligungen erteilt nach Deutschland und Oesterreich-Ungarn 200 Waggons Eier und mehrere Waggons Butter. Auch über die Ausfuhr von Rohstoffen machte der Finanzminister nähere Mitteilungen. Die Nationalversammlung billigte die von der Regierung getroffenen Maßnahmen für die Ausfuhr

Frankfurter Zeitung
9. II. 1916

Einfuhr aus Bulgarien.

N Berlin, 8. Febr. (Priv.-Tel.) Bulgarien hat, um seine eigene Lebensmittelversorgung sicherzustellen, Lebensmittel- und Rohstoffausfuhrverbote erlassen, und es ist daher für jede Sendung, die in das Ausland geht, die Genehmigung des Finanzministers erforderlich. Ueber den Umfang der Ausfuhr an Lebensmitteln machte nun vor einigen Tagen in der Nationalversammlung Finanzminister Tontschew nähere Mitteilung. Danach werden jetzt in Anbetracht der außerordentlichen Verhältnisse Ausfuhrbewilligungen nur auf Grund von Beschlüssen des Ministerrats erteilt. Die bisherige Ausfuhr hat dem Lande sehr erhebliche Geldmittel zugeführt. Nach eingehender Beratung mit dem Ackerbauminister hat die Regierung die Ausfuhr von 200 000 Tonnen Mais nach Deutschland und Oesterreich-Ungarn gestattet, wovon bereits 60 000 Tonnen verladen sind. Auch nach der Türkei ist eine Ausfuhr von 200 Waggons Mais zugelassen. Weiter wurden an Ausfuhrbewilligungen erteilt nach Deutschland und Oesterreich-Ungarn 200 Waggons Eier und mehrere Waggons Butter. Auch über die Ausfuhr von Rohstoffen machte der Finanzminister nähere Mitteilungen. Die Nationalversammlung billigte die von der Regierung getroffenen Maßnahmen für die Ausfuhr.

Fremdenblatt
9./II. 1916

* („**Wovon die Deutschen sich nähren.**") „Hauptsächlich von der Chemie!" sagt der kuriose Neutrale, der zurzeit seine Berliner Reiseeindrücke im Pariser „Matin" wiedergibt und der „chemischen Küche" Deutschlands kein gutes Andenken bewahrt hat. Nach einer langen Litanei über die fettlosen, fleischlosen Tage, die Brotknappheit und den Buttermangel gibt er folgende phantasiereiche Darstellung zum besten: „Auch die Milch ist fast vollkommen aus dem Handel verschwunden. Das Wenige, was davon zu haben ist, muß für die Säuglinge und Kranken bleiben, und selbst den letzteren wird sie nur auf Rezept des Arztes verabfolgt. Der gewöhnliche Sterbliche muß sich an kondensierte Milch halten, und ich kann versichern, daß ihm seine Dosis mit der größten Knickrigkeit zugemessen wird. In sämtlichen Restaurants hat denn auch das kleine Tröpfchen Milch, das zum Kaffee gereicht wird, die ganz genaue Größe eines Fingerhutes. Was die Deutschen denn überhaupt noch zu essen haben? — Nun, sie haben Fische. Nur sie allein sichern dem größten Teil des Reiches den Lebensunterhalt. Dann gibt es auch noch getrocknete Gemüse, Kartoffeln und ziemlich viel zu Kompotts und Marmeladen eingekochte Früchte. Aber vor allen Dingen haben sie ihre Chemie und die große Kunst, sie sich zunutze zu machen. Man sehe sich einmal ihre Bäckerläden und Konditoreien an: sie strotzen auch jetzt noch von Kuchen. Da die Milch beinahe, das Mehl ganz und gar verboten ist, fragt man sich erstaunt, woraus diese Kuchen wohl gemacht sein mögen. Herausbekommen habe ich es nie können, obgleich ich ihrer mehrere daraufhin untersuchte. Nur das eine ist mir sicher: daß die deutsche Chemie in enger Verbindung mit ihnen steht. Auch für die Eier hat man einen Eierersatz gefunden, der vom Ei gerade die Farbe hat. Die Deutschen machen Eierkuchen daraus, die ebenso gut aus Handschuhleder und Haarpomade gebacken sein könnten! Das einzige einigermaßen Vernünftige, was ich während meines zehntägigen Aufenthaltes in Berlin zu essen bekam, waren Stangenspargel und getrocknete Gemüse."

Kölnische Zeitung 10/II. 1916.

Die Ernährung der Kinder im Kriege.

Wir haben schon vor einiger Zeit von einer Untersuchung Mitteilung gemacht, die ein württembergischer Schularzt an den Kindern seines Amtsbezirks vorgenommen hatte und die hinsichtlich des Gesundheitszustandes der untersuchten Kinder trotz der durch den Krieg bedingten Ernährungsschwierigkeiten und -änderungen zu recht befriedigenden Ergebnissen gekommen war. Bei der Gelegenheit hatten wir den Wunsch geäußert, daß diese Untersuchungen auch in andern Gegenden vorgenommen würden, um ein möglichst rundes Bild von dem Einfluß des Krieges auf die Ernährung und den Gesundheitszustand der Jugend zu gewinnen. Inzwischen sind wieder zwei Arbeiten dieser Art erschienen, von A. H. Kettner-Charlottenburg in Nr. 48 des Jahrgangs 1915 der Deutschen Medizinischen Wochenschrift und von Prof. Dr. E. Roth im neuesten Heft der Zeitschrift „Öffentliche Gesundheitspflege".

Das Ergebnis dieser Untersuchungen ist glücklicherweise auch befriedigend. Nach dem Urteil beider Verfasser kann bisher von einer Beeinträchtigung der Gesundheit und Kraft der Kinder höchstens in Ausnahmefällen die Rede sein. Die Ernährungsmengen haben sich freilich — das ist ja, wie die Dinge liegen, selbstverständlich — vermindert. So ist in den größern Städten des Potsdamer Bezirks (mit über 25 000 Einwohnern) der Fleisch- und Fettgenuß bei 30, der Milchgenuß bei 34 v. H. der befragten Kinder zurückgegangen. In den ländlichen Schulen waren die Verhältnisse etwas günstiger; der Fleischkonsum hat sich zwar ebenfalls bei 30 v. H. der Kinder verringert, der Fettverbrauch aber nur bei 15, und der Milchverbrauch bei 20 v. H. Durch die Beschränkung scheint indes — und das ist das allein Maßgebende — die Grenze der physiologisch für Gesundheit und Wachstum notwendigen Ernährung allgemein nicht unterschritten zu sein. Soweit Wägungen der Kinder vorgenommen wurden, hat die überwiegende Mehrzahl während der Beobachtungsperiode an Gewicht zugenommen, nur eine sehr kleine Minderheit eine Gewichtseinbuße erlitten; als Ursache der letztern kommen neben der Ernährung auch Krankheiten, zum Teil — namentlich auf dem Lande — vorübergehende, angestrengte Arbeit in Betracht. Über geschwächte geistige Leistungsfähigkeit wird gleichfalls nur für eine verschwindende Minderheit (1 bis 2 v. H.) berichtet; auch hier spielen neben der Nährweise eine Reihe anderer Momente — Mehrarbeit im elterlichen Betriebe, geringere Aufsicht, Verschlechterung des Unterrichts durch Überfüllung der Klassen — ihre Rolle.

Wir müssen — das braucht ja nicht erst besonders begründet zu werden, unter allen Umständen und um jeden Preis dafür sorgen, daß auch während der fernern Kriegsdauer die Gesundheit und die körperliche Entwicklung unserer Jugend keine Schädigung erfährt. Daß dies Ziel erreichbar ist, beweisen ja die eben erwähnten Untersuchungen unwiderleglich; als ihr Material gesammelt wurde, waren die Hauptmängel unserer Kriegsernährung, die Fleisch- und die Fettknappheit, schon sehr scharf fühlbar. Vielleicht — wahrscheinlich sogar — wird aber die Erhaltung des Ernährungsgleichgewichts der Schuljugend in Zukunft mehr positive Arbeit erfordern als bisher. Diese Arbeit muß geleistet werden; sie ist — trotz aller Belastungen, die ihnen der Krieg sonst noch bringt — in erster Linie Sache der Schulen. Die Schulen müssen den Ernährungs- und Kräftezustand ihrer Kinder dauernd sorgsam beobachten und bei eintretender Verschlechterung sofort eingreifen. Sie müssen im letztern Falle zunächst durch Aufklärung und Ermahnung der Angehörigen der Kinder, durch positive Ratschläge zu rationellster Lebens- und Nährweise, Abhilfe zu schaffen suchen; wo dieses Mittel aber versagt — infolge mangelnden Verständnisses, mangelnder Zeit und vor allem mangelnder finanzieller Leistungsfähigkeit — werden sie äußerstenfalls öffentliche Ernährungshilfe (Schulspeisungen) zu vermitteln haben. Die Mittel dazu müssen beschafft werden. Eine auch nur einigermaßen häufige Unterernährung unserer Schuljugend als Kriegsfolge darf es nicht geben und wird es nicht geben.

Hamburger Fremdenblatt 11./II. 1916.

Zur Ernährungsfrage.

In dem zweiten seiner Vorträge, die Herr Prof. Dr. Voigt für die Hamburgische Kriegshilfe über „Abschnitte aus der Ernährungslehre" hält, zeigte der Redner zunächst im Bilde den Kreislauf der Pflanzen- und Tierernährung durch die Aufnahme von Kohlenhydraten, Eiweiß, Fetten, Salzen und Wasser und deren Umwandlung und Nutzbarmachung im Körper. Die Verdauung beim Tier beginnt schon mit Hilfe der Fermente und von Bakterien im Munde und endigt im Darm; im Munde wird Stärkemehl in Zucker verwandelt, im Magen werden die Eiweißkörper und auch im Darm die Fette gespalten, diese in Glyzerin und Fettsäure.

Der Redner machte dann einen Gang durch die wissenschaftliche Forschung auf dem Gebiete der Ernährungslehre. Er zeigte, wie diese Forschung aus landwirtschaftlichem Interesse begonnen und welche Theorien man für dieses Gebiet aufgestellt habe; z. B. der Nährwert von 100 Pfund Heu sei gleich dem Nährwert von 200 Pfund Kartoffeln, 180 Pfund Runkelrüben und 90 Pfund Kleeheu. Heute haben wir ganz andere Anschauungen über die Ernährung. Wir verdanken sie dem großen Chemiker Justus Liebig, der ungefähr wenigstens die Grundlagen der Ernährung erkannte. Er nahm richtig an, daß die Kohlenhydrate die Aufgabe hätten, Wärme zu erzeugen, während die Eiweißstoffe der Blutbildung dienen. Praktische Versuche, die vor allem Pettenkofer anstellte, sollten dann dartun, was der lebende Organismus zur Ernährung und Atmung gebrauche. Der Physiologe Kellner stellte z. B. fest, daß ein Ochse, der mit 1 Kilogramm Stärke ernährt werde, 248 Gramm Fett erzeuge, mit 1 Kilogramm Eiweiß 235 Gramm Fett, mit 1 Kilogramm chemisch aufgeschlossenem Strohstoff 251 Gramm Fett, mit 1 Kilogramm leicht verdaulichen Zuckers 180 Gramm Fett, daß aber 1 Kilogramm Fett als Nahrungsmittel in dem Körper 475 bis 598 Gramm Fett bilde. Weiter wurde durch Versuche dargetan, wieviel von dem Eiweiß, das das Tier aufnimmt, wirklich verdaut wird. Damit hängt auch die Bekömmlichkeit und die Ausnutzung der verschiedenen Arten unseres Brotes zusammen.

Die neueste Ernährungstheorie, nach Helmholtz' Lehre, von der Konstanz der Energie gebildet, gründet sich auf die Wärmelehre. Durch einen Verbrennungsprozeß in unserem Körper wird Wärme und Energie erzeugt. Für die physikalischen Experimente zur Begründung dieser Ernährungstheorie hat man eine Wärmeeinheit, die sogenannte Kalorie, angenommen. Eine Kalorie bezeichnet die Wärmemenge, die imstande ist, 1000 Gramm Wasser von 20 Grad Wärme um 1 Grad wärmer zu machen, und dann hat man festgestellt, daß 1 Gramm Eiweiß und 1 Gramm Kohlenhydrat je 1.4 Kalorien, 1 Gramm Fett deren 9 habe. Wir ersehen daraus die Wichtigkeit der drei Grundformen für die Ernährung und worauf sich nun unsere Vorstellung der Ernährung gründet. Man hat interessante Versuche angestellt; z. B. hat man einen Mann 24 Stunden hungern lassen und dann festgestellt, wieviel er an diesen drei Grundstoffen verloren hat und wieviel danach zu ersetzen ist. Er hatte rund 100 Gramm Eiweiß, 50 Gramm Fett und 500 Gramm Kohlenhydrate (das sind 2925 Kalorien) verloren. Strittig ist nun die Frage, in welchem Verhältnis das Eiweiß zu den Fetten und Kohlenhydraten steht, und wieviel Eiweiß der Mensch zu seiner Ernährung bedarf. Die Forderung von Eiweiß ist in ihrer Höhe beständig zurückgegangen. Während man früher annahm, der Mensch brauche 120 Gramm Eiweiß, behauptete man später, und namentlich nun während des Krieges, er brauche nur 60 oder gar nur 30 Gramm. Es scheint aber mehr auf die Art, als auf die Menge des Eiweißes anzukommen. d.

Neues Wiener Tagblatt Abendbl.
11. II. 1916

Die Lebensmittelfrage in Polen.

Berlin, 11. Februar. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt über die Lebensmittelfrage in Polen: Mit Erlaubnis der deutschen Regierung haben die Herren Witney vom belgischen Hilfskomitee und Walcott von der Rockefellerstiftung eine gründliche Untersuchung der wirtschaftlichen Lage der einheimischen Bevölkerung im russischen, von den Deutschen besetzten Gebiet vorgenommen. Infolge des weitestgehenden Entgegenkommens der Regierung konnten sie überallhin reisen, besichtigten Kobryn, Brest-Litowsk, Warschau und andre Städte und durften sich unter der Bevölkerung frei bewegen und sich mit ihr unterhalten, ohne von Offizieren begleitet zu sein, so daß die Ergebnisse der Reise als zutreffend zu betrachten sind. In den aufgesuchten Distrikten ist die Lage der Bevölkerung immerhin ernst. Handel und Wandel liegen in Polen allgemein danieder, weil die Russen auf dem Rückzuge Tausende von Fabriken und Werkstätten zerstört haben.

Auch die Ernährungsfrage ist sehr schwierig, weil die Russen, wo sie nur konnten, die Ernte vernichtet haben. Infolgedessen ist ein erheblicher Bruchteil der Bevölkerung in eine solche Lage versetzt, daß sie darauf angewiesen ist, von öffentlicher Mildtätigkeit zu leben oder von den Deutschen ernährt zu werden. Daß die Ernährung nur das gerade absolut Notwendige bieten kann, ist bei der bestehenden Lage klar. Es wäre daher außerordentlich erwünscht, wenn für Polen und Litauen ein ähnliches Hilfswerk organisiert würde, wie es seit langem für Belgien und die besetzten Gebiete Nordostfrankreichs erfolgreich funktioniert. Hiezu wäre nach Ansicht der amerikanischen Vertreter eine monatliche Ausgabe von etwa einer Million Dollar erforderlich. Die deutsche Regierung sicherte den Delegierten zu, daß die etwa in das besetzte Gebiet eingeführten Nahrungsmittel nur der notleidenden Bevölkerung zugute kommen sollen. Die amerikanischen Vertreter würden dauernd Gelegenheit haben, sich davon zu überzeugen, daß die eingeführten Nahrungsmittel nur ihrem eigentlichen Zweck entsprechend verwendet würden.

Tägliche Rundschau
11. III. 1916

Die Lebensmittelfrage in Sachsen.

Die Lebensmittelfrage kam, wie unser Dresdener Mitarbeiter drahtet, in der Sitzung der sächsischen Ersten Kammer zur Beratung. Die beiden Ausschüsse der Kammer hatten nach wochenlanger Arbeit einen sehr ausführlichen Bericht vorgelegt und eine große Anzahl Anträge gestellt, nach denen die sächsische Regierung teils im Lande, teils im Bundesrat dafür sorgen soll, daß die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln gesichert werde, daß überall nach Möglichkeit eine Verbilligung der Lebensmittel, namentlich von Brot und Mehl, eintrete und daß auch möglichst die Verschiedenheiten in den verschiedenen Städteverbänden ausgeglichen werden, gegebenenfalls durch Zuschüsse des Staates. Ferner wurde noch ein Antrag eingebracht, wonach ein parlamentarischer Ausschuß aus Mitgliedern beider Kammern eingesetzt werden soll, der der Regierung beratend zur Seite stehen soll. Die Redner der verschiedenen Parteistellungen und Berufe waren darin einig, daß vor allem in der Kartoffelversorgung noch viel fehle und viel verkehrt gemacht worden sei. Der Minister des Innern Graf Vitztum erklärte, daß manche seiner Anträge im Bundesrat unter den Tisch gefallen seien, es sei auch bei der Eile, mit der manche Dinge erledigt werden mußten, nicht immer möglich gewesen, sich mit den anderen Regierungen ins Einvernehmen zu setzen. Obwohl ferner der Reichskanzler und die Regierungen der Einzelstaaten Sachsen als Zuschußgebiet anerkannt und ihm das Recht zugebilligt hätten, Lebensmittel aus ihren Gebieten zu beziehen, seien doch vielfach von untergeordneten Stellen Schwierigkeiten gemacht worden, woraus sich ein großer Teil der Schwierigkeiten in Sachsen erkläre. Die sächsische Regierung habe aber überall mit dem gebotenen Nachdruck Schritte getan und werde dies auch weiter tun, so daß eine Abhilfe zu erwarten sei. Ferner erklärte sich der Minister mit der Schaffung des erwähnten parlamentarischen Beirates einverstanden, der denn auch einstimmig angenommen wurde.

Fremdenblatt Abendbl.
12. II. 1916

Die Approvisionierung in der Türkei.

K. Konstantinopel, 11. Februar. Um die Versorgung der Hauptstadt und der Provinz mit Lebensmitteln zu sichern und zu regulieren und um eine Herabsetzung der Lebensmittelpreise herbeizuführen, hat der Minister des Innern der Kammer einen dringenden Gesetzentwurf unterbreitet, womit die Regierung ermächtigt wird, dem Kriegsministerium einen Vorschuß im Betrage von einer halben Million Pfund zu gewähren, der als flüssiges Kapital dazu dienen soll, Lebensmittel anzukaufen, kostenlos zu versenden und an die Gemeinden zu verteilen, die sie der Bevölkerung selbst zu einem niedrigen Preise verkaufen werden. Die Differenz soll durch einen in das Budget des Finanzministeriums eingestellten Sonderkredit gedeckt werden. Die bei den Verkäufen eingenommenen Gelder sind wieder an das Kriegsministerium abzuführen, das den Fonds von einer halben Million bis zum Ende des Krieges zu verwalten haben wird.

Die Kammer nahm den Entwurf an. Man verspricht sich von ihm eine wesentliche Besserung der Approvisionieungsverhältnisse der Türkei.

Hamburger Fremdenblatt 13./II.1916.

Aus dem Beirat für Volksernährung.

wb. Berlin, 12. Februar. (Drahtbericht.) In der heute abgehaltenen Sitzung des Beirates für Volksernährung wurden zunächst einige Fragen aus dem Geschäftsverkehr einzelner Kriegsgesellschaften erörtert. Dann wurde die Kaffee- und die Kakaoversorgung besprochen. Schließlich kamen zur Verhandlung die Maßnahmen zur billigen Versorgung der Minderbemittelten mit Brennholz und die Maßnahmen für die rechtzeitige und ausgiebige Versorgung des Volkes mit Speisekartoffeln im nächsten Winter.

Frankfurter Zeitung
13. II. 1916

137 13

Volksernährungsfragen im hessischen Landtag.

R **Aus Hessen**, 11. Febr. In einer Sitzung des sogenannten Kriegsausschusses der hessischen Zweiten Kammer machte die Regierung nähere Angaben darüber, wie sie der Gefahr einer allzugroßen Verminderung der Viehbestände des Landes entgegenzuwirken gedenke. Als vorläufige Maßregel ist ein Ausfuhrverbot sowie ein Verbot des Schlachtens von zur Aufzucht geeigneten Tieren erlassen. Beide Verbote sollen jedoch in Kürze durch eine in Gemeinschaft mit der preußischen Regierung geplante Syndizierung des Viehhandels ersetzt werden. In dem Beirat dieser Zwangsverbände sollen auch die größeren Städte vertreten sein. Die in manchen Kreisen beobachteten übermäßigen Hausschlachtungen hatten Anlaß zu einem Verbot der Hausschlachtungen durch einzelne Kreisämter gegeben. Dieses Verbot kam viel zu spät und hatte die Wirkung, daß nun erst recht noch rasch alle nur halbwegs schlachtreifen Tiere abgeschlachtet wurden. Die Regierung wurde gebeten, die Kreisämter zu veranlassen, daß sie die Hausschlachtungen in dem gleichen Umfange wie in 1914 genehmigen und von der Erhebung eines Stempels für die Erlaubniserteilungen absehen könnten. Sehr scharf wurden auch die nachträglichen Preiserhöhungen für Kartoffeln sowie für Hafer und Gerste verurteilt, nachdem früher amtlich versichert worden war, solche Erhöhungen seien nicht zu erwarten. Die Folge wird sein, daß die Landwirte in Zukunft mit ihren Vorräten zurückhalten und amtlichen Versicherungen keinen Glauben mehr schenken. Die Regierung wurde auch auf die Gefahr des Einstellens der Käsefabrikation in Hessen, insbesondere in den Hauptproduktionsgebieten in den Kreisen Groß-Gerau und Gießen, hingewiesen, die als Folge der wenig glücklichen Fassung der Höchstpreisbestimmungen für Käse zu befürchten ist. Die Regierung sagte Prüfung der Angelegenheit zu.

Die Zeit
13. II. 1916

Kommission zum Schutze der Konsumenten.

Die Kriegskommission für Konsumenteninteressen hielt kürzlich eine Sitzung ab, in der der Vertreter des Deutschen Kriegsausschusses für Konsumenteninteressen H. v. Gerlach sowie in Vertretung des Ministeriums des Innern Ministerialsekretär v. Horrak anwesend waren. Der deutsche Gast gab eine ausführliche Darstellung der ernährungspolitischen Maßnahmen und ihrer Wirkungen im Deutschen Reiche. Ferner wurden die Mittel besprochen, die den Ausbau der Konsumentenorganisationen in Oesterreich betreffen, sowie die Möglichkeit erörtert, in ernährungs- und handelspolitischen Fragen seitens der Konsumentenorganisationen der beiden verbündeten Staaten gemeinsam vorzugehen.

Arbeiterzeitung
13. II. 1916

Die Frauenversammlungen.

Seit Dezember haben fast dreißig Frauenversammlungen stattgefunden, die sich mit den hohen Lebensmittelpreisen, der durch den Krieg vermehrten Frauenarbeit und mit den bei der Erhöhung der Lebensmittelpreise zu geringen Unterhaltsbeiträgen beschäftigten. Es hat noch nie so gut besuchte Frauenversammlungen gegeben wie jetzt. In Bezirken, wo früher vierzig bis fünfzig Frauen kamen, sind Hunderte erschienen. Und nie hat man so viele weinende, schluchzende, bleiche und kümmerliche Frauen gesehen. Alles begreifen diese Frauen, daß man ihnen die Männer und die Söhne genommen hat, vor der Allgewalt des Krieges, den auszuschalten sie kein Mittel kennen, haben sie sich gebeugt; begreifen können sie aber nicht, daß der Krieg eine Gelegenheit sein soll zur Bereicherung einiger Tausender gewissenloser Menschen. Gegen Wucherer und Preistreiber ist den Frauen kein Mittel zu scharf; nicht zu fassen vermögen sie, daß sie selbst immer schwächlicher, ihre Kinder immer elender werden sollen, während ein paar tausend Leute reicher werden. Ueberall kam das heiße Verlangen nach Erhöhung der Unterhaltsbeiträge zum Ausdruck. Besonders die Forderung, daß die jüngeren Kinder denselben Betrag erhalten sollen wie die von acht Jahren an, liegt den Frauen am Herzen; sie hoffen auf die Entscheidung der Regierung. Die Versammlungen haben nicht nur in Wien stattgefunden, sondern auch in Städten und Orten von Niederösterreich; ebenso in Böhmen, wo in jeder einzelnen Versammlung zweihundert bis fünfhundert Frauen waren. In Steiermark haben ebenfalls Versammlungen getagt. Die letzte Versammlung war Mittwoch im Dreher-Saal auf der Landstraße. Es wurde über „Ernährungsfragen im Kriege" gesprochen. Einige hundert Frauen waren anwesend, von denen die meisten keinen guten Schuh mehr auf den Füßen hatten, weil es mit der Fußbekleidung ebenso beschaffen ist wie mit der Ernährung. Die Frauen saßen zwei Stunden in dem kalten Saale mit den nassen Füßen, manche ununterbrochen weinend, und hörten auf die Worte der Referenten, die berichteten, was alles bei der Regierung unternommen wurde, um in der Ernährungsfrage eine Besserung herbeizuführen und um die Erhöhung der Unterhaltsbeiträge zu erreichen. Es war 10 Uhr, als die Versammlung endete, und es schien, als würde die Mehrheit der Frauen ausharren wollen, bis die Entscheidung der Regierung über die Erhöhung der Unterhaltsbeiträge erfolgen würde.

In allen Versammlungen wurde auch über die Frauenarbeit gesprochen und darauf hingewiesen, daß man nur mit großer Besorgnis wahrnehmen könne, wie in immer größerer Zahl schwächliche, unterernährte Frauen nicht nur zwölfstündige Tagesarbeit, sondern ebenso lange Nachtarbeit verrichten. Die Eingaben des Frauenreichscomités an die Regierung sowohl in Sachen der Unterhaltsbeiträge als auch in der Frauenarbeit wurden überall mit großer Zustimmung begrüßt.

Fremdenblatt
13. II. 1916

Etwas für die Hausfrau.

Unsere Kriegskost.

Gisela Urban hat 290 neue Kriegskochrezepte mit außerordentlichem Verständnis für die herrschenden Wirtschaftsverhältnisse in einem Büchlein zusammengestellt und der offiziellen Kriegsfürsorge gewidmet. Das Buch kostet 1 Krone 60 Heller und bietet enorm viel. Wir werden gelegentlich auf die Rezepte eingehend zu sprechen kommen, heute sei nur gesagt, daß die Verfasserin über das — „Was die Hausfrau wissen und jetzt beachten soll" in praktischester Weise Aufschluß gibt. Frau Urban spricht in diesem ausgezeichneten Kochbuch über gute Erhaltung der eingeschafften Vorräte, über abwechslungsreiche, zeitgemäße, fleischlose Speisenfolge; sie gibt Anleitungen zu Verbesserungen in der Wirtschaftsführung und allgemeine Winke zur Ernährung. Gute Kriegsersatzspeisen findet man da, erprobte Seefischbehandlung, Restenverwendung, kurz alles findet sich in dem Büchlein, was nötig ist zur sparsamen und richtigen Kriegswirtschaft. Hoffentlich kaufen alle praktischen Frauen diese empfehlenswerten Ratschläge, die der offiziellen Kriegsfürsorge gewidmet sind. C. P.

Rezept von Frau S. R.

Paprikafisch ohne Fett. Man schneidet eine Zwiebel sowie Kartoffeln in feine Scheiben, legt in eine Pfanne zuerst die Zwiebeln, dann die Kartoffeln, bestreut den Fisch mit Salz und Paprika, legt ihn auf die Kartoffeln und gibt so viel Wasser darauf, daß der Fisch schwach bedeckt ist, und dünstet alles so lange, bis Kartoffeln und Fisch weich sind. Dann hebt man ihn vorsichtig auf die Schüssel und garniert ihn mit den Kartoffeln.

Frau Helene L.....er sendet uns wieder einmal eines ihrer Rezeptgedichtchen:

Schokoladekugeln.

Ihr nehmet von Mandeln und von Schokolade
12 Deka heraus aus der Speiselade
Und reibet (dazu sollen sie ja dienen)
Die beiden durch eure Reibmaschinen.

Dann mengt auch soviel Zucker darunter,
Schlagt auf dann zwei Eier, vorsichtig und munter
Davon wird das Eiweiß nur eingerührt,
Bis ihr dann die richtige Dicke spürt.

Dann waschet fein säuberlich eure Pfötchen,
Vergesset dies niemals, ihr lieben Mädchen,
Nachdem ihr auf einen Teller geschüttelt
Den bunten Zucker, in den ihr sie rüttelt.

Die Kügelchen, die in der Hand ihr gerollt,
Und dann an der Luft trocknen sollt —
Schickt sie — es freut sich damit jeder Held —
Den Soldaten als Liebesgabe ins Feld!

Helene L.....er.

Frankfurter Zeitung 14. II. 1916

Die Lebensmittelversorgung.

Die verschwundene Inlandsware. — Selbstschutz der Käufer. — Die Befugnisse der Kommunen.

N Berlin, 12. Febr. (Priv.-Tel.) Der halbamtliche „Nachrichtendienst für Ernährungsfragen" schreibt:

Seitdem die Höchstpreise für inländischen Käse eingeführt worden sind, ist dieses wichtige Nahrungsmittel an zahllosen Plätzen vollständig aus dem Kleinverkehr verschwunden. Plötzlich haben sämtliche Emmenthaler, Holländer und sonstige sogenannte Konsumkäse ausländische Herkunft erhalten und weisen demgemäß wesentlich höhere Preise auf, als die Bundesratsbestimmungen gewünscht haben. Nun werden die Preisprüfungsstellen und sonstigen Behörden dieser auffälligen Erscheinung, daß im Inland erzeugter Käse, insbesondere Tilsiter, sogenannter Schweizer und Holländer Käse einfach nicht mehr für das Publikum existiert, gewiß nachgehen. Wichtiger wäre es aber, vor allem würde es schneller zu dem gewünschten Erfolge, daß diese Käsesorten zu den Höchstpreisen zu haben seien, führen, wenn die Hausfrauen Selbstschutz üben wollten. Sie hätten es nur nötig, bis auf weiteres unter allen Umständen ausländischen Käse zurückzuweisen, bis eine Besserung der Marktlage sich einstellte. Bei einem solchen solidarischen Vorgehen der Käufer würden überraschend schnell die verschwundenen inländischen Sorten wieder zum Vorschein kommen und zum Höchstpreis abgegeben werden müssen.

Was hier der „Nachrichtendienst für Ernährungsfragen" schreibt, stimmt durchaus. Nur hätte die Notiz sich ruhig noch auf andere Lebensmittel erstrecken können. Es gibt seit der Festsetzung von Höchstpreisen nicht nur keinen inländischen Käse mehr, es gibt auch kein inländisches Schweinefleisch mehr und kein inländisches Gemüse. Alle diese wichtigen Lebensmittel sind mit einem Male vom Markte verschwunden, und die Ueberheblichkeit gewisser großstädtischer Handelskreise geht sogar so weit, daß sie offen erklären, sie hätten wohl inländische Ware, aber sie dächten nicht daran, sie zu den festgesetzten Höchstpreisen zu verkaufen. Die halbamtliche Stelle gibt den Rat, die Hausfrauen sollten Selbstschutz üben und sollten so lange die ausländischen Waren nicht kaufen, bis zu den festgesetzten Höchstpreisen inländische Waren verkauft würden. Das ist ein Rat vom grünen Tische aus gegeben. Dann bekommen eben die Hausfrauen garnichts! Einen Selbstschutz können allerdings die Hausfrauen üben, und wir müssen mit Bedauern feststellen, daß er meistens nicht ausgeübt wird. Sobald sie irgendeinen Anhalt haben, daß gewisse Händler wohl inländische Waren besitzen, sie aber nicht abgeben, oder gar inländische Waren zu den teuren Preisen für Auslandswaren verkaufen, müssen sie sofort bei dem nächsten zuständigen Polizeirevier Anzeige erstatten. Wenn erst einmal eine Reihe von Händlern zu empfindlichen Strafen verurteilt sein wird, wird sich wohl eine Besserung zeigen. Um aber diese Besserung zu erreichen, müssen die Konsumenten mithelfen und dürfen sich von dieser Hülfe auch nicht abschrecken lassen durch das Bedenken, sie könnten in den Ruf eines Denunzianten kommen. Mit diesen Anzeigen spielen sie nicht die Rolle eines Denunzianten, sondern sie erfüllen eine vaterländische Pflicht. Aber das ist ein kleines Mittel.

Wir beobachten schon seit langer Zeit, daß das für die Durchführung der Bundesratsverordnungen in Preußen zuständige Ressort, denn das Reich besitzt keine Ausführungsorgane, sich mit so wenig Energie der Sache annimmt. Es scheint bei den ausführenden Organen eine starke Gleichgültigkeit diesen Dingen gegenüber zu herrschen. Das preußische Ministerium des Innern müßte dafür sorgen, daß gewisse Städte, die ihre vaterländische Pflicht nicht richtig erkannt zu haben scheinen, von den Befugnissen Gebrauch machen, die ihnen zu einer angemessenen Versorgung ihrer Bürger mit Lebensmitteln gegeben sind. Niemand würde dem preußischen Ministerium des Innern den Vorwurf machen, daß es den Städten das Recht der Selbstverwaltung verkümmere, wenn es mit etwas mehr Energie säumige Kommunalbehörden an ihre Pflicht mahnte. Denn leider muß gesagt werden, daß es eine ganze Reihe größter und allergrößter Kommunen gibt, die die Zügel bei der Lebensmittelversorgung schleifen lassen. Wir wollen nicht untersuchen, welche Gründe dabei bestimmend wirkten, aber wir wollen daran erinnern, daß die Kommunen das Recht haben, mit aller Entschiedenheit gegen die Händler vorzugehen, die in der jetzigen schweren Zeit ihren Egoismus über das allgemeine Interesse stellen und die so verfahren, wie es eingangs geschildert ist. Wir wollen weiter daran erinnern, daß die Kommunen das Recht haben, die Versorgung ihrer Bevölkerung unter Ausschaltung pflichtvergessener Händler selbst in die Hand zu nehmen. Trotzdem der Staatssekretär Delbrück in seiner letzten Rede im Reichstage, wo er das ganze Programm unserer Lebensmittelversorgung im Zusammenhang entwickelte, die Kommunen an ihre Pflicht erinnert hat, haben doch Gemeinden, bei denen offensichtliche Mißstände bestehen, bis heute noch nicht die Kraft aufgebracht, die Zustände zu ändern. Sie sind mit Ausflüchten leicht bei der Hand und glauben genug getan zu haben, wenn sie sagen, das Reich muß für alle sorgen. Um der Allgemeinheit die Möglichkeit zu geben, auf die säumigen Kommunen zu drücken, wiederholen wir, was der Staatssekretär Delbrück in dieser Richtung in der Reichstagssitzung vom 11. Januar ausgeführt hat. Er sagte unter anderm:

Es wird zur Durchführung der Versorgung der Bevölkerung mit bestimmten Gegenständen des notwendigen Lebensbedarfs zu angemessenen Preisen den Gemeinden die Befugnis gegeben, den Handel zu reglementieren. Das heißt, sie können erstens für die Erzeuger und Hersteller solcher Gegenstände sowie für die Handel- und Gewerbetreibenden ihres Bezirks Vorschriften hinsichtlich des Betriebes, des Absatzes, des Erwerbs, der Preise und der Buchführung erlassen. Es ist also eine Gemeinde in der Lage, den Gemüsehandel — um ein Beispiel anzuführen — frei bestehen zu lassen; sie kann ihm aber in allen diesen Punkten ganz bestimmte Vorschriften geben. Wenn der Handel sich diesen Bestimmungen nicht fügt, ist die Gemeinde berechtigt, unter Ausschluß des Handels und des Gewerbes die Versorgung selbst zu übernehmen, eine Befugnis, von der in Deutschland eine ganze Reihe von Gemeinden mit Erfolg Gebrauch gemacht haben. Sie sind berechtigt, um diese Uebernahme durchzuführen, in die Verträge über Lieferung solcher Gegenstände, die sie beim Handel vorfinden, einzutreten. Die Gemeinden sind berechtigt, die ausschließliche Versorgung gemeinnützigen Einrichtungen oder bestimmten Handel- und Gewerbetreibenden zu übertragen. Er ist — ich möchte das besonders betonen — sehr wohl möglich, daß eine Gemeinde, die einen derartigen Betrieb nicht selbst übernehmen will, ihn einem Konsumverein oder einem anderen gemeinnützigen Verein innerhalb ihres Bezirkes überträgt und ihm die erforderlichen Vorschriften hinsichtlich des Betriebes macht. Endlich sind die Gemeinden in der Lage, ganz allgemein eine Regelung des Verbrauchs eintreten zu lassen. Von diesen Befugnissen Gebrauch zu machen, müssen die Gemeinden sich in allen denjenigen Fällen entschließen, wo die Verschiedenartigkeit der örtlichen Produktionsbedingungen, die Mannigfaltigkeit der Formen des Handels und der Versorgung des betreffenden Marktes, sei es aus dem Inlande, sei es aus dem Auslande, einer zentralen Regelung durch den Bundesrat oder das Reichsamt des Innern entgegenstehen. Sind aber erst lokale Regelungen durchgeführt, so wird sich wahrscheinlich sehr bald die Möglichkeit eines weiteren Zusammenschlusses oder einer allweiligen Zentralisation finden.

Dann wies der Staatssekretär darauf hin, daß die Gemeinden befugt sind, die gesamten Vorräte, die sich innerhalb ihres Bereiches, namentlich in der Hand des Handels befinden, zu enteignen.

Auch diese Befugnis (so fuhr er fort) ist von größter Wichtigkeit. Es wird sich nicht vermeiden lassen, daß in diesem oder jenem Fall, z. B. bei der Kartoffelversorgung, in einer Gemeinde vorübergehend eine Knappheit eintritt. In solchen Fällen soll die Gemeinde ohne weiteres eingreifen und sich jedenfalls vorläufig in den Besitz der Bestände setzen, die sie braucht, um die Bevölkerung zu versorgen. Es kann aber auch, wenn die Gemeinde selbst die Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung mit Kartoffeln in die Hand genommen hat, notwendig werden, die Konkurrenz und die Quertreibereien des Handels auszuschalten. In solchen Fällen muß die Gemeinde entschlossen herangehen und den Handel, wenn sie ihn nicht ganz ausschalten will, jedenfalls so reglementieren, daß er sich den öffentlichen Interessen anpaßt und unterordnet, die die Städte mit ihren Einrichtungen zur Versorgung der Bevölkerung vertreten.

Diese Befugnisse, die den einzelnen Gemeinden zustehen, können auch Kommunalverbänden übertragen werden. Die Landeszentralbehörden können aber auch die Funktionen selbst übernehmen. Diese Bestimmungen sind aus den verschiedensten Gründen wichtig. Sie geben einmal die Möglichkeit, größere Organisationen, als sie die Gemeinde in gegebenen Fällen schaffen kann, ins Leben zu rufen. Sie geben aber auch der Aufsichtsbehörde die Möglichkeit, bei einer Gemeinde durchzugreifen. Wenn also eine Gemeinde sich weigert oder unfähig ist, die Versorgung der Bevölkerung z. B. mit Kartoffeln durchzuführen und sicherzustellen, so kann die Aufsichtsbehörde von den Befugnissen der Gemeinde Gebrauch machen und ihrerseits einen gemeinnützigen Verein mit der Aufgabe, die die Gemeinde zu erfüllen außerstande oder nicht willens war, betrauen. Es haben endlich durch die Verordnung die Landeszentralbehörden die Möglichkeit gewonnen, zwangsweise den Handel für den Umfang eines Bundesstaates oder für Teile desselben zu organisieren. Diese Bestimmung ist von der größten Bedeutung, z. B. bei der Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch. Wenn es gelingt, die Produzenten von Fleisch provinzweise zu organisieren und sie in unmittelbare Geschäftsverbindung mit den Städten zu bringen, so werden wir eines großen Teiles der Schwierigkeiten, die mit der Festsetzung von zentralen Höchstpreisen und dergleichen verbunden sind, überhoben sein.

Wir haben die Darlegungen ins Gedächtnis zurückrufen wollen, um der Allgemeinheit die Möglichkeit zu geben, bei den zuständigen Stellen auf die vielfach fehlende Anwendung zu bringen.

Neue Freie Presse Abendbl.
15./II. 1916

Schwere Getreideteuerung in England.

Berlin, 14. Februar.

Die Getreidepreissteigerung in England erreicht eine bisher nicht dagewesene Höhe. Nach den „Times" vom 10. Februar wurden für Manitobaweizen Nr. 1 am 9. Februar auf der Londoner Börse 73 Schilling 6 Pence per Quarter bezahlt. Damit wurde der höchste Preisstand, den ausländischer Weizen auf dem Londoner Markte erreichte, nämlich 73 Schilling am 8. Mai 1915, überschritten. Diese Tatsache verdient besondere Beachtung. Hatte man doch damals in England erwartet, daß eine derartige Preisstellung in Zukunft nicht wieder eintreten werde. Der obengenannte Preis von 73 Schilling 6 Pence per Quarter bedeutet einen Preis von ungefähr 345 Mark für die Tonne. In Berlin betrug am gleichen Tage der Weizenhöchstpreis 275 Mark, der Roggenhöchstpreis 235 Mark für die Tonne. An der englischen Preisentwicklung ist aber in letzter Zeit vor allem wieder die starke Spannung zwischen den Weizenpreisen in Nordamerika und dem Preise des amerikanischen Weizens in London bemerkenswert. Die Differenz betrug in letzter Zeit annähernd 28 Schilling per Quarter, das heißt zirka 130 Mark für die Tonne. Was dies bedeutet, kann man sich daran vergegenwärtigen, daß unser Zoll in Friedenszeiten 55 Mark für die Tonne beträgt, daß also die Differenz zwischen dem amerikanischen Preise und dem Preise in England heute zirka 135 Prozent höher ist als der Betrag des deutschen Weizenzolles in Friedenszeiten.

Vossische Zeitung

15./II. 1916.

Ernährungsfragen im Landtag.

7. Sitzung, Dienstag, 15. Februar, 12 Uhr.

Am Ministertisch: Sydow.

Das Haus ist gut besetzt. Die Tribünen sind überfüllt.

Zunächst erfolgt die Vereidigung der in das Haus neu eingetretenen Mitglieder, die den verfassungsmäßigen Eid noch nicht geleistet haben. Es sind dies die Abgg. v. Borcke (kons.), Frhr. v. d. Goltz (kons.), Dr. Herrmann (Vpt.), Hinzmann (Ztr.), Lorenz (Ztr.), Pauli (Ztr.), Pfeffer (freik.) und v. Schmiterlöw (kons.).

Es folgt die

zweite Lesung des Etats.

Beim Etat des Staatsministeriums findet eine Erörterung aller auf den Krieg bezüglichen allgemeinen Fragen wirtschaftlicher und politischer Natur statt.

Abg. **Dr. Holsch**-Neukirchen (kons.) erstattet eingehend Bericht über die Verhandlungen des Ausschusses zu den Ernährungsfragen. Die Landwirtschaft hat unter den schwierigsten Verhältnissen die Ernährung unseres Volkes sichergestellt. Wir können jetzt nach den neuesten Ergebnissen der Bestandsaufnahme der begründeten Zuversicht sein, daß wir bei rationeller Verteilung mit dem Brotgetreide ausreichen.

Wir müssen allerdings sehr haushälterisch umgehen und jeder Deutsche wird willig jedes Opfer tragen, denn durchhalten wollen wir doch alle. Der Redner bespricht Einzelfragen: Die kleinen Mühlen klagen über eine Bevorzugung der Großmühlen durch die Reichsgetreidestelle. Man sollte alles tun, um gerade die kleinen Mühlen lebensfähig zu erhalten. Die Kommission beantragt daher, die mittleren und kleinen Mühlen durch Mahlaufträge mehr als bisher zu unterstützen, um ihre wirtschaftliche Schädigung nach Möglichkeit hintanzuhalten. Bei der Beurteilung der Kartoffelverhältnisse muß doch berücksichtigt werden, daß wir es im Vorjahr mit einer verspäteten, verregneten Ernte zu tun hatten. Dazu kommt der Mangel an Arbeitskräften, die Transportschwierigkeiten usw. Von einzelnen Ausnahmen abgesehen, hat der Landwirt auch bei der Abgabe der Kartoffeln durchaus seine Pflicht getan, und nicht große Bestände aus Gewinnsucht zurückgehalten. Ein vermehrter Rübenanbau wäre an sich wünschenswert. Aber gerade die besten Arbeitskräfte hierfür stehen im Heeresdienst. Die Gemüsehöchstpreise waren zuerst viel zu niedrig festgesetzt und bedrohten den deutschen Gemüsebau geradezu mit Vernichtung. Erst nach 2½ Monaten entschloß man sich zur Aenderung.

*

Vielfach war erwartet worden, daß im Abgeordnetenhause heute große Dinge geschehen würden. Man dachte, daß die Vorgänge der letzten Tage, die Veröffentlichung des Beschlusses des Haushaltsausschusses und die Antwort darauf in der „Nordd. Allg. Ztg." irgend einen Niederschlag in den Verhandlungen des Hauses finden würden, vielleicht in Erklärungen, die zu Anfang der Sitzung abgegeben werden würden. Allein nichts dergleichen geschah. Ja, man geht sogar wohl nicht fehl in der Vermutung, daß auch weiter nichts geschehen, daß vielmehr das Haus von seiner Plenardebatte über die Angelegenheiten der auswärtigen Politik Abstand nehmen werde. Eine endgültige Entscheidung darüber wird allerdings voraussichtlich erst in der morgigen Sitzung des Seniorenkonvents getroffen werden. Die Verhandlungen des Hauses lenkten heute gleich in die Bahnen der Tagesordnung ein, auf der — nach der Beeidigung der neu eingetretenen Mitglieder — die zweite Beratung des Etats des Staatsministeriums stand. Von den fünf Berichterstattern, die dafür vorgemerkt sind, nahm zuerst der konservative Abgeordnete Hoesch das Wort, der sich in eingehenden stundenlangen Ausführungen über die landwirtschaftlichen Fragen verbreitete.

Fortschrittliche Anträge.

Zu den Ernährungsfragen beim Etat des Staatsministeriums hat die Fraktion der Fortschrittlichen Volkspartei im Abgeordnetenhaus folgende Anträge eingebracht:

1. Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: an die Königliche Staatsregierung das Ersuchen zu richten, rechtzeitig die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um das Brotgetreide aus der kommenden Ernte wirksamer als bisher gegen Verfütterung zu sichern, um — unter tunlichster Erhöhung der Brotration — eine möglichst große Menge Brotgetreide für die Volksernährung bereitstellen zu können.

2. Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: der Nr. VIII des Antrages Drucksache Nr. 67 folgende Fassung zu geben: Die Königliche Staatsregierung wird ersucht, Maßnahmen zu treffen, um durch Gewährung von Zuschüssen des Staates und Reichs die Kommunen und Kommunalverbände in die Lage zu versetzen, in Notfällen der minderbemittelten Bevölkerung, namentlich den Kriegerfamilien und Kriegshinterbliebenen, unentbehrliche Nahrungsmittel zu einem unter dem Erwerbspreise liegenden Preise zur Verfügung zu stellen.

An die Königliche Staatsregierung das Ersuchen zu richten, anläßlich der nächstjährigen Etatsberatung dem Hause der Abgeordneten eine Uebersicht darüber vorzulegen, 1. wo und in welchem Umfange in den Jahren 1915 und 1916 von den Bestimmungen der §§ 61, 62 und 63 der Jagdordnung vom 15. Juli 1907 Gebrauch gemacht ist, insbesondere wo und in welchem Umfange den Grundbesitzern, Pächtern und sonstigen Nutzungsberechtigten unter den in der Jagdordnung vorgesehenen Voraussetzungen das Recht zugesprochen ist, das in Frage kommende Wild (Schwarz-, Rot- und Elchwild) auf jede erlaubte Weise zu fangen, namentlich auch mit Anwendung des Schießgewehrs zu erlegen, 2. wo und in welchem Umfange in der Kriegszeit auf Eigenjagdbezirken — entsprechend dem Antrag 67 IV — zwangsweiser Abschuß von Hochwild herbeigeführt ist.

Die Zeit Abendbl.
15. II. 1916

Kriegswirtschaftliche Maßnahmen in Ungarn.

Budapest, 14. Februar. (KB)

Das Amtsblatt veröffentlicht eine Regierungsverordnung über die Inverkehrsetzung von Gartensämereien und landwirtschaftlichem Saatgut, ferner eine Regierungsverordnung, wonach das Ausfuhr- und Durchfuhrverbot auf sämtliche größeren Hundegattungen ausgedehnt wird, sowie eine Regierungsverordnung, wonach Bierbrauereien und selbständige Malzfabriksunternehmungen ihre Bier- und Malzlieferungen, die in der Zeit vom 1. September 1915 bis 31. August 1916 zu leisten wären, nur zur Hälfte des vertragsmäßigen Quantums zu leisten verpflichtet sind.

Ferner gelangt eine Verordnung des Honvedministers über die Dienstverhältnisse der Angestellten jener Unternehmungen, die zur Fortsetzung ihres Betriebes auf Grund der Ausnahmsverfügungen zu Kriegszwecken verpflichtet sind, zur Verlautbarung.

Vossische Zeitung

I. 145

16./II. 1916.

Ernährungsfragen im Abgeordnetenhaus

7. Sitzung, Dienstag, 15. Februar.

(Fortsetzung.)

In der zweiten Lesung des Etats wird beim Etat des Staatsministeriums die Erörterung der

Ernährungsfragen

fortgesetzt.

Abg. Dr. **Hoesch** (Kons.) als Berichterstatter fortfahrend: Die Schweinezucht muß durch billige Abgabe von Futtermitteln gefördert werden. In den Viehhandelsverbänden sollen die Produzenten, die Gemeinden, das Fleischerhandwerk und der legitime Handel Sitz und Stimme erhalten. Zur Bekämpfung der Butterknappheit hat die Regierung durchaus anerkennenswerte Maßnahmen ergriffen, die denn auch schon den Erfolg gehabt haben, daß die Buttereinfuhr auf die Dreifache der Friedenseinfuhr gestiegen ist. Bei der Herstellung von künstlichen Düngemitteln hat unsere Chemie Großartiges geleistet, ja sie hat das Unmögliche möglich gemacht. Es kann uns mit Stolz und Freude erfüllen, daß gerade deutsche Arbeit dies geleistet hat. (Beifall.) Wir bitten die Regierung, daß Kalkstickstoff und Ammoniak, soweit sie nicht zu Heereszwecken gewünscht werden, zu Düngungszwecken freigegeben werden, soweit dies mit den Bedürfnissen der Heeresverwaltung irgendwie vereinbar ist.

Der Redner schließt: Wie in politischen Fragen, so hat auch in wirtschaftlichen Fragen das Abgeordnetenhaus die Stimme des Volkes wiederzugeben. Von wenigen Ausnahmen abgesehen beherrscht die gleiche Grundstimmung das ganze preußische Volk, nämlich der eiserne Wille, in diesem gewaltigen Ringen bis zum siegreichen Ende durchzuhalten. Die Sorgen, die wir jetzt erleben, müssen wir ummünzen in Vertrauen auf uns selbst und in Vertrauen auf ein gerechtes Geschick der deutschen Nation. (Beifall.) Die gegenwärtige große Zeit wird stets ein Ruhmesblatt für unser Volk sein. Erreichen werden wir das Ziel, dem wir mit ruhiger Gewißheit entgegensehen, freilich nur nach harten Kämpfen und unter weitgehenden Einschränkungen. Auch die wirtschaftlichen Kämpfe mögen für uns alle unter dem Zeichen eines alten guten Bauernspruches stehen, der da lautet: Verzagen ist Unkraut, reißt es heraus! Nur Arbeit, nur Mut baut, ein herrliches Haus! (Lebhafter Beifall.)

Abg. **Hoff** (Vpt.): Der Berichterstatter verdient für seine große Arbeit die Anerkennung des ganzen Hauses. (Beifall.) 500 000 Quadratkilometer Landes, fast so viel, wie das Deutsche Reich groß ist, haben unsere tapferen Truppen dem Feinde abgenommen, und sie haben die Tore des Orients gesprengt. Wir können nun auch den Lebensmittelspielraum wesentlich erleichtern. Freilich bleibt die Frage der Volksernährung auch weiterhin ernst.

Wenn wir Kritik üben, so bedeutet das keinen Vorwurf gegen unsere Landwirtschaft. Ein Irrtum des Berichterstatters ist es, die erfreuliche Leistungsfähigkeit unserer Landwirtschaft erst von der Zeit der Einführung des neuen Zolltarifs ab zu datieren. Sie führt vielmehr zurück bis auf das Jahr 1892, so daß die Aufwärtsbewegung die Caprivische Periode mit umfaßt. (Hört! hört! links.) Die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion ist eben wesentlich eine Frage der Technik, der Düngung usw., und die erhöhten Zölle haben zu einer wesentlichen Steigerung nicht beigetragen. Die Behauptung, daß die sogenannte

bewährte Wirtschaftspolitik

das Vaterland gerettet habe, kann also durch Tatsachen nicht erhärtet werden. (Sehr richtig! links.) Das allzu reichliche Lob, das dieser bewährten Wirtschaftspolitik auch vom Ministertisch gespendet worden ist, beruht auf einer völlig falschen Auffassung der wirklichen Verhältnisse. Nicht nur bei den Erhebungen, über deren Ergebnisse man jetzt so mancherlei hört, sondern auch sonst ist gesündigt worden. Auf mich hat es großen Eindruck gemacht, als der Abg. Marx im Reichstage davon sprach, daß die Kartoffelversorgung im Westen einen Riß zwischen der ländlichen und der städtischen Bevölkerung erzeugte, der lange nicht zu schließen sein werde. Aber es wäre unrecht, die Landwirtschaft als Ganzes, als Gewerbe, für derartige Dinge verantwortlich zu machen. Im Gegenteil, wir erkennen an, was die Landwirtschaft, und was insbesondere auch die Frauen auf dem Lande unter den schwierigsten Umständen im Kriege geleistet haben.

Die Brotversorgung wurde durch die Umstände in mehr als einer Richtung ungünstig beeinflußt. Durch die Umwandlung der Kriegsgetreidegesellschaft in die losere Organisation der Reichsgetreidestelle ist die Kontrolle über die Einhaltung des Verbotes der Verfütterung von Brotgetreide eine laxere geworden. Dies hat auch Unterstaatssekretär Michaelis im Reichstage zugegeben. In unserer Kommission wurde ausgeführt, daß man es der Bauernfrau nicht verdenken könne, wenn sie ihrem hungernden Vieh Brotgetreide gibt. Menschlich ist das richtig, aber vom Standpunkte der Volksernährung sehr bedenklich. Es wäre außerordentlich gefährlich, wenn auch für die Bewirtschaftung der nächsten Ernte die Kontrolle nicht ausreichen würde.

Bei längerer Dauer des Krieges wird wohl eine

Umstellung unserer Ernährung

in dem Sinne notwendig werden, daß wir mehr zum direkten Verbrauch landwirtschaftlicher Produkte, wie Brot und Kartoffeln, übergehen, und uns im Konsum von Fleisch etwas mehr einschränken. Ich stimme hierin durchaus mit den vor einigen Tagen geäußerten Ansichten unseres Präsidenten, des Grafen von Schwerin-Löwitz, überein. Wenn das Brotgetreide erst den Umweg über den Tierkörper machen muß, um zur Menschennahrung zu werden, so gehen vielleicht 75 v. H. verloren. Wir haben zu Unterstaatssekretär Michaelis das Vertrauen, daß er im nächsten Jahr für ausreichende Kontrolle nach der Richtung sorgen wird, daß kein Brotgetreide verfüttert wird. Unter tunlichster Erhöhung der Brotration muß die Volksernährung sichergestellt werden. Wir haben einen Antrag nach dieser Richtung gestellt.

Sollte allerdings der Krieg es mit sich bringen, daß die Fleischnahrung dauernd auf das Niveau von 1870 zurückginge, so würde das den Ruin für unsere Landwirtschaft bedeuten, deren Aufschwung großenteils der wachsenden Konsumkraft des deutschen Volkes zuzuschreiben ist. (Zustimmung links.) Hätte man die Schweinepreise noch weiter steigen lassen, so wären unsere Bestände an Brotgetreide noch erheblich mehr angegriffen worden, als es der Fall war. Der Bundesrat darf also von seiner Politik nicht abgehen. Aenderungen könnten höchstens darin eintreten, daß die Besserbemittelten ruhig etwas mehr zahlen können, wenn dadurch billigere Preise für die Minderbemittelten erlangt werden können. Die

Mästung von Schweinen mit Staatshilfe

ist zu begrüßen. Die von den einzelnen Provinzialorganisationen festzusetzenden Fleischpreise müssen so ausgeglichen werden, daß eine unberechtigte Konkurrenz unter den einzelnen Provinzen und Bundesstaaten im Handel mit Schlachtvieh ausgeglichen wird. Gegen die in Mecklenburg, Bayern und Hessen erlassenen Ausfuhrverbote für gewisse Lebensmittel erheben wir entschiedensten Widerspruch. Sie müßten die Versorgung unserer Großstädte und Industriebezirke gefährden. (Sehr wahr! links.)

Bei der Kartoffelversorgung ist nicht immer mit der Planmäßigkeit und Umsicht verfahren worden, die die Not der Zeit erfordert. Die 44 Millionen Tonnen Kartoffeln sind von der Reichskartoffelstelle nicht wirklich so wie von einem guten Hausvater verwaltet worden. Wenn auch unser in der Kommission gestellter Antrag auf teilweise Beschlagnahme der Kartoffeln abgelehnt wurde, so genügt uns doch die von der Kommission beschlossene Aufforderung an die Regierung, nötigenfalls die Kartoffelversorgung durch rechtzeitige Sicherstellung der erforderlichen Mengen unter Wahrung der Wirtschaftsinteressen der Produzenten zu gewährleisten. Hoffentlich gelingt es durch einheitliches Zusammenwirken, die Schwierigkeiten zu beseitigen. Höchst bedenklich ist es, daß der Kartoffelhöchstpreis jetzt um 1,25 M. pro Zentner erhöht ist. Was soll man von den Produzenten erwarten, wenn diejenigen, die in gutem Glauben oder aus Patriotismus ihre Kartoffeln billig abgegeben haben, sehen müssen, daß diejenigen, die damit zurückgehalten haben, vom Staate prämiiert werden? (Sehr richtig! links.) Der Möglichkeit der Verfütterung beugt auch die Preiserhöhung nicht vor. Wir werden den Zentrumsantrag, daß die Höchstpreise für Kartoffeln bis zum Frühjahr nicht, und nachher höchstens um einen dem Schwund entsprechenden Betrag heraufgesetzt werden dürfen, zustimmen. Wir beantragen weiter, den Kommissionsbeschluß dahin abzuändern, daß die durch Erhöhung der Kartoffelhöchstpreise den Gemeinden entstehende Mehrbelastung nicht zu einem Teil, sondern ganz auf Staat und Reich übernommen werde. Brot und Kartoffeln, diese notwendigsten Lebensmittel, müssen im Preise so gestellt werden, daß sie auch von den Minderbemittelten gekauft werden können. Ganz entschieden wenden wir uns gegen die Ausnahme, die die Kommission für „feine Speisekartoffeln" vorsieht. Werden für solche Kartoffeln höhere Preise zugelassen, so wird eben alle Welt nur noch „feine Speisekartoffeln" kaufen können. (Sehr richtig! links.) Die Erfahrung des Vorjahres mit den Saatkartoffeln sollten doch wirklich schrecken. Wenn in der Verordnung irgendeine Ausnahme gemacht wird, so wird es nur noch Kartoffeln dieser Ausnahmesorte geben, und eine völlige Desorganisation des Kartoffelmarktes wäre die Folge. (Sehr richtig! links.)

Die Einschränkung des Rübenbaues war ein Fehler und wir unterstützen alle Bestrebungen, den Zuckerrübenanbau wieder auf die alte Höhe zu bringen. Der Erhöhung des Rohzuckerpreises haben wir nur zugestimmt, um zu einem erweiterten Anbau anzuregen. Eine Erhöhung der Konsumpreise für Zucker darf auf keinen Fall eintreten. Der Gemüseanbau muß so gefördert werden, daß in der Praxis nicht einmal die Höchstpreise erreicht zu werden brauchen. Maßnahmen zur Bekämpfung des übermäßigen Wildschadens hat das Haus in seiner letzten Tagung einstimmig beschlossen. Die Regierung hat diesem Beschluß nicht die Beachtung geschenkt, die er verdient. Ich habe den Eindruck, als ob auf diesem Gebiete nicht energisch genug eingegriffen wird. (Sehr richtig! links.) Der Minister hat in der Kommission gesagt, ihm wären Klagen nicht zu Ohren gekommen. Nun die Kreise, die unter dem Wildschaden zu leiden haben, die Pachtbauern vor allem, dürfen sich über ihre Herren gar nicht beschweren. Wenn der Minister über die wahre Stimmung, die in weiten Kreisen über die Unterlassungssünden auf diesem Gebiet herrscht, richtig unterrichtet wäre, er würde sich eines besseren besinnen. Man hat in diesen Kreisen die Empfindung, als ob deshalb nicht ernsthaft eingegriffen wird, weil das Wohl des Vaterlandes dem Wohl der Standesherren untergeordnet wird. (Sehr richtig! links.) — Unruhe rechts.) Wir haben den Antrag eingebracht, die Regierung möge beim nächsten Etat uns eine Uebersicht darüber vorlegen, wo und in welchem Umfange 1915 und 1916 den Grundbesitzern, Pächtern und sonstigen Nutzungsberechtigten das Recht zugesprochen ist, Wild auf jede erlaubte Weise zu fangen, und wo und in welchem Umfange in der Kriegszeit auf Eigenjagdbezirken der zwangsweise Abschuß von Hochwild herbeigeführt ist.

Richtig ist, daß die Landwirtschaft über außerordentlich hohe flüssige Kapitalien verfügt. Ein einfacher Mann vom Lande schreibt mir, man merke in der Landwirtschaft nicht viel vom Kriege, man habe sehr viel zu tun und eine gute Einnahme. Wir

Vossische Zeitung
16./II. 1916.

Ernährungsfragen im Abgeordnetenhaus

freuen uns darüber, daß ein so wichtiger Beruf ohne erhebliche Schädigung aus diesem Kriege hervorgeht. Die Knappheit aber wird auch noch lange Zeit nach dem Kriege anhalten und die Landwirtschaft kann daher auch dann noch mit erhöhten Preisen rechnen. Ja, Professor Hans Delbrück steht sogar auf dem Standpunkt, die Preise nach dem Kriege würden so hoch sein, daß man

einzelne Zölle ruhig aufheben

könne. Wenn aber die Dinge so liegen, dann liegt keine Veranlassung vor, im Interesse einer ausreichenden Versorgung des Marktes die landwirtschaftliche Erzeugung durch besondere Zuschüsse noch zu fördern. Wir beantragen, den in Frage kommenden Antrag des Ausschusses, der diese Möglichkeit zuläßt, zu ersetzen durch das Ersuchen an die Regierung, Maßnahmen zu treffen, um durch Gewährung von Zuschüssen des Staates und Reiches die Kommunen und Kommunalverbände in die Lage zu versetzen, in Notfällen der minderbemittelten Bevölkerung, namentlich den Kriegerfamilien, und Kriegshinterbliebenen unentbehrliche Nahrungsmittel zu einem unter dem Erwerbspreise liegenden Preise zur Verfügung zu stellen. Wir verhehlen uns nicht, daß eine solche Maßnahme eine erhebliche Belastung der Kommunen mit sich bringen kann. Für den städtischen Grundbesitz hat die Regierung ganze zehn Millionen, die ein Tropfen auf dem heißen Stein sind, bereitgestellt. Andere Berufszweige erhalten gar nichts und es würde daher nicht verstanden werden, wenn nur die Landwirtschaft größere Summen erhalten würde. Wir wünschen eine baldige Erhöhung der Brotration und sind mit dem Grafen Westarp der Zuversicht, daß aus wirtschaftlichen Gründen der Krieg nicht einen Tag früher beendet zu werden braucht, als die politische und militärische Lage es erfordert. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. **v. Oertzen** (frk.): Das Problem: auf der einen Seite durch ausreichenden Verdienst die Produktion anzuregen, und auf der anderen Seite die notwendigen Produkte nicht zu stark im Preise steigen zu lassen, muß von uns gelöst werden. Ohne Zwangsmaßnahmen wird es aber nicht gehen. Die zu frühzeitige Erhöhung der Brotrationen war ein Fehler; man hätte damit warten sollen, bis man wußte, daß man dies würde dauernd beibehalten können. Den Schwerarbeitenden müssen Zusatzkarten gewährt werden, das geschieht auch, soviel ich weiß. In der Landwirtschaft wurden früher 80 v. H. der Kartoffeln und mehr verfüttert; wenn die Verfütterung nicht mit einem Schlage aufgehört hat, so kann man daraus nicht allzuschwere Vorwürfe herleiten, wenn man die landwirtschaftlichen Verhältnisse kennt. (Zuruf v. d. Soz.: In den Städten mangelt es an Kartoffeln.) Da müssen Sie sich an die Behörden wenden. (Zuruf: Das haben wir getan.) Fehlen die Kartoffeln als Futter, so muß passender Ersatz gewährt werden. Im übrigen stehe ich auf dem Boden der Ausschußbeschlüsse. (Beifall.)

Abg. **Westermann** (ntlb.): Als bekannt wurde, daß uns die Ernte zu vorsichtiger Regelung des Verbrauchs veranlaßt, entstand eine gewisse Mißstimmung zwischen Stadt und Land, zu der besonders die Stockungen in der Kartoffelzufuhr beitrugen. Die Ausschußverhandlungen haben mich aber in der Ueberzeugung bestärkt, daß wir durchhalten. Die Erhöhung der Brotration im Vorjahr verdient keinen Tadel. Die Differenz zwischen den einzelnen Bestandaufnahmen ist darauf zurückzuführen, daß an ihnen verschiedene Personen mitgewirkt haben; eine Absicht lag hier nicht vor. — An dem Auftreten eines Kartoffelmangels im vorigen Jahre war die zu spät erfolgte Regelung durch den Bundesrat schuld. Die Produzentenhöchstpreise hätten schon früher erhöht werden müssen, ohne daß deswegen die Kleinverkaufspreise hätten steigen müssen. (Lebhaftes Sehr richtig! rechts.) Dasselbe gilt vom Hafer. Die Sicherstellung der Kartoffelversorgung darf nicht auf die lange Bank geschoben werden, wir schrecken nötigenfalls auch vor der Beschlagnahme der für die Volksernährung nötigen Kartoffelmenge nicht zurück. Die Saatkartoffeln sind zu teuer, erschwert die notwendige Erweiterung des Kartoffelbaues. Bedauerlicherweise hat die holländische Konkurrenz im letzten Jahrzehnt den Gemüsebau im Westen ungünstig beeinflußt; es sind mancherlei Maßnahmen nötig, um hier Besserung zu schaffen. Den Erfolgen der wissenschaftlichen Arbeit zur Bereitstellung neuer Futterstoffe sieht die Landwirtschaft mit größtem Interesse entgegen. — Die Förderung der Schweinehaltung ist eine unserer wichtigsten Aufgaben. Gegen die provinziellen Viehhandelssyndikate bestehen doch eine Reihe von Bedenken. Alle unsere Beschwerden erscheinen unseren Söhnen und Brüdern an der Front doch überaus gering.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch, 11 Uhr.

Schluß gegen 6 Uhr.

Die Zeit
16. Juli 1916

[Französische Lebensmittelpreise.] Die Teuerung in Frankreich nimmt immer größere Dimensionen an. Nicht nur Paris hat über die rapide Steigerung der Lebensmittelpreise zu klagen, auch die französische Provinz ist nicht besser daran. Dabei weichen die Preise in den einzelnen Städten recht namhaft voneinander ab. Das Kilo besten Rindfleisches kostet zum Beispiel in Calais (in Kronenwährung umgerechnet) 5.60, in Paris 4.60, in Toulouse 3.60, in Biarritz 4.20 Kronen. Für ein Kilo Kalbfleisch zahlt man in Calais 3.— bis 5.40 Kronen, in Paris 2.20 bis 4.70, in Toulouse 2.10 bis 3.90 in Biarritz 2.40 bis 3.60 Kronen. Hammelfleisch kostet in Calais 3.— bis 4.— Kronen, in Paris 1.80 bis 4.40, in Toulouse 1.50 bis 3.50, in Biarritz 1.60 bis 2.50 Kronen. Für ein Kilo Butter zahlt man in Calais 5.— bis 6.— Kronen, in Paris 4.20 bis 6.20, in Morlaix aber nur 3.— bis 3.60 Kronen. Noch größer sind die Preisunterschiede beim Geflügel. Ein Paar Hühner kosten in Dijon bis zu 4 Kronen, in Alençon und Bordeaux 6.— bis 8.— Kronen, in Paris 4.20 bis 4.50 Kronen. In Calais aber muß man für ein Paar Hühner gar 20 Kronen opfern. Die Milchpreise bewegen sich zwischen 20 und 40 Heller pro Liter. Die Pariser Blätter kritisieren diese auffallenden, oft 100 Prozent erreichenden Preisunterschiede und sehen die Ursache dieser Erscheinung vor allem in der schlechten Organisation der Approvisionierung in Frankreich. Allgemein wird daher eine bessere Verteilung der Lebensmittel gefordert.

Kölnische Zeitung 16./II.1916.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

© Berlin, 15. Februar.

(Telegramm.)

Am Ministertisch Sydow. Frhr. v. Schorlemer.

Haus und Tribünen sind voll besetzt.

Präsident Graf **Schwerin** eröffnet die Sitzung um 12¼ Uhr. Einige neue Mitglieder werden vereidigt

Das Haus beginnt die **zweite Lesung des Etats** beim Etat des Staatsministeriums. Die umfangreichen Beschlüsse des Ausschusses haben wir bereits mitgeteilt.

Die Volksversorgung.

Berichterstatter **Hösch**-Neunkirchen (kons.) verbreitete sich über die wirtschaftlichen Fragen in mehrstündiger Rede im Sinne der frühern Berichte aus dem Ausschusse. Die Versorgung mit tierischen Erzeugnissen, Fleisch- Fett, Milch und Butter kann nicht durch Verteilung allein geregelt werden. Sie muß vor allem durch Förderung der Produktion sichergestellt werden. Der jährliche Fleischverbrauch Deutschlands ist von 1890 bis 1910 um 77 Prozent angewachsen. Diese Menge ist von keinem andern Lande Europas erreicht. Bis auf einen Restbetrag von 4 bis 6 Prozent ist diese Konsummenge in Deutschland selbst erzeugt worden. Hierzu war nicht nur eine wesentliche Steigerung unserer Bestände nötig, sondern es mußte auch eine außerordentliche Veredlung unserer Viehbestände stattfinden. Stellen wir die jährliche Leistung unserer Viehbestände danach zusammen, was sie uns an Milch, Milchprodukten, Fleisch, Fett, Blut, Häuten, Wolle, Haaren, aber auch an Arbeitsleistungen im landwirtschaftlichen Betriebe bringen, so kommen wir auf rund 10 Milliarden Mark. Es war ein **Mangel in der Vorbereitung auf einen Weltkrieg**, daß wir weder wirtschaftspolitisch, noch betriebstechnisch die Erzeugung der nötigen Rohstoffe für eine solche Produktion im Binnenlande sichergestellt haben. Es muß vor der Ansicht gewarnt werden, als könne man von unsern Viehbeständen nur immer nach Gutdünken verzehren. Bei Eingriffen in die Marktverhältnisse muß die größte Vorsicht walten, sonst darbt schließlich der Verbraucher, während reichliche Ernährungsquellen noch im Lande sind. Unsere Getreidevorräte sind ausreichend. Die unzutreffenden Ernteschätzungen vom November dürfen nicht der Landwirtschaft zur Last gelegt werden. Es handelte sich um Taxen. So war in dem durch die Presse als pflichtvergessen gegeißelten Falle des Kreises **Stendal** die Schätzungsdifferenz nur 7 Prozent. Selbst ein Künstler im Schätzen kann das nicht verhindern. Wenn die Landwirtsfrauen eine Kriegsverordnung übertreten, so geschieht es nicht aus Schlechtigkeit, sondern um das Vieh nicht verhungern zu lassen. Die kleinen **Mühlen** werden immer noch zu sehr bei der Ausmahlung vernachlässigt. Von einer schärfern Ausmahlung würden sie verschiedene Vorteile haben. Die deutsche Landwirtschaft hat ihre volle Pflicht getan. Sie hat die größten Hektarerträge von allen Ländern der Welt zu verzeichnen. Das Erreichbare ist trotz aller Erschwernisse erreicht worden, trotz Verspätung, Verrechnung, Mangel an Arbeiten und Gespannen. Größer als je waren die Kartoffelverfrachtungen vom Osten nach dem Westen. Die Maßnahmen der **Regierung** ließen eine glückliche Hand vermissen. Obwohl die Regierung ersucht worden war, die Grundsätze für die Behandlung der neuen Ernte so zeitig zu veröffentlichen, daß die Beteiligten rechtzeitig über ihre Pflichten und Rechte unterrichtet waren, erschien die erste Bundesratsverordnung, als die Ernte nahezu beendet war. Durch die in der Folge schwankende und **wechselvolle Haltung** ist **Unruhe** und **Erbitterung** in die Kreise der Erzeuger und Verbraucher getragen worden. Bei den niedrigen Speisekartoffelpreisen und den hohen Schweinefleischpreisen ist es für den Landwirt verlockender, die Kartoffeln zur Schweineaufzucht zu verwenden. Von großer Wichtigkeit ist es, daß wir auch **nach** dem Kriege unsere Bedürfnisse aus eigener Kraft für lange Jahre decken können. Das gilt ebenso für unsere Industrie wie für unsere Versorgung mit Lebensmitteln. Die Betriebsunternehmer können ihre Betriebe aber nur aufrechterhalten, wenn sie mit angemessenen Preisen für ihre Erzeugnisse rechnen können und nicht eines Tages vor der Gefahr des Zusammenbruches stehen. Unser wirtschaftlicher Kampf muß unter dem Zeichen stehen: **Verzagen** ist Unkraut — reißt es heraus! Nur **Arbeit**, nur **Mut** baut ein herrliches Haus. (Lebhafter Beifall.)

Hoff (fortschr. Vp.): Ungeahnte Anforderungen hat der Krieg an uns gestellt; ungeahnt sind aber auch die Leistungen des deutschen Volkes. Unvergänglicher Ruhm und unauslöschlichen Dank haben sich **unsere Krieger im Felde** erworben. (Lebhafter Beifall.) Diesen Leistungen stehen aber die Leistungen daheim würdig zur Seite. (Sehr richtig!) Aber alle unsere Entbehrungen hier zu Hause reichen nicht an die Entbehrungen unserer Truppen draußen im Schützengraben heran. (Zustimmung.) 500 000 Quadratkilometer feindlichen Landes sind von uns und unsern tapfern Verbündeten besetzt. Die Tore des Orients und des Balkans sind gesprengt. Wir dürfen aber deshalb nicht die wirtschaftlichen Fragen auf die leichte Schulter nehmen. Uns stehen Lebensmittel weder in der Güte noch in der Menge wie bisher zur Verfügung. Wir müssen unsere ganze Ernährung darauf einstellen. Die deutsche **Landwirtschaft** steht in bezug auf die Erzeugung an erster Stelle in der Welt. (Beifall.) Ihre Leistungsfähigkeit rührt aber nicht erst aus der Zeit des Zolltarifs her, sondern die Wurzeln ihres Aufschwunges liegen schon in der Zeit der Caprivischen Wirtschaftsperiode. (Sehr richtig! Links.) Der Landwirtschaft in ihrer Gesamtheit darf man nicht den Vorwurf machen, daß sie Wucher und Zurückhaltung getrieben hat. Aber hier und da ist gesündigt worden. Namentlich die Vorschriften über die Verfütterung von Brotgetreide sind leider nicht immer mit der nötigen Gewissenhaftigkeit durchgeführt worden. Die verantwortlichen Stellen müssen ernsthaft prüfen, ob man die losere Form der Reichsgetreidestelle bestehen lassen oder die straffere Form der Kriegsgetreidegesellschaft wieder aufnehmen will. Deshalb beantragen wir: die Regierung zu ersuchen, rechtzeitig die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um das **Brotgetreide** aus der kommenden Ernte wirksamer als bisher **gegen Verfütterung** zu sichern, um unter tunlichster Erhöhung der Brotrationen eine möglichst große Menge Brotgetreide für die Volksernährung bereitstellen zu können. Wir müssen während des Krieges unsern Fleischverbrauch einschränken, aber hoffentlich können wir im Frieden bald wieder die alte Höhe des Fleischverbrauchs erreichen. Je höher die Fleischpreise sind, desto größer ist der Anreiz zur ungesetzlichen Verfütterung des Brotgetreides. Deshalb dürfen die **Fleischpreise** nicht zu sehr in die Höhe gehen. Allerdings sollte man die Preise nicht schematisch gleichmachen, sondern für die guten Stücke können gern höhere Preise genommen werden, damit die andern Stücke den Minder-

bemittelten zu billigern Preisen abgegeben werden können. Gegen die **Ausfuhrverbote einzelner Bundesstaaten** müssen wir entschiedensten Widerspruch erheben. (Zustimmung.) Nun

die Kartoffelversorgung!

Wir haben eine Rekordernte von 54 Millionen Doppelzentnern. Leider hat aber die Reichskartoffelstelle sie nicht als guter Hausvater verwaltet. So darf das nicht weiter gehen! (Lebhafte Zustimmung links.) Die Erhöhung der **Kartoffelpreise** halten wir für sehr bedenklich, sie sind eine Prämiierung für die Zurückhaltung der Kartoffeln. (Sehr richtig.) Das Zentrum hat einen Antrag eingebracht, der sich gegen eine Heraufsetzung der Kartoffelhöchstpreise wendet, soweit sie nicht durch Schwund nötig wird. Diesem Antrage stimmen wir zu. Für die Fehler, die in der Kartoffelversorgung vom Reiche gemacht sind, darf man **nicht die Gemeinden verantwortlich** machen. Die Kartoffelhöchstpreise müssen lückenlos Platz greifen. Die Geldlage der Landwirtschaft ist gut. Nach dem Kriege werden die Preise auf Jahre so gut sein, daß die Landwirtschaft mit ihren eigenen Einnahmen ihre Kriegsschäden reparieren kann. Wirtschaftlich halten wir jedenfalls durch. (Beifall.)

v. Oertzen (fr.-kons.) Die Förderung der Produktion kann nur durch Preiserhöhungen geschehen, die den erhöhten Erzeugungskosten entsprechen. Aber die Preise dürfen nicht unerschwinglich für den Verbraucher werden. Der staatliche Zwang wird leicht zum zweischneidigen Schwert. Die Zwangsmaßregeln dürfen den Krieg nicht überdauern. Die Schätzung der **Getreidebestandserhebung** geschah, als es zum Teil noch unausgedroschen war. Wenn sie niedriger ausfiel, so liegt das auch daran, daß man unbedingt sicher sein wollte, daß nicht nachher Ausfälle sich herausstellten. In einzelnen Gegenden war die Ernte auch wirklich schlecht. Der Landwirtschaft kann man keinen Vorwurf daraus machen, daß sie Kartoffeln verfüttert hat. Die Bestimmungen waren ja so unklar. Die vielfachen Klagen über einen zu großen Wildbestand und den dadurch hervorgerufenen Schaden in den Saaten sind doch wohl etwas übertrieben. Jedenfalls geht der Antrag, in Revieren mit großem Wildbestand einen zwangsweisen Abschuß herbeizuführen, uns zu weit.

Westermann (nl.) Zunächst schien es, als ob wir eine sehr gute Ernte bekommen würden. Man erhöhte in den Städten die Brotrationen und achtete nicht mehr so genau auf die gesetzlichen Bestimmungen. Auf dem Lande sah man bald, daß wir höchstens eine Mittelernte haben würden, und so entstand eine gewisse Mißstimmung zwischen Stadt und Land. Die Verhandlungen in der Kommission haben auch mich überzeugt, daß wir durchhalten können. Aber es ist notwendig, die **Bestimmungen** über die Brotrationen und die Futtermittel genauer als bisher zu befolgen. Auch die Kartoffelversorgung kann nicht so weiter gehen wie bisher. Der Unterschied zwischen der Ernteschätzung und der Bestandserhebung beruht wohl zum großen Teil darauf, daß beide von verschiedenen Personenkreisen vorgenommen sind. Jedenfalls muß ich entschieden bestreiten, daß Vorräte böswillig verschwiegen sind. Die Leute haben allerdings geglaubt, in ihren Angaben vorsichtig sein zu sollen. Die **Höchstpreisfestsetzung** der **Kartoffeln** ist den wirtschaftlichen Verhältnissen nicht gerecht geworden. Man wartete auf weitere Anordnungen aus Berlin. Diese blieben aus. Der Frost kam und viele Kartoffeln erfroren. Der Kartoffelhöchstpreis ist reichlich niedrig bemessen. Jetzt haben die Aufkäufer der Gemeinden das Recht erhalten, 1,20 ℳ über den Höchstpreis hinaus zu zahlen. Das halte ich für sehr bedenklich. Auch über den **Hafer** hören wir viele Klagen, vor allem darüber, daß jetzt der Haferpreis erhöht worden ist. Der Bedarf an Kartoffeln für die Volksernährung muß im Notfalle durch Beschlagnahme gedeckt werden. Die Gemeinden müssen dafür sorgen, daß die Kartoffeln auch wirklich zu dem Zwecke, zu dem sie bestimmt sind, Verwendung finden. Die Saatkartoffeln sind von den Höchstpreisen ausgenommen. Das hat zu einer Preistreiberei geführt, die letzten Endes den Kartoffelbau einschränken würde, wenn man nicht rechtzeitig dagegen einschreitet. Die Steigerung der Fleischerzeugung ist ein hoch anzuerkennendes Verdienst der deutschen Landwirtschaft. Die Bestandsaufnahme bei der **Viehzählung** ergab im allgemeinen ein günstiges Ergebnis, so daß wir hoffen dürfen, unsere Viehbestände zu erhalten. Die Festsetzung der Höchstpreise für Schweine in der erfolgten Art halte ich für höchst bedenklich. Der Weg, **provinzielle Viehhandelssyndikate** einzurichten, mag gangbar sein. Der Fleischverbrauch sollte auch weiter eingeschränkt werden. Mit Stolz blicken wir darauf, wie es unsern Chemikern gelungen ist, den **Stickstoffbedarf** für unser Heer und unsere Landwirtschaft herzustellen. Bezüglich der Gewährung von Staatsmitteln an Gemeinden für Heranschaffung von Lebensmitteln halte ich an dem Kommissionsbeschluß fest. Die Beschwerden des Krieges werden noch wachsen, aber sie erscheinen gering gegenüber denen, die unsere Krieger im Felde ohne Murren ertragen. (Beifall.)

Mittwoch 11 Uhr: Fortsetzung. — Schluß 5¾ Uhr.

Tägliche Rundschau
16. II. 1916

7. Sitzung. Dienstag, 15. Februar.

Zweite Lesung des Staatshaushalts.

(Fortsetzung aus dem Abendblatt.)

Abg. Hoesch-Neunkirchen (fortfahrend): Die Maßnahmen der Regierung ließen eine glückliche Hand vermissen. Obwohl die Regierung ersucht worden war, die Grundsätze für die Behandlung der neuen Ernte so zeitig zu veröffentlichen, daß die Beteiligten rechtzeitig über ihre Pflichten und Rechte unterrichtet waren, erschien die erste Bundesratsverordnung, als die Ernte nahezu beendet war. Durch die in der Folge schwankende und wechselvolle Haltung ist

Unruhe und Erbitterung

in die Kreise der Erzeuger und Verbraucher getragen worden. Bei den niedrigen Speisekartoffel- und den hohen Schweinefleischpreisen ist es für den Landwirt verlockender, die Kartoffeln zur Schweineaufzucht zu verwenden. Von großer Wichtigkeit ist es, daß wir auch nach dem Kriege unsere Bedürfnisse aus eigener Kraft für lange Jahre decken können. Das gilt ebenso für unsere Industrie wie für unsere Versorgung mit Lebensmitteln. Die Betriebsunternehmer können ihre Betriebe aber nur aufrechterhalten, wenn sie mit angemessenen Preisen für ihre Erzeugnisse rechnen können und nicht eines Tages vor der Gefahr des Zusammenbruches stehen. Unser wirtschaftlicher Kampf muß unter dem Zeichen stehen: Verzagen ist Unkraut — reißt es heraus! Nur Arbeit, nur Mut baut ein herrliches Haus. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Hoff (Fortschr. Vp.): Ungeahnte Anforderungen hat der Krieg an uns gestellt. Ungeahnt sind aber auch die Leistungen des deutschen Volkes. Unvergänglichen Ruhm und unauslöschlichen Dank haben sich unsere Krieger erworben. (Lebhafter Beifall.) Diesen Leistungen im Felde stehen aber die Leistungen daheim würdig zur Seite. (Sehr richtig!) Aber alle unsere Entbehrungen hier zu Hause reichen nicht an die Entbehrungen unserer Truppen draußen im Schützengraben heran. (Zustimmung.) 500 000 Geviertkilometer feindlichen Landes sind von uns und unseren tapferen Verbündeten besetzt. Die Tore des Orients und des Balkans sind gesprengt.

Wir dürfen aber deshalb die wirtschaftlichen Fragen nicht auf die leichte Schulter nehmen. Uns stehen Lebensmittel weder in der Güte noch in der Menge wie bisher zur Verfügung. Wir müssen unsere ganze Ernährung darauf einstellen. Die deutsche Landwirtschaft steht in bezug auf die Erzeugung an erster Stelle in der Welt. (Beifall.) Ihre Leistungsfähigkeit rührt aber nicht erst aus der Zeit des Zolltarifs her, sondern die Wurzeln ihres Aufschwunges liegen schon in der Zeit der Caprivischen Wirtschaftsperiode. (Sehr richtig! links.) Der Landwirtschaft in ihrer Gesamtheit darf man nicht den Vorwurf machen, daß sie Wucher und Zurückhaltung getrieben hat. Aber hier und da ist gesündigt worden. Namentlich die Vorschriften über die Verfütterung von Brotgetreide sind leider nicht immer mit der bisherigen Gewissenhaftigkeit durchgeführt worden. Die verantwortlichen Stellen müssen ernsthaft prüfen, ob man die losere Form der Reichsgetreidestelle bestehen lassen oder die straffere Form der Kriegsgetreidegesellschaft wieder aufnehmen will. Deshalb beantragen wir

die Regierung zu ersuchen, rechtzeitig die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um das Brotgetreide aus der kommenden Ernte wirksamer als bisher gegen Verfütterung zu sichern, um — unter tunlichster Erhöhung der Brotrationen — eine möglichst große Menge Brotgetreide für die Volksernährung bereitstellen zu können.

Wir müssen während des Krieges unseren Fleischverbrauch einschränken. Aber hoffentlich können wir im Frieden bald wieder die alte Höhe des Fleischverbrauchs erreichen. Je höher die Fleischpreise sind, desto größer ist der Anreiz zur ungesetzlichen Verfütterung des Brotgetreides. Deshalb dürfen die Fleischpreise nicht zu sehr in die Höhe gehen. Allerdings sollte man die Preise nicht schematisch gleichmachen, sondern für die guten Stücke können gern höhere Preise genommen werden, damit die anderen Stücke zu billigeren Preisen abgegeben werden können. Gegen die Ausfuhrverbote einzelner Bundesstaaten müssen wir entschiedensten Widerspruch erheben. (Zustimmung.)

Nun die Kartoffelversorgung! Wir haben wieder eine Rekordernte von 54 Mill. D.-Ztr. Leider hat aber

die Reichskartoffelstelle

sie nicht als guter Hausvater verwaltet. So darf das nicht weiter gehen! (Lebhafte Zustimmung links.) Die Erhöhung der Kartoffelpreise halten wir für sehr bedenklich; sie ist eine

Prämilierung für die Zurückhaltung der Kartoffeln.

Das Zentrum hat einen Antrag eingebracht, der sich gegen eine Heraufsetzung der Kartoffelhöchstpreise, soweit sie nicht durch Schwund nötig wird, wendet. Diesem Antrage stimmen wir zu. Für die Fehler, die in der Kartoffelversorgung vom Reiche gemacht sind, darf man nicht die Gemeinden verantwortlich machen. Der Zuckerrübenbau muß auf die alte Höhe kommen. Die Erhöhung des Rohzuckerpreises darf wirklich nicht eine Verteuerung für den Verbraucher herbeiführen. Höchste Förderung verdient der Gemüsebau als Ersatz für den Fleischausfall. Unter Umständen müssen

Zuschüsse aus Staatsmitteln

gewährt werden, damit der minderbemittelten Bevölkerung die Versorgung mit unentbehrlichen Nahrungsmitteln möglich ist. Aber es könnte sich bei dem Ausschußantrage um Hunderte von Millionen handeln, auch wäre zu befürchten, daß die Preise noch mehr steigen. Wir haben deshalb einen eigenen Antrag eingebracht. Die finanzielle Lage der Landwirtschaft ist gut. Nach dem Kriege werden die Preise auf Jahre so gut sein, daß die Landwirtschaft mit ihren eigenen Einnahmen ihre Kriegsschäden reparieren kann. Wirtschaftlich halten wir jedenfalls durch.

Abg. v. Oertzen (kons.): Die Förderung der Produktion kann nur durch Preiserhöhungen geschehen, die den erhöhten Erzeugungskosten entsprechen. Aber die Preise dürfen nicht unerschwinglich für den Verbraucher werden. Der staatliche Zwang wird leicht zum zweischneidigen Schwert. Die Zwangsmaßregeln dürfen den Krieg nicht überdauern. Die Schätzung des Getreides geschah, als es zum Teil noch unausgedroschen war. Wenn sie niedriger ausfiel, so liegt das auch daran, daß man unbedingt sicher sein wollte, daß nicht nachher Ausfälle sich herausstellten. In einzelnen Gegenden war die Ernte auch wirklich schlecht. Der Landwirtschaft kann man keinen Vorwurf daraus machen, daß sie Kartoffeln verfüttert hat. Die Bestimmungen waren ja so unklar. Der Antrag, in Revieren mit großem Wildbestand einen zwangweisen Abschluß herbeizuführen, geht uns zu weit.

Abg. Westermann (nl.): Die Verhandlungen in der Kommission haben auch mich überzeugt, daß wir durchhalten können. Aber es ist notwendig, die Bestimmungen über die Brotrationen und die Futtermittel genauer als bisher zu befolgen. Auch die Kartoffelversorgung kann nicht so weiter gehen wie bisher. Der Unterschied zwischen der Ernteschätzung und der Bestandserhebung beruht wohl zum großen Teil darauf, daß beide von verschiedenen Personenkreisen vorgenommen sind. Jedenfalls muß ich entschieden bestreiten, daß Vorräte böswillig verschwiegen sind. Die Leute haben allerdings geglaubt, in ihren Angaben vorsichtig sein zu sollen.

Die Höchstpreisfestsetzung der Kartoffeln ist den wirtschaftlichen Verhältnissen nicht gerecht geworden; man wartete auf weitere Anordnungen aus Berlin. Diese blieben aus, der Frost kam, und viele Kartoffeln erfroren. Der Kartoffelhöchstpreis ist reichlich niedrig bemessen. Jetzt haben die Aufkäufer der Gemeinden das Recht erhalten, 1,20 M. über den Höchstpreis hinauszugehen. Das halte auch ich für sehr bedenklich. Auch über den Hafer hören wir viele Klagen, vor allem darüber, daß jetzt der Haferpreis erhöht worden ist. Der Bedarf an Kartoffeln für die Volksernährung muß im Notfalle durch Beschlagnahme gedeckt werden. Die Saatkartoffeln sind von den Höchstpreisen ausgenommen worden. Das hat zu einer Preistreiberei geführt, die letzten Endes den Kartoffelbau einschränken würde, wenn man nicht rechtzeitig dagegen einschreitet. Die Steigerung der Fleischerzeugung ist ein hoch anzuerkennendes Verdienst der deutschen Landwirtschaft. Die Festsetzung der Höchstpreise für Schweine in der Art, wie sie erfolgt ist, halte ich für höchst bedenklich. Der Weg, provinzielle Viehhandelssyndikate einzurichten, mag gangbar sein. Der Fleischverbrauch sollte auch weiter eingeschränkt werden. Die Beschwerden des Krieges werden noch wachsen, aber sie erscheinen gering gegenüber denen, die unsere Krieger im Felde ohne Murren ertragen. (Beifall.)

Hierauf wird die Weiterberatung auf Mittwoch 11 Uhr vertagt. Schluß: 5¾ Uhr.

17./II.

Abgeordnetenhaus.

8. Sitzung, Mittwoch, den 16. Februar.

Fortsetzung.

Am Ministertisch: v. Loebell, Frhr. v. Schorlemer.

In der zweiten Lesung des Etats wird die Besprechung der

Ernährungsfragen

fortgesetzt.

Abg. Dr. **Rösicke** (fortfahrend): Tatsache ist, daß das Volk im Kleinhandel die Kartoffeln zu einem Preise erhält, der dem Durchschnitt der letzten Friedensjahre entspricht. (Sehr richtig!) Der im Verhältnis zu den hohen Preisen der Futtermittel niedrige Kartoffelpreis war geradezu ein Anreiz zur Verfütterung. Daher mußte der Kartoffelpreis erhöht werden, sollte nicht eine Katastrophe eintreten. Herr Hofer hat die Produktionskosten eines Zentners Kartoffeln auf 1 M. angegeben. Er muß in wahrhaft paradiesischen Zuständen leben. (Heiterkeit.) Aber ganz abgesehen davon: nichts ist verkehrter, als die Produktionskosten einer einzelnen Frucht herauszugreifen. Man muß die Kosten der Gesamtproduktion eines Betriebes nehmen, will man zu einem richtigen Bilde gelangen. (Sehr richtig! rechts.) Also etwas zurückhaltender mit Anklagen gegen die Landwirtschaft! Gewiß, auch die Landwirte wollen verdienen, sie brauchen einen Anreiz. Wenn die Menschen alle ideal wären — wie es die große Mehrheit der Landwirte ja zweifellos ist (Heiterkeit) — dann wäre das nicht notwendig. Aber wir sind alle nur Menschen mit menschlichen Fehlern. Wir wünschen durchaus, daß der selbständige Kaufmannsstand bei der Verteilung der Lebensmittel nicht ausgeschaltet werde. Nur zu leicht vergißt man bei Besprechung der Teuerung, daß alles teurer geworden ist, auch die Dinge, mit denen die Agrarier gar nichts zu tun haben. Kommt der Städter in einen Laden und muß er mehr bezahlen, so gibt er sich zufrieden, aber schuld soll an allem der Landwirt sein. Sie sind froh, daß sie einen haben, auf den sie alle ihre Mißstimmung ablenken können. Warum bedenkt man nicht die ungeheure Teuerung der Futtermittel, die so schwer auf der Landwirtschaft lastet! Haben wir im Deutschen Reiche das Interesse, daß der Bauer in einem ausgepowerten Zustand in den Frieden hineingeht, oder hat nicht vielmehr das ganze Volk das größte Interesse an einem guten, leistungsfähigen Zustand des Bauern, den wir alle doch im Frieden sehr brauchen werden? (Sehr richtig! rechts.) Wenn wir dafür eintreten, so sorgen wir für den Konsum! Es kommt manchmal etwas Neid zum Ausdruck, von dieser bei den Deutschen noch nicht ganz verschwundenen Untugend. Die Behauptung des Abg. Hoff, daß der Aufschwung der deutschen Landwirtschaft schon in der Aera Caprivi eingesetzt habe, muß ich bestreiten. Unter dem damaligen geringen Schutz hielt die Produktionssteigerung nicht Schritt mit dem Bevölkerungswachstum. Wenn wir uns so ausführlich mit diesen Fragen beschäftigen, wenn wir so viel Sorgen und Schwierigkeiten haben, so müssen wir uns immer vor Augen halten, wem wir das alles zu verdanken haben. Das ist England. Deshalb ist England unser schärfster Feind, und ihn vor allem müssen wir bekämpfen mit allen Mitteln, die uns zu Gebote stehen. (Beifall rechts.)

Abg. **Herold** (Zentr.): Sich durch die zahllosen Kartoffelverordnungen durchzufinden, ist selbst für einen Juristen schwer. Man sollte einmal zusammenstellen, was jetzt Recht ist, denn auf den gesunden Menschenverstand allein kann man sich da nicht verlassen. (Heiterkeit und Zustimmung.) Die nachträglich vorgenommene Heraufsetzung der Preise für Kartoffeln und Hafer hat nach den voraufgegangenen bestimmten Zusicherungen, eine Erhöhung würde nicht vorgenommen werden, zu einer schweren Erschütterung des Vertrauens zu solchen amtlichen Zusicherungen geführt. Die paar Millionen, die zu einer Verhinderung der Heraufsetzung nötig gewesen wären, wären mit der Erhaltung dieses Vertrauens nicht zu teuer erkauft gewesen. Wir haben beantragt, daß bis zum Frühjahr eine weitere Erhöhung des Kartoffelpreises nicht und nachher nur um den Betrag des Schwundes eintreten soll. Daran halten wir im Interesse der Konsumenten nachdrücklich fest. (Beifall.) Der nun einmal bestehende Mangel an Lebensmitteln darf nicht zu unmäßiger Preissteigerung ausgenutzt werden. Die Konsumenten haben volles Verständnis dafür, daß die Preise nicht so niedrig festgesetzt werden dürfen, daß die Produktion gefährdet würde. Wir wünschten, daß Vertreter aller Stände bezirksweise zusammenträten, um unter Berücksichtigung aller Interessen über die Regelung der Volksernährung zu beraten. Die großen Leistungen der deutschen Landwirtschaft unter den schwierigsten Verhältnissen sind nur möglich gewesen dank dem Vorhandensein von Großgrundbesitz und dank dem Schutz der heimischen Produktion, die durch zu niedrige Preise bei der unleugbaren Steigerung aller Unkosten in Frage gestellt würde. Trotz Futtermangels und hoher Preisangebote wird der Viehstand aufrechterhalten. Mag der Krieg noch so lange dauern, wir halten dank der Einigkeit aller Stände wirtschaftlich aus, bis unsere militärischen Erfolge uns einen großen, schönen, den Opfern entsprechenden Sieg sichern. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. **v. Campe** (ntlb.): Wenn uns die Staatsregierung die Ergebnisse der neuen Erhebungen unserer Getreidebestände vorlegen wollte, so würde das ganze Volk von der Zuversicht erfüllt, daß wir bis zur neuen Ernte gedeckt sind. In den Prozeß Rösicke gegen Hoff und Hofer mische ich mich nicht ein. Aber fragen muß ich Dr. Rösicke doch, woher denn der Boden für den von ihm gewünschten stärkeren Futtergersteanbau kommen soll? Bei uns ist doch aller Boden voll angebaut. Hätten wir nicht infolge der von Dr. Rösicke getadelten niedrigen Futtermittelzölle so viel ausländisches Futter billig hereinbekommen, so stünde es nicht so gut um unsere Viehbestände. Von Neid gegen die „bösen Agrarier" kann allgemein gar keine Rede sein. Immerhin freue ich mich, daß Dr. Rösicke die Frage nicht allein vom Standpunkt der Produzenten besprochen hat. Es kommt eben darauf an, die Produktion dauernd zu steigern, nicht nur für jetzt. Die Regierung muß alles tun, um die Landwirtschaft intensiver zu gestalten. Ein Landwirt aus diesem Hause hat mir gesagt, daß unsere Bauern mit den jetzigen Kartoffelpreisen durchaus zufrieden sind. Welche Stände leiden denn nicht unter dem Kriegel Was opfert doch z. B. der Arzt, der 30 000 bis 40 000 Mark Einkommen im Stiche läßt und freiwillig über seine Pflicht hinaus unter die Fahnen eilt. Selbst als Richter hat man Mühe, sich in den so häufig geänderten Verordnungen zurechtzufinden — wie soll sich da der Untertan, der Bürger auskennen? Dieses Hin und Her in der Kartoffelpolitik stützt nicht, sondern untergräbt die Autorität der Regierung und ihrer Organe. Hierauf paßt das Bismarck-Wort: Keine Regierung ist besser als eine schwankende. Den Antrag des Ausschusses, Ausnahmepreise für besonders feine Speisekartoffeln zu schaffen, lehnen wir ab. Er würde einfach eine Verteuerung aller Kartoffelarten zur Folge haben.

Präsident der Reichsgetreidestelle Dr. **Michaelis**: Ich möchte einige Mitteilungen machen über das Ergebnis der

Nachprüfungen der Getreidebestandsaufnahme.

Im Juli ergab die Schätzung unserer Ernte 10½ Millionen. Das war außerordentlich wenig, weil eine gute Ernte sonst 14—15 Millionen To. ergibt. Im November wurde dann eine Bestandsaufnahme gemacht, und man war der Meinung, es würde mehr dabei herauskommen als die Schätzung vermuten ließ. Das war aber nicht der Fall, sondern in geradezu unbegreiflicher Weise war das Ergebnis soweit zurückgeblieben hinter den Schätzungen vom Juli und dem Bedarf, daß sich die maßgebenden Stellen veranlaßt sahen, einschränkende Maßnahmen anzuordnen, um die Vorräte dem Bedarf anzupassen. Durch diese Maßnahme gelang es, den vollen Fehlbedarf zu decken. Es wurde dann eine Nachprüfung der Bestandsaufnahme veranlaßt, die auch den Rest voll gedeckt erscheinen läßt. Sie müssen aber nicht glauben, daß das, was dabei mehr zum Vorschein gekommen ist, ein wirkliches Plus ist über unsern Bedarf hinaus, sondern wir brauchten dieses Plus, wie gesagt, um das Minus zu decken, das dem Bedarf gegenüber vorher festgestellt war. Der Bedarf selbst ist genau festgestellt. In ihm stecken auch die Reserven. Diese betragen aber nur 200 000 To., die wir nötig haben, um in die neue Ernte hinüberzugehen, die in manchen Gegenden erst Ende September fertig ist. Wenn wir nur auf diese 200 000 To. Reserve angewiesen wären, so wäre das sehr knapp. Ich kann daher mit großer Befriedigung konstatieren, daß heute feststeht, daß auf Grund der getroffenen Maßnahmen sowohl das Manko, das noch zu decken war, gedeckt ist, als auch darüber hinaus Hoffnung besteht, daß die Reserve um etwas erhöht wird. (Bravo!)

In der Presse ist nun bei den Nachrichten über die Verbesserung unserer Bestandsaufnahme vielfach irreführende Kritik geübt worden. Es hieß, daß vorhandenes Getreide verschwiegen sei, die Landwirte wären nicht willens gewesen, für die Allgemeinheit das herzugeben, was sie hatten. Dabei sind die Zahlen in geradezu kindlicher Weise geschätzt worden. Wenn diese Schätzungen über das, was verschwiegen werden soll, zuträfen, müßten wir in Getreide schwimmen. Festzustellen ist aber nur, daß wir über die vorher bestandene Sorge hinaus sind. Aber die Qualität des Getreides ist in diesem Jahre besonders schlecht. Wir müssen eben im Kriege alles Getreide für die menschliche Nahrung in Anspruch nehmen, auch das, was sonst wegen der mangelhaften Beschaffenheit verfüttert wurde.

Die meisten Vorredner haben der Reichsgetreidestelle vorgeworfen, sie bevorzuge die Großmühlen und berücksichtige bei der Vergebung der Mahlaufträge die mittleren und kleineren Mühlen nicht genügend. Unbestritten ist, daß die kleinen und mittleren Mühlen teurer arbeiten als die Großmühlen. Würden wir also Mahlaufträge in erheblichem Umfange den kleinen und mittleren Mühlen geben, so würden wir die heutigen Mehlpreise nicht festhalten können. Wir haben uns aber das Ziel gesetzt, bis zum Schluß des Krieges den gegenwärtigen Mehlpreis beizubehalten, und wir wollen auch daran nichts ändern. Auch die Reichsgetreidestelle bedauert, wenn ein so wichtiger Stand, wie es die kleinen und mittleren Mühlen sind, nicht voll zu seinem Rechte kommt. Wir wollen im dritten Kriegsjahr versuchen, uns mit den Kommunalverbänden insofern ins Benehmen zu setzen, daß durch eine Art Syndizierung die kleinen und mittleren Mühlen zu Mühlenverbänden zusammengeschlossen werden. Wir werden dann zwar auch nicht alle Mühlen beschäftigen, aber wir werden alle Mühlenbesitzer an diesen Verbänden beteiligen können, so daß sie wenigstens ihre Leute beschäftigen und ihre Zinsen bezahlen können. Wir werden ja da große Enttäuschungen erleben, es wird wenig herauskommen, aber wir wollen wenigstens versuchen, zu erreichen, daß die Müller über die gegenwärtige schwere Zeit bis zu einem gewissen Grade hinwegkommen. (Beifall.)

Ministerialdirektor im Landwirtschaftsministerium Graf **Keyserlingk** weist auf die neuen Bestimmungen für die Syndizierung des Viehhandels hin, die den Interessenten noch nicht allgemein bekannt sind, und die den Wünschen Rechnung tragen, den örtlichen Verkehr nicht zu beeinträchtigen.

Das Haus vertagt die Weiterberatung auf Donnerstag, 11 Uhr.

Schluß gegen 5 Uhr.

Vossische Zeitung

17./II. 1916.

Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom Donnerstag, 17. Februar, 11 Uhr.

Am Ministertisch: Frhr. v. Schorlemer:

Die zweite Lesung des Etats wird fortgesetzt bei der Erörterung der

Ernährungsfragen.

Abg. **Hoff** (Vpt.): Die gestrige Erklärung des Unterstaatssekretärs Michaelis wird vom ganzen Lande mit Befriedigung aufgenommen werden, sie hat die letzten Bedenken zerstreut. Besonders erfreulich ist auch die Zusicherung, daß die Mehlpreise während der Kriegsdauer niemals erhöht werden sollen. Mit der Tendenz der Rede des Abg. Hofer sind auch wir gewiß nicht einverstanden. Das war sicher eine Agitationsrede. Aber auch Dr. Roesicke, der Herrn Hofer diesen Vorwurf gemacht hat, hat eine Rede mit einer agitatorischen Tendenz gehalten. (Sehr richtig! links.) Wir haben auch bei dieser Frage den Burgfrieden gehalten. Dr. Roesicke blieb es vorbehalten, Streitfragen, die in der Kommission besprochen werden konnten, auch ins Plenum und damit in die breiteste Oeffentlichkeit zu tragen. Unser Antrag, das Brotgetreide wirksamer als bisher gegen Verfütterung zu sichern, ist durchaus nicht überflüssig. Es herrscht bei vielen Landwirten trotz aller strengen Verbote noch ein sehr laxe Auffassung. Je länger der Krieg dauert, desto mehr brauchen wir jedes Korn für die Volksernährung. Wenn Dr. Roesicke sich gegen unseren Antrag wendete, so hat er auch gegen Graf Schwerin-Löwitz gesprochen, denn dieser hat sich ganz im Sinne unseres Antrages ausgesprochen. Wenn hier nicht sofort energisch eingegriffen wird, werden wir die lässigen Landwirte nicht zu einer Aenderung ihres Verhaltens veranlassen. Wie Dr. Roesicke bestreiten kann, daß es der Landwirtschaft im großen und ganzen gut geht, ist unerfindlich. Er sollte sich mit uns darüber freuen, daß die Landwirtschaft finanziell günstig dasteht. Wenn Dr. Roesicke jetzt aufs Land geht und von einer Notlage der Landwirtschaft spricht, die Bauern werden darüber lachen. Wenn es einzelnen Landwirten nicht gut gehen sollte, so liegt es wahrlich nicht am Krieg, sondern an ganz anderen Ursachen. Man braucht nur daran zu denken, wie es in der Jetztzeit dem städtischen Mittelstand geht, der keine Kapitalien zurücklegen kann, und man wird im Vergleich dazu

die Lage der Landwirtschaft geradezu glänzend

finden. (Sehr richtig! links.) Ausnahmepreise für feine Speisekartoffeln auch nur in Aussicht zu stellen, stärkt bei den Produzenten nur die Neigung, die Kartoffeln zurückzuhalten. Die Produzenten geben dann die Hoffnung auf höhere Preise erst recht nicht auf.

Was wir gesagt haben, halten wir vollkommen aufrecht: daß der große Aufschwung der deutschen Landwirtschaft, besonders der Viehzucht, schon vor 15 Jahren, in der Aera Caprivi eingesetzt hat. Dagegen kann statistisch nicht nachgewiesen werden, daß die Zunahme des deutschen Viehstandes in den Jahren seit 1916 noch günstiger gewesen wäre, das gilt auch vom deutschen Körnerbau. Glaubt denn jemand, daß die ganze glänzende Aufwärtsentwicklung der deutschen Landwirtschaft plötzlich abgeschnitten worden wäre, wenn nicht der neue Zolltarif gekommen wäre! (Sehr gut! links.) Die Politik der langfristigen Handelsverträge, dies und nichts anderes hat unser Volk auf seinen hohen Stand gebracht, hat seine Konsumkraft so gehoben und damit hängt die so erfreuliche Entwicklung unserer Landwirtschaft aufs engste zusammen. (Zustimmung links.) Die Behauptung, daß die deutsche Landwirtschaft von Jahr zu Jahr dem Ziele näher gekommen sei, das deutsche Volk aus dem eigenen Lande zu versorgen, muß ich als eine objektive Unwahrheit bezeichnen; solche Behauptungen bilden den Urgrund der Verhetzung zwischen Produzenten und Konsumenten, über die Dr. Rösicke so geklagt hat. Denn wenn derlei behauptet wird, dann vermögen die Konsumenten natürlich nicht einzusehen, weshalb sie sich solche Beschränkungen auferlegen und so hohe Preise bezahlen müssen. In den sechs Jahren von 1906 bis 1912 ist die Einfuhr um 1200 Millionen gestiegen, wovon ein sehr großer Teil auf landwirtschaftliche Produkte entfällt. Wir müssen doch bei der Wahrheit bleiben! Die Einfuhr von Futterstoffen stieg in den sechs Jahren um 623 Millionen und diese Steigerung ist keineswegs nur der Werterhöhung zu danken. Es ist eine objektive Unwahrheit, jetzt in der Kriegszeit zu behaupten, daß die „bewährte Wirtschaftspolitik" uns der Selbstversorgung näher bringe. Mir lag es fern, diese Dinge öffentlich zu besprechen, aber es ist unerläßlich, einem solchen Unfug entgegenzutreten, auf dem die ganze Verhetzung beruht, und der es erschwert, daß wir den Tatsachen ruhig ins Auge sehen, und daß Produzenten wie Konsumenten sich vollständig allen Maßnahmen fügen. Wir sind nach Friedensschluß zu einer neuen Diskussion über diese Fragen bereit, freilich unter der Voraussetzung, daß die Befürwortung der Hochschutzzölle nicht mit dem nationalen Mäntelchen verbrämt wird. Wir verbitten uns auf das Allerentschiedenste, daß uns aus unserer Forderung der Berücksichtigung aller in Betracht kommenden Interessen der Vorwurf der Feindschaft gegen die Landwirtschaft gemacht wird. Dr. Rösicke hat hier die Interessen eines einzelnen Standes vertreten; wir tun nach wie vor unsere Pflicht. (Lebh. Beifall b. d. Vpt.)

Abg. **Johanssen** (Freik.): Es ist unverständlich, wie ein preußischer Abgeordneter eine solche Rede halten kann wie der Abg. Hofer, und wie er als Landwirt behaupten kann, die Landwirtschaft schwimme im Gelde. Den vom Vorredner wieder entfachten Streit um Freihandel und Schutzzoll sollte man begraben; es ist doch zweifellos, daß unter dem Schutzzoll die vom Abg. Hoff immer befürwortete Viehzucht einen gewaltigen Aufschwung genommen hat. Daß jetzt etwas für die kleinen und mittleren Mühlen geschehen soll, ist hoch erfreulich. Die Erregung wäre sonst ins Unerträgliche gewachsen. Die Beanstandungen der Mehllieferungen durch die Reichsgetreidestelle sind vielfach willkürlich und rigoros. Wir reden hier nicht aus Nörgelsucht. Wir wissen, vor welchen Schwierigkeiten die Regierung steht. Wir machen unsere ernstgemeinten Vorschläge, damit die Regierung aus ihnen lernt.

Landwirtschaftsminister Frhr. v. Schorlemer: Auch ich werde mich nicht an dem Streit beteiligen, ob unsere bewährte Wirtschaftspolitik sich auch in dieser ernsten Zeit bewährt hat. Persönlich glaube ich allerdings nicht, daß wir wirtschaftlich einen so langen Krieg hätten aushalten können ohne unsere Wirtschaftspolitik. (Beifall.) In dieser Beziehung bin ich durch diese Verhandlungen nur bestärkt worden. Erfreulich ist die bestimmte Zusicherung, die wir Ihnen geben können:

Wir kommen mit unseren Erzeugnissen aus,

auch dann, wenn der Krieg, was Gott verhüten möge, wider Erwarten noch einige Jahre dauern sollte. Allerdings, wir haben keinen Ueberfluß, wir müssen haushälterisch mit unseren Lebensmitteln umgehen. Die Kartoffelpolitik der Regierung ist hier scharf kritisiert worden. Ja, wenn man aus dem Rathause herauskommt, ist man immer klüger, als man hineingegangen ist. Besonders aus dem Westen kommen die Kartoffelklagen. Nun, die Statistik beweist, daß ganz ungeheure Kartoffelmengen nach dem Westen gegangen sind. Der kartoffelreiche Osten und auch die Mitte des Reiches haben gegenüber dem Westen durchaus ihre Schuldigkeit getan. (Zustimmung.) Daß der Osten seine Kartoffeln nicht zurückgehalten hat, geht daraus hervor, daß nach Bestandsaufnahmen in Düsseldorf z. B. die Kartoffelbestände bis zum 15. März, in Köln noch länger reichen. Trotzdem herrscht in beiden Städten eine Kartoffelnot. (Hört! Hört!) Die Städte müssen eben auch für eine gleichmäßige Verteilung der Kartoffelbestände sorgen. Jetzt haben im Westen die wohlhabenden Kreise ihren Kartoffelbedarf für Monate gedeckt und die ärmeren Haushaltungen haben nichts bekommen. Das muß natürlich geändert werden. (Zustimmung.) Schließlich ist der Kartoffelmangel im Westen aber auch darauf zurückzuführen, daß der Westen für jedes Schwein täglich 5 Pfund Kartoffeln beansprucht und verbraucht hat. Das macht täglich 600 000 Pfund Kartoffeln, die an die Schweine im Westen verfüttert worden sind. (Hört! Hört!) Das war eigentlich nicht der Zweck der Kartoffellieferungen nach dem Westen. (Sehr richtig!) Eine Beschlagnahme der Kartoffeln kommt nicht in Frage, denn sie würde viele Existenzen einfach vernichten und die Erhaltung unseres Viehbestandes, den wir doch auch brauchen, sehr gefährden, ganz abgesehen von vielen praktischen Schwierigkeiten, die ihr entgegenstehen. Den Butterklagen soll durch

Butterkarten in den Großstädten

und Industriebezirken abgeholfen werden. Jeder soll nur ein bestimmtes Butterquantum bekommen. Das ist gewiß hart, aber anders werden wir dem Andrang an den Butterläden nicht beseitigen können. Alles in allem: über die schlimmsten Monate sind wir hinweg, wir gehen jetzt dem Frühjahr entgegen. Die Presse hat vielfach zu allgemeine Vorwürfe gegen die Landwirte erhoben. Gewiß, einzelne Landwirte haben ihre Vorräte zurückgehalten, aber die Gesamtheit der Landwirtschaft hat eine solche Zurückhaltung nicht geübt. (Sehr richtig!) Und wenn einige kleine Landwirte wirklich ihre Vorräte verschwiegen haben, so geschah es nicht, um sich zu bereichern, sondern um ihren Viehbestand aufrecht zu erhalten. (Sehr richtig! rechts.) Das ist ein gutes Motiv, denn verliert der kleine Mann seine Liebe zum Vieh, so werden wir den Schaden davon haben. — Der Minister schließt: Sehen Sie mit vollem Ernst, aber auch vertrauensvoll in die Zukunft. Die Regierung und das Landwirtschaftsministerium besonders werden jede berechtigte Kritik gern entgegennehmen. Auch mit guten Vorschlägen werden Sie niemals vergeblich an die Tür des Landwirtschaftsministeriums klopfen. (Beifall.)

*

Nach dem Minister gelangte der sozialdemokratische Abgeordnete Braun zum Wort, der eine heftige Philippika gegen Lebensmittelwucher hielt und sich scharf gegen die systemlose Politik der Regierung wandte.

Fremdenblatt
17. III. 1916

* (**Rationelle Sparsamkeit in Küche und Haushalt.**) Gestern hielt im Frauenunterstützungsverein Frau Marianne Stern einen interessanten Vortrag über „Rationelle Sparsamkeit in Küche und Haushalt". Rednerin führte aus, daß es in Wien trotz aller Schwierigkeiten, welche die Lebensmittelversorgung bereitet, doch eigentlich nicht schlecht bestellt ist, denn es sind Vorräte da, doch muß man mit ihnen äußerst sparsam umgehen. Dann ist es möglich, auszukommen und dadurch kann man die Teuerung hintanhalten. Der Kohlen- und Fettverbrauch muß vor allem reduziert werden. Die Vortragende wies dann darauf hin, daß bei Zusammenstellung des Küchenzettels darauf Bedacht genommen werden sollte, daß keine Unterernährung platzgreift.

Der Untergang der „Persia".

K. London, 3. Jänner. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Die P. & O. Line teilt mit, daß weitere elf Gerettete vom Dampfer „Persia" in Malta gelandet wurden.

Berlin, 4. Jänner. (Tel. d. „Fremden-Blatt".) Die „Telegraphen-Union" meldet aus Paris: Die Agence Havas meldet aus Kairo: Unter den Ueberlebenden der „Persia" befindet sich der Amerikaner Grand.

Die „Persia" bewaffnet.

K. Washington, 3. Jänner. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Der amerikanische Konsul in Alexandrien berichtet, daß die „Persia" eine 4,7-zöllige Kanone führte. Die amtlichen Kreise erklären, daß diese Tatsache an der eigentlichen Sachlage nichts ändern würde.

Die Versenkung der „Yasaka Maru".

K. Washington, 3. Jänner. (Reuter-Meldung.) Staatssekretär Lansing hat sich entschlossen, wegen der Versenkung der „Yasaka Maru" keine Schritte zu tun, da es nicht sicher ist, daß sich Amerikaner an Bord des Schiffes befanden.

Ein großer englischer Dampfer gesunken.

K. London, 3. Jänner. (Reuter-Meldung.) Der Dampfer „Geelong" der P. & O. Line ist im Mittelmeer versenkt worden. Alle Passagiere, die sich an Bord befanden, wurden gerettet. Der Dampfer hatte 7954 Tonnen Gehalt.

K. London, 4. Jänner. Lloyds-Agentur meldet, daß der Dampfer „Geelong", der nach einer Meldung des Reuterschen Bureaus versenkt worden sein soll, nach einem Zusammenstoß mit dem britischen Dampfer „Bonvilston" im Mittelmeere gesunken ist.

Explosion auf einem amerikanischen Tankschiff.

K. New-York, 3. Jänner. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Durch eine Explosion auf dem Tankschiff „Aztec" im offenen Dock von Brooklyn, auf welche ein Brand folgte, verloren 20 Personen, die im Schiffsraume arbeiteten, das Leben.

Requisition von Leder in Frankreich.

K. Paris, 3. Jänner. Dem „Temps" zufolge verordnete der Unterstaatssekretär des Verpflegswesens, um den Bedürfnissen der Armee zu genügen, eine allgemeine Requisition unbearbeiteten Leders ab 5. d., welche sowohl den Bestand am Tage der Requisition wie die zukünftige Produktion trifft.

Freigelassene Deutsche.

Auf Intervention Amerikas.

K. Washington, 3. Jänner. (Reuter-Meldung.) Auf Ersuchen der Unionstaaten gab die französische Regierung den Auftrag, die Deutschen, die kürzlich von einem französischen Kreuzer bei Puertorico an Bord amerikanischer Schiffe gefangen genommen worden waren, freizulassen.

Graf Tisza über die Lebensmittelfrage.

Budapest, 4. Jänner.

In der heutigen Sitzung des Magnatenhauses, in der Präsident Baron Samuel Josika den Vorsitz führte, wurde zunächst eine Zuschrift des Ministerpräsidenten Grafen Tisza verlesen, worin mitgeteilt wird, daß Seine Majestät die homagiale Kundgebung und die Glückwünsche des Magnatenhauses anläßlich des Jahreswechsels huldvollst zur Kenntnis genommen habe.

Es folgt die Verlesung der Begrüßungsdepesche des Präsidenten des bulgarischen Sobranje an das Magnatenhaus, die mit Beifall zur Kenntnis genommen wird.

Vor Uebergang zur Tagesordnung interpelliert Graf Johann Hadik über die Agitation, die in gewissen Kreisen gegen Ungarn betrieben werde und die Lebensmittelpreise zum Vorwand einer Aufreizung gegen Ungarn benütze. Die Regierung habe sich Versäumnisse zuschulden kommen lassen, indem sie gegen diese Agitation nicht aufgetreten sei. Die österreichische Regierung hätte die Pflicht gehabt, denselben mit dem Hinweis auf die Tatsachen entgegenzutreten.

Ministerpräsident Graf Tisza erklärt zunächst, daß es ihn selbstverständlich am meisten freuen würde, wen man über alle mit der Frage der Verpflegung zusammenhängenden Angelegenheiten schon heute sprechen könnte. Die Zeit dafür werde aber erst nach dem Kriege kommen. Vorläufig verbieten es sehr wichtige staatliche Interessen, die Details dieser Frage in die Oeffentlichkeit zu bringen, weil dies zu solchen Kommentaren Anlaß geben würde, die in den verschiedensten Beziehungen mit schädlichen Schlußfolgerungen verbunden wären. Ich kann nur, sagt der Ministerpräsident, versichern, daß vom Gesichtspunkte der Verpflegungsfragen die Lage schwierig ist, wie dies auch nicht anders sein kann, denn unsere Lage ist vom Gesichtspunkte der Verpflegung der Situation einer belagerten Festung vergleichbar. Sie ist aber keinesfalls besorgniserregend und ich glaube, die Regierung kann die Verantwortung dafür übernehmen, daß, so wie es ihr in der vorjährigen wirtschaftlichen Kampagne gelungen ist, die allgemeine Verpflegung zu sichern, werden, die ihnen gebührt, dann werden wir auch diese große Frage in einer viel richtigeren Beleuchtung erblicken. Es ist sehr interessant zu beobachten, daß in dem Maße, in welchem diese Frage der praktischen Lösung entgegengeht, in dem Maße, in welchem das Wort der Männer der Praxis immer mehr in den Vordergrund tritt, sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich neben der Verkündigung der kühnen Theorien und Schlagworte auch die Betonung der praktischen Schwierigkeiten immer stärker werden. Wenn jemand dieser Sache einen wirklichen Dienst erweisen will, dann muß er seine ganze Aufmerksamkeit diesen praktischen Schwierigkeiten zuwenden, denn wir nützen der Sache der Annäherung nur bis zu jener Grenze, innerhalb welcher sich die praktischen Schwierigkeiten beseitigen lassen. Der Interpellant hat es auch mißbilligt, daß das „Fremden-Blatt" an einzelne österreichische Kreise eine Warnung ergehen ließ, und er bemerkte nicht ohne spöttischen Beigeschmack, daß jener Teil der ungarischen Presse, welcher den von seiten der ungarischen Regierung kommenden Informationen eventuell zugänglich gewesen wäre, geschwiegen habe. Die Sache verhält sich sehr einfach. Jene Männer, die von ungarischer Seite an diesen Beratungen teilgenommen haben, haben den praktischen Schwierigkeiten mit wenigen Ausnahmen in vollem Maße Rechnung getragen. Jene Gefahren, welche bei gewissen Doktrinären, sowohl im Deutschen Reiche als auch in österreichischen Kreisen aufgetaucht sind und denen gegenüber es sehr richtig war, daß das „Fremden-Blatt" seine warnende Stimme ertönen ließ, haben sich in Ungarn viel weniger gezeigt. Solange Männer wie Alexander Wekerle und ähnliche, in denen sich großes theoretisches Wissen mit gründlicher Kenntnis und Berücksichtigung der praktischen Interessen der ungarischen Volkswirtschaft vereint, in der ungarischen Gesellschaft nach dieser Richtung hin die führende Rolle spielen werden, solange werden, wie ich hoffe und glaube, die ungarischen volkswirtschaftlichen Faktoren auch auf diesem Gebiete sich innerhalb der entsprechenden Grenzen halten.

Ich kann resumieren, daß ich die ehebaldigste Regelung unseres wirtschaftlichen Verhältnisses zu Oesterreich naturgemäß für die erste Aufgabe halte, schon damit wir für die weiteren Aufgaben aktionsfähig sind, und zweitens daß die Regierung auch auf die andere große Frage das größte Gewicht legt, daß sie sich mit dieser Frage beschäftigt und daß ein grundlegendes Moment bei der Behandlung dieser Fragen für die Regierung die wirtschaftliche Annäherung an das Deutsche Reich bildet. Die Regierung ist davon überzeugt, daß wir, wenn wir bei diesen Annäherungsbestrebungen uns innerhalb der entsprechenden Grenzen halten und wenn wir uns erreichbare Ziele stecken, einander sehr wertvolle Dienste leisten können. Ich erblicke aber einen gefährlichen Feind dieser großen und wichtigen Sache in jenen Schlagworten und theoretischen Strömungen, die die Annäherung über das erreichbare Maß hinaus ausdehnen wollen. (Lebhafter Beifall.)

Graf Johann Hadik erklärt, die Antwort des Ministerpräsidenten nicht zur Kenntnis zu nehmen, wobei er nochmals auf die große in Oesterreich bestehende Agitation verweist und seine Frage wiederholt, weshalb nicht auch die Preise der Industricartikel maximiert werden.

Ministerpräsident Graf Tisza bemerkt hierauf bezüglich des Wunsches, daß die Höchstpreise auch für Industricartikel festgestellt werden, daß nur für solche Gegenstände Höchstpreise festgesetzt werden können, bei denen derjenige, der den Maximalpreis feststellt, auch für die Befriedigung der Konsumenten Sorge tragen kann. Sonst werde durch die Feststellung der Höchstpreise bloß erreicht, daß überhaupt keine Waren auf dem Markte sein werden. Maximalpreise können also nur für leicht zu handhabende, leicht einzulagernde Massengüter eingeführt werden, bei welchen mit behördlicher Verfügung die Beschlagnahme, die Aufbewahrung und die Aufteilung der vorhandenen Vorräte angeordnet werden kann. Die Regierung will daher, sagt der Ministerpräsident, für jene Waren, für die bisher keine Maximalpreise festgestellt worden sind, keine Höchstpreise festsetzen oder, wenn sich dies doch als notwendig erweisen sollte, sich doch nur in diesem Rahmen halten. Im übrigen muß ich wiederholen, daß ich nicht weiß, was für eine große Agitation sich in Oesterreich abspielt. Man hört sehr viel, daß man hie und da von dem und jenem spricht. Das sind aber keine greifbaren Tatsachen, auf welche man eine Aktion, einen Wunsch oder eine Forderung stützen könnte. Die Haltung der österreichischen Presse in dieser Hinsicht hat hie und da das eine oder das andere Mal ausnahmsweise zu Bemerkungen Anlaß gegeben. Ich habe in solchen Fällen auch nicht gezögert, den betreffenden Fall zur Sprache zu bringen, kann aber sagen, daß ich bei der österreichischen Regierung immer die größte Bereitwilligkeit vorfand, in dieser Frage jene schädliche, gehässige Agitation vom Publikum fernzuhalten. Die österreichische Regierung kann nach dieser Richtung hin kein Vorwurf treffen. Der Herr Interpellant kann sich wohl denken, daß die ganze Lebensmittelfrage und das Vorgehen Ungarns auf diesem Gebiete von einzelnen Organen der österreichischen Presse in ganz anderen Intentionen und in ganz anderem Tone behandelt würde, wenn in dieser Hinsicht die österreichische Regierung nicht tun würde, was sie dem großen Gemeininteresse und Ungarn schuldet. (Zustimmung.)

Die Antwort des Ministerpräsidenten wird hierauf zur Kenntnis genommen.

Nach Erledigung der Interpellationen wird zur Tagesordnung geschritten und sämtliche Vorlagen, u. a. die Gesetzentwürfe über die Ergänzung der Ausnahmsverfügungen für den Kriegsfall, über die Maßnahmen gegen die Preistreiberei, über den Zwangsausgleich und über die Ausdehnung der persönlichen Kriegsleistungspflicht, ferner die Berichte der Regierung angenommen, worauf die Sitzung um halb 7 Uhr abends geschlossen wird.

Die Zeit 6./I.1916

Küchenchemie.

Briefe an eine Wiener Hausfrau.

Verehrte gnädige Frau! Als Grey erklärte, er wolle Sie aushungern, wie haben Sie da gelacht! Ueber Ihr ganzes hübsches, rundes Gesichtchen ging eine Heiterkeit, die ansteckend war, besonders die zwei Grübchen in den Wangen schienen höchlichst belustigt. Selbst Ihr kleiner dicker Junge, der schon längere Zeit aus den Windeln ist, begann fröhlich zu lallen, er strampelte mit seinen fetten Beinchen, und seine Pausbacken, rund und voll wie zwei Holländerkäse, schienen sich lustig zu machen über den Einfall des gewalttätigen Engländers.

Heute sind fast anderthalb Jahre Krieg über die Welt gegangen. Sie haben manchen Kummer erlitten, und die Schwere der Zeit hat Sie wohl Tag und Nacht bedrückt, aber Ihre Wohlgenährtheit und die Ihres Kleinen haben nicht gelitten. Sie wären ja auch keine echte Wienerin, wenn das der Fall gewesen wäre. Wenn der Braten auf dem Tisch steht und angenehmen Duft verbeitet, so schweigt auf einen Augenblick die größere oder kleinere Seelennot, und der ewige Trostspender, der Magen, darf seine einschmeichelnden Gründe vortragen, das Leben nicht so schwer zu nehmen, wie es wirklich ist. Nichtsdestoweniger sind die Verhältnisse für manche ziemlich unbequem, die Lebensmittel werden teurer, und, was besonders jedes hausfrauliche Gemüt mit Entsetzen fühlt, das Schmalz kostet bereits acht Kronen. Ja, es gab einen Augenblick, wo es drohte, sogar auf zwölf zu steigen. Ich weiß, in manchen einsamen Stunden in Ihrem stillen Kämmerchen sind Sie ein wenig verzweifelt, wie man bei uns in Wien sagt: „deschparat".

Es ist in der Tat schrecklich, daß man essen muß. Und dazu noch täglich. Und jeden Tag mindestens dreimal; auch vier- oder fünfmal! Und dabei ist es noch ein Glück, daß wir das alles haben, daß wir es nicht entbehren müssen. Und da denkt man manchmal daran, ob man es nicht billiger haben könnte, und sieht sich um Lieferanten um, die uns aus der Not zu helfen wüßten. Besonders auf einen haben wir in der heutigen Zeit ein Auge geworfen: dieser Eine ist die Wissenschaft, die Chemie. Die Wissenschaft ist die gute Tante, die uns ermöglichen soll, bei der Natur billig einzukaufen. Das ist allerdings nicht so einfach. Methodisch-erzieherisch, wie Tanten schon einmal sind, fängt sie erst damit an, zu kalkulieren, was der Mensch zum Aufbau seines Körpers braucht und was er täglich als abgenützt fortwirft. Früher hat sich der Staatsbürger gar nicht darum gekümmert, ob er viel oder wenig verbraucht. Hat sich nur nach seinen Finanzen gerichtet oder auch nicht, hat schmatzend den Wanst gefüllt, so lange es ihm schmeckte. Heute gibt sich die Regierung ein bißchen Mühe, jedem vorzurechnen, wieviel oder vielmehr wie wenig er unbedingt braucht, um noch ein kräftiger und tapferer Bürger zu bleiben. Sie werden sagen: „Ja, wie kann denn die Regierung das wissen? Der eine braucht Backhendel, um fidel zu sein, der andere ist schon mit einer Zervelatwurst zufrieden. Der eine muß jeden Tag sein Rindfleisch und seine Mehlspeise haben, der andere tut's nicht unter Kaviar und Champagner. Wie kann man die alle unter einen Hut bringen? Oder richtiger gesprochen, über eine Schüssel?" — Ja, verehrte gnädige Frau, da kennen Sie die Schlauheit der Wissenschaft schlecht. Die hat ein gutes Mittel, alle über einen Leisten zu schlagen, alle, auch die Ausschweifendsten, um eine einzige dünne Wassersuppe zu vereinigen. Sie bringt nämlich alles, was so lieblich nach Braten duftet oder pikant den Gaumen kitzelt oder zu sentimentalen Wiener Liedern und schwelgenden Träumen berauscht, auf einen einfachen, dürren Begriff. Und mit diesem Begriff füttert sie ganze Nationen aus. Der Begriff heißt: Energiebedarf oder Kalorie. Kalorie will auf deutsch besagen: Wärmeeinheit. Sie ahnen schon, verehrte gnädige Frau, daß die Wissenschaft uns halb auf ein Arbeitstier und halb auf eine Dampfmaschine hinausspielt. Wenn Sie wissen wollen, was Wärmeeinheiten sind, fragen Sie unter Ihren guten Bekannten einen Fabrikanten. Er wird Ihnen erzählen, daß eine Dampfmaschine, um zu arbeiten, jährlich soundso viel tausend Tonnen Kohle braucht, die soundso viel Millionen Wärmeeinheiten liefern. Wärme ist Arbeit, Arbeit ist Leben. Und nun betrachtet die Chemie den Menschen als eine solche Maschine, die tagtäglich arbeitet, Wärme und Kraft verbraucht, und die zugrunde gehen, des Todes erblassen würde, wenn sie sich nicht alle paar Stunden wieder ein bißchen aufheizte, mit „gutem Papperl" natürlich.

Sie, liebe gnädige Frau, wissen, daß das Nahrungsbedürfnis ständig wechselt. Am Morgen braucht Ihr Herr Gemahl, Ihre Familie einen guten Kaffee, und am Nachmittag alle Ihre Freundinnen zu einem fröhlichen Plausch ditto. Das Mittagessen aber muß gediegen sein. An Feiertagen ist ein Gansl beliebt, oder Reh oder Hase. Die Wissenschaft nun verzärtelt uns nicht so. Für sie kommt nur in Betracht, was unter Millionen Menschen „im Durchschnitt" ein Erwachsener in vierundzwanzig Stunden verbraucht. Und da findet sie, daß ein Durchschnittsmann von siebzig Kilogramm Körpergewicht bei gemischter Kost und schwerer Arbeit gegen 3500 Wärmeeinheiten täglich verbraucht. Er muß dafür ebensoviel neues Brennmaterial in der Nahrung aufnehmen. Natürlich schwankt dies je nach den körperlichen Leistungen. Ein Hausverwalter oder ein Arzt verbraucht täglich bloß 2500 Wärmeeinheiten, ein oberbayrischer Holzhauer, der ganz außergewöhnliche Leistungen vollführt und manchmal dazwischen kräftig flucht, dagegen mehr als 6000.

Und nun komme ich auch zu Ihrem Geschlecht, meine Gnädige. Eine stille, blasse Handnäherin, die den ganzen Tag auf ihrem Sessel sitzt und mit der Hand sich müde stichelt, verausgabt bloß 2000, eine Waschfrau aber, die tüchtig in den Kübeln herumpatscht und deren Mundwerk nebenbei im Erzählen von Klatschgeschichten aus allen Kundenhäusern keinen Augenblick still steht, schon 3700 Wärmeeinheiten. Deshalb bedingt sie sich auch immer aus, daß sie gut frühstückt, und zu Mittag muß man ihr auch noch ein Krügel Lager in die Waschküche schicken. Was endlich Ihr kleines Bubérl betrifft, so kommt ein Säugling täglich schon mit einigen Hundert Wärmeeinheiten aus, während ein Backfisch von vierzehn Jahren nicht viel weniger braucht als eine erwachsene Frau.

Alle die Stoffe, von denen wir leben, Eiweiß, Fette und Kohlehydrate, bestehen nun zum größten Teil aus Brennmaterialien, also in erster Linie aus Kohle, und dann aus Wasserstoff. Daneben kommt Sauerstoff vor, Stickstoff, ein bißchen Schwefel, ein bißchen Kalzium für die Knochen. Auch Eisen, denn Eisen macht stark. Und noch manches andere nützliche Element findet sich ein. In Austern und Kaviar zum Beispiel stecken wertvolle Phosphorverbindungen, die unserem Hirn, unserem Gefühls- und Liebesleben zugute kommen.

Welche Rolle spielen nun die von uns genannten Nährstoffe? Das Eiweiß dient zum Aufbau der Körper. Der Mensch nützt sich mit jeder Handbewegung, mit jedem Atemhauch ab. Das Herz erst recht, alle Organe müssen neu ersetzt werden. Darum kann der Mensch das Eiweiß gar nicht entbehren: er geht ein, wenn man es ihm vorenthält. Fette und Kohlehydrate dagegen dienen mehr dazu, die Arbeit des Körpers zu unterhalten und besonders die Wärme. Denn der Körper heizt sich ja selbst beständig ein und sucht sich über einer gewissen Temperatur zu erhalten. Fette und Kohlehydrate kann man schon eher für ganz kurze Zeit entbehren. Die Kohlehydrate — zu ihnen gehören Zucker, Stärke — kommen fast nur in den Pflanzen vor. Nun wissen wir, daß es Tiere gibt, die nicht, wie wir Menschen, von gemischter Kost leben, sondern die bloß Fleischfresser sind. Sie nehmen also keine Kohlehydrate zu sich und sind doch sehr kräftig und leben sehr warm in ihrem Pelz. Daraus ist zu schließen, daß die Kohlehydrate nicht unbedingt nötig sind, sondern daß sie für lange Zeit durch Fette ersetzt werden können. Nansen hat sich am Nordpol einen ganzen Winter hindurch nur von Bärenfleisch und Fett ernährt, ohne Beeinträchtigung seines Wohlbefindens. Die Fettpolster, die man dabei ansetzt, haben den Vorzug, daß sie nicht nur Schmuckpolster, sondern auch gute Kraftreserven sind, wenn man einmal gezwungen ist, zu hungern, oder wenn man krank ist. Dann lebt der Körper eine Zeitlang von dem Fett, das er in guten Tagen aufgespeichert hat.

Sie sehen, wenn man sich mit der Wissenschaft einläßt, kommt man zu ganz interessanten Tatsachen, an denen man sonst ahnungslos vorübergeht. So wissen Sie gewiß nicht, meine Gnädigste, daß es außer der Kuhbutter auch eine Ochsenbutter gibt. In Fällen nämlich, in denen das weibliche Rind versagt oder vielmehr zu teuer produziert, da läßt sich das männliche Rind gnädigst herbei, die Butter nachzuliefern. Allerdings in viel schlechterer Qualität und weniger schmackhaft, dafür aber billiger. Vor ungefähr fünfzig Jahren hat sich ein Chemiker namens Mège-Mouriès im Auftrag der französischen Regierung bemüht, eine Butter zu erfinden, die durch ihren niedrigen Preis für die bedürftigen Klassen und durch ihre größere Haltbarkeit für die Marine verwendbar sei. Napoleon III. stellte ihm für die Versuche eine kaiserliche Farm zur Verfügung. Mège-Mouriès zerlegte das Fett der Rinder durch chemisches Verfahren in Stearin und Oleomargarine. Aus der letzteren machte er nun — Sie erraten schon was — „die schreckliche Margarine"! Schrecklich in der Tat für uns Freunde von guter Naturbutter. Aber für die armen Leute von großem Wert. Heute wird diese Kunstbutter in größten Mengen hergestellt. Man gibt ihr jeden möglichen Geschmack durch die Auswahl von passenden Zusätzen. Zum Beispiel für ganz feine Sorten allerbestes Olivenöl. Man kann auch etwas Milch oder Rahm zusetzen, so daß die Margarine wirklich etwas von echter Butter an sich hat. Aber das Gesetz erlaubt nicht, zuviel des Guten dazuzutun. — Sie sehen also, auch das männliche Rind macht sich verdient um die Butterlieferung an die Menschheit.

Nun werden Sie natürlich fragen: „Jetzt, da wir so wenig Kühe und auch nicht viel Rinder haben, und all dieses Viehzeug so furchtbar kostspielig ist und ein Dekagramm Speck zwölf Heller kostet, wird es sich doch lohnen, daß die Wissenschaft einmal gründlich in die Frage hineinsteigt und uns vollkommen künstliches Fett, rein im Laboratorium hergestellte Nahrung erzeugt und vorsetzt. Wozu Tiere, die man erst füttern muß, wozu Pflanzen, die man erst großziehen muß! Man nimmt soundso viel Mineralien, sogenannte anorganische Substanzen, und macht daraus im Glaskolben oder in den Kesseln der Fabrik künstliches Fett!" Ganz richtig. Das hat die Wissenschaft auch getan. Dem französischen Chemiker Berthelot ist es schon vor vielen Jahren gelungen, aus Glyzerin und Stearinsäure künstliche Fette herzustellen. Damals hat es sich aber noch nicht gelohnt, sie den Konsumenten aufzudrängen, weil die aus den Pflanzen gewonnenen Oele, die Schmalze und die Butter aus dem Tierreich so gut schmeckten und so billig zu haben waren. Ein langer Friede macht eben bequem und üppig. Aber wenn es sein muß, dann kann die Chemie die Fette auch vollkommen künstlich herstellen. Und dann kann uns kein Feind in Fettsachen aushungern. Oder richtiger ausmagern.

Kölnische Zeitung 12./I.1916.

Ernährungsfragen.

Auf der Tagesordnung steht dann der Bericht des Hauptausschusses über die Fragen der Volksernährung. Dazu liegen etwa 60 Entschließungen und Anträge vor.

Berichterstatter Graf **Westarp:** Die Kommission hat eingehend die Zahlen über die vorhandenen Vorräte geprüft und mit den Bedarfszahlen verglichen. Sie hat gefunden, daß genügend Lebensmittel vorhanden sind, um durchhalten zu können. Auf der andern Seite hat sich die Kommission aber davon überzeugt, daß wir nicht mehr haben als wir brauchen. Zu Friedenspreisen und in Friedensmengen wird die Bevölkerung Lebensmittel nicht zur Verfügung haben. Diese Einschränkung betrifft nicht nur die Verbraucher, sondern auch die Landwirtschaft und die verarbeitenden Gewerbe. Die Gründe hierzu liegen namentlich in dem völkerrechtswidrigen englischen Aushungerungsplan, da England die Mittel hat, uns von der Zufuhr abzuschneiden. Die Verhältnisse liegen aber nicht nur in den feindlichen, sondern auch in vielen neutralen Ländern zum Teil noch ungünstiger als bei uns. Voraussetzung für das Durchhalten für den Sieg ist

Sparsamkeit auf allen Gebieten,

eine verständnisvolle, von gutem Willen getragene Beobachtung aller erlassenen Maßnahmen durch Verbraucher, Erzeuger und den Handel. Die Kommission hat als wichtigste innerpolitische Aufgabe angesehen, daß, getragen von der einmütigen Zustimmung aller Parteien und Stände, entschlossen und rechtzeitig, einheitlich und planvoll alle Maßnahmen getroffen werden, um den Wucher hintanzuhalten, die Vorräte gerecht zu verteilen und auch die minderbemittelten Bevölkerungsklassen zu angemessenen Preisen zu versorgen, um aber auch die Produktion nicht nur im bisherigen Umfange zu erhalten, sondern auch nach Möglichkeit zu fördern und zu verstärken. Die einzelnen Vorschläge hierzu sind in dem Bericht niedergelegt und in einer größern Anzahl von Resolutionen zusammengefaßt, deren Annahme ich Ihnen namens der Kommission empfehle. Die vornehmste Pflicht dieses Hauses und des Ausschusses ist, auf die Massen aufklärend und beruhigend zu wirken, um ihnen nach Möglichkeit die Überzeugung beizubringen, daß auch sie mitwirken müssen, damit wir durchhalten können. Und das deutsche Volk läßt sich nicht aushungern! (Beifall.) In ungebrochener wirtschaftlicher Kraft steht es da, und in ebenso ungebrochener Entschlossenheit, den Krieg, unbeirrt durch irgendwelche wirtschaftlichen Nöte und Besorgnisse, zu einem siegreichen Ende durchzuführen. (Beifall.) Aus Rücksicht auf Ernährungsfragen braucht der Krieg nicht einen Tag eher beendet zu werden, als bis die militärische und politische Lage zu einem vollen Erfolg geführt hat. (Lebhafter Beifall.)

Schmidt (Berlin) (sd.): Bei der Beurteilung der Ernährungsfragen stellen wir die zweckmäßige Organisation der Verteilung voran, ebenso die Bekämpfung der außerordentlichen Preistreibereien. Nach siebzehnmonatigem Durchhalten müßte das Ausland eigentlich eingesehen haben, daß Deutschland nicht wirtschaftlich zusammenbrechen wird. Allerdings sind weitgehende Eingriffe in das Wirtschaftsgetriebe notwendig: 1. ein Verteilungssystem für bestimmte Nahrungsmittel; 2. die Preisbildung ist dem freien Wettbewerb zu entrücken; 3. die Preisfestsetzung darf nur auf die tatsächlichen Erzeugungskosten Rücksicht nehmen; 4. Sicherung gegen Verfälschung von Nahrungsmitteln. Die meisten Regierungsverordnungen kommen

viel zu spät.

Verhältnismäßig zu hohe Höchstpreise sind die Folge. Wenn den Bemühungen stattgegeben würde, die Höchstpreise weiter zu erhöhen, so würde ein Sturm der Entrüstung sich erheben. Warum schützt man uns nicht beizeiten gegen die Auswucherungsbestrebungen? Wie ein düsterer Schatten liegt es auf unserer ernsten Zeit, wie die gewaltigen Kriegsgewinne gemacht werden, und noch aufreizender sind die Bilanzen der großen Erwerbsgesellschaften. In diese ganze Unordnung muß entschieden eingegriffen werden. Man hat sich bei Aufkäufen gegenseitig überboten, um die Preise durch höchste Auslandspreise nach oben zu treiben. Große Händlergruppen suchen künstlich den Markt zu beeinflussen, um der Regierung vor jegliche Festsetzung von Höchstpreisen bange zu machen, die das gesamte Handelskapital nicht haben mag. Der Gegensatz zwischen Proletariat und Besitz ist nirgend so kraß wie auf dem Lande. Besonders verbitternd wirken die Dividendenergebnisse der Zuckerfabriken. An dieser Gewinnanhäufung ist unsere Höchstpreispolitik mit schuld. Wenn die Zuckerleute weitere Erhöhungen fordern, so ist das eine Unverschämtheit schlimmster Art. Mit den Herren von der Landwirtschaft ist eine Verständigung über die Preise ja überhaupt nicht möglich. Daß bei unserer guten Kartoffelernte es noch nicht möglich war, die zur Versorgung des Marktes erforderlichen Mengen bereitzustellen, erklärt sich nur, wenn man künstliche Zurückhaltung annimmt. (Widerspruch rechts.) Da bleibt nichts übrig, als Durchführung der Zwangsabgaben. Die Landräte müssen dafür sorgen, daß die Verteilung zufriedenstellend ist, aber dem Minister des Innern liegt seine Polizeiwirtschaft samt der Sorge um die künftigen Wahlen zu sehr am Herzen, sonst würde die preußische Verwaltung mit ihren guten Organisationen zeigen, was sie kann, und der Bundesratsverordnung Nachdruck verschaffen. In einzelnen Kreisen, mit einer gewaltigen Überschußerzeugung, mußten von auswärts Kartoffeln zugeführt werden. Also hier zeigte sich ein Versagen der Verwaltung in der Kriegswirtschaft. War es nötig, daß die Schweinepreise bis 300 Prozent über das übliche Maß stiegen? Jetzt, wo die Preise herabgesetzt sind, läßt der Auftrieb nach. Da versagt auch die städtische Verwaltung, die direkt unter Ausschaltung des Handels mit den Produzenten hätte in Verbindung treten müssen. In Berlin W. ist kein Mangel an Butter. Wer den Geldbeutel hat, kann sich eben alles beschaffen. Zahlreiche kleine Existenzen sind zugrunde gegangen, aber andere sind durch skrupellose Geschäftsgrundsätze hochgekomemn in Geschäftszweigen, mit denen sie bisher nichts zu tun hatten. Diese Leute fragen den Deubel danach, ob andere zugrunde gehen. In sozialpolitischer Beziehung ist von diesen Emporkömmlingen später nichts zu erwarten. Durch nichts gerechtfertigt sind die hohen Lederpreise. Die hohen Lederdividenden sind eine scharfe Verurteilung der Lederhöchstpreispolitik und der Lederinteressenten, die sicherlich die Regierung falsch unterrichtet haben. Daß es dem Ausland vielfach schlechter geht, entschuldigt uns nicht. Wir müssen prüfen, ob die Preise angemessen sind oder nicht. Das Reichsamt des Innern steht nicht auf der Höhe, es zögert zu oft und zu lange.

Staatssekretär Dr. **Delbrück:** Die Versorgung mit Lebensmitteln zu angemessenen Preisen muß heute, wie vor Monaten im Vordergrunde unseres Strebens und unserer Arbeit stehen. Im August waren eine Reihe neuer Maßnahmen in Vorbereitung. Inzwischen ist ein Teil der Wünsche des Reichstages erfüllt worden. Zum Teil hat uns der Gang der Ereignisse genötigt, andere als die damals erwogenen Wege zu gehen und die Ziele auch weiter zu stecken. Die dem Reichstag überreichten Denkschriften geben darüber ein klares, übersichtliches und systematisches Bild. Die damit im Zusammenhang stehenden Fragen sind in dem verstärkten Haushaltsausschuß eingehend besprochen worden. Ich glaube, feststellen zu können, daß in den Tendenzen, in den letzten Zielen, zwischen allen Parteien und der Regierung völlige Übereinstimmung herrscht. Namentlich darüber sind wir uns vollständig einig, daß in diesen schweren, ernsten Zeiten unter den besondern wirtschaftlichen Verhältnissen, die der Krieg geschaffen hat, die Versorgung des Markts und die Bildung der Preise

nicht dem freien Spiel der Kräfte

überlassen bleiben, sondern, daß wir mit fester Hand eingreifen müssen und vor Härten nicht zurückschrecken dürfen, wenn das Wohl des Ganzen und die Sicherheit des Vaterlandes es erfordern. Eins möchte ich ausdrücklich feststellen, wir werden mit unsern eigenen Erzeugnissen bis zur nächsten Ernte reichen, wenn wir sparsam und haushälterisch mit ihnen umgehen, wenn wir unsere Lebensgewohnheiten den Verhältnissen anpassen, und wenn wir weiterhin mit Erfolg die Verteilung und den Verbrauch zu regulieren in der Lage sind. Das deckt sich auch im wesentlichen mit den Ausführungen des Vorredners. Wenn aber der Vorredner der Meinung gewesen ist, daß die Anordnungen des Bundesrates draußen im Lande, und speziell in Preußen, nicht immer in der gewünschten Weise gewirkt hätten, weil

der preußische Minister des Innern

nach seiner Meinung mir nicht dasjenige Maß von Unterstützung habe zuteil werden lassen, was erforderlich ist, um diese schwierigen und komplizierten Anordnungen durchzuführen, so ist das nicht richtig. Ich stelle ausdrücklich fest, daß der preußische Minister des Innern von Anfang bis zu Ende bestrebt gewesen ist, durch den äußersten in seiner Hand liegenden Druck den Anordnungen des Bundesrats auch die nötige Beachtung draußen im Lande zu verschaffen und daß der preußische Landrat auf diesem Gebiet nicht versagt hat. Wenn hier und da die Anordnungen nicht funktioniert haben, wenn sie falsch verstanden worden sind, wenn man unter Umständen in ihrer Ausführung über das Ziel hinausgegangen ist, so liegt das in der Schwierigkeit der Aufgabe, die den ohnehin schon überlasteten Behörden draußen im Lande gestellt war. So liegt das daran, daß alles das, was wir jetzt tun und was wir jetzt fordern, in vollem Widerspruch steht mit den politischen volkswirtschaftlichen und rechtlichen Anschauungen, die unser Wirtschaftsleben und unser politisches Leben bis zum Ausbruch des Krieges beherrscht haben. Es ist nicht leicht, eine große Verwaltung und ein ganzes Volk unter so schwierigen Verhältnissen in wenigen Monaten zu einem

völligen Umdenken und völligem Umlernen

zu bringen. (Sehr richtig!) Die Aufgaben, die den neugeschaffenen Organisationen gestellt sind und die Aufgaben, die die Behörden zu erfüllen haben, die Pflichten, die durch diese Organisationen jedem einzelnen auferlegt werden, können nur begriffen werden, wenn sich der Einzelne, von der Zentralstelle bis zum Gemeindevorsteher und zum einzelnen Haushalt, in gewissen Grenzen über die Gründe und Zusammenhänge der Fragen klar ist. Die Probleme sind nur zu lösen, die Schwierigkeiten sind nur zu überwinden, die Eingriffe, die wir uns tagtäglich gestatten und die hart genug für den einzelnen und für die Gesamtheit sind, können nur ertragen werden, wenn man draußen im Lande ihre Ursachen und ihren Zweck kennt. Die Schwierigkeiten, mit denen wir zu kämpfen haben, die Knappheit in den notwendigen Lebensmitteln, die Ungleichmäßigkeit ihrer Verteilung haben eine erhebliche Steigerung der Preise allgemein als Begleiterscheinung zur Folge. Das feindliche wie das neutrale Ausland haben mit denselben Schwierigkeiten zu kämpfen. Die Preise gewisser Lebensbedürfnisse sind dort noch höher als bei uns. Ich habe aber auf diese Verhältnisse nicht hingewiesen, um etwa die Mängel unserer Organisationen zu entschuldigen, sondern es kam mir darauf an, daß die Ursachen dieser überall auftretenden ähnlichen Erscheinungen ganz verschieden sind, nicht nur in den einzelnen Ländern, sondern auch im Inlande. Man kann der Schwierigkeiten nur Herr werden, wenn man sich in jedem einzelnen Falle über die Ursachen klar ist. Im Auslande besteht ein freier Markt, die Meere sind offen, die Zufuhr aller Bedürfnisse ist theoretisch frei; trotzdem die gleichen Erscheinungen wie bei uns. Im Inlande ist jede Zufuhr vom Ausland abgeschnitten, die Ernährung und Erhaltung der Bevölkerung ist allein auf das gestellt, was das Land hervorbringt. Dieser Unterschied, die Freiheit der Meere, hat England, Frankreich und Italien nicht vor den Schwierigkeiten bewahrt, aber die Stärke unserer eigenen Produktionen und die Vortrefflichkeit der Organisation unserer inländischen Verhältnisse hat uns stärker gemacht als das Ausland, das scheinbar nach der äußern Kriegslage günstigere Verhältnisse aufzuweisen hat.

Die Leistungen unserer Landwirtschaft,

die technische Vervollkommnung ihres gesamten Betriebes haben sich außerordentlich bewährt. Die Mittel, die wir auf die Hebung und Förderung der Landwirtschaft verwandt haben, sind nicht umsonst ausgegeben worden. (Sehr richtig.) Wenn Sie die Verhältnisse in Frankreich, England und Italien prüfen, so fällt dort eine unzureichende Organisation des Verkehrswesen auf. Wir müssen dankbar anerkennen, daß unser Verkehrswesen ausgezeichnet ist. Wenn wir der größten Schwierigkeiten Herr geworden sind, so verdanken wir das unsern Eisenbahnen. (Beifall.) Wir haben eine Reihe von scharfen Strafbestimmungen erlassen, der den Kriegswucher treffen und ihm vorbeugen sollen. Die Frage der Höchstpreise ist außerordentlich schwierig. Grundsätze sind leicht aufzustellen, aber es ist sehr schwer, die richtigen zu Unterlagen zu beschaffen und zum Beispiel festzustellen, welches der legitime Gewinn ist. Wir haben die

Einrichtung der Preisprüfungsstellen,

die in der Lage und befugt sind, sich über die Verhältnisse im allgemeinen und die jedes einzelnen Gewerbetreibenden zu unterrichten. Es ist eine geschlossene Organisation mit einer zentralen Reichsstelle, die sich bis hinunter in die einzelnen Gemeinden verzweigt. Heute schon bestehen bald tausend örtliche Preisprüfungsstellen, von denen weit über die Hälfte auf Preußen entfallen. Die Reichspreisprüfungsstelle, die in verschiedene Ausschüsse aufgelöst ist, besitzt bereits einen großen statistischen Apparat über die in den einzelnen Preisprüfungsstellen gewonnenen Ergebnisse und kann auf Anfragen Auskünfte erteilen. Demnächst wird durch eine regelmäßig erscheinende Druckschrift allen Preisprüfungsstellen das Ergebnis ihrer Arbeiten zugänglich gemacht. Hier muß der Hebel eingesetzt werden, wenn wir mit den Höchstpreisen erfolgreich arbeiten wollen. Die Pflege dieser Preisprüfungsstellen und ihre Entwicklung zu nutzbringender Tätigkeit möchte ich ihnen ans Herz legen. Soll die Festsetzung von Höchstpreisen von einer zentralen Stelle aus nicht den Handel stören, so muß die gleichmäßige Versorgung der Bevölkerung mit den betreffenden Lebensmitteln gesichert werden. So reihen sich unabwendbar an die Höchstpreisfestsetzungen an: Beschlagnahme, Organisation des Handels, Gliederung der Höchstpreise nach Groß-, Kleinhandels- und Produzenten-Preisen. Dazu tritt manchmal noch die Zentralisation der Aus- oder Einfuhr. Beschlagnahme ist leichter gefordert als durchgeführt. Bei Getreide- und Futtermitteln ist die volle Erfassung der vorhandenen Bestände, die Preis- und Verbrauchsregelung in allen Einzelheiten geregelt. Vielfach hat man gefordert das Beispiel auch bei Kartoffeln nachzuahmen. Bei Getreide ist die Sache viel leichter; es wird nur einmal geerntet, läßt sich leicht aufbewahren und handeln und war ganz der menschlichen Ernährung vorbehalten. Bei den Kartoffeln hätten wir 55 Millionen Tonnen verwalten müssen, von denen nur 15 Millionen Tonnen für die menschliche Ernährung verbraucht wurden. Wir haben zu einer Reihe von Behelfen gegriffen, deren Mangelhaftigkeit vielleicht keinem klarer ist als mir. Bei bestimmten Bedarfsartikeln haben wir ohne Zwangsorganisation die Versorgung der Bevölkerung zentral regeln können, beispielsweise beim Obst, wo die im Frieden bestehende Organisation die Rationierung der vorhandenen Mengen in mustergültiger Weise durchführt. Auch bei der Kohle hatten wir erst mit nur wenigen großen Syndikaten zu tun, die in zwei großen Versorgungsstellen unter Leitung des preußischen Handelsministers zusammengestellt sind. Besonders wichtig ist die genaue Kenntnis der Tragweite der Verordnung über die Versorgungsregelung in der Fassung vom 3. November 19... Wenn der Handel den Bestimmungen nicht genügt, können die Gemeinden unter Ausschuß von Handel und Gewerbe die Versorgung selbst übernehmen. Das ist von einer ganzen Reihe von Gemeinden mit Erfolg getan worden. Bei der Durchführung aller unserer wirtschaftlichen Maßnahmen ist eine

ausgiebige Mitwirkung von Laien, Sachverständigen und Interessenten

vorgesehen. Das Ganze ist schließlich gekrönt durch den Beirat des Reichstags, der mich, beziehungsweise die Regierung, in den Fragen der Nahrungsmittelversorgung beraten soll. Der Beirat ist schon zusammengetreten. Ich lege auf die Durchführung der Bestimmungen über den Beirat deswegen einen ganz besondern Nachdruck, weil ich den Eindruck habe, daß er nicht nur für die Beziehungen zwischen dem Reichstag und dem Bundesrat von Vorteil sein muß, sondern weil ich glaube, daß diese ihre dauernde Mitarbeit für die Aufklärung der Bevölkerung unserer Maßnahmen von größter Bedeutung ist. Die zahlreichen Beiräte, die ich geschaffen habe, sind die einzige Möglichkeit, zwischen Bevölkerung und Behörden das Maß von Kontakt herzustellen, ohne das wir überhaupt nicht unsere Aufgabe lösen können. Sie bilden die einzige Möglichkeit, die Laienkreise aufzuklären über den Stand der Dinge und sie vor Übereiltheiten zurückzuhalten, wie sie sicherlich nicht im allgemeinen Interesse liegen. Ich erwarte, daß die Beteiligung der Bevölkerung an den Beiräten in allen Instanzen dazu beitragen wird, die Kritik auf das richtige Maß zurückzuführen.

Ich scheue die Kritik nicht

und erkenne ihre Berechtigung durchaus an. Ich weiß vielleicht besser als irgendeiner von Ihnen, wie groß die Mängel dessen, was wir geschaffen haben, sind. Ich weiß ganz genau, daß dieses oder jenes Ziel auch auf einem andern Wege hätte erreicht werden können. Aber in einer so schweren Zeit darf die Kritik nur befruchtend und nicht hemmend wirken. Sie darf nicht dahin führen, daß große Teile der Bevölkerung der Mitarbeit an diesen Dingen lediglich deswillen sich entziehen, weil sie glauben, daß die Maßnahmen am falschen Ende oder unrichtig angefaßt sind. Die ganze Bevölkerung muß in diese Organisation hinein mit dem festen Willen, aus ihr herauszuholen, was aus ihnen herausgeholt werden kann. (Sehr richtig!) Die ganze Bevölkerung muß an den Arbeiten, die die Organisationen gestellt sind, sich betätigen, durchglüht von dem Willen zu siegen, der ebenso im Innern wie nach außen allein die Bürgschaft für den Erfolg bildet. (Lebhafter Beifall.)

Dr. **Matzinger** (Ztr.): Die Verhandlungen unseres Hauptausschusses waren getragen von dem Bestreben nach Besserungen und Abhilfe der bestehenden Mißstände. So schwere Eingriffe in das wirtschaftliche Leben des einzelnen sind in einem so ungeheuren Ringen unvermeidlich. Der neugeschaffene Beirat soll das Vertrauen des Volkes zu den Maßnahmen der Regierung stärken: möge ihm das in vollem Maße gelingen! Auch heute gilt noch die alte Fabel des Menenius Agrippa für das wirtschaftliche Wohlergehen eines ganzen Volkes. In diesem Geiste werden wir auch den Sieg über eine Welt haßerfüllter Feinde davontragen. Die Forderungen der Sozialdemokraten gehen viel zu weit und würden die Landwirtschaft schwer schädigen.

Dr. **Böhme** (nl.): Wohl mancher war von banger Sorge erfüllt, ob es möglich sein würde, bei all dem Ungemach und all den Schwierigkeiten, die der Nahrungsmittelversorgung unseres Volkes schon an sich durch den Krieg bereitet worden sind, die nötigen Nahrungsmittel auch aufzubringen, nachdem sozusagen sogar das Wetter gegen uns Stellung genommen hat. Eine Fülle von Schwierigkeiten wäre für unsere Volksernährung bei einigermaßen günstiger Witterung nicht vorhanden gewesen. Aber mancherlei Sorgen für Erzeuger und Verbraucher wären fortgefallen, wenn die Reichsregierung mit ihren Maßnahmen

rascher und entschiedener

gewesen wäre. Wir haben bei den letzten Tagungen des Reichstags auf allen Seiten den Wunsch ausgesprochen, die Reichsregierung möchte enger als bisher mit den einzelnen Berufen, und namentlich dem für Volksernährungsfragen verantwortlichen Paglament, dem Reichstag, Fühlung nehmen. Die Reichsregierung hat dem durch die Einrichtung der Preisprüfungsstellen Rechnung getragen. Die Hoffnungen, die an diese Einrichtungen geknüpft worden sind, haben sich nicht erfüllt. Die Fraktionen des Reichstags waren nur durch zwei Abgeordnete hierbei vertreten. Die Regierung konnte sich bei wichtigen Entscheidungen kein Bild von der Stellungnahme des Reichstags machen. Die Preisprüfungskommissionen haben durch die zahlreichen Sachverständigen aus den verschiedensten Berufskreisen manche wertvolle Anregung erfahren, aber das Bestreben des Reichstags kann nicht und wird niemals sein, im einzelnen Ratschläge zu erteilen. Unser Wunsch mußte sein, der Regierung ein Bild davon zu geben, wie der Reichstag wichtige Fragen geregelt sehen will. Die Regierung darf nicht, wie bei der Kartoffelfrage, auf Grund einseitiger Darstellungen Beschlüsse fassen. Daher ist zu begrüßen, daß der 15er-Ausschuß jetzt ein getreues Spiegelbild der Wünsche des Reichstags gibt. Hoffentlich schenkt die Reichsregierung dieser Vertretung des Reichstags die verdiente Beachtung. Gegenüber andern Einflüssen, die sich geltend machen, muß immer wieder betont werden, daß für wirtschaftliche Fragen der Reichstag entscheidend ist. (Sehr richtig!) An keinem Gebiet ist so viel herumgedoktert worden wie an der Kartoffelversorgung. Nirgend hat eine Verordnung so bald eine andere abgelöst. Wir dürfen nicht wieder zu Zuständen gelangen wie im vorigen Jahre, wo der Anfang zu der Entfremdung von Produzenten und Konsumenten gemacht wurde. Nichts ist jetzt so wichtig, als ein friedliches harmonisches Zusammengehen der einzelnen Stände herbeizuführen. Aber die Konsumenten müssen eingedenk bleiben, daß sie nicht die gleichen Ansprüche auf Qualität und Sorten erheben können wie früher. Vielfach sind Kartoffellieferungen ganz unbesichtigt zurückgewiesen worden. Wenn es vorgekommen sein sollte, daß Kartoffeln zurückgehalten worden sind, so hat auch die Regierung die Mitschuld daran, da sie die Preise durch die Reports gewaltig anschwellen ließ. Da mußte ja der Glaube erweckt werden, es werde auch in diesem Jahre so werden, und töricht wäre der, der verkaufte, wofür er später den dreifachen Preis erhalten könne. Die Reichsregierung muß die Verteilung von

Butter und Fett

regeln, mindestens in Form von Verteilungskarten. Nichts gefährdet den innern Frieden so, als wenn die minderbemittelten Bevölkerungsschichten mit ansehen müssen, wie die Leute, die infolge ihres Geldbeutels alles bezahlen können, sich Butter und Fett reichlich beschaffen können. Die Bevölkerungsschichten, die schwere Arbeit leisten, müssen in erster Linie bei Kraft und Gesundheit erhalten werden. Dazu muß den wohlhabenden Schichten Beschränkung auferlegt werden. Die Einführung von Butter- und Fettkarten kann nicht von den Städten gemacht werden, sondern sie muß vom Reich erfolgen. Die Wünsche des Mühlengewerbes sind auch heute von der Reichsgetreidestelle und den Kommunalverbänden noch nicht genügend berücksichtigt. Die kleinen und mittlern Mühlen wollen gegenüber den Großmühlen nicht benachteiligt werden. Einzelne Ausnahmen in militärischem Interesse kann man wohl dulden, sie dürfen aber nicht zur Regel werden. Warum erhalten wir keine Statistik über die Beschäftigung der verschiedenen Mühlenbetriebe? Dann würde man den Klagen des Müller-Mittelstandes wenigstens im einzelnen nachgehen. Die Schweinemast bietet die einzige Möglichkeit, die Fettversorgung der schwerarbeitenden Bevölkerung zu regeln. Die Höchstpreispolitik der Regierung hat hier falsche Wege eingeschlagen. Allerdings konnte sie sich hierbei auf die Landwirtschaftskammern stützen. Die Schweine sind jetzt vielfach vollkommen vom Markt verschwunden, sie kommen in die Wurstfabriken und gehen dem Massenverbrauch verloren. Die Futtermittelpreise machen eine

rentable Viehzucht fast unmöglich.

Der kleine Mann muß vielfach seine Schweine geradezu durchlügen. (Sehr richtig.) Die kleinen Leute müssen sich die Futtermittel vielfach geradezu vom Munde absparen. Bei der Schweineproduktion muß gerade das Interesse dieser bedrohten Existenzen Berücksichtigung finden. Die Professoren haben in geradezu fahrlässiger Weise eine zuweitgehende Abschlachtung der Schweine empfohlen, weil sie einen falschen Zusammenhang zwischen Schweinemast und Kartoffeln konstruierten. Man darf aber diesen Vorwurf nicht auf alle Professoren verallgemeinern. Die Konserven, namentlich die aus dem Auslande stammenden, müssen scharf kontrolliert werden. Sie sind vielfach völlig ungenießbar. Die Schweinemastverträge der Kommunen sind durchaus zu begrüßen. Die Reichsregierung muß durch eine feste Organisation der Versorgung mit Arbeitskräften der Landwirtschaft entgegenkommen. Sind Kriegsgefangene erst einmal eingearbeitet, soll man sie den Landwirten nicht wieder wegnehmen. Der Gedanke, uns auszuhungern, ist falsch, weil wir in bezug auf das, was wir selber erzeugen, günstiger dastehen als das uns feindliche Ausland. Schon unsere Kartoffelerzeugung würde uns im schlimmsten Falle sichern. Kartoffeln und Schweine allein gewährleisten unser Durchhalten auf dem Gebiet der Nahrungsmittelversorgung. (Lebhafter Beifall.)

Ein Vertagungsantrag wird angenommen.

Mittwoch 2 Uhr Fortsetzung. — Schluß 7 Uhr.

Tägliche Rundschau 64
12./I. 1916

Nr. 19 • Erste Beilage
Morgen-Ausgabe
Tägliche Rundschau
Mittwoch, 12. Januar
1916

Der Reichstag über die Ernährungsfragen.

Der Mißbrauch der „kleinen" Anfragen zu solcher verleumderisch-denunziatorischer Natur, wie sie Liebknecht im Dienst dunkler Mächte übt. — ihre Ausnützung zu dicker Vorschubleistung unseren erklärten Feinden gegenüber erinnert recht empfindlich daran, daß die Bedenken, die bei ihrer Einführung erhoben wurden, keineswegs völlig unbegründet waren! Was die dunklen Mächte anlangt, so ist ja neulich in der rumänischen Kammer von Herrn Liebknecht nur allzu gesinnungsverwandter Seite in einem unbewachten Augenblicke recht verständlich angedeutet worden, worum es sich handelt! Schade, daß Abbé Wetterlé einstweilen verhindert ist, im Deutschen Reichstag zu erscheinen. Er würde seine helle Freude gehabt haben an den Schmähungen, die der hemmungslose Tribun zu gesegnetem Jahresanfang in der Art eines keifenden Weibes in das teils hohnlachende, teils empörte Haus hineinzischte, — schnell, ganz schnell, „zur Ergänzung" des gedruckten Textes seiner Anfragen, um so noch den alten eine neue Schmähung der Boches anzuflicken, ehe ihm die Glocke des Präsidenten das Wort abschnitt. Wahrhaftig, dieser unerträgliche Herr soll Gott danken, daß die, auf deren Kosten er sich seine Narrensprünge leistet, Deutsche sind! Romanisches Temperament würde Leuten seines Schlages in anderer Weise als durch ein bedauerndes Kopfschütteln deutlich zu machen wissen, wie man sich in solcher Zeit benimmt! Ich will nicht an Jaurès erinnern. Man kann die beiden Namen nicht in einem Atem nennen. Denn Jaurès war immerhin ein Kerl....

Es handelte sich gestern um die drei Anfragen, die die präsidiale Exzellenz bei Ueberreichung des Blumenstraußes Liebknechtscher Aufklärungsbedürftigkeit vor Weihnachten zunächst in den Papierkorb befördert hatte. Das war eine verständliche und sachgemäße Behandlung, gegen deren geschäftsordnungsmäßige Zulässigkeit indessen Bedenken zu erheben waren. So sind sie nachträglich gedruckt und nun gestern auch verlesen worden. Die Anregung zur ersten, die angebliche Armenierhetzen in der asiatischen Türkei zum Gegenstande hatte, war eine diskrete Unterstützung transozeanischer Einmischungsgelüste. Die zweite und dritte zielten auf erst recht apokryphe Greueltaten der Boches selbst. Die Antwort der Kommissare des Reichskanzlers war praktisch die bekannte Einladung aus dem Goetheschen Ritterdrama. Doch hielt der Kanzler es für richtig, in der Erwiderung auf die erste Frage erwähnen zu lassen, daß über die Angelegenheit der Armenier ein Gedankenaustausch mit der Hohen Pforte stattfinde. Auf die Anfragen, oder vielmehr auf deren Ablehnung, folgte ihre zischende „Ergänzung" seitens des Mannes im schlichten Schipperrock. Was er wollte, war bei dem Lärm, der jedesmal einsetzte, nur bruchstückweise zu verstehen. Nun, in Pariser Blättern wird man — vielleicht durch die ehrbare Vermittlung der Herren Blumenthal oder Wetterlé — schnell und ausgiebig genug erfahren, was der geschätzte Redner noch auf dem Herzen hatte. Der erste Ordnungsruf, der im neuen Jahre erteilt wurde, verklang...

Das Zwischenspiel war übrigens zum Glück schnell vorüber. Dann gab es einen langen Arbeitstag mit zum Schluß sehr wenig Körnern auf der Tenne. Friedensstil. Wenn die Sitzung unmittelbar nach dem Ausschußbericht des Grafen Westarp über die Ernährungsfragen geschlossen worden wäre — dem Reich wäre nicht allzuviel an münzbaren Ergebnissen verloren gegangen! Daß der Reichstag wie das ganze Volk einig sind in dem Entschluß, auch in der Ernährungsfrage durchzuhalten, ist denen, die es angeht, nachgerade ja wohl bekannt. Hinlänglich bekannt ist auch, daß die Ansichten über Art, Umfang und Temperament der Entschließungen des Reichsamts des Innern geteilt sind. Viel Neues wurde darüber nicht gesagt. Eine Bemerkung aus der langen Rede des Staatssekretärs Delbrück verdient vielleicht besondere Beachtung. Er meinte, wenn man gewisse Schwierigkeiten in der Einstellung der Verwaltungsmaschine auf die besonderen Bedürfnisse dieses Krieges beanstande, so müsse man doch auch die Hemmungen berücksichtigen, die rein menschlich dem Uebergang zu vollständig neuen Verwaltungsgrundsätzen entgegenständen. Sehr richtig! Dann aber sollte man auch nicht übertrieben empfindlich sein, wenn die Presse treibt und sich bemüht, zur Ueberwindung solcher Hemmungen das Ihrige beizutragen! — Vielleicht wird unseren Gegnern der akademisch-milde Charakter der gestrigen Verhandlungen auffallen. Er zeigt, daß, auch wo Meinungsverschiedenheiten vorliegen, die Angelegenheit die Nation nicht mehr übertrieben aufregt! Die Aushungerungsgedanken haben ihre Schrecken für uns verloren.

A. Z.

*

Sitzungsbericht.

26. Sitzung. Dienstag, den 11. Januar 1916.

Am Tische des Bundesrats: Dr. Helfferich, Lewald, Wahnschaffe.

Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 20 Minuten: Zu Beginn des neuen Jahres begrüße ich Sie alle aufs herzlichste und wünsche dem deutschen Vaterlande und dem ganzen Volke ein glückliches segenbringendes neues Jahr. (Beifall.)

Der Schriftführer verliest dann das bereits bekannte Antworttelegramm des Kaisers auf die Glückwünsche des Präsidenten zum Jahreswechsel und das Telegramm, das der Präsident der bulgarischen Sobranje von der Eröffnungssitzung der Sobranje an den deutschen Reichstag geschickt hat. (Lebhafter Beifall.)

Kleine Anfragen.

Auf eine Anfrage des Abg. **Dr. Liebknecht** über die sogenannten „armenischen Greuel" erklärt

Direktor im Auswärtigen Amt **Dr. v. Stumm:** Die aufrührerischen Umtriebe unserer Gegner haben die türkische Regierung veranlaßt, die armenische Bevölkerung auszusiedeln und ihnen neue Wohnstätten anzuweisen. Ueber die Wirkung dieser Maßnahmen findet zwischen der deutschen und der türkischen Regierung ein Notenaustausch statt. Die Einzelheiten können nicht bekannt gegeben werden.

Weitere Ergänzungsanfragen Liebknechts werden vom Präsidenten als neue Anfragen zurückgewiesen.

Auf eine weitere Anfrage **Liebknechts** nach der Lage der Bevölkerung in den von Deutschland besetzten fremden Gebieten erwidert

Ministerialdirektor **Lewald:** Der Herr Reichskanzler ist nicht bereit, das gewünschte Material dem Reichstage vorzulegen, wird aber wie bisher über die Tätigkeit der Zivilverwaltung in den besetzten Gebieten auf Wunsch im Reichstagsausschuß Auskunft erteilen. (Beifall.)

In einer dritten Anfrage verlangt **Dr. Liebknecht** Material über die Maßnahmen, die auf Grund des Belagerungszustandes auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungsrechts getroffen worden sind.

Ministerialdirektor **Lewald:** Der Reichskanzler ist nicht bereit, das gewünschte Material dem Reichstag vorzulegen.

In einer Ergänzungsfrage wünscht **Dr. Liebknecht** Auskunft, ob dem Reichskanzler bekannt sei, daß es „schwarze Kabinette" gäbe, in denen die Briefe untersucht würden. (Große Heiterkeit.)

Der Präsident weist diese und andere Ergänzungsfragen zurück und ruft den Abg. Liebknecht, als dieser gegen die Geschäftsführung des Präsidenten Widerspruch erhebt, zur Ordnung.

Das Gesetz über die weitere Zulassung von Hilfsmitgliedern im kaiserlichen Patentamt wird angenommen. Die Anleihedenkschrift geht an den Hauptausschuß.

Ernährungsfragen.

Auf der Tagesordnung steht dann der Bericht des Hauptausschusses über die Fragen der Volksernährung. Dazu liegen etwa 60 Entschließungen und Anträge vor.

Berichterstatter **Graf Westarp:** Der Ausschuß hat eingehend die Zahlen über die vorhandenen Vorräte geprüft und mit den Bedarfszahlen verglichen. Er hat gefunden, daß genügend Lebensmittel vorhanden sind, um durchhalten zu können. Auf der anderen Seite hat sich der Ausschuß aber davon überzeugt, daß wir nicht mehr haben als wir brauchen. Zu Friedenspreisen und in Friedensmengen wird die Bevölkerung Lebensmittel nicht zur Verfügung haben. Diese Einschränkung betrifft nicht nur die Verbraucher, sondern auch die Landwirtschaft und die verarbeitenden Gewerbe. Die Gründe hierzu liegen namentlich in dem völkerrechtswidrigen englischen Aushungerungsplan, da England die Mittel hat, uns von der Zufuhr abzuschneiden. Die Verhältnisse liegen aber nicht nur in den feindlichen, sondern auch in vielen neutralen Ländern zum Teil noch ungünstiger als bei uns. Voraussetzung für das Durchhalten für den Sieg ist

Sparsamkeit auf allen Gebieten,

eine verständnisvolle, von gutem Willen getragene Beobachtung aller erlassenen Maßnahmen durch Verbraucher, Erzeuger und den Handel. Der Ausschuß hat als wichtigste innerpolitische Aufgabe angesehen, daß, getragen von der einmütigen Zustimmung aller Parteien und Stände, entschlossen und rechtzeitig, einheitlich und planvoll alle Maßnahmen getroffen werden, um den Wucher hintanzuhalten, die Vorräte gerecht zu verteilen und auch die minderbemittelten Bevölkerungsklassen zu angemessenen Preisen zu versorgen, um aber auch die Herstellung nicht nur im bisherigen Umfange zu erhalten, sondern auch nach Möglichkeit zu fördern und zu verstärken. Die einzelnen Vorschläge hierzu sind in dem Bericht niedergelegt und in einer größeren Anzahl von Entschlüssen zusammengefaßt, deren Annahme ich Ihnen namens des Ausschusses empfehle. Die vornehmste Pflicht dieses Hauses und des Ausschusses ist, auf die Massen aufklärend und beruhigend zu wirken, um ihnen nach Möglichkeit die Ueberzeugung beizubringen, daß auch sie mitwirken müssen, damit wir durchhalten können. Und das deutsche Volk läßt sich nicht aushungern! (Beifall.) In ungebrochener wirtschaftlicher Kraft steht es da, und in ebenso ungebrochener Entschlossenheit will es den Krieg, unbeirrt durch irgendwelche wirtschaftlichen Nöte und Besorgnisse, zu einem siegreichen Ende durchführen. (Beifall.) Aus Rücksicht auf Ernährungsfragen braucht der Krieg nicht einen Tag eher beendet zu werden als bis die militärische und politische Lage zu einem vollen Erfolg geführt hat. (Lebhafter Beifall!)

Abg. Schmidt-Berlin (Soz.): Bei der Beurteilung der Ernährungsfragen stellen wir die zweckmäßige Organisation der Verteilung voran, ebenso die Bekämpfung der außerordentlichen Preistreibereien Nach siebzehnmonatigem Durchhalten müßte das Ausland eigentlich eingesehen haben, daß Deutschland nicht wirtschaftlich zusammenbrechen wird. Allerdings sind weitgehende Eingriffe in das Wirtschaftsgetriebe notwendig. Die meisten Regierungsverordnungen kamen

viel zu spät,

verhältnismäßig zu hohe Höchstpreise sind die Folge. Wenn den Bemühungen stattgegeben würde, die Höchstpreise weiter zu erhöhen, so würde ein Sturm der Entrüstung sich erheben. Warum schützt man uns nicht beizeiten gegen die Auswucherungsbestrebungen? Wie ein düsterer Schatten liegt es auf unserer ernsten Zeit, wie die gewaltigen Kriegsgewinne gemacht werden, und noch aufreizender sind die Bilanzen der großen Erwerbsgesellschaften. Große Händlergruppen suchen künstlich den Markt zu beeinflussen, um die Regierung vor jeglicher Festsetzung von Höchstpreisen bange zu machen, die das gesamte Handelskapital nicht haben mag. Besonders verbitternd wirken die Dividendenergebnisse der Zuckerfabriken. Wenn die Zuckerleute weitere Erhöhungen fordern, so ist das eine Unverschämtheit schlimmster Art. Mit den Herren von der Landwirtschaft ist eine Verständigung über die Preise ja überhaupt nicht möglich. Daß bei unserer guten Kartoffelernte es noch nicht möglich war, die zur Versorgung des Marktes erforderliche Menge bereitzustellen, erklärt sich nur, wenn man künstliche Zurückhaltung annimmt. (Widerspruch rechts.) Da bleibt nichts übrig, als Durchführung der Zwangsübergabe.

Die Landräte müßten dafür sorgen, daß die Verteilung zufriedenstellend ist; aber dem Minister des Innern liegt seine Polizeiwirtschaft samt der Sorge um die künftigen Wahlen zu sehr am Herzen, sonst würde die preußische Verwaltung mit ihrer guten Organisation zeigen, was sie kann, um der Bundesratsverordnung Nachdruck zu verschaffen. War es nötig, daß die Schweinepreise bis 300 % über das übliche Maß stiegen? Jetzt, wo die Preise herabgesetzt sind, läßt der Auftrieb nach. Da versagt auch die städtische Verwaltung, die direkt unter Ausschaltung des Handels mit den Herstellern hätte in Verbindung treten müssen. In Berlin W. ist kein Mangel an Butter. Wer den Geldbeutel hat, kann sich eben alles beschaffen. Zahlreiche kleine Leute sind zugrunde gegangen, aber andere sind durch skrupellose Geschäftsgrundsätze hochgekommen in Geschäftszweigen, mit denen sie bisher nichts zu tun hatten. Diese Leute fragen den Deubel danach, ob andere zugrunde gehen. In sozialpolitischer Beziehung ist von diesen Emporkömmlingen später nichts zu erwarten. Durch nichts gerechtfertigt sind die hohen Lederpreise. Die hohen Lederdividenden sind eine scharfe Verurteilung der Lederhöchstpreispolitik und der Lederinteressenten, die sicherlich die Regierung falsch unterrichtet haben. Daß es dem Ausland vielfach schlechter geht, entschuldigt uns nicht. Wir müssen prüfen, ob die Preise angemessen sind oder nicht. Das Reichsamt des Innern steht nicht auf der Höhe, es zögert zu oft und zu lange,

Staatssekretär Dr. Delbrück:

Die Versorgung mit Lebensmitteln zu angemessenen Preisen muß auch heute, wie vor Monaten, im Vordergrunde unserer Arbeit stehen. Im August war eine Reihe neuer Maßnahmen in Vorbereitung. Inzwischen ist ein Teil der Wünsche des Reichstages erfüllt worden. Zum Teil hat uns der Gang der Ereignisse genötigt, andere als die damals erwogenen Wege zu gehen und die Ziele auch weiter zu stecken. Die dem Reichstag überreichten Denkschriften geben darüber ein klares und übersichtliches Bild. Die damit im Zusammenhang stehenden Fragen sind in dem verstärkten Haushaltsausschuß eingehend besprochen worden. Ich glaube feststellen zu können, daß in den letzten Zielen zwischen allen Parteien und der Regierung völlige Uebereinstimmung herrscht. Namentlich darüber sind wir uns vollständig einig, daß in diesen schweren ernsten Zeiten unter den besonderen wirtschaftlichen Verhältnissen, die der Krieg geschaffen hat, die Versorgung des Marktes und die Bildung der Preise nicht dem freien Spiel der Kräfte überlassen bleiben darf, sondern daß wir mit fester Hand eingreifen müssen und vor Härten nicht zurückschrecken dürfen. Eins möchte ich ausdrücklich feststellen: Wir werden mit unseren eigenen Erzeugnissen bis zur nächsten Ernte reichen, wenn wir sparsam und haushälterisch mit ihnen umgehen, wenn wir unsere Lebensgewohnheiten den Verhältnissen anpassen und wenn wir weiterhin mit Erfolg die Verteilung und den Verbrauch zu regeln in der Lage sind. Wenn der Vorredner der Meinung gewesen ist, daß die Anordnungen des Bundesrates draußen im Lande und besonders in Preußen nicht immer in der gewünschten Weise gewirkt hätten, weil der preußische Minister des Innern mir nicht dasjenige Maß von Unterstützung habe zuteil werden lassen, das erforderlich ist, so ist das nicht richtig. Ich stelle ausdrücklich fest, daß der preußische Minister des Innern von Anfang bis zu Ende bestrebt gewesen ist, durch den äußersten in seiner Hand liegenden Druck den Anordnungen des Bundesrates auch die nötige Beachtung draußen im Lande zu verschaffen, und daß der preußische Landrat auf diesem Gebiet nicht versagt hat. Wenn hier und da die Anordnungen nicht gewirkt haben, wenn sie falsch verstanden worden sind, wenn man unter Umständen in ihrer Ausführung über das Ziel hinausgegangen ist, so liegt das in der Schwierigkeit der Aufgabe, die den ohnehin schon überlasteten Behörden draußen im Lande gestellt war, so liegt das daran, daß alles das, was wir jetzt tun und was wir jetzt fordern, in vollem Widerspruch steht mit den politischen, volkswirtschaftlichen und rechtlichen Anschauungen bis zum Ausbruch des Krieges. Es ist nicht leicht, eine große Verwaltung und ein ganzes Volk unter so schwierigen Verhältnissen in wenigen Monaten zu einem völligen Umdenken und völligen Umlernen zu bringen. (Sehr richtig!)

Die Aufgaben, die den neugeschaffenen Organisationen gestellt sind, und die Aufgaben, die die Behörden zu erfüllen haben, die Pflichten, die durch diese Organisationen jedem einzelnen auferlegt werden, können nur begriffen werden, wenn sich der einzelne, von der Hauptstelle bis zum Gemeindevorsteher und zum einzelnen Haushalt, in gewissen Grenzen über die Gründe und Zusammenhänge der Fragen klar ist. Die Schwierigkeiten, mit denen wir zu kämpfen haben, die Knappheit in den notwendigen Lebensmitteln, die Ungleichmäßigkeit ihrer Verteilung haben eine erhebliche Steigerung der Preise allgemein als Begleiterscheinung zur Folge. Das feindliche wie das neutrale Ausland haben mit denselben Schwierigkeiten zu kämpfen, die Preise gewisser Lebensbedürfnisse sind dort noch höher als bei uns. Ich habe aber auf diese Verhältnisse nicht hingewiesen, um etwa die Mängel unserer Organisation zu entschuldigen, sondern es kam mir darauf an, daß die Ursachen dieser überall auftretenden ähnlichen Erscheinungen ganz verschieden sind nicht nur in den einzelnen Ländern, sondern auch im Inlande. Im Auslande besteht ein freier Markt, die Meere sind offen, die Zufuhr aller Bedürfnisse ist theoretisch frei, — trotzdem die gleichen Erscheinungen wie bei uns! Im Inlande ist jede Zufuhr vom Auslande abgeschnitten, die Ernährung und Erhaltung der Bevölkerung ist allein auf das gestellt, was das Land hervorbringt. Dieser Unterschied, die Freiheit der Meere, hat England, Frankreich und Italien nicht vor den Schwierigkeiten bewahrt, aber die Stärke unserer eigenen Herstellung und die Vortrefflichkeit der Organisation unserer inländischen Verhältnisse hat uns stärker gemacht als das Ausland, das scheinbar nach der äußeren Verkehrslage günstigere Verhältnisse aufzuweisen hat.

Die Leistungen unserer Landwirtschaft, die technische Vervollkommnung ihres gesamten Betriebes haben sich außerordentlich bewährt. (Sehr richtig!) Wenn Sie die Verhältnisse in Frankreich, England und Italien prüfen, so fällt dort eine unzureichende Organisation des Verkehrswesens auf. Wir müssen dankbar anerkennen, daß unser Verkehrswesen ausgezeichnet ist. Wenn wir der größten Schwierigkeiten Herr geworden sind, so verdanken wir das unseren Eisenbahnen. (Beifall.) Wir haben eine Reihe von scharfen Strafbestimmungen getroffen, die den Kriegswucher treffen und ihm vorbeugen sollen. Die Frage der Höchstpreise ist außerordentlich schwierig. Grundsätze sind leicht aufzustellen, aber es ist sehr schwer, die richtigen Unterlagen zu beschaffen, und zum Beispiel festzustellen, welches der angemessene Gewinn ist. Wir haben die Einrichtung der Preisprüfungsstellen, die in der Lage und befugt sind, sich über die Verhältnisse im allgemeinen und die jedes einzelnen Gewerbetreibenden zu unterrichten. Es ist eine geschlossene Organisation mit einer Haupt-Reichsstelle, die sich bis hinunter in die einzelnen Gemeinden verzweigt. Heute schon bestehen bald tausend örtliche Preisprüfungsstellen, von denen weit über die Hälfte auf Preußen entfallen. Die Reichsprüfungsstelle besitzt einen großen statistischen Apparat über die in den einzelnen Preisprüfungsstellen gewonnenen Ergebnisse und kann auf Anfragen Auskünfte erteilen. Demnächst wird durch eine regelmäßig erscheinende Druckschrift allen Preisprüfungsstellen das Ergebnis ihrer Arbeiten zugänglich gemacht. Die Pflege dieser Preisprüfungsstellen und ihre Entwicklung zu nutzbringender Tätigkeit möchte ich Ihnen ans Herz legen.

Soll die Festsetzung von Höchstpreisen von einer Hauptstelle aus nicht den Handel stören, so muß die gleichmäßige Versorgung der Bevölkerung mit den betreffenden Lebens-

Deutscher Reichstag.

27. Sitzung, Mittwoch, den 12. Januar, 2 Uhr.

Am Bundesratstisch: Dr. Delbrück.

Präsident Dr. **Kaempf** eröffnet die Sitzung.

Den Platz des Abg. **v. Czarlinski** (Pole) schmückt ein großer Blumenstrauß. Er begeht heute das Jubiläum seines vor 40 Jahren erfolgten Eintritts in den Reichstag.

Der Gesetzentwurf über die weitere Zulassung von

Hilfsmitgliedern im Kaiserlichen Patentamt

bis zum 31. März 1919 wird in dritter Lesung debattelos angenommen. Die Debatte über den Bericht der Kommission zu den

Ernährungsfragen

wird fortgesetzt.

Abg. Dr. **Wendorf** (Vpt.): Mit Recht hat der Berichterstatter als das wichtigste Ergebnis unserer eingehenden Beratungen die Tatsache festgestellt, daß wir Vorräte in durchaus genügender Menge haben. Wir können durchhalten. Diese Tatsache wird in ihrer Bedeutung auch dadurch nicht vermindert, daß unsere Getreidevorräte nach der letzten Bestandsaufnahme etwas geringer sind, als wir angenommen hatten. Wir werden trotzdem durchhalten, und zwar nicht nur bis zur nächsten Ernte, sondern wir werden auch mit einem gewissen Ueberschuß in das neue Erntejahr hineingehen. Wenn die Regierung jetzt aus Gründen der Vorsicht wieder zur Brotration des Vorjahres gegriffen hat, so können wir damit umsomehr einverstanden sein, als die erhöhten Brotrationen für die schwer arbeitende Bevölkerung weiterhin bestehen bleiben. Das deutsche Volk wird diese Mahnung zur Sparsamkeit mit demselben Ernst aufnehmen, den es allen wirtschaftlich notwendigen Maßnahmen bisher entgegengebracht hat. (Lebh. Zustimmung.) Der von unseren Feinden viel bespöttelte Brotkartengeist des deutschen Volks wird sich auch in diesem Fall als der eherne Wall erweisen, an dem die Aushungerungspläne unserer Gegner zuschanden werden. Daß eine gerechte Verteilung zu angemessenen Preisen nicht nur ein erstrebenswertes Ziel ist, sondern daß diese Forderung auch durchgesetzt werden kann und muß, darüber sind wir alle einig. Der Abg. Schmidt hat gestern mit seiner Kritik weit über das Ziel hinausgeschossen. (Sehr richtig!) Er hat so getan, als ob die Reichsregierung gar nichts veranlaßt hätte. Das ist doch nicht zutreffend. Es ist sehr viel geschehen, mehr vielleicht als im Einzelfalle notwendig war. Mit diesen Verordnungen ist auch recht viel erreicht worden. Wenn wirklich nichts geschehen wäre, unter welchen Zuständen würden wir dann heute leben. Eine unerschwingliche Teuerung wäre die Folge gewesen. Damit will ich keineswegs rosig färben. Jeder weiß, wie schwer die Zeiten sind. Trotz aller Kritik im einzelnen sind meine politischen Freunde aber der Meinung, daß die verantwortlichen Stellen im Reich und daß vor allem der Staatssekretär in seiner geradezu unvergleichlichen Arbeitskraft die richtigen Wege gegangen sind. (Sehr richtig! b. d. Vp.) Es ist besser, daß einmal eine Verordnung zu viel erlassen ist, als daß etwas versäumt worden wäre. Fern von allem Bürokratismus hat der Staatssekretär auch nicht gezögert, eine Verordnung aufzuheben, wenn sie sich als falsch herausgestellt hat. Der Abg. Schmidt-Berlin hat über die ungebührliche Steigerung der Preise geklagt. Höchstpreise aber sind keine Friedenspreise. Mit ihm lehnen wir jede Bestrebung ab, die auf eine Steigerung der Preise über das allernotwendigste Maß hinausgeht. Wir bekämpfen jede wucherische Ausnutzung mit derselben Schärfe wie die Herren auf der äußersten Linken. (Sehr richtig! b. d. Vp.) Aber man darf doch nicht vergessen, daß die Preise unter ein gewisses Maß nicht heruntersinken dürfen. Selbst Bebel hat einmal gesagt, daß ohne Profit kein Schornstein raucht. Daher muß die Produktionsfreudigkeit erhalten bleiben und auch der Handel, der gerade jetzt eine volkswirtschaftlich sehr hohe Aufgabe zu erfüllen hat, die in ihrer ganzen Bedeutung erst im Frieden wird erkannt werden, muß in der Lage sein, seine Arbeit mit Gewinn ausführen zu können. (Sehr richtig! b. d. Vp.) Ganz selbstverständlich ist, daß die Verordnungen, die das Reichsamt des Innern erläßt, auch durchgeführt werden. Wir weisen daher alle Bestrebungen zurück, die der Durchführung der lobenswerten Absichten des Reichsamts Schwierigkeiten bereiten. (Sehr richtig! links.) Mit Rücksicht auf den Burgfrieden will ich Namen und Stellen nicht näher bezeichnen. Aber der Reichstag sollte doch, anstatt das Reichsamt anzugreifen, die verantwortlichen Stellen im Reich stärken und ihnen das Rückgrat steif zu machen versuchen gegen allerlei

unverantwortliche Einflüsse.

(Sehr wahr! links.) Hier ist die Stelle, wo wir mit den Männern in der Regierung zu verhandeln haben, die die Verantwortlichkeit dafür besitzen, daß das Richtige geschaffen werde. Wenn in den nächsten Tagen in einem Hause in einer andern Straße Berlins bittere Kritik an unseren Beschlüssen geübt werden sollte, so kann uns das nicht veranlassen, unsere Haltung zu ändern. Lebhafter Beifall links.)

Eines der unerfreulichsten Kapitel war von vornherein die Kartoffelversorgung. Es gibt keinen Fehler auf diesem Gebiete, der nicht gemacht worden wäre. Wir wollen das Vergangene vergangen sein lassen, aber wir wollen die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen, sondern aus ihnen wenigstens lernen. Jetzt haben wir ja Kartoffeln zu erträglichen Preisen, und auch die Verteilung hat, obgleich sie durch die frühen Fröste außerordentlich erschwert war, einigermaßen geklappt. Soweit ich unterrichtet bin, schweben Verhandlungen zwischen den verbündeten Regierungen und dem Landwirtschaftsministerium, daß die Kartoffelversorgung den landwirtschaftlichen Organisationen übertragen werden soll. Wenn dies überhaupt und wenn es zu erträglichen Preisen möglich ist, so wird kein Mensch etwas dagegen einzuwenden haben. Aber wenn auch jeder ruhig denkende Mensch eine gewisse Steigerung der Preise als berechtigt anerkennen wird, weil die erhöhten Kosten der Einlagerung, die Zinsverluste und der jetzt besonders große Schwund in angemessener Höhe dem Landwirt vergütet werden muß, so dürfte doch eine solche Regelung auf keinen Fall etwa zu derartigen Preisen führen, wie sie im vorigen Jahre für Kartoffeln bezahlt werden mußten. Bestünde diese Gefahr, dann müßte es auch ohne solche Organisation gehen (Sehr richtig! links) und es müßte das bisherige Verfahren weiter vervollkommnet werden.

Die Höchstpreise für Saatkartoffeln sind aufgehoben worden. Ich bedaure das. Gewiß können und müssen Saatkartoffeln teurer sein, aber wenn man sie ganz aus dem Rahmen der Höchstpreise heraushebt, so ist 10 gegen 1 zu wetten, daß alsbald ein wilder Handel in sogenannten Saatkartoffeln beginnt (Lebh. Sehr richtig! — Zuruf: Wie im Vorjahr!) und daß daneben Zurückhaltung in Kartoffeln geübt werden wird, denn jeder Landwirt wird behaupten — man kann ihm das nachfühlen — daß

alles Saatkartoffeln

seien. Besonders bedauerlich ist diese Maßnahme auch deshalb, weil den Laubenkolonisten das Saatgut verteuert und möglicherweise die Kartoffelanbaufläche nicht in dem Maße zunehmen und aufrecht erhalten bleiben wird, wie sie zum Segen des deutschen Volkes in diesem Jahr bebaut worden ist. Warum hat man eine solche Maßnahme gerade im Januar erlassen müssen? Kein Landwirt kauft oder verkauft jetzt Saatkartoffeln (Zustimmung). Die Maßnahme erfolgte überdies, zwei Tage bevor der parlamentarische Beirat für Ernährungsfragen zusammengetreten ist. (Lebhaftes Hört! Hört!) Ich möchte doch bitten, so grundsätzliche Entscheidungen nicht ohne Anhörung dieser Körperschaft zu treffen, deren Bedeutung der Staatssekretär gestern so hervorgehoben hat. Hier müssen unverantwortliche Einflüsse im Spiele gewesen sein. (Hört! Hört!) Wir legen Verwahrung dagegen ein, daß von den Vorsitzenden der Landwirtschaftskammern absprechende Urteile in derartiger Weise, wie geschehen, gefällt worden sind. Wenn Her v. Klitzing von „Demokraten und Professoren" in einem Atemzuge gesprochen hat, so weiß man genau, daß damit keine Schmeichelei beabsichtigt war. (Sehr wahr! links.) Wodurch kamen wir denn zu den dort kritisierten Maßnahmen? Etwa aus der blauen Luft? Nein, auf Grund einer falschen Erhebung! (Sehr richtig! links.) Dieser Auffassung hat auch die Mehrheit der Budgetkommission im vorigen Jahre nach eingehender Beratung zugestimmt. Ebenso hat die Butterversorgung bis in die letzte Zeit hinein gehapert. Nichts hat so sehr böses Blut erzeugt, als daß im Herbst, wo die Viehbestände draußen auf der Weide waren, also gar keine Rede von einer Verteuerung der Produktion durch teure Futtermittel war, bereits die gewaltige Butterteuerung einsetzte. Wesentlich mit schuld daran tragen wohl die Einfuhrverhältnisse, aber es sind Monate vergangen, ehe die erste und dabei noch unvollständige Bestandaufnahme für Butter angeordnet wurde, auf deren Notwendigkeit ich schon im Oktober hingewiesen hatte. In allen Kreisen, die nicht zu den Selbstversorgern gehören, ist die Butterkarte eine unbedingte Notwendigkeit. Es ist kein Zweifel, daß für die ärmere Bevölkerung, für die Fett ein dringendes Lebensbedürfnis ist, gar nichts übrig gelassen wird, solange die wohlhabenden Kreise in ihrem Verbrauch nicht beschränkt werden. Unerläßlich ist auch die Festsetzung der Butterhöchstpreise für größere Gebiete. — Die alleinige Festsetzung der Schweinefleischhöchstpreise war kein Allheilmittel und bei den großen Qualitätsverschiedenheiten erschiene uns die allgemeine Festsetzung von Höchstpreisen für alle Fleischgattungen bedenklich, weil dann auch die schlechteren Stücke vom Rinde, auf die die ärmere Bevölkerung angewiesen ist, nur noch zu den Höchstpreisen auf den Markt kommen werden. Im übrigen müssen wir gerechterweise zugestehen, daß zum Teil an den gegenwärtigen Mißständen, auch die Verbraucher Schuld tragen. (Sehr richtig!) Die rücksichtslose Eindeckung des Bedarfs in übertriebenem Umfange, das mangelhafte Verständnis der besitzenden Klassen hinsichtlich der notwendigen Zurückhaltung im Interesse der arbeitenden Bevölkerung und andere Umstände müssen die Lage unnötig verschärfen. (Sehr richtig!) Auch der Presse kann der Vorwurf nicht erspart werden, daß sie manchmal zu schwarz gemalt hat. Vor allem aber hat ein Teil der Presse die angebliche Notlage der Landwirtschaft in ganz unberechtigter Weise vorgeschoben. Vom vaterländischen Gesichtspunkt aus ist das Verhalten dieses Teiles der deutschen Presse nicht unbedenklich, weil dadurch in weiten Kreisen der Käufer eine tiefe Erbitterung erzeugt wird. Die Käufer in den Städten wissen, daß manche Verhältnisse auf dem Lande doch viel leichter liegen als in der Stadt. Vor allem ist die Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln auf dem Lande viel bequemer als in der Stadt, wo die Frauen stundenlang vor den Butterläden stehen. Der städtische Gewerbestand weiß ganz genau, daß es der Landwirtschaft jedenfalls nicht schlechter geht als anderen Berufsständen. Die kleinen und mittleren Gewerbetreibenden, die im Felde stehen und nicht wissen, was sie bei ihrer Rückkehr vorfinden werden, sind die

Hauptleidtragenden

(Sehr richtig!). In Leipzig haben 760 mittlere und kleine Gewerbetreibende ihr Geschäft zumachen müssen. (Hört! hört!) Ein landwirtschaftlicher Betrieb aber braucht nicht zuzumachen, im Gegenteil, wir Landwirte erfreuen uns eines reißenden Absatzes unserer Produkte. (Sehr richtig! links.) Man läuft uns die Türen ein und holt uns die Ware vom Hofe fort. Die Landwirte im Felde wissen auch genau, daß der Grund und Boden noch da ist, wenn sie heimkommen. Das Treiben dieses Teiles der deutschen Presse erregt aber auch Unzufriedenheit unter den Landwirten selbst. Wenn diese Presse immer sagt, die Landwirte könnten nicht mehr existieren, die Maßnahmen der Regierung seien landwirtschaftsfeindlich usw., dann muß dadurch selbstverständlich die Freudigkeit der Produktion gelähmt werden. (Sehr richtig! links.) Diese Presse hätte daher alle Ursache, einmal in sich zu gehen. (Sehr richtig! links.) Ich weiß genau, daß die Zeiten auch für die Landwirtschaft schwer sind. Kein Wort des Lobes ist groß genug, um den Frauen zu danken, deren Männer im Felde stehen und die unter Aufbietung aller Kräfte die Wirtschaft aufrechterhalten. (Lebh. Beif.) Auch die Futter- und Düngemittel sind außerordentlich im Preise gestiegen. Aber aus Gerechtigkeitsgründen muß doch auch gesagt werden, daß die Landwirte z. B. bei den Pferdeverkäufen ein recht hübsches Stück Geld verdient haben. Mancher alte Krippensetzer ist weit über den Buchwert bezahlt worden, und es sind auch viel zu junge Pferde teilweise verkauft worden. Die Löhne auf dem Lande haben, wenn überhaupt, so nur eine geringe Steigerung erfahren, und vor allem hat die Landwirtschaft in den Kriegsgefangenen sehr billige Arbeitskräfte. (Zustimmung links.) Alles zusammen genommen kann gesagt werden, daß alle Mehrkosten der Landwirtschaft mehr als aufgewogen werden durch die Höchstpreise. Der Geldwert der Ernte an Roggen, Weizen, Gerste, Hafer und Kartoffeln betrug im letzten Friedensjahr 6 863 000 000 M., der Geldwert für die gleichen Feldfrüchte unter den Höchstpreisen aber beträgt 8 492 000 000 M. (Lebh. Hört! Hört!) Der Wert der jetzt eingebrachten Ernte ist daher gegenüber dem letzten Friedensjahr um 1½ Milliarde gestiegen. (Erneutes Hört! Hört! links.)

Jedes Hektar hat 87 M. mehr eingebracht

im letzten Jahr. Ich verstehe nicht, wie man angesichts dieser Tatsache von einem Rückgange des Wertes unserer Bodenfläche sprechen kann. (Sehr richtig! links.) Dazu kommt, daß bei der Landwirtschaft alles bar eingeht, so daß ein Sachverständiger von dem geradezu beängstigenden Geldstrom und Zahlungsüberschuß bei der deutschen Landwirtschaft gesprochen hat. (Hört! hört!) Also die Produktionsfreudigkeit für die deutsche Landwirtschaft ist in keiner Weise beeinträchtigt, selbst aber wenn die Erträgnisse nicht so günstig wären, selbst wenn sie unter den Durchschnitt der Friedenszeit sinken würden, auch dann müßte die deutsche Landwirtschaft ihre vaterländische Pflicht erfüllen und wie alle anderen Berufe im Interesse der Gesamtheit Opfer bringen. (Sehr richtig! links.) Die geäußerten Klagen über die gegenwärtigen Zustände entbehren nicht einer gewissen Berechtigung. Aber wenn uns bange wird angesichts unserer Ernährungszustände, dann gibt es ein Heilmittel:

einen Blick nach der Front.

Wenn wir sehen, wie unsere Brüder und Söhne Gut und Blut einsetzen für das Vaterland und für einen ehrenvollen Frieden, dann erscheinen die Mißstände und Unbequemlichkeiten, unter denen wir hier leiden, gering. (Lebh. Zustimmung.) Nehmen wir uns unsere Freunde draußen zum Muster, tun wir wie sie unsere Pflicht, entsagungsvoll, in vorbildlicher Kameradschaft bis zur [illegible] alles dessen, was wir besitzen. (Lebh. Beifall.)

Abg. Dr. **Roesicke** (kons.): Wenn der Vorredner in so entschiedener Weise die Einigkeit unseres Volkes im Innern predigt, dann hätte er der Landwirtschaft nicht nur die rauhe, sondern auch einmal die sanfte Seite zeigen sollen. Nicht nur die Lebensmittel sind im Preise gestiegen, sondern alle Gegenstände sind teurer geworden. Es gibt keinen Krieg in der Weltgeschichte, der nicht mit Teuerung verbunden war. Am schwersten leidet der Mittelstand, leiden die Familien der Kleinkaufleute, Gewerbetreibenden, Angestellten, die hinausziehen mußten, ohne daheim ein Vermögen zu hinterlassen. Ich hebe gegenüber Zuschriften, die mir zugegangen sind, hervor, daß mir das Verständnis für die Lage der Minderbemittelten keineswegs fehlt, und daß die Maßnahmen, die ich — nicht im eigenen Namen — vorschlage, den Minderbemittelten dienen sollen. Man läßt es aber vielfach an Verständnis für die Landwirtschaft fehlen, der man einfach alle Schuld an der Teuerung zuschiebt. Die vom Abg. Schmidt als Beispiel hoher Kriegsgewinne angeführten Kartoffeltrocknungsgesellschaften und dergleichen verdienen am Landwirt. (Zustimmung rechts.) Die Landwirte haben von Anfang an auf jeden Versuch verzichtet, Spekulationsgewinne beim Brotgetreide zu erzielen. Mit zu niedriger Preisfestsetzung fördert man die Produktion nicht. Noch immer ist die Kartoffel das billigste Futtermittel, deshalb hat man begonnen, die für Ernährung von Menschen unbrauchbaren Kartoffeln in den Städten an Pferde zu verfüttern. Die Futterknappheit hat notwendig Milch und Butter verteuert. Nach dem Kriege werden große Mittel erforderlich sein, damit die deutsche Landwirtschaft auch nur die Lücken ausfüllen kann, die z. B. im Viehstand gerissen sind. Woher sollen die Landwirte diese Mittel nehmen, wenn sie jetzt mit Verlust arbeiten müssen? Die Arbeiter in den Kriegsbetrieben verdienen jetzt außerordentlich hohe Löhne. Wir gönnen sie ihnen, beanspruchen aber dasselbe für die Landwirte. (Sehr richtig! rechts.) Das Fleisch ist in England nur wenig billiger als bei uns, dafür sind Milch und Brot ebenso viel teurer. Also man sollte wirklich nicht so tun, als ob die Verhältnisse bei uns so viel schlechter als im Auslande sind. Von der Neigung, alles im Ausland gut und schön, daheim aber schlecht zu finden, sollten wir uns doch wirklich frei machen. Wo es notwendig ist, muß der Verbrauch eingeschränkt werden; so wie das für das Brot zutraf, gilt es auch vom Fleisch, und auf diesem Wege werden wir alle Schwierigkeiten überwinden. (Lebh. Beifall rechts.)

Präsident der Reichsgetreidestelle Unterstaatssekretär Michaelis: Die recht geringen Ernteschätzungen im Osten sind durch die Bestandaufnahme im September keineswegs so richtiggestellt worden, daß die Annahme gerechtfertigt wäre, wir könnten drauf zu wirtschaften. Wir haben im zweiten Kriegsjahr verschiedene Maßnahmen getroffen, die darauf zielten, die freiere Situation sowohl der Landwirtschaft als den Verbrauchern zugute kommen zu lassen. Wir müssen mit voller Energie zu der Sparsamkeit zurückkehren, die im vorigen Jahre unser Stolz gewesen ist. Dies gilt sowohl hinsichtlich der sorgsamen Bewahrung der Getreidebestände gegen Verfütterung — es ist viel verfüttert worden, insbesondere Hinterkorn, von dem in diesem Jahr besonders viel gewachsen ist — als auch vom Konsum. Im vorigen Jahre wollten wir berechtigte Wünsche der schwerarbeitenden Bevölkerung dadurch erfüllen, daß wir Zusatzbrotkarten ausgaben. Sie waren zuerst auf die wirklich Schwerarbeitenden beschränkt. Im zweiten Jahr wurden sie, da die Kontrolle sehr schwer und umständlich ist, bis zum Maximum der dafür zur Verfügung gestellten Getreidemengen in Anspruch genommen. Es ist kein Witz, sondern Wahrheit,

auch Gymnasiasten haben Zusatzbrotkarten als Schwerarbeitende bekommen.

(Heiterkeit.) Die Dienstmädchen haben im allgemeinen Zusatzbrotkarten bekommen. Während im vorigen Jahre in Berlin 120 000 Zusatzbrotkarten ausgegeben waren, sind es in diesem Jahr 700 000. (Hört! Hört!) Man hat auch mit dem Mehl nicht so sparsam gewirtschaftet, das Kuchenbacken wurde stark betrieben, und wenn unsere Urlauber nach Hause kommen, treten sie begreiflicherweise dem nicht mit der nötigen Energie entgegen. Aber jetzt muß mit voller Energie nach allen Richtungen hin die nötige Sparsamkeit befolgt werden. Praktisch geschieht das dadurch, daß wir zum Verteilungsmaßstab des vorigen Jahres zurückkehren, daß wir den stärker Arbeitenden, aber nur den wirklich stärker Arbeitenden, die das Bedürfnis danach haben, ihre Ration lassen, aber den bemittelten Klassen nur ihre, unter Umständen stärker verminderte Brotration geben. Durch die Beschlagnahme und die einzelnen Dispositionen haben wir den ganzen Apparat in der Hand und können ohne weiteres garantieren: es wird gemacht.

Die sicherste Statistik wäre natürlich, alles Getreide auszudreschen und das, was nicht zur Selbstversorgung gehört, wegzunehmen. Wenn wir den preußischen Landrat und die entsprechenden Amtshauptleute usw. in den Bundesstaaten nicht gehabt hätten, ich hätte wissen wollen, wie weit wir gekommen wären. Es erscheint natürlich billiger und einfacher, dem Landwirt soviel, als auf ihn zur Verschrotung entfällt, zu belassen. Dies ist aber wegen der allgemeinen Regelung nicht durchführbar und so muß er das Schrot für höheren Preis wiederkaufen, als er für das ungeschrotete Getreide erhalten hat. Das Gleiche trifft aber doch auch für die Wollindustrie zu, der wir die ursprüngliche Wolle genommen und hinterher zu einem sehr viel höheren Preis wiedergegeben haben. Natürlich sind diese Verhältnisse nicht so leicht mit dem einfachen Menschenverstand zu erfassen (Heiterkeit). Die Regelung muß aber durchgeführt werden und auch die Landwirte müssen sie unbedingt unterstützen.

Der Unterstaatssekretär bespricht dann eingehend die Frage der Beschäftigung der Mühlen für das Reich und legt dar, daß, wenn das Reich 3000 Mühlen beschäftigen sollte, der Mahllohn um 10 bis 15 M. für die Tonne steigen müßte. Dies würde für das Reich eine gewaltige Belastung ausmachen, und der Staatssekretär stehe grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß das Reich nur bei einem wirklichen Notstand einzugreifen, die Wirtschaft aber solange wie möglich in Freiheit aufrechtzuerhalten habe. Die Behauptung, daß die Reichsgetreidestelle die Großmühle einseitig bevorzuge, ist unrichtig. Wir berücksichtigen auch nach Möglichkeit die kleineren und mittleren Betriebe. Aber die Dinge liegen nicht so einfach. Es sind eine ganze Reihe von Bitten einzelner Abgeordneter an mich herangetreten, gewisse namhaft gemachte Mühlen bei unseren Lieferungen zu berücksichtigen. Ich habe dann feststellen können, daß diese Mühlen regelmäßig in dem Wahlbezirk des betreffenden Abgeordneten lagen. (Zuruf: Wahlbezirk?) Nein, Wahlbezirk! Heiterkeit.) Es kann nicht bestritten werden, daß die Vermahlung in großen Mühlen besser als in kleineren und mittleren Betrieben vor sich gehen kann. Vor allem können die Großmühlen ohne Unterbrechung Tag und Nacht mahlen. Also: wir bevorzugen nicht, wir handeln nur so, wie wir es vor unserem Gewissen verantworten können.

Mit unseren Vorräten reichen wir nicht nur bis zum Schluß des Erntejahres aus, wir gehen auch mit einer Reserve in das neue Erntejahr hinüber. Im vorigen Jahre sind wir gut ausgekommen. Hätten wir aber nicht die großen Ueberschüsse gehabt, wir wären in große Verlegenheit gekommen. Darum müssen wir unbedingt auch für das neue Jahr eine Reserve haben. Wir hoffen, daß diese Reserve noch größer sein wird als im vorigen Jahre, aber garantieren können wir das nicht. Deshalb kommt es darauf an,

Vossische Zeitung 13.II.1916. Morgen-Ausgabe 67

Tägliche Rundschau 13./I. 1916 68

Nr. 21 Erste Beilage
Morgen-Ausgabe

Tägliche Rundschau

Donnerstag, 13. Januar 1916

Der Reichstag über die Ernährungsfragen.

Sachliche Verhandlungen, wie die gestrigen, sind auf den Tribünen nicht beliebt, nicht auf denen für das große Publikum und leider auch nicht auf der für die Presse. Eine kleine Liebknechtiade zieht hier wie da mehr! Es läßt sich ja auch wirklich nicht behaupten, daß man nach sogenannten sachlichen Tagen regelmäßig weiser aus dem hohen Hause heimkehre, als man vorher dorthin gewallt ist. So war vorgestern, wenn man von einzelnen Stellen der genössischen Rede absieht, wirklich nicht viel im Reichstag zu holen. Die gestrige Fortsetzung der Auseinandersetzung über die Ernährungsfragen hob sich indessen zu doch wesentlich beträchtlicherer Höhe, und wenn auch sie die Quadratur des Zirkels naturgemäß nicht gebracht hat, so gab sie doch ein immerhin beachtenswertes Bild der ungeheuren Schwierigkeit oder vielmehr der Aussichtslosigkeit des Versuchs, den verwickelten Apparat unseres Erwerbslebens unter Auswechslung der alten Betriebsfedern in Gang zu halten, ohne daß ein tausendfältiges Weh und Ach ringsum erschallt. Als erster kam der Freisinnsmann. Du lieber Gott, er war in einer schweren Lage! Die reine Agrarierhetze ist ja auch in diesen Kreisen gegenüber der ehernen Sprache der Ereignisse einstweilen aus der Mode gekommen, und so hatte man statt einer der auf diesem Gebiet leistungsfähigeren Friedenskräfte den — so wenig er auch nach dem Herzen der „Deutschen Tageszeitung" sein mag — doch immerhin gemäßigteren Dr. Wendorff auf die Tribüne geschickt. Dr. Wendorff ist selbst Landwirt, kann somit fachgemäß mitreden und hatte sich ehrlich geplagt, dies und jenes ausfindig zu machen, was an den verehrten Berufsgenossen vom Landbund als dem Popanz der Partei schließlich doch hängen bleiben würde. Vor dem Staatssekretär des Innern machte er eine tiefe Verbeugung und goß überhaupt über den Kern seiner Ausführungen eine mildernde Brühe von Glauben an den guten Willen auf allen Seiten, von Ueberzeugung am Gelingen des großen Werks und von Anerkennung der Bereitwilligkeit aller Parteien, die Jagd auf den Lebensmittelwucher mitzumachen. Wer dieses Wuchers schuldig sei, blieb einigermaßen im Halbdunkel; vom Knuten-Oertel war nicht unmittelbar die Rede, und wenn jemand trotzdem auf die bösen Agrarier schließen sollte, na, dann ist's eben nicht zu ändern! Ebenso ließ er um des lieben Friedens willen die Neugier unbefriedigt, wer die einflußreichen, „uns nicht verantwortlichen Kreise" seien, die die wohlwollenden Pläne der Reichsregierung immer wieder durchkreuzten. Wenn man in dieser vermummten Gruppe den preußischen Minister des Innern mit seinem Stab sehen will, hat der freisinnige Gutsherr von Toitz wahrscheinlich auch nichts dagegen. Die zweckmäßigste Lösung der Lebensmittelverteilung ist nach Herrn Dr. Wendorff als Ausgleich der nicht immer erfreulichen Wirkung der Höchstpreise die Ausgabe von Vorzugskarten.

Die Professoren hatten mit ihren Kartoffelstatistiken Unglück, und der Freisinnsredner hat es mit diesem Vorschlag. Denn unmittelbar hinterher hört man über solche Vorzugskarten einiges, was recht bedenklich stimmen muß. Es betrifft die Erfahrungen, die mit den Zusatzbrotkarten für schwer Arbeitende gemacht worden sind; und die sind, bei Lichte besehen, nichts anderes als solche Vorzugskarten. Der dieses Kapitel anschneidet, muß Bescheid wissen; es ist der Präsident der Reichsgetreidestelle, Unterstaatssekretär im Finanzministerium Dr. Michaelis. Er verrät, daß der angebliche Bedarf an solchen Karten unverantwortlich gestiegen ist; vielfach seien sie sogar für Gymnasiasten und nicht weniger für Dienstmädchen ausgegeben worden, was er, ohne die besondere Stullenbedürftigkeit dieser Schichten von Brotessern näher zu prüfen, für unzulässig, aber bei der Schwierigkeit der Nachprüfung allenfalls entschuldbar erklärt. Jedenfalls sei damit jetzt Schluß und ebenso mit der im letzten Jahre geübten linderen Brotkartenpraxis überhaupt. Mit ernsten Worten verweist der Redner auf die Notwendigkeit großer Sparsamkeit im Verbrauch der vorhandenen Vorräte. Die Ernte, namentlich hier und da im Osten, sei nicht so glänzend wie wünschenswert ausgefallen, und man werde eben etwas krumm liegen müssen. Wie gestern der Minister legt auch der Präsident der Reichsgetreidestelle größten Wert darauf, jeden Gedanken an die Möglichkeit, daß der dunkler Quertreibereien beschuldigte preußische Minister des Innern nicht mit vollem Herzen die Nahrungsmittelpolitik des Reichsamts mitmache, zu bannen.

Vor dem Unterstaatssekretär hatte Dr. Rösicke-Klein-Gersdorf das Wort ergriffen und sich in ruhigen Ausführungen mit den Klagen seines Berufsgenossen aus dem Kreise Grimmen — dort liegt nämlich Toitz — befaßt. Was der Präsident des Landbundes auf die Andeutungen des Freisinnsredners erwidern würde, stand ja von vornherein fest. Er warnte vor Wucherriecherei am unrechten Platze, wie sie immer mehr aufkomme, und vor Kleinlichkeiten überhaupt. Nicht unsympathisch war seine Offenheit in einigen Punkten, über die man sonst gern milde hinweggeht. Auch der Landwirtschaft müsse in diesen Tagen ganz allgemein heraufgesetzter Preise werden, was sie haben muß, wenn der Krieg sie nicht auspowern solle. Wo sonst die Rücklagen herkommen sollten, nach dem Kriege den Boden, das Vieh wieder in Ordnung zu bringen? Und ob nur die Munitionsarbeiter in der Stadt, nicht aber auch die Landarbeiter von den hohen Löhnen Nutzen haben sollten? Dann würden sie eben einfach nach der Stadt laufen . . .

Alles in allem wurde gestern eben hüben und drüben mit guten Gründen gefochten. Den Epilog des Tages nahm Freiherr v. Gamp auf sich. Es ist dem alten Herrn nie schwer gefallen, temperamentvoll zu werden, und er machte diesmal von dieser seiner Fähigkeit recht energisch Gebrauch. Die Reichsgetreidestelle und ihren Präsidenten hat er ganz und gar nicht an sein Herz geschlossen. Es war eine derbe Attacke, die er gegen beide ritt. Insbesondere machte er die viel angefochtene Mühlenpolitik der Regierung zum Gegenstand seines Angriffes. Der Unterstaatssekretär hatte sein System der Ueberweisung des verfügbaren Mahlguts an eine beschränkte Zahl hierdurch voll ausgenützter Mühlen mit der Verbilligung des Mahlpreises, zu der es führe, verteidigt. Seine Ausführungen ließen sich hören; aber auch Gamps Einwand, daß billige Preise vor allen Dingen durch die möglichst reiche Ausnützung der vorhandenen Wasserläufe erzielt würden, war nicht von der Hand zu weisen. Besonders scharf und nahezu drohend wurde die Stimme des Schloßherrn von Massaunen, als er gegen die Beschlagnahmung von Kartoffeln im Osten zum Zweck nahezu kostenloser Abgabe zu Futterzwecken im Westen Verwahrung einlegte. Ueber den mehrfach erwähnten Minister des Innern hatte er ebenfalls ein bedeutungsvolles Wörtlein auf dem Herzen. Herr v. Loebell verdiene Dank für seine Fürsorge, die den Selbstversorgungsbezirken weit billigeres Getreide verschaffe als den von der Kriegsgetreidestelle aus verarzteten. Uebrigens habe der Herr Minister zurzeit nach seiner Ansicht Dringlicheres zu tun, als sich etwa — mit einer Aenderung des preußischen Wahlrechts zu befassen!

Die Tribüne war während der Reden des Unterstaatssekretärs, Rösickes und Gamps dicht umlagert. Heute Fortsetzung. A. Z.

Sitzungsbericht.

27. Sitzung. Mittwoch, den 12. Januar 1916.

Am Bundesratstisch: Dr. Delbrück.

Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 2¼ Uhr.

Der Gesetzentwurf über die weitere Zulassung von Hilfsmitgliedern im Patentamt wird in dritter Lesung ohne Aussprache angenommen.

Ernährungsfragen.

(Zweiter Tag.)

Abg. Dr. Wendorff (Fortschr. Vp.): Trotz aller Kritik im einzelnen erkennen wir durchaus an, daß die verantwortlichen Kreise Großes geleistet haben. Insbesondere hat der Staatssekretär des Innern mit unvergleichlicher Arbeitskraft die richtigen Wege gesucht und gefunden. Bei der Kritik der Höchstpreise darf man nicht vergessen, daß Kriegspreise keine Friedenspreise sind. Den Wucher bekämpfen alle Parteien mit gleicher Schärfe. Bei unserer Kritik dürfen wir weiter nicht unbeachtet lassen, daß es Stellen gibt, die die guten Absichten der Reichsregierung durchkreuzen. Im Zeichen des Burgfriedens will ich diese Stellen nicht näher bezeichnen. Aber meine Herren von der äußersten Linken, da hat der Reichstag alle Veranlassung, die verantwortlichen Stellen des Reiches zu stärken. (Sehr richtig! links.) Es gibt keinen Fehler, der in der Kartoffelfrage nicht gemacht worden wäre. Jetzt sollen Verhandlungen schweben, daß die landwirtschaftlichen Organisationen die Versorgung übernehmen sollen. Sodann ist kürzlich der Höchstpreis für Saatkartoffeln aufgehoben worden. Da wird jetzt gewiß ein wilder Handel mit sogenannten Saatkartoffeln anheben. Das wird nur zu einer Zurückhaltung der vorhandenen Kartoffeln führen, weil es „Saatkartoffeln" seien! Dadurch werden den kleinen städtischen Arbeitern, die im vorigen Jahre in so erfreulichem Umfange selbst Kartoffeln angebaut haben, die Saatkartoffeln unnötig verteuert. Und warum gerade jetzt diese Aufhebung des Höchstpreises? Kein Mensch kauft doch jetzt Saatkartoffeln! Es ist doch auffällig, daß diese Aufhebung gerade zwei Tage vor der Einberufung des neuen Beirates geschah! (Hört, hört! links) Ich kann nur annehmen, daß hier wieder einmal irgendwelche unverantwortliche — wenigstens uns unverantwortliche — Kreise maßgebend gewesen sind. (Sehr richtig! links.) Bei den Schweineabschlachtungen hat man die Professoren zu unrecht angegriffen. Sie sind doch nur auf Grund falscher Erhebungen über die Kartoffelvorräte zu ihren Vorschlägen gekommen. Auch unser Hauptausschuß hat ihnen zugestimmt. Wir wollen doch keine Böcke in die Wüste schicken! Es ist eben geschehen und war falsch, und dabei müssen wir uns beruhigen. (Sehr richtig!) Die Regierung hätte sich rechtzeitig vergewissern müssen, wie groß die Buttererzeugung im Lande ist. Eine Bestandserhebung ist notwendig. Geschieht sie richtig, kann man ernsthaft der Butter- und Fettkarte nähertreten. Gerade die wohlhabenden Kreise legen sich freiwillig keine Beschränkungen auf. Soweit einzelne Städte Butterkarten eingeführt haben, ergeben sich große Unzuträglichkeiten. Die alleinige Festsetzung von Schweinehöchstpreisen ist kein Allheilmittel. Allgemeine Festsetzung von Fleischhöchstpreisen führt leicht zu Steigerung der Preise der geringeren Sorten. Die zweckmäßigste Lösung stellt die Ausgabe von Vorzugskarten dar. Die Schaffung von Organisationen zur Versorgung der Städte mit Schlachtvieh ist nicht leicht, will man nicht das berechtigte Mißfallen der bäuerlichen Bevölkerung erregen. Am besten ist der Abschluß von Schweinemast-Verträgen mit Lieferung eines Teiles des benötigten Futters.

Beim Leder hat zu den hohen Preisen sicherlich das rücksichtslose Einhamstern der Vorräte beigetragen. Viel schlimmer als der Landwirtschaft geht es den kleinen Gewerbetreibenden. (Sehr richtig! links.) In Leipzig allein sind seit Kriegsanfang 760 mittlere und kleinere Betriebe stillgelegt worden. Der Landwirt, der im Felde steht, hat auch die Gewißheit, daß einst bei seiner Heimkehr sein Grund und Boden noch da ist, also die Grundlage seines Erwerbs. Allerdings hat die Landwirtschaft auch mit Schwierigkeiten zu kämpfen. Namentlich den Frauen gebührt unendlicher Dank, daß sie alles daran gesetzt haben, den Betrieb fortzuführen. Dabei ist vielfach gut verdient worden. Mancher alte Krippensetzer ist weit über den Buchwert bezahlt worden. (Heiterkeit.) Daß die Hypothekenzinsen und Erzeugungskosten größer geworden sind, wird reichlich aufgewogen durch die Höchstpreise. Die letzte Ernte hat einen Geldmehrwert von 1½ Milliarden. Auf den Hektar angebaute Flächen sind 87 M. mehr eingekommen. Wie kann man da von einem Wertrückgang reden! Bei Viehverkäufen geht das Geld ja bar ein. Selbst wenn die Preise niedriger wären, hätte die Landwirtschaft die vaterländische Pflicht, nach bestem Können für die Aufrechterhaltung der Betriebe zu sorgen. Die vorhandenen Futtermittel müssen in gerechter Weise verteilt werden und auch den kleineren Besitzern zugute kommen. (Zustimmung links.) Der Verteilungsschlüssel ist an sich gut, aber bei seiner Ausführung durch die Landräte hapert es. Ohne Futtermittel gibt es keine fetten Schweine. Die Militärverwaltung sollte für die sachgemäße Frühjahrsbestellung rechtzeitig Beurlaubungen gewähren. Der Zuckerrübenbau muß in die Höhe gesetzt werden. Wie klein erscheinen alle Klagen über Unbequemlichkeiten, wenn wir einen Blick auf die Front werfen, wo unsere Brüder in vorbildlicher Kameradschaft Wacht halten. Seien wir einig und treu in der Pflichterfüllung wie sie, soweit wir hier etwas tun können. Für sie gibt es niemals Worte des Danks genug. (Beifall links.)

Abg. Dr. Roesicke (kons.): Den Schlußworten meines Vorredners stimme ich vollkommen zu. Mögen uns die gleichen großen Gesichtspunkte auch bei unseren inneren Auseinandersetzungen leiten! Verlieren wir uns nicht in Kleinlichkeiten! Die Teuerung der Lebensmittel ist unendlich zu bedauern und in hohem Maße betrübend. Es gibt aber kein Gebiet, welches nicht sehr gesteigerte Preise aufzuweisen hätte. Alle unsere Vorschläge bezwecken gerade, den minderbemittelten Kreisen die Möglichkeit zu geben, besser durchzukommen. Wir haben eine Zeitlang geradezu eine Wucherseuche gehabt! Besonders schlecht ist hierbei die Landwirtschaft weggekommen. In einem Leipziger Blatt hat man sogar behauptet, die Landwirtschaft habe unter den Augen der Regierung den Wucher organisiert. Das deutsche Volk werde sie dafür zur Rechenschaft ziehen. Wie kann man gegen einen ganzen Stand einen solchen Vorwurf erheben! Auch die Ausführungen des Abg. Schmidt-Berlin bewegten sich vielfach in den gleichen Bahnen. Die Landwirtschaft hat von Anfang an nicht das kapitalistische Prinzip verfolgt. Die Regierung war allerdings zunächst der Ansicht, da das Höhergehen der Preise eine Regelung der Verteilung herbeiführen müsse. Es hat sich dann gezeigt, daß das falsch war, und man hat dann die Wege eingeschlagen, die die deutsche Landwirtschaft empfohlen hatte. Die Landwirtschaft ist durch Organisation und Selbsthilfe stark geworden. Sie hat sich selbstlos in den Dienst der vaterländischen Sache gestellt. Trotzdem ist die deutsche Landwirtschaft in einer Weise beschimpft worden, wie sie es bei ihrem idealen und sozialen Standpunkt gewiß nicht verdient hätte! (Zustimmung.) Der Brotpreis und Brotgetreidepreis ist bei uns niedriger als in England. Bei der Beurteilung der Kartoffelfrage darf man nicht außer acht lassen, daß der Wert der Speisekartoffeln als Futtermittel heute, an anderen Futtermitteln gemessen, höher ist als ihr Höchstpreis. Die Landwirtschaft kann heute nicht zu den gleichen Preisen wie in Friedenszeiten Milch produzieren. In Deutschland haben wir aber niedrigere Milchpreise als in England. Das gleiche gilt von der Butter. Jeder Unternehmer muß sich sagen, nach dem Kriege kommen bedeutende Lasten. Das gilt für Industrie und Landwirtschaft. Auch die Landwirtschaft muß Reserven haben, damit sie nicht ausgepowert wird. Jeder muß sich sagen, daß die Qualität unseres Kulturlandes während des Krieges leiden, die Qualität unseres hochgezüchteten Viehes zurückgehen muß. Das erfordert nach dem Kriege große Aufwendungen. — An den hohen Lasten, die uns bevorstehen, muß die Landwirtschaft ihren vollgemessenen Anteil tragen. Sollen die landwirtschaftlichen Arbeiter leer ausgehen, wenn die Munitionsarbeiter in den Städten die hohen Löhne einheimsen. Die Naturalienverpflegung der landwirtschaftlichen Arbeiter ist im Kriege viel höher zu bewerten als in Friedenszeiten. Im Ausland ist es schlechter als bei uns: Wenn es trotzdem fest entschlossen ist, den Krieg weiter zu führen, muß unsere Entschlossenheit noch größer sein. Die Reichsgetreidestelle muß die mittleren und kleineren Mühlen mehr als bisher beschäftigen. Die Ernte war in vielen Gegenden geringer als erwartet wurde, woraus vielfach eine unangenehme Lage für die Landwirte entstanden ist.

Unterstaatssekretär **Dr. Michaelis**, Präsident der Reichsgetreidestelle: Die Notwendigkeit der sparsamen Wirtschaft ist hier mehrfach betont worden. Das hängt mit den Maßnahmen zusammen, die hinsichtlich des Brotgetreides in den letzten Tagen getroffen worden ist. Es sind Zweifel geäußert worden, ob die Zahlen unserer Ernteschätzung zutreffend sind. Wir müssen damit rechnen, daß wir im Osten in der Tat eine recht geringe Ernte haben werden, und die letzte Bestandsaufnahme hat ergeben, daß keineswegs die Annahme gerechtfertigt ist, wir wären sehr reich und könnten darauflos wirtschaften. Allerdings hatten die Maßnahmen, die im zweiten Jahre von der Reichsgetreidestelle getroffen wurden, diesen Glauben begünstigen können. Wir haben vor allen Dingen Hinterkorn zur Verfütterung freigegeben, und wir haben, wenn auch nur unbedeutend, die Brotration erhöht, kurz eine ganze Reihe von Maßnahmen getroffen, die darauf abzielten, im zweiten Jahr eine freiere Situation sowohl der Landwirtschaft als dem Verbraucher zu schaffen. Das war selbstverständlich voll berechtigt, denn im ersten Jahr war die Sparsamkeit erst nach Ablauf des ersten Halbjahres eingetreten, in diesem Jahr fingen wir von vornherein mit einer fertigen Organisation an. Wir haben aber erst den dritten Teil des Jahres hinter uns. Wir müssen wieder zu der alten Sparsamkeit zurückkehren, die im Vorjahr uns den Erfolg beschert hat.

Auf seiten der Landwirte ist mit der Wahrung der Bestände gegen Verfütterung nicht so gehandelt worden, wie es im Interesse der Allgemeinheit notwendig gewesen wäre. Die Hinterkornverfütterungsbestimmung hat das Sprungbrett abgegeben, sich über die Bedenken hinwegzusetzen, wieweit eine Verfütterung von Getreide berechtigt oder unberechtigt sei. Die Not an Futtermitteln war aber so groß, daß es in der Tat eine außerordentliche Ueberwindung für den bedeutete, der für sein Vieh verantwortlich ist, namentlich für den kleinen Mann, wenn er das Vieh schreien hörte und er Hinterkorn hatte. Man hatte im Osten in diesem Jahr verhältnismäßig sehr viel mehr Hinterkorn, es gibt Städte, die so notleidend sind, daß sie bis zu 50 v. H. Hinterkorn hatten. Es lag eine Lazheit der Produzenten in der Verfütterung vor. War haben darin gefehlt, daß wir die Ueberwachung nicht mehr so stark anzogen als wie seither.

Auf dem Gebiet der Konsumenten sind Sie ja alle sachverständig, Sie wissen, daß in der Tat mit dem Verbrauch jetzt nicht mehr so sorgsam verfahren wird, wie es war. Ich erinnere an die Zusatzbrotkarten. Im vorigen Jahr wollten wir den berechtigten Wünschen der schwerarbeitenden Bevölkerung nach einer höheren Brotration dadurch abhelfen, daß wir Zusatzkarten bei Bedarf gaben, den wir jedesmal prüften. Man beschränkte sie auf wirklich Schwerarbeitende. Im zweiten Jahr — die Kontrolle war ja sehr schwer und sehr umständlich — wollten wir nachlassen. Wir haben ein Pauschquantum als Maximum. Diese Pauschmenge wird voll ausgenutzt, und zwar von Leuten, die als schwerarbeitend absolut nicht anerkannt werden konnten. Es ist kein Witz, sondern wahr, daß auch Gymnasiasten Zusatzbrotkarten als Schwerarbeitende bekamen. (Heiterkeit.) Es ist sehr allgemein verbreitet, auch in Berlin, daß zum Beispiel die Dienstmädchen die Zusatzbrotkarten bekommen, selbst in Häusern, wo es sehr wohl möglich wäre, die Nahrung so zu gestalten, daß sie mit der einfachen Brotkarte auskämen. Kurz, es ist dahin gekommen, daß zum Beispiel in Berlin, wo im vorigen Jahr die Zahl der Zusatzbrotkarten 120 000 war, sie in diesem Jahr auf annähernd 700 000 gestiegen ist. (Hört, hört!) Der Betrag, um den wir die Brotration hinaufgesetzt hatten, ist nicht, wie im Vorjahr, weniger angefordert worden, sondern man hat die nichtverbrauchten Abschnitte zu Mehleinkäufen verwertet, zum Kuchenbacken und zum Essen. In den Restaurationen ist der Verbrauch auch nicht mehr so scharf wie im Vorjahre kontrolliert worden. Wir müssen jetzt einmal wieder mit voller Energie durchgreifen, sowohl bei der Verfütterung wie bei dem Konsum. Wir müssen zum Verteilungsmaßstabe des Vorjahres zurückkehren und nur den wirklich Starkarbeitenden ihre Rationen lassen. Glücklicherweise haben wir den ganzen Apparat so in der Hand, daß wir das auch durchführen können.

Bis zu einem gewissen Grade hängt diese Sache auch mit unserer Mühlenpolitik zusammen. Wenn wir unser Ziel erreichen wollen, müssen wir möglichst bald alles ausdreschen. Die sicherste Statistik ist: alles ausdreschen und dann das, was den Selbstversorgern nicht gebührt, wegnehmen! Das machen wir jetzt. Die Angriffe gegen die Landräte sind unberechtigt. Hätten wir nicht den preußischen Landrat und die entsprechenden Beamten in den anderen Bundesstaaten gehabt, ich wüßte nicht, wie wir unsere Maßnahmen, die

vielfach dem gesunden einfachen Menschenverstande gegen den Strich

gingen, hätten durchführen sollen. Ein Beispiel: Es widerspricht den einfachsten wirtschaftlichen Grundsätzen, daß wir den Landwirten das Korn, welches als Futter verschrotet wird, erst wegnehmen und dann wiedergeben. Anders ist aber eine Kontrolle nicht möglich. Das ist aber selbstverständlich sehr schwer, mit dem einfachen Menschenverstand zu erfassen. (Heiterkeit.)

Frankfurter Zeitung
14./I. 1916

Die Ernährungsfragen im Reichstag.

N **Berlin**, 13. Jan. (Priv.-Tel.) Die Debatte über die Ernährungsfrage sollte heute zu Ende gebracht werden. Das ist nicht gelungen, und da diese Fragen zu den wichtigsten gehören, die das deutsche Volk und die deutsche Volksvertretung beschäftigen, so wird niemand etwas einzuwenden haben gegen eine gründliche und ausgiebige Behandlung. Nur darf eine Beratung sich nicht so gestalten, wie es heute während des größten Teiles der Sitzung der Fall war. Es hat doch in der gegenwärtigen Zeit wirklich keinen Zweck, daß das, was einmal gesagt ist, zwei- und dreimal wiederholt wird. Wer keine praktischen Vorschläge zu machen weiß, wer dem deutschen Volke nichts Positives zu sagen hat, sondern wer nur redet aus agitatorischen oder parteipolitischen Gründen, der hat kein Anrecht darauf, die kostbare Zeit der Gegenwart für sich in Anspruch zu nehmen, und das, was der der radikalen Minderheit angehörende Abgeordnete Simon und der Nationalliberale Held zu sagen wußten, das wäre besser unterblieben. Das trägt nicht dazu bei, den hervorragenden einheitlichen Opferwillen zu stärken, sondern kann nur den Eindruck erwecken, als hätten die beiden Herren über Gebühr an ihre Parteisache und an ihre künftige Wiederwahl gedacht, wirklich Dinge, die bei den großen Fragen der Gegenwart Privatsache bleiben sollten. Der erste sozialdemokratische Redner hat gestern in sachlicher Weise zur Sprache gebracht, was seine Fraktion in der Lebensmittelfrage fordert und was sie an den getroffenen Maßnahmen auszusetzen hat. Herr Simon suchte ihn heute nicht etwa an Sachlichkeit, wohl aber an Phraseologie und Stimmaufwand zu übertreffen, um zu zeigen, daß die zu den Kreditverweigern gehörenden Abgeordneten der sozialdemokratischen Minderheit weit bessere Menschen seien, als die, die dem Vaterlande in der gegenwärtigen schweren Zeit geben, was es zur Aufrechterhaltung seiner Existenz braucht.

Dem Abgeordneten Held antwortete später unter dem Beifall des Hauses und sachlich begründet der Abgeordnete Fischbeck. Er betonte, daß Demagogie unter ernsten Männern, die sich ihrer Verantwortung bewußt seien, unterbleiben sollte. Der nationalliberale Redner hatte alle Register gegen die Schweineschlachtung im Vorjahre gezogen und dabei eine Reihe billiger Scherze gemacht. Der fortschrittliche Redner, dessen Sachverständnis in den Lebensmittelfragen nicht nur im Parlament selbst, sondern auch bei der Regierung anerkannt ist, nagelte ihn darauf fest, daß er auch mit für die Abschlachtung der Schweine gestimmt habe, und daß er mit für den dahingehenden Antrag gestimmt habe, an dessen Spitze neben den Namen der Führer seiner Partei auch die konservativen Führer standen. Gewiß haben sich diese Maßnahmen als verfehlt herausgestellt, aber daran sollte man lernen für die Zukunft und nicht aus agitatorischen Gründen die Schuld von sich auf andere abwälzen.

Ueber dieses Unerfreuliche hinaus erbrachte auch die heutige Sitzung wieder den unzweideutigen Beweis, daß es im Deutschen Reiche niemand gibt, der nicht an den wirtschaftlichen Sieg ebenso fest glaubt wie an unseren militärischen, und wenn hier und da Mängel in der Organisation bestehen, so werden sie ausgeglichen werden, und so können sie auch ausgeglichen werden, wenn, wie der fortschrittliche Redner in Uebereinstimmung mit dem Zentrumsabgeordneten Marx betonte, die Interessen der Allgemeinheit über die Interessen einzelner Berufsstände gestellt werden.

Vom Regierungstische aus und im Verlaufe der Debatte selbst wird als besonders bemerkenswert festgestellt, daß die Lederpreise aus militärischen Gründen zwar zu Beginn des Krieges hoch waren — es mußte ein Anreiz für die Einfuhr aus dem Auslande gegeben werden— jetzt allmählich abgebaut worden sind, und daß ein weiterer Abbau in naher Aussicht stehe.

Morgen werden die Verhandlungen fortgeführt.

*

N **Berlin**, 13. Jan. (Priv.-Tel.)

Die Erörterung über die Ernährungsfragen wird fortgesetzt.

Abg. Simon (Soz.-Dem.): Die Regierung war gewiß vor neue Aufgaben gestellt; aber sie hat diese Aufgaben schlecht gelöst, obwohl wir sie rechtzeitig auf ihre Pflichten aufmerksam gemacht haben. Der Lebensmittelwucher steht in vollster Blüte, und auch Landwirte sind wegen Ueberschreitung der Höchstpreise bestraft worden. Die Strafen sind aber noch viel zu gering und man hätte nicht der Presse die Erörterung durch das Zensurverbot abschneiden sollen. Der Redner stellt dann die alte Forderung auf Beschlagnahme und Höchstpreise für alle wichtigen Lebensmittel auf, denn dadurch werde jeder Wucher vermieden werden. Die Verdienste der großen Mühlen sind viel zu hoch, und ähnlich wie da sind auch auf anderen Gebieten große Gewinne gemacht worden. Die Mehlpreise sind noch viel zu hoch. Die Verkürzung der Brotration wird eine arge Enttäuschung in der arbeitenden Bevölkerung hervorrufen. Das wäre nicht nötig gewesen, wenn nicht große Mengen Roggen zu Schnaps gebrannt worden wären. Eine Erhöhung der Kartoffelpreise wäre geradezu katastrophal. Den Spekulanten gegenüber darf es keine Nachsicht geben, zumal weite Kreise sich in einer schwierigen Notlage befinden. Die Regierung hat zwar viele schöne Worte gesprochen, und wir zweifeln auch nicht an ihrem guten Willen, aber es fehlt ihr an Entschlußkraft. Um das zu erreichen, müssen wir hier die schärfste Kritik üben. Wir lehnen die Verantwortung ab für Mißstände, die fällt auf die Regierung.

Abg. Marx (Zentr.): Wir können stolz auf das sein, was auf wirtschaftlichem Gebiete von uns geleistet worden ist, und das Ausland ist nicht in der Lage, uns das nachzumachen. Wenn wir die Leistungen im allgemeinen auch anerkennen, so können wir doch nicht zurückhalten mit unserer Kritik im Einzelnen. Der Redner erörtert ausführlich die Notlage der westlichen Gemeinden in Kartoffeln. Kartoffeln gebe es genügend im deutschen Reiche, aber die Organisation sei mangelhaft gewesen, weil die Regierung zu spät eingegriffen habe, und ihre Maßnahmen auch nicht energisch und zielbewußt gewesen seien. Wenn die Regierung mit einem glänzenden Sieg für uns mit der nächsten Ernte vor uns erscheinen wird, was ich sicher hoffe, so müssen wir doch damit rechnen, daß wir der Versorgung für den nächsten Winter die größte Aufmerksamkeit widmen. Für den Westen müßten jetzt schon bestimmte Kartoffelzüge eingerichtet werden. Bei der Butter- und Fettversorgung ist auch durchaus nicht alles so gelöst, wie es sein sollte. Für die minderbemittelte Bevölkerung müßten zum Bezuge von Fett besondere Karten nach dem System der Brotkarten ausgegeben werden. Auch zu Gunsten der kleinen Mühlen muß mehr geschehen, wie überhaupt der Mittelstand in allen Dingen die größte Fürsorge verdient. Alle sind wir aber überzeugt, daß wir auch wirtschaftlich den Sieg erreichen werden. (Beifall.)

Präsident Kaempf rügt nachträglich eine Aeußerung des Abg. Simon, die dahin geht, daß die Brotgetreidestelle mit ihrer Preispolitik Wucherpolitik getrieben habe.

Unterstaatssekretär Michaelis: Ich verstehe nicht recht die Aeußerungen des Abg. Simon über die Kriegsgetreidegesellschaft. Es ist doch nicht ein böser Wille der Kriegsgetreidegesellschaft, daß sie die Brotration vermindert, sondern das entspricht doch nur den tatsächlichen Verhältnissen. Wir müssen uns doch nach den vorhandenen Beständen einrichten. Die Kornbrennereien sollen gewiß erst in letzter Linie bedacht werden. Wenn es nach meiner Person ginge, dann würde ich überhaupt nichts für die Kornbrennereien hergeben. Das Kuratorium hat aber beschlossen, die Kornbrennereien zu beliefern in Höhe von 60 Prozent, wie bei den Brauereien. Das Kuratorium hat gesagt, daß von den Brennereien noch andere Betriebe abhängen. Dazu kommt, daß diese Brennereien in der Schlempe für den Westen ein wichtiges Futtermittel liefern. Aus diesem Grunde habe ich keine Bedenken getragen, ein herabgesetztes

Tägliche Rundschau 15./I. 1916 77

Nr. 25 · Erste Beilage
Morgen-Ausgabe

Tägliche Rundschau

Sonnabend, 15. Januar
· 1916 ·

Deutscher Reichstag.

Die Haupt- und Staatsaktion der Beantwortung der Anfragen Bassermann und Müller-Meiningen begleiten die unvermeidlichen Zwischenrufe des Reichshysterikers Liebknecht. Er „enthüllt", daß es sich bei diesen Anfragen um bestellte Arbeit handle — eine wirklich ganz außerordentliche Entdeckung! —, und teilt weiterhin „zur Geschäftsordnung" mit, daß hier die Wahrheit erstickt und das Volk betrogen werde. Das Haus murrt, und der Präsident quittiert durch den fälligen Ordnungsruf. Es handelt sich um „kleine Anfragen"; daher ist es eine Neuheit, daß Oberst Friedrich die Beantwortung der Anfrage Müller-Meiningen nicht verliest, sondern frei vorträgt. Die Aussprache über die Ernährungsfragen nimmt ihren Fortgang. Der Konservative Schiele spricht im Verlauf seiner Ausführungen von der Mißernte, die wir gehabt hätten. Darob gibt es im Hause einiges Entsetzen; warum, ist nicht recht verständlich, denn eigentlich ist ja die Tage über schon immerfort die Rede davon gewesen. Zum Ueberfluß erklärt Unterstaatssekretär Michaelis feierlich, daß der Ausdruck zu weit gehe und nicht etwa dem entspreche, was er selbst vorgestern habe sagen wollen. Werner-Gießen als Mitglied der Wirtschaftlichen Vereinigung behauptet seinerseits, daß von einer Mißernte nicht die Rede sei; er ergeht sich dann in längerer Brandmarkung des „Wuchergeistes", der im Volke umgehe, und zwar so ausführlich, daß Präsident Paasche den Redner mit leiser Warnung unterbricht. Auch in diesem Punkte könne man des Guten zuviel tun. Schließlich kommt noch einmal Herr Schiele selbst und erklärt, er sei mißverstanden worden. Noch wird ein weniges über die Schweineschlächterei geredet; insbesondere sucht der Abgeordnete Fischbeck abermals die Beteiligung auch derer an dem Blutgericht festzustellen, die heute „dem armen Schwein" ihre Tränen nachweinen. Dann kommt es zur Abstimmung und damit zur Beendigung des Viertagewerks. Von den Bänken der Genossen geht unterdessen ein böses Raunen aus, man habe dem Erörterungsbedürfnis des Reichstags zu den Ernährungsfragen nur deshalb die Zügel so willig schießen lassen, weil man die Wiederaufnahme der Auseinandersetzung in der Presse hinterdrein um so entschlossener einschränken wolle. Die Arbeitsleistung, die dem fleischlosen Tage zugedacht ist, hat übrigens noch nicht ihr Ende erreicht. Die Wohlfahrtsfragen wollen auch noch erörtert sein. Stunde um Stunde verrinnt, die Tribünen sind längst leer, und auch im Hause sieht es immer öder aus. Es sind die Stimmen von Predigern in der Wüste; aber sie sind nicht immer des Anhörens wert. Die Auseinandersetzung geht mehr in die Breite als in die Tiefe; man erzählt ausführlich unbestreitbare, leider aber unabänderliche Dinge, mit denen man sich und anderen besser einstweilen das Herz noch nicht schwermachen sollte. So, daß für viele ihre Einberufung eine verhängnisvolle wirtschaftliche Störung ist. Oder daß die Frauenarbeit in den industriellen Betrieben während des Krieges eine unerfreulich große Rolle spielt, und daß dabei die Friedensbestimmungen nicht immer peinlich innegehalten werden können. Es ist leider so; wie aber soll man es anders machen! Ministerialdirektor Caspar versichert, daß die Regierung sich der Wichtigkeit des Frauenschutzes auch in diesen Tagen wohl bewußt sei, ihr Möglichstes tue und weiter tun werde. Genosse Brandes erwähnt die Drohung des militärischen Leiters eines großen Fabrikbetriebes für Heeresbedarf in Mitteldeutschland, Arbeiter, die Schwierigkeiten machten, würden abgelegt und müßten dann sofort in den Schützengraben. Abg. Stresemann, dessen Rede die Debatte wieder auf eine achtbarere Höhe hebt, gibt diesen Mann im Namen der Industrie unbedingt preis und betont als Gegenstück zu dessen Ungeschicklichkeit das stets besonders entgegenkommende und taktvolle Verhalten der Militärbehörden auch den Arbeitern gegenüber, wo irgend Verhandlungen während des Krieges notwendig geworden seien. Er berührt die großen Fragen der Aufrechterhaltung unserer Ausfuhrbeziehungen während des Krieges und der Entmobilisierung nach ihm, bei der die Gefahr zeitweiliger Arbeitslosigkeit der entlassenen Reservisten großer Aufmerksamkeit bedarf. Er warnt schließlich, jetzt Vergleiche über die Frage anzustellen, wer sich im Kriege die größeren Verdienste um die Nation erworben habe, die Industrie oder die Landwirtschaft. Zu gutem Ende taucht noch eine Frage auf, in der die Keime zu häßlichen und überaus unerfreulichen Zänkereien liegen, nämlich die hinlänglicher Unparteilichkeit in der Verteilung der Zuwendungen an Ostpreußen unter politischen Gesichtspunkten. „Lassen Sie die Finger davon!" rät der Konservative Kreth, „Sie wissen nicht, was Sie anrichten! Denken Sie an künftige Wahlen! Was an Bösartigkeiten bei einer ostpreußischen Wahl zutage gefördert wird, weiß nur der, der es mitgemacht hat!" Schließlich werden, wie in den Ernährungsfragen, auch hier die Entschließungen des Ausschusses angenommen. A. Z.

*

29. Sitzung, Freitag, den 14. Januar 1916, 11 Uhr.

Die Ernährungsfragen.

(Fortsetzung aus dem Abendblatt.)

Abg. Schiele (kons.) fortfahrend: Die Frage der Preise ist nebensächlich. Es soll ein gesunder Ausgleich stattfinden. Wir sind alle ganz einig darin, daß der Wohlhabendere für den Aermeren mitheranzuziehen ist. (Zustimmung rechts.) Aber ehe die Deckung der Versorgung zu kurz wird, ist es besser, höhere Preise zu ertragen. Die Produktion wird auch dadurch beeinträchtigt, daß die Verwendung des künstlichen Düngers erheblich nachgelassen und auch der Stalldünger an Stickstoff-, Phosphor- und Kaligehalt eingebüßt hat. Warum wird nicht die Torfstreu vermehrt der Landwirtschaft zugeführt, warum wird ihr nicht die neue Stickstoffquelle zugänglich gemacht? Der Landwirtschaft darf nicht durch unnötige Bezugserschwerungen die Anwendung des Kalkstickstoffs unmöglich gemacht werden. Jeder Landwirt weiß, daß er die Produktion erhöhen muß, er versteht den Ernst der Lage. Ungeheure Vermögen durch Konjunkturgewinne zu erwerben, ist er nicht in der Lage. Die günstigen Abschlüsse der Zuckerfabriken sind zum Teil darauf zurückzuführen, daß sie mit erheblichen Vorräte in das neue Jahr eintraten. Die Berechnung, daß die Produktion eines Zentners Kartoffeln 1,20 M. koste, beruht auf falschen Grundlagen. Der Geldstrom aus der Landwirtschaft, von dem geredet wurde, mag in der Tat beängstigend sein, aber in ganz anderem Sinne. Wenn soviel Geld aus ihr herausgenommen wird, wie es geschieht, besteht die Gefahr, daß das auf Kosten der Bodenpflege geschieht. Auch wir erkennen an, daß dem kleinen Gewerbestand geholfen werden muß, namentlich müssen auch den kleinen Beamten Teuerungszulagen zukommen. Bei der Versorgung der Städte mit Lebensmitteln ist vor allem der Kleinhandel zu beteiligen, wie wir es in unserer Resolution vorschlagen. Heute schöpft der Großhandel meist den Rahm ab. (Beifall rechts.) Die kleinen Mühlen könnten sehr wohl mit Arbeit bedacht werden im Zusammenhang mit den Selbstversorgungsverbänden. Bei den Schweinehöchstpreisen ist der Hauptmangel, daß die Reichsregierung nicht auch die Höchstpreise für Schweinefleischfabrikate festgesetzt hat. Die landwirtschaftlichen Erzeugungsbedingungen verdienen jetzt und nach dem Kriege eine um so pfleglichere Behandlung, als sie jetzt als Angelegenheit des ganzen Volkes erkannt sind. (Beifall.) Wir müssen eine mittlere Linie zwischen Erzeuger und Verbraucher finden.

Keine Mißernte.

Unterstaatssekretär Michaelis, Präsident der Reichsgetreidestelle:

Der Vorredner hat an einer Stelle davon gesprochen, wir ständen vor einer vollen Mißernte. Das könnte irreführen, namentlich wenn der Ausspruch von sachverständiger Seite kommt. Ich habe nur von Schwierigkeiten in der Beurteilung der diesjährigen Ernte wegen ihrer großen Verschiedenheit nach den einzelnen Gegenden gesprochen. Oertlich kann eine Mißernte bestehen, aber das von ganz Deutschland zu sagen, ist tatsächlich falsch. Das ist überhaupt nicht möglich. (Sehr richtig!) In ganz Deutschland können wir gar keine volle Mißernte haben. Die Verhältnisse sind so verschieden, daß wir im Osten vielfach geringe, sehr geringe Ernten haben, aber vom Westen kann ich Ihnen als Beispiel anführen, daß der Landesdirektor von Westfalen nach Beendigung der Ernte voll Stolz eine ganze Sendung seiner prachtvollen Körner sandte, die von acht Gütern stammten. So ist es in weiten Kreisen des deutschen Vaterlandes (Lebhafte Zustimmung), und nur dadurch, daß wir in der Reifezeit vielfach sehr schwere Dürre und nachher bei der Ernte vielfach sehr schwere Feuchtigkeit gehabt haben, ist die ganze Ernte in ihrem Bestande ungleichmäßig; wir müssen damit rechnen und daher sparen. Von einer Mißernte kann nicht die Rede sein. Der Vorredner wird es in diesem Sinne auch nicht gemeint haben. Es wäre jedoch dankenswert, wenn er nach dieser Richtung hin bei der Korrektur des Stenogramms eine ergänzende Erklärung hinzufügte, um alle Mißverständnisse auszuschließen.

Abg. Werner-Gießen (Wirtsch. Vgg.): Wir haben ausreichend Nahrungsmittel und sollten uns hüten, von Mißernte zu reden. Sollte in einigen Bezirken Mangel geherrscht haben, so konnte er aus anderen Bezirken leicht ausgeglichen werden. Wir haben nicht nur unsere Bevölkerung, sondern auch unser starkes Heer und zwei Millionen Gefangene zu ernähren und tun es.

Teuerung haben wir, das läßt sich nicht leugnen, aber Teuerung herrscht in allen Ländern. Der Krieg stört eben die ganze Erzeugung und vermindert auch sehr wesentlich den Goldwert. Die Bemühungen der Städte, Lebensmittel für ihre Bevölkerung heranzuführen, wirken preissteigernd. Einhamsterungen einzelner Personen sind unsozial. Welcher Handel mit Lebensmitteln täglich getrieben wird, lehrt ein Blick in den Anzeigenteil des „Berliner Tageblatts" und der „Frankfurter Zeitung". Geradezu fabelhafte Gewinne hat die Lederindustrie gemacht. Es entwickeln allerhand Leute ihr Talent für Heereslieferungen, wobei sie ungeheure Gewine erzielen, die vorher keine Spur damit zu tun hatten. In Anzeigen wird schon von einer neuen Gründerzeit gesprochen. Es sind richtige Schieberanzeigen, die man in gewissen Blättern findet. Die Regierung hat die Chiffrierung viel zu spät untersagt. Es ist nicht nur ein Gesetz über Kriegsgewinne notwendig, sondern vor allem ein Gesetz über Kriegswucher. Verhängnisvoll ist die Ueberschätzung des Großkapitals in seinen Leistungen, was sich schon bei der Kriegs-Getreidegesellschaft in der Bevorzugung der Großmühlen erwies. Die Kleinmühle arbeitet billiger, die Großmühle hat nur mehr technische Einrichtungen, keine einzige besser als die Kleinmüller.

Abg. Fischbeck (Fortschr. Vp.): Die Abmilchwirtschaften der großen Städte haben sehr segensreich für die Säuglingsfürsorge gewirkt. Man kann ihr Verdienst nicht verkleinern, indem man sie großkapitalistisch nennt. Der Futtermittelversorgung haben wir stets Aufmerksamkeit zugewendet. Den Schweinetod haben wir alle unter dem Eindruck der professoralen Darlegungen beschlossen. Die Sozialdemokraten waren am forschesten, das Zentrum am mildesten. Der konservative Antrag war nur eine Ausführung unseres Antrages. Dr. Rösicke sagte damals im Ausschuß: Hand weg von den Kartoffeln; lieber schlagen wir die Schweine tot! Wir haben damals dem konservativen Antrag zugestimmt. Nachdem das Schwein zum Tode verurteilt war, tun nun einzelne aus dem Richterkollegium so, als wenn sie nicht mitgerichtet hätten und bedauern das arme Schwein. (Heiterkeit.)

Abg. Böhme (nl.): Es sind doch auch sehr warme Stimmen im Ausschuß gegen die ziellose Abschlachtung der Schweine laut geworden. In der Vollversammlung wurde davon nicht gesprochen, weil nach dem Berichterstatter keine Partei das Wort ergriff. Eine mäßige Schweineschlachtung zur Abstellung der Gefahr, daß menschliche Nahrungsmittel aufgezehrt würden, ist allgemein als erwünscht bezeichnet worden, aber ziemlich ausnahmslos ist von allen Parteien in sehr scharfer Weise der Abschlachtung an sich widersprochen worden.

Abg. Schiele (kons.): Von einer vollständigen Mißernte im deutschen Vaterlande habe ich nicht gesprochen, sondern mich auf gewisse geringe Erträgnisse in einzelnen Teilen von mir genannter Provinzen bezogen. Ich weiß, daß wir im Westen und namentlich im Süden sehr gute Ergebnisse gehabt haben, die den Ausfall ausgleichen. (Zurufe links.) Ein Mißverständnis über die Schweineschlachtung besteht nicht mehr. Eine gewisse Mitschuld des Reichstags ist nicht auszulöschen, aber die starke Abschlachtung, wie sie nachher vorgenommen wurde, hat nicht im Sinne des Reichstags gelegen. Hier hat sich gezeigt, welcher Einfluß stärker gewesen ist, der des Reichstags oder der anderen Ratgeber.

Abg. Held (nl.): Wegen des Burgfriedens kann ich dem Abg. Fischbeck keine Antwort geben.

Die Aussprache schließt.

Die sämtlichen 44 Entschließungen des Hauptausschusses werden angenommen. Unter anderem wird die Regierung aufgefordert, dafür zu sorgen, daß Unterstützungen auch in Lebensmitteln gegeben werden, daß Höchstpreise möglichst für sämtliche Bedürfnisse des täglichen Lebens eingeführt werden, besonders Mehl-, Brot- und Butterhöchstpreise für größere Bezirke. Die Kleinhandelsvereinigungen sollen bei der Versorgung mitwirken. Dem Reichsamt des Innern soll ein Beirat von 15 Abgeordneten beigegeben werden. (Der Beirat hat bereits seine Tätigkeit aufgenommen.) Für die Landwirtschaft sollen Gefangene bereitgestellt werden. Empfohlen wird verstärkter Anbau von Zuckerrüben, Maßnahmen gegen den Wildschaden, Einführung von Richtpreisen für Leder.

Ein sozialdemokratischer Antrag, der verlangt, daß die Höchstpreise für Kartoffeln nicht weiter erhöht werden sollen, wird abgelehnt, ebenso ein weiterer sozialdemokratischer Antrag, wonach bei der Ueberschreitung von Höchstpreisen der Käufer nicht bestraft werden soll. Auch die von den Sozialdemokraten beantragte Einführung von Fleischkarten wird abgelehnt.

Damit sind die Ernährungsfragen erledigt.

Unterstützungsfragen.

Der Hauptausschuß schlägt einige Resolutionen vor, in denen empfohlen wird, bei Vergebung von Lieferungen Handwerkergenossenschaften besonders zu berücksichtigen. Auch für den Kleingewerbehandel und die Textilarbeiter werden besondere Maßnahmen verlangt, desgleichen zur Entschädigung der Kriegsschäden in unseren Grenzgebieten.

Abg. Molkenbuhr (Soz.) hebt hervor, daß Unterstützungen, die infolge von Arbeitslosigkeit bezogen wurden, nicht als Armenunterstützung gelten sollen. Der Krieg vernichtet viel Arbeitskraft. Die Gesunderhaltung unseres Volkskörpers erfordert unsere besondere Aufmerksamkeit. Die Schwachen bedürfen eines erhöhten Schutzes. Arbeitsüberbürdung darf nicht das keimende Leben gefährden. Der Geburtenrückgang hat namentlich in den Städten einen bedrohlichen Umfang angenommen. Die Wochenbeihilfen sind zu erhöhen. In der Bekämpfung der Kindersterblichkeit muß mehr geschehen, damit uns die Arbeitskraft erhalten bleibt. Den heimkehrenden Kriegern darf es nicht an Arbeitsgelegenheit fehlen, damit sie nicht den Schützengraben mit dem Chausseegraben vertauschen müssen. Leider hat bisher gerade der größte Bundesstaat beim Arbeitslosenschutz vollkommen versagt. Versagen wir hier nicht, dann werden wir besser als unsere Gegner die Wunden heilen, die der Krieg geschlagen hat.

Abg. Irl (Ztr.): Die Reichsbehörden müssen bei Vergebung von öffentlichen Arbeiten und Lieferungen die zu Genossenschaften und Lieferungsverbänden vereinigten selbständigen Handwerksmeister in weitestgehendem Maße berücksichtigen. Der Erlaß des Kriegsministers vom Ende des vorigen Jahres über die Vergebungen seines Ressorts ist sehr erfreulich. Die Angehörigen des kleinen Handwerker- und Kaufmannsstandes haben ganz besonders unter den Strapazen des Krieges zu leiden. Das Handwerk will keine Almosen, sondern Aufträge zu angemessenen Preisen. Die Behandlung der Handwerkskammern durch manche Behörden ist wenig ermutigend. Hier kann nur die Errichtung einer Zentralvergebungsstelle für gewisse Artikel helfen, denn nur so ist die Gewähr dafür geboten, daß die Lieferungen gerecht verteilt werden und nicht redegewandte Zwischenhändler den Hauptgewinn einstecken. Bei der Schaffung von Realkredit ist besonders auf die Verhältnisse des Kleingewerbehandels Rücksicht zu nehmen, der sich in schwieriger Lage befindet. Warum werden die Grundsätze nicht ausgearbeitet, nach denen die großen Rücklagen der Versicherungsunternehmungen der Berufsgenossenschaften dem Handwerk und dem Kleingewerbe unter die Arme greifen können.

Abg. Schulenburg (nl.): Ein großer Teil des Handwerks ist in übler Lage. Nur der Zusammenschluß kann ihm helfen. Heute sind viele Geschäfte geschlossen, weil der Inhaber im Felde ist. Dessen Stimmung würde sehr gehoben, wenn er Gewißheit hätte, daß er nach dem Kriege neuen Kredit zur Wiederaufnahme seines Betriebes findet. Auch die Einziehung seiner Außenstände bereitet ihm Sorge. Fällige Zahlungen für Aufträge der Militärverwaltung sollten ohne Abzug mit tunlichster Beschleunigung erfolgen. Geben wir unseren Feldgrauen die Zuversicht, daß jetzt und nach dem Kriege seitens der Gesamtheit alles geschieht, um ihnen die Wiederaufnahme ihres bürgerlichen Erwerbs zu erleichtern. (Beifall.)

Abg. Bartschat (Fortschr. Vp.): Sehr segensreich hat die Hauptverdingungsstelle bei der Handwerkskammer in Königsberg für das Handwerk gewirkt. Die Handwerkergenossenschaften arbeiten gut und reell, die Reichsämter sollten sie also in weitem Umfang mit Aufträgen bedenken. Die Höchstgrenze der Notstandskredite an Angehörige des Mittelstandes scheint für viele Fälle zu niedrig gezogen zu sein. Auch der Zinssatz ließe sich wohl niedriger bemessen. Durch die Bestimmung, daß Feldzugsteilnehmer nicht aus der Wohnung gesetzt werden dürfen, sind viele Hausbesitzer in bedrängte Lage gekommen. Wir sind schon immer dafür eingetreten, daß während des Krieges gewährte Arbeitslosenunterstützung nicht als Armenunterstützung gilt und nicht zurückzuzahlen ist. In Ostpreußen sucht man selbst unter dem Burgfrieden Parteipolitik gegen uns zu machen. Man geht mit einer Aeußerung eines Parteifreundes hausieren, daß bei der Entschädigung von Kriegsschäden mancher auch etwas mehr als unbedingt nötig bekommen könnte. Aehnliche Aussprüche haben andere als unsere Parteigenossen auch getan.

Abg. Brandes-Halberstadt (Soz.) bespricht Mängel der Familienunterstützung. Fortwährend werden neue Hunderttausende von Arbeitern einberufen. Jetzt müssen viele Frauen in den Betrieben die Arbeiten von Männern verrichten, mögen sie dazu geeignet sein oder nicht. Die Bestimmungen über Frauenarbeit und Nachtarbeit bleiben dabei vollkommen unberücksichtigt. Die Frauen sollen daneben auch noch ihre Arbeiten daheim verrichten und haben früh und abends den weiten Weg zur Arbeitsstätte zurückzulegen. Auch während des Krieges muß man hier Abhilfe schaffen. Ein Schutzgesetz für Frauen ist unbedingt geboten. Die Denkschrift über die Arbeitsvermittlung gibt ein wenig erfreuliches Bild.

Ministerialdirektor Caspar:

Die Bedenken des Vorredners über die Frauenarbeit in gewerblichen Betrieben verdienen durchaus Beachtung. Der Staatssekretär ist leider verhindert, diese wichtige Frage selbst zu besprechen. Durch das Gesetz vom 4. August 1914 war es zugelassen worden, Ausnahmen von den Vorschriften über die Frauenarbeit während des Krieges zu gestatten. Sogleich bei Erlaß des Gesetzes hat aber ein Rundschreiben des Reichskanzlers an die Bundesregierungen darauf hingewiesen, daß von dieser Befugnis nur mit großer Vorsicht und nach Maßgabe des dringenden Bedürfnisses Gebrauch gemacht werden dürfe. In diesem Sinne ist in allen Bundesstaaten verfahren worden. Auch in der schweren Eisenindustrie hat man im Verfolg dieser Tendenz der Regierungsmaßnahmen überall versucht, soweit Frauen überhaupt hier zugelassen wurden, sie nur in achtstündiger Schicht arbeiten zu lassen. Bekanntlich wird in dieser Industrie bisher in zwei zwölfstündigen Schichten gearbeitet. Die Industriellen haben nun darüber geklagt, daß Schwierigkeiten dadurch entstanden, daß die Männer in zwölfstündigen, die Frauen in achtstündigen Schichten arbeiteten. Dadurch fände ein ständiger Wechsel in der Reihe der zusammenarbeitenden Personen statt. Deshalb ist bestimmt worden, daß ein Teil der weiblichen Personen in der Eisenindustrie in dem gleichen Schichtwechsel beschäftigt werden könne wie die Männer. Soweit möglich wird aber darauf gesehen, daß auch heute noch bei den Frauen ein achtstündiger Schichtwechsel Platz greife. Sie dürfen daraus entnehmen, daß wir uns der Wichtigkeit des Gegenstandes durchaus bewußt gewesen sind.

Die Denkschrift über die Arbeitsvermittlung hat bei dem Vorredner eine wenig günstige Beurteilung gefunden. Sie verfolgt keineswegs die Absicht, dem Reichstage einen Abschluß der hierüber schwebenden Verhandlungen vorzulegen. Aus ihr ist im Gegenteil zu entnehmen, daß sie nur der Ausgangspunkt für Verhandlungen über weitere Verbesserungen bieten soll.

Abg. Dr. Stresemann (nl.): Wir befinden uns bei der Frauenarbeit in einer gewissen Zwangslage. Sie ist unentbehrlich zur Fortführung vieler Betriebe, die auch im Kriege weiterarbeiten müssen. Dasselbe Bild bietet auch die Landwirtschaft. Auch hier müssen die Frauen viele Arbeiten leisten, die man ihnen in Friedenszeiten niemals zugemutet hätte. Alles, was hier zur Abhilfe geschehen kann, wird gewiß die Billigung von allen Seiten finden. Hier besteht kein Unterschied der Interessen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, sondern es ist ein allgemeines nationales Interesse, daß wir nicht die großen Werte vernichten, in denen die Zukunft unseres

Ernährungsfragen in der Budgetkommission.

(Amtlicher Bericht.)

N Berlin, 21. Jan. (Priv.-Tel.) Zu dem Punkte Brotversorgung und Erntestatistik (Reichsgetreidestelle) führte der Berichterstatter folgendes aus: Die neue Reichsgetreidestelle entspreche dem früheren Beschlusse des Hauses; bei ihrer Verwaltung blieben aber noch einige Wünsche übrig. Wünschenswert sei die Festlegung von Höchstpreisen auch für Mehl. Die heutigen Preise für Mehl stünden in einem Mißverhältnis zu den Höchstpreisen für Korn. Wünschenswert sei auch eine strengere Erfassung des vom Auslande importierten Mehls durch die Zentraleinkaufsgesellschaft. Der Berichterstatter sprach sodann über die Ergebnisse der vorjährigen Ernte in Brotkorn. Er kam zu dem Schluß, daß die Ernte ein Durchhalten ermögliche. Die Schätzung vom Juli sei zwar durch die Schätzung vom November nicht bestätigt worden, die Novemberschätzung habe vielmehr zu geringeren Resultaten geführt. Aber die jetzt im Januar vorgenommene Schätzung, die als einigermaßen verläßlich angesehen werden könne, habe ergeben, daß die Schätzung vom Juli im wesentlichen richtig gewesen sei. Es müsse aber vom Publikum Selbstdisziplin verlangt werden, und es sei mit Bedauern zu konstatieren, daß die frühere Gewissenhaftigkeit auf diesem Gebiete bei der Bevölkerung in letzter Zeit nachgelassen habe; die Maßregeln für die Erhaltung des Brotgetreides für die Bevölkerung müßten natürlich der Viehernährung hin und wieder schaden. Trotzdem könne auch in dieser Beziehung noch manches gebessert werden, insbesondere sei es wünschenswert, daß die Verordnungen auf dem Gebiete der Volksernährung mit größerer Vorsicht erlassen würden. Manche Verordnungen würden alsbald wieder aufgehoben, weil sie unzutreffend gewesen seien. Dadurch würden dann gerade die folgsamen und eifrigen Landwirte bestraft. Auch die Härten bei Schließung der Schrotmühlen sollten möglichst vermieden werden. Der Erdrusch müsse beschleunigt werden. Es dürfen aber nicht unverständig kurze Dreschfristen angeordnet werden. Dankenswert sei, daß die Reichsgetreidestelle 500 000 Tonnen Getreide zur Verschrotung zum Zwecke der Viehfütterung bereitgestellt habe. Zweifelhaft sei aber, ob der Preis von 310 Mk. pro Tonne, den sie dafür gefordert habe, richtig gewesen sei, da die Landwirte ja selbst nur 220 Mk. Höchstpreis für den Roggen bekämen. Uebrigens sei dem Ankauf dieses teuren Schrotes alsbald die Herabsetzung der Schweinepreise gefolgt. Die wahre und beste Lösung auf dem Gebiete der Volksernährung würden immer freie und direkte Vereinbarungen zwischen Produzenten und Konsumenten sein.

Der Präsident der Reichsgetreidestelle Dr. Michaelis machte nähere Mitteilungen über die Bestandsaufnahme der Brotgetreide-Vorräte. Es ist schon jetzt der Beweis als erbracht anzusehen, daß in Verbindung mit den vom Bundesrat beschlossenen Einschränkungs-Maßnahmen des Konsums und der Verfütterung die erforderlichen Bestände bis zur neuen Ernte und darüber hinaus gesichert sind. Selbstverständlich muß mit aller Energie der Gefahr der Verfütterung, am wirksamsten durch beschleunigtes Ausdreschen und Abliefern der Ueberschuß-Bestände an die Reichsgetreidestelle und die Kommunalverbände, vorgebeugt und bei den Konsumenten die Ueberzeugung wieder zu vollem Leben erweckt werden, daß wir sparen und in jeder Weise haushalten müssen.

Hierauf wurde der folgende Antrag 1a eingebracht: „Die Staatsregierung aufzufordern, dafür Sorge zu tragen, daß der Begriff der mittleren Qualität des Brotgetreides nicht einseitig durch die Kriegsgetreidegesellschaft, sondern unter Mitwirkung der Landwirtschaftskammern nach der im Frieden üblichen Geschäftspraxis für die einzelnen Landesteile festgesetzt wird."

Die Antragsteller führten aus, es sei bei der Feststellung der Preise, die die Kriegsgetreidegesellschaft zu treffen habe, der Begriff der mittleren Qualität des Brotgetreides in einer Weise festgelegt worden, daß die Landwirte bei der Festsetzung der Preise zu kurz kommen müßten, da die fragliche Qualität nirgends erreicht werde. Es sei zu wünschen, daß durch Mitwirkung der provinziellen Instanzen, der Landwirtschaftskammern, bei der Festsetzung der Preise Abhilfe geschafft werde. Aus der Mitte der Kommission wurde dem von mehreren Rednern zugestimmt und noch folgendes geltend gemacht: 1. Die Selbstversorger könnten in der Verwendung ihrer Vorräte nicht gehörig kontrolliert werden. 2. Die Müller unterlägen der Verordnung des Bundesrats nicht; trotzdem habe man die Vorschriften der Bundesratsverordnung auch gegen sie angewandt, ja man habe sogar Mühlen einfach geschlossen. 3. Die Reichsgetreidestelle normiere ihre Verkaufspreise sehr verschieden. Es werde Auskunft darüber zu erteilen sein, woher diese Verschiedenheiten kämen. 4. Es müsse verhindert werden, daß von Firmen, die mit dem Verkauf von Getreide betraut würden, zu hohe Provisionen gefordert würden. So habe eine Firma bei dem Verkauf von Gerste 70 Mk. pro Tonne für ihre Arbeit gefordert.

Der Landwirtschaftsminister gab folgende Erklärung ab: Die bisherige Erntestatistik beruhe auf den Angaben der Gemeindebehörden und Gutsvorstände über die Anbauflächen und auf der Schätzung der Erträge durch landwirtschaftliche Sachverständige. Da er bereits früher an der Zuverlässigkeit der Statistik Zweifel gehabt habe, seien im vorigen Jahre auf seine Veranlassung hin die Anbauflächen durch die Landräte genau festgestellt und eine sorgfältige Schätzung der Erträge durch besondere Kommissionen vorgenommen worden. Das Ergebnis weiche von der früheren Schätzung erheblich ab. Er machte nähere Angaben über die Ernte in den einzelnen Getreidearten nach der landrätlichen Schätzung und der früheren Statistik. Eine Nachprüfung im nächsten Jahre werde hoffentlich ganz zuverlässige Feststellungen über die Anbauflächen ergeben.

Was die Beschwerden über die polizeiliche Schließung der nicht gewerblichen Schrotfühlen angehe, so habe er durch eine gemeinschaftlich mit dem Herrn Minister des Innern erlassene Verfügung angeordnet, daß, sofern die Schließung überhaupt nach den örtlichen Verhältnissen für notwendig gehalten werde, jedenfalls dafür gesorgt werden müsse, daß die Mühlen an gewissen Tagen und zu bestimmten Stunden, nötigenfalls unter polizeilicher Aufsicht, benutzt werden könnten.

Wegen der Beschaffung guten Saatgetreides für die Frühjahrsbestellung, insbesondere von Saathafer, sei eine Verfügung des Landesamts für Futtermittel an die Kommunalverbände ergangen. Er habe die Landwirtschaftskammern ersucht, die Kommunalverbände bei der Erfüllung dieser Aufgabe nach Kräften zu unterstützen. Bei der Bewirtschaftung des Getreides sei nicht nur die unmittelbare Versorgung der Bevölkerung mit billigen Nahrungsmitteln, sondern auch der Schutz der Erzeugung und die Erhaltung der Viehbestände ins Auge zu fassen. Es dürfe keine Verordnung erlassen werden, die die landwirtschaftliche Erzeugung gefährdet.

Ein Mitglied der Kommission führte aus: Wir haben eine geringere Anbaufläche gehabt, als man angenommen hat. Die Organisation muß nicht nur auf den Konsumenten Rücksicht nehmen, sondern sie muß auch darauf Rücksicht nehmen, daß die Produktion angeregt wird. Die hohen Preise für Lebensmittel sind bedauerlich, aber die Produktion würde ohne sie versagen müssen. Aufklärung der Bevölkerung auf diesem Gebiete ist dringend erforderlich. Insbesondere verlangte der Redner, daß die großen Abzüge, die dem Landwirt für sein Getreide bei der Abnahme durch die Reichsgetreidestelle gemacht würden, auf ein angemessenes Maß zurückgeführt würden. Auch die Kosten des Schiedsgerichts seien zu groß. Die Vergütung von 3 Prozent an die Mühlen für Schwund sei ungerechtfertigt. Die Mühlen, die für die Reichsgetreidestelle arbeiten, lieferten zu wenig Kleie ab. Was dem Vieh zukomme, müsse ihm aber gegeben werden.

Der Präsident der Reichsgetreidestelle wies darauf hin, wie im zweiten Wirtschaftsjahr das Bestreben der Organe der Reichsstelle darauf gerichtet gewesen sei, auch für die Produzenten zu sorgen. Dieser Absicht hätten die Maßnahmen der Freigabe des Hinterkorns, die Festsetzung einer niedrigeren Ausmahlung des Getreides und die Freigabe von Getreide zu Verfütterungszwecken entsprochen. Es sei bedauerlich, daß die festgestellte Knappheit diesen Maßnahmen ein Ziel gesetzt habe. Er setzte ferner den Plan der Belieferung der Nahrungsmittelbetriebe mit Mehl auseinander und rechtfertigte die Preisnormierung für das Mehl und die Fabrikate. Eingehend rechtfertigte er das Verfahren der Reichsgetreidestelle bei der Beanstandung und Preisminderung feuchten und mangelhaften Getreides. Im Kriege müsse aber alles Getreide genommen werden, auch das, was man sonst verfüttere. Es müsse auch das Getreide bis zum Ende des Wirtschaftsjahres lagerfest gemacht werden. Die finanzielle Verantwortung hierfür trügen die Mühlen. Diese müßten, weil ihnen für mangelhaftes Mehl Abzüge gemacht würden, sich dagegen schützen können, daß ihnen minderwertiges Getreide zum vollen Höchstpreise angedient werde. Ueber den Minderwert entschieden Schiedsgerichte, die völlig selbständig wären, keine Organe der Reichsgetreidestelle seien. Ueber die Organisation und die Tätigkeit des Schiedsgerichts, über die eingeführten Sicherheiten für Wahrnehmung der Interessen der Landwirte usw. solle eine übersichtliche Darstellung an die Kommissionsmitglieder und in die Presse gelangen.

Der Minister des Innern machte Mitteilungen über die Durchführung der Brotversorgung nach Maßgabe der Beschlüsse des Haushaltsausschusses in seiner letzten Beratung. Den Kommunalverbänden sei das Recht der Selbstwirtschaft in weitestem Maße zugestanden worden. Gegenüber 320 selbstwirtschaftenden Kommunalverbänden im Vorjahre hätten gegenwärtig 382 Kommunalverbände Selbstwirtschaft. Hierunter befänden sich 53 größere Versorgungsverbände mit 165 Kreisen. Im ganzen gebe es 484 selbstwirtschaftende Kreise. Nur 116 Bedarfskreise würden daher von der Reichsgetreidestelle versorgt. Den Wünschen nach einem engeren Zusammenschluß der Erwerbskreise zu gemeinsamer Arbeit in der Volksernährung könne er sich nur anschließen. Er begrüße daher die dahingehenden Anregungen der Kommission.

Mit Rücksicht auf die Erklärungen des Präsidenten der Reichsgetreidestelle wurde der Antrag 1a zurückgezogen.

Von verschiedenen Rednern der Kommission wurden die Klagen über ungenügende Abnahmepreise bei der Reichsgetreidestelle unterstützt. Angeregt wurde, daß die Abnahme im Bezirke selbst stattfinden sollte. Angeregt wurde ferner, es möge dafür gesorgt werden, daß der Produzent im Verhältnis zu seinen Ablieferungen an Brotgetreide Futtermittel zu Preisen erhalte, die den Preisen entsprechen, die er für sein Brotgetreide erhalten habe.

Ein Redner führte aus, die neuen Sorgen zeigten, daß es bedenklich gewesen sei, die Kriegsgetreidegesellschaft abzusetzen und die Zahl der selbstwirtschaftenden Kreise zu vergrößern. Er frage nun mit Rücksicht darauf den Präsidenten der Reichsgetreidestelle, ob die Sicherheit vorhanden sei, daß mit der jetzigen Organisation das Durchhalten zu erreichen sei. Jedenfalls müsse die Kontrolle über die Verfütterung von Getreide und über die tatsächliche Verwendung des Saatgetreides verschärft werden. Die vorhandene Anbaufläche müsse voll bebaut werden. Alles dazu Erforderliche, wie Beurlaubungen, Beschaffung von Düngemitteln, müsse geschehen. Aufklärung über die Lage sei dringend erforderlich. Die Preissteigerung der Produkte allein sei nicht das richtige Heilmittel, die Bevölkerung müsse größte Sparsamkeit üben, um die Schwierigkeiten zu überwinden, die aus dem Fortfallen des Imports entstanden seien. Dem wurde erwidert, die notwendigen Nahrungsmittel könne die deutsche Landwirtschaft erzeugen, auch die Futtermittel zur notwendigen Ernährung des Viehs, nur dem Luxus könne sie nicht genügen. Ein Redner wies darauf hin, daß die Organisationen der Landwirte belehrend auf ihre Berufsgenossen wirken und sie zur Befolgung der Anordnung der Regierung, soweit nötig, anhalten möchten. Auch die Brotkarte müsse in allen Gegenden unseres Vaterlandes mehr respektiert werden. Ein Redner empfahl Anordnungen der Regierung darüber, was auf den einzelnen Flächen gebaut werden dürfe. Sonst sei ein Zurückgehen des Anbaus an Brotgetreide zu befürchten. Die Ausmahlung des Getreides müsse so scharf wie möglich sein. Die menschliche Ernährung mit Brotgetreide gehe unter allen Umständen vor. Den Schrotpreis von 310 Mark pro Tonne halte er für angemessen. Die Möglichkeit einer Verständigung zwischen Produzenten und Konsumenten sei ausgeschlossen, solange der Klassenstaat bestehe. Der Präsident der Reichsgetreidestelle beantwortet einzelne an ihn gerichtete Anfragen und hebt dabei hervor, daß die ganze Organisation der Brotgetreideversorgung sich in ständiger Fortentwicklung befinde, und daß ein abschließendes Urteil über die Zweckmäßigkeit der einzelnen Maßnahmen zur Zeit noch nicht möglich sei.

Kölnische Zeitung 22./I. 1916.

Gesandte in Serbien, August Boppe, nach seiner Rückfahrt über Brindisi—Rom in Paris angelangt.

Die Volksversorgung im preußischen Hauptausschuß.

♀ **Berlin**, 21. Januar. (Telegr.)

Zum Thema Brotversorgung und Ernteſtatiſtik (Reichsgetreideſtelle) führte der Berichterſtatter folgendes aus: Die neue Reichsgetreideſtelle entſpreche dem frühern Beſchluſſe des Hauſes. Bei ihrer Verwaltung blieben aber noch einige Wünſche übrig. Wünſchenswert ſei die Feſtlegung von Höchſtpreiſen auch für Mehl. Die heutigen Preiſe für Mehl ſtünden in einem Mißverhältnis zu den Höchſtpreiſen für Korn. Wünſchenswert ſei auch eine ſtrengere Erfaſſung des vom Auslande eingeführten Mehls durch die Zentraleinkaufsgeſellſchaft. Der Berichterſtatter ſprach ſodann über die Ergebniſſe der vorjährigen Ernte in Brotkorn. Er kam zu dem Schluß, daß die Ernte ein Durchhalten ermögliche. Die Schätzung vom Juli ſei zwar durch die Schätzung vom November nicht beſtätigt worden; die Novemberſchätzung habe vielmehr zu geringern Ergebniſſen geführt. Aber die jetzt im Januar vorgenommene Schätzung, die als einigermaßen verläßlich angeſehen werden könne, habe ergeben, daß die Schätzung vom Juli im weſentlichen richtig geweſen ſei. Es müſſe aber vom Publikum Selbſtdiſziplin verlangt werden, und es ſei mit Bedauern feſtzuſtellen, daß die frühere Gewiſſenhaftigkeit auf dieſem Gebiete bei der Bevölkerung in letzter Zeit nachgelaſſen habe; wahrſcheinlich ſei dies auf die günſtigen Ergebniſſe des Vorjahres zurückzuführen. Es könne aber der Bevölkerung nicht dringend genug ans Herz gelegt werden, zu der alten Gewiſſenhaftigkeit zurückzukehren. Die Maßregeln bezüglich der Erhaltung des Brotgetreides für die Bevölkerung müßten natürlich der Viehernährung hin und wieder ſchaden. Trotzdem könne auch in dieſer Beziehung noch manches gebeſſert werden; insbeſondere ſei es wünſchenswert, daß die Verordnungen auf dem Gebiete der Volksernährung mit größter Vorſicht erlaſſen würden. Manche Verordnungen würden alsbald wieder aufgehoben, weil ſie unzutreffend geweſen ſeien. Dadurch würden dann gerade die folgſamen und eifrigen Landwirte beſtraft. Auch die Härten bei der Schließung der Schrotmühlen ſollten möglichſt vermieden werden. Der Erdruſch müſſe natürlich beſchleunigt werden, und jede dazu dienliche Maßregel ſei zu begrüßen. Es dürften aber nicht unverſtändig kurze Dreſchfriſten angeordnet werden. Dankenswert ſei, daß die Reichsgetreideſtelle 500 000 Tonnen Getreide zur Verſchrotung zum Zwecke der Viehfütterung bereitgeſtellt habe. Zweifelhaft ſei aber, ob der Preis von 310 ℳ für die Tonne, den ſie dafür gefordert habe, richtig geweſen ſei, da die Landwirte ja ſelbſt nur 220 ℳ Höchſtpreis für den Roggen bekämen. Übrigens ſei dem Ankauf dieſes teuern Schrotes alsbald die Herabſetzung der Schweinepreiſe gefolgt. Die wahre und beſte Löſung auf dem Gebiete der Volksernährung würden immer freie und direkte Vereinbarungen zwiſchen Produzenten und Konſumenten ſein, und dieſe ſeien zu erſtreben.

Der Präſident der Reichsgetreideſtelle Dr. Michaelis machte nähere Mitteilungen über die Beſtandaufnahme der Brotgetreidevorräte am 16. November 1915 und die mutmaßlichen Ergebniſſe ihrer Nachprüfung. Es iſt ſchon jetzt der Beweis als erbracht anzuſehen, daß in Verbindung mit den vom Bundesrat beſchloſſenen Einſchränkungsmaßnahmen des Konſums und der Verfütterung die erforderlichen Beſtände bis zur neuen Ernte und darüber hinaus geſichert ſind. Selbſtverſtändlich müſſe mit aller Energie der Gefahr der Verfütterung, am wirkſamſten durch beſchleunigtes Ausdreſchen und Abliefern der Überſchußbeſtände an die Reichsgetreideſtelle und Kommunalverbände, vorgebeugt und bei den Verbrauchern die Überzeugung wieder zu vollem Leben erweckt werden, daß wir ſparen und in jeder Weiſe haushalten müſſen.

Hierauf wurde der folgende Antrag 1a eingebracht: die königliche Staatsregierung aufzufordern, dafür Sorge zu tragen, daß der Begriff der mittlern Qualität des Brotgetreides nicht einſeitig durch die Kriegsgetreidegeſellſchaft, ſondern unter Mitwirkung der Landwirtſchaftskammern nach der im Frieden üblichen Geſchäftspraxis für die einzelnen Landesteile feſtgeſetzt wird.

Die Antragſteller führten aus, es ſei bei der Feſtſtellung der Preiſe, die die Kriegsgetreidegeſellſchaft zu treffen habe, der Begriff der mittlern Qualität des Brotgetreides in einer Weiſe feſtgelegt worden, daß die Landwirte bei der Feſtſetzung der Preiſe zu kurz kommen müßten, da die fragliche Qualität nirgends erreicht werde. Es ſei zu wünſchen, daß durch Mitwirkung der provinziellen Inſtanzen, der Landwirtſchaftskammern, bei der Feſtſetzung der Preiſe Abhilfe geſchafft werde. Aus der Mitte der Kommiſſion wurde dem von mehrern Rednern zugeſtimmt und noch folgendes geltend gemacht:

1. Die Selbſtverſorger könnten in der Verwendung ihrer Vorräte nicht gehörig kontrolliert werden. 2. Die Müller unterlägen der Verordnung des Bundesrats nicht; trotzdem habe man die Vorſchriften der Bundesratsverordnung auch gegen ſie angewandt; ja man habe ſogar Mühlen einfach geſchloſſen. 3. Die Reichsgetreidegeſellſchaft normire ihre Verkaufspreiſe ſehr verſchieden. Es werde Auskunft darüber zu erteilen ſein, woher dieſe Verſchiedenheiten kämen. 4. Es müſſe verhindert werden, daß von Firmen, die mit dem Verkauf von Getreide betraut würden, zu hohe Proviſionen gefordert würden. So habe eine Firma bei dem Verkauf von Gerſte 70 ℳ pro Tonne für ihre Arbeit gefordert.

Tägliche Rundschau
13./II. 1916
136

Küchenschau und Kriegsküchenzettel.

Von Luise Holle.

Von Woche zu Woche fast wandelt sich das Bild der gerade in ausreichender Menge zur Verfügung stehenden Lebensmittel, denen die deutsche Hausfrau ihren Kriegsküchenzettel dann anzupassen hat; immer muß sie die Verwendung der Dinge in der Küche beschränken, von denen nur geringe Mengen im Handel sind, und die verbrauchen, welche in allen Geschäften angeboten werden. Sie wird bei der Befolgung dieser Regel auch verhältnismäßig gut mit ihren Geldmitteln fahren.

Vom Fleisch ist Rindfleisch augenblicklich am meisten zu haben und daher in der Küche zu verwerten, von den Fischen muß die Hausfrau die zurzeit in größeren Mengen angebrachten frischen, die sogenannten grünen Heringe ausnutzen, sie sind raschem Verderben ausgesetzt, sie müssen daher rasch verbraucht werden, sie sind, außer zur Verwendung zu wohlschmeckenden Mittagsspeisen, auch auf verschiedene Weisen zum Einlegen für den Abendtisch geeignet und dann längere Zeit haltbar. Die nächste hauswirtschaftliche Plauderei bringt von ihnen verschiedene gute Einlegevorschriften. Wo frische Seemuscheln angeboten werden, soll sie die Hausfrau ebenfalls nicht unausgenutzt lassen, zumal sie, ebenso wie die Heringe, preiswert und von hohem Nährwert sind. Als Kennzeichen der Frische gilt bei den grünen Heringen der helle Kopf, bei den Seemuscheln die Geschlossenheit der Muscheln nach dem gründlichen Waschen und Bürsten, offene Muscheln müssen unbedingt als verdorben fortgeworfen werden. Uebrigens kommen auch viele Sorten frischer Seefische augenblicklich in den Handel, die ebenfalls als preiswert bezeichnet und in der Küche verwendet werden sollen. Aufmerksam möchte ich auf zurzeit in vielen Städten zum Verkauf gebrachte sehr gute holländische Salzvollheringe machen, die sehr fleischig und wohlschmeckend sind, von ihrer Ausnutzung werde ich ebenfalls in der nächsten Plauderei reden. Erinnern möchte ich noch an den Klippfisch, der sehr nahrhaft und bei richtiger Zubereitung auch sehr wohlschmeckend ist. In großen Mengen wird das belgische Frühgemüse, das Schikore, jetzt bei uns eingeführt, das als billiges Kriegsgemüse zu bezeichnen ist, jetzt seine Probe auf spätere Einbürgerung und Zucht bei uns bestehen soll. Einsehen kann ich aber wirklich nicht, warum wir diesem Gemüse die französisch-belgische Bezeichnung „Chicorée", nur verdeutscht Schikore geschrieben, geben, da man für dieses Gemüse eine Bezeichnung hat, unter welcher es schon längst bekannt ist, nämlich als Bleichzichorie!" Die Bleichzichorie heißt in den Bekanntmachungen das Kriegsgemüse des großen deutschen Krieges; wenn wir ihr nicht den schönen deutschen Namen „Wegwarte" für Zichorie geben wollen, sollen wir sie wenigstens nicht Schikore nennen. An den leicht bitterlichen Geschmack der Bleichzichorie werden wir uns erst wohl gewöhnen müssen, wir können ihn aber bei richtiger Behandlung sehr mildern und sollen dem sehr gesunden, eisenhaltigen und bekömmlichen Gemüse nicht abweisend gegenüber stehen. Von frischen Gemüsen müssen alle Kohlarten, die von Woche zu Woche durch Verfaulen der äußeren Blätter ihr Gewicht vermindern, besonders Rosen- und Grünkohl, wo er zu haben ist, rasch verbraucht werden, dasselbe gilt vom Spinat und Feldsalat, während Rüben- und Mohrrüben, auch Schwarzwurzeln nicht so dringend der Verwendung harren. Wo frische Gemüse knapp angebracht werden, sollen die Hausfrauen diese der minderbemittelten Bevölkerung lassen und selbst Gemüsekonserven gebrauchen. Vergessen darf nicht die Verwendung von Sauerkraut werden.

Für den Verbrauch frischer Früchte gilt noch im großen und ganzen das in der vorigen Küchenschau Gesagte.

Butter- und Fettgebrauch ist so viel nur irgend möglich in der Küche — aber auch am Frühstücks- und Abendtisch zu beschränken. Eier können hin und wieder verbraucht werden, da durch die überall gelinde Witterung die Hühner früher und reichlicher angefangen haben zu legen, auch in Ungarn, von wo frische Eier zu bedeutend billigerem Preis als vor einigen Wochen bei uns eingetroffen sind. Bei Verwendung von Eiersatzpulver ist Vorsicht anzuraten.

Hülsenfrüchte können augenblicklich zum mindesten als knapp bezeichnet werden, das dürfte sich aber wieder bessern, zurzeit fehlen Linsen — wie übrigens den ganzen Winter über — gänzlich, grüne Erbsen und weiße Bohnen sind knapp, nur braune Bohnen, die mit Unrecht unbeliebt bei den Hausfrauen sind, findet man in fast allen Geschäften, sie können zum Kauf nur empfohlen werden, sie kochen sich tadellos weich.

Von Trockengemüsen sind Hafergrütze, Hafer- und Gerstenflocken reichlich vorhanden, auch Sago ist überall erhältlich, Reis ist eine Seltenheit, Graupen, besonders die stärkeren Sorten, fehlen vielerorts, dasselbe gilt vom Grieß, dagegen ist Maisgrieß überall erhältlich. Dieser letztere ist seines herben Geschmackes wegen bei uns nicht beliebt, er verliert diesen aber fast ganz, wenn man ihn am Abend vorher mit kaltem Wasser bedeckt, ausquellen läßt und am anderen Tage dieses Wasser abgießt. Knapp ist auch Kartoffelmehl, man muß es durch Maismehl oder Tapiokamehl ersetzen. Gut und reichlich zu haben ist Dörrobst, auch an vielen Orten Dörrgemüse, beides ist preiswert und empfehlenswert.

Wir haben also wirklich, wenn wir nur vernünftig wählen, keine Not in unserer Küche und können noch immer — falls wir nur selber den Kochlöffel jetzt als unser Zepter betrachten — ein abwechslungsreiches Mittag- und auch Abendbrot auftragen. Das letztere scheint jetzt die meisten Schwierigkeiten zu machen, ich werde ihm in der nächsten hauswirtschaftlichen Plauderei eine liebevolle Betrachtung widmen, ebenso mich der Fragerinnen nach Kochhüllen und Kochkisten annehmen. Ich lasse jetzt den Kriegsküchenzettel folgen.

Sonntag: Rinderbrust mit Kruste, einfacher Kartoffelsalat. Gebackene Maisgriesspeise mit Schokolade.

Rinderbrust mit Kruste. Ein Stück fettdurchwachsene abgelegene Rinderspitzbrust kocht man mit Wasser und reichlich Suppengrün weich, nimmt das Fleisch aus der Brühe, legt es in eine Pfanne, gießt einen Schöpflöffel Brühe unter das Fleisch und läßt es erst etwas abkühlen, bevor man es mit der Kruste bestreicht. Zu dieser rührt man ein Eidick Butter weich, gibt ein ganzes Ei, Salz, Pfeffer, drei Löffel voll trockene, geriebene Käsereste und zwei Löffel Semmelkrumen dazu. Das Fleisch wird gleichmäßig mit der Masse bestrichen und so lange in einen heißen Ofen geschoben, bis die Kruste braun und fest geworden ist.

Gebackene Maisgrießspeise mit Schokolade. 250 Gramm Maisgrieß quillt man am Abend vorher in kaltem Wasser aus, gießt letzteres ab und kocht den Maisgrieß in Milch mit etwas Salz und Zucker zu dickem Brei. Unter diesen mischt man heiß 2 Eigelb und nach dem Erkalten den steifen Schnee der beiden Eiweiß. Man füllt die Hälfte des Maisgrieß in eine vorgerichtete Form, bäckt ihn etwas an und gibt darauf mit grobgehackten gebrühten Nüssen vermengte aufgelöste Schokolade — 125 Gr. Nüsse, 125 Gr. Schokolade —, füllt den Rest des Maisgrieß darüber und bäckt die Speise lichtbraun. Sie wird gestürzt, mit 100 Gr. aufgelöster Schokolade übergossen und mit abgetropften eingemachten Kirschen umkränzt.

Montag: Bleichzichorie mit Zwiebeln, Bohnen und Nudeln. Süße Mischspeise.

Bleichzichorie. Aus 1 Kg. Bleichzichorienstangen entfernt man den festen Kern, der die meisten Bitterstoffe enthält, kocht sie fünf Minuten in Salzwasser, läßt sie abtropfen und schmort sie langsam im eigenen Saft in irdenem Geschirr so weich, daß man sie durchstreichen kann. 1 Kg. braune Bohnen hat man am Abend vorher eingeweicht, sie werden angekocht und in der Kochkiste weich gekocht, durchgestrichen und mit dem Bleichzichorienbrei vermengt, 30 Gr. Fett durchgerührt, mit Salz und Pfeffer abgeschmeckt und in der Mitte einer heißen Schüssel angerichtet. Man bedeckt den Brei mit kleinen geschmorten Zwiebeln und legt in Salzwasser weichgekochte Nudeln, die man in etwas Fleischbrühe mit geriebenem Käse durchschwenkt, als dicken Kranz herum.

Süße Mischspeise. ½ Liter Magermilch bringt man mit Zucker, wenig Salz und etwas Vanille zum Kochen, rührt 50 bis 60 Gr. Maismehl mit Milch glatt, kocht es mit der Milch zu gebundener Masse und schlägt drei Eigelb darunter. Man füllt die Speise zum Erkalten in eine Glasschale. Eine halbe Stunde vor dem Anrichten wird das Eiweiß mit 75 Gr. Johannisbeergelee tüchtig gerührt, bis eine schaumige Masse entsteht, welche man beim Auftragen über die gelbe Speise füllt.

Dienstag: Apfelsuppe. (Vorschrift wohl allgemein bekannt.) Weißkohlklöße mit Pilztunke.

Weißkohlklöße mit Pilztunke. Ein Kopf Weißkohl wird vom Strunk und den inneren Rippen befreit, zerschnitten, zehn Minuten in kochendem Salzwasser gekocht, in ihm erkalten gelassen, abgetropft, fest ausgedrückt und gewiegt. Die Kohlmasse wird in etwas Fett langsam durchgeschmort, mit einer kleinen geriebenen Zwiebel, zehn geriebenen, kalten, gekochten Kartoffeln, einem Ei, einem Löffel Milch, Pfeffer, Muskat und etwas Mehl, wenn es nötig ist, vermischt, so daß eine haltbare Kloßmasse entsteht, aus der man apfelgroße Klöße formt, die in Salzwasser langsam garziehen müssen. Aus dem Kohlwasser, einer braunen Mehlschwitze, zwei Maggi-Bouillonwürfeln und gehackten eingemachten Pilzen bereitet man eine würzige Tunke zu den Weißkohlklößen.

Mittwoch: Fleischbrühe mit Nudeln und Gemüse (Brühe der Rinderbrust vom Sonntag), Brühwurstauflauf mit Rosenkohl.

Brühwurstauflauf mit Rosenkohl. 1½ Kg. verlesenen Rosenkohl kocht man in Salzwasser gar und läßt ihn abtropfen; 1 Kg. Kartoffeln kocht man in der Schale, zieht sie ab und schneidet sie in Scheiben, worauf man sie in Fett mit einer kleingeschnittenen Zwiebel bräunlich brät. Sechs Brühwürstchen macht man in heißem Wasser gar und zerschneidet sie in Stücke, während der Rosenkohl mit etwas Fleischbrühe und einigen Löffeln geriebenen Käseresten durchgeschwenkt wird. Eine ausgestrichene Auflaufform wird schichtweise mit Bratkartoffeln, Rosenkohl und Brühwurststückchen gefüllt, mit einer Mischung von geriebenem Käse und Semmel die Oberfläche bestreut und das Gericht lichtbraun gebacken.

Donnerstag: Bulgarisches Maisgrießgericht. Rote Apfelspeise (Vorschrift schon veröffentlicht).

Bulgarisches Maisgrießgericht. 1½ Tassen vorgeweichten Maisgrieß quillt man in drei Tassen Wasser, etwas Salz und einem Stückchen Butter zu dickem Brei aus, füllt diesen in eine kalt umgespülte Form, läßt ihn erkalten und schneidet dann nußgroße Stückchen davon. Diese vermischt man mit 750 Gr. in Würfel geschnittenem Hammelfleisch, zwei feingeschnittenen Zwiebeln und etwas Pfeffer und füllt dies in eine vorgerichtete Puddingform. Man füllt eine Tasse kalte Fleischbrühe, aus Brühwürfeln herzustellen, über die Zutaten, bestreut sie mit drei Eßlöffeln geriebenem Käse und kocht das Gericht im Wasserbade zwei Stunden. Man stürzt es und gibt Salat von Sellerie und roten Rüben dazu.

Freitag: Ohne Fett gedämpfter Schellfisch, Salzkartoffeln, Apfelsinensüßspeise in Gläsern.

Ohne Fett gedämpfter Schellfisch. Der vorgerichtete Schellfisch wird enthäutet, entgrätet und in Stücke gelegt. Seine Abfälle kocht man in ½ Liter Wasser mit reichlich Suppengrün langsam eine halbe Stunde aus und seiht die Brühe dann durch. Ein passendes Kochgeschirr wird am Boden wie auch an seinen Wänden mit Fett ausgestrichen und die Schellfischstücke hineingelegt. Man bestreut sie mit einer Mischung von geriebener Semmel, gehackter Petersilie, Salz und Pfeffer, legt obenauf vier Zitronenscheiben, gießt die Fischbrühe und ein Glas Apfelwein über den Fisch und schmort ihn verdeckt in etwa 20—30 Minuten gar. Man richtet den Fisch, mit seiner Brühe überfüllt, in heißer Schüssel an. Man gibt Salzkartoffeln daneben.

Apfelsinensüßspeise in Gläsern. 3 ganze Eier werden mit 1 Wasserglas Apfelwein, etwas abgeriebener Apfelsinenschale, dem Saft von vier Apfelsinen, einer Prise Salz, dem nötigen Zucker und 12 bis 14 Gr. aufgelöster Gelatine im Wasserbade zu einem dicken Schaum bis zum Kochen geschlagen, dieser in flache, breite Gläser gefüllt und erstarren gelassen. Man legt beim Anrichten auf die Mitte eines jeden Glases eine eingezuckerte Apfelsinenschale und auf diese in der Mitte ein Stückchen rotes Fruchtgelee.

Sonnabend: Holles Muschelsuppe. Spanisches Mischgericht, Senfgurken.

Holles Muschelsuppe. 5 Dutzend sorglich gesäuberte Muscheln gibt man in wenig springkochendes Wasser, kocht sie, bis sie sich geöffnet, und gibt die Muscheln zum Abtropfen auf ein Sieb. Sie werden dann aus den Schalen genommen und der Bast entfernt. Allerlei kleingeschnittenes Suppengrün brät man in etwas Fett an, gibt das Muschelwasser und das abgetropfte Wasser nebst